

# In diesem Heft

Editorial 420

## Essay

GERHARD ZWERENZ  
Die dunkle Rückseite des Mondes oder  
Nietzsche kam bis Stalingrad 425

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

HORST KAHRS  
Was kommt nach den »Reformern« in der PDS? 437

FRANK BERG  
Politikwechsel und Reformpolitik:  
Der Fall Mecklenburg-Vorpommern 442

HERBERT NIEMANN  
Gibt es einen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit? 454

## Standorte

HANNES HOFBAUER  
Österreich – zwischen Kärntner Provinzfaschismus  
und Brüsseler Allmachtsphantasie 462

HELMUT BOCK  
Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell 470

## Rundtischgespräch

HELMUT BÖHME  
HANS-GERT GRÄBE  
MARTIN HOLTZHAUER  
ROLF LÖTHER  
JENS REICH  
SABINE VOIGT  
Risiko Gentechnik?! 479

## Opfer des Faschismus

- MAGUÉYE KASSÉ  
Afrikaner im nationalsozialistischen Deutschland 501
- LISA GAVRIC  
»Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung.«  
Erinnerung an Ravensbrück 508
- BÄRBEL SCHINDLER-SAEFKOW  
Siemens & Halske  
im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück 512
- CHRISTA KÖHLER  
Zwangsarbeit in Berlin Treptow 520
- JÖRN SCHÜTRUMPF  
Regionalhistorische Schriften  
über Opfer des Faschismus 522
- ULRICH PETERS  
Die Facetten des Widerstands.  
Probleme und Debatten  
in der Buchenwald-Forschung 525
- KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ  
Bildungsbestrebungen  
als Form des Widerstands 534

## Das Interview

- STEFFEN MENSCHING  
HANS-ECKARDT WENZEL  
Abschied 541

## Die Linke im 20. Jahrhundert

- RONALD SASSNING  
Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis.  
Bilder mit Radierungen 558

## Lesenswert

- WOLFGANG KÜTTLER  
Ein Problemspiegel  
kritischer Selbstverständigung.  
Zu Fritz Kleins Autobiographie 584
- HARRY NICK  
Eine Fundamentalkritik  
mit Folgerungen 590

## Konferenzen & Veranstaltungen

HEINZ SONNTAG  
Sozialer Humanismus und  
Zweite Aufklärung 598

## Festplatte

WOLFGANG SABATH  
Die Wochen im Rückstau 602

## Bücher & Zeitschriften

Paul Krugman:  
Der Mythos vom globalen Wirtschaftskrieg.  
Eine Abrechnung mit den Pop-Ökonomen.

Michael Zürn:  
Regieren jenseits des Nationalstaates.  
Globalisierung und Denationalisierung als Chance  
(STEFAN BOLLINGER) 604

Eckart Mehls:  
Unzumutbar. Ein Leben in der DDR  
(SONJA STRIEGNITZ) 606

## Rosa-Luxemburg-Stiftung – Ferienakademie

SIGRID PFEIFFER  
Eröffnung neuer Horizonte.  
Die erste Ferienakademie der Stipendiatinnen und  
Stipendiaten der Rosa Luxemburg Stiftung 608

STEPHANIE MAXIM  
ABDURRAHMAN GÜLBAYAZ  
Rosas erste Ferienakademie.  
Eine Retrospektive 612

CHRISTINE KOSCHMIEDER  
Rosa Luxemburg, weise alte Männer  
und die Fragen hinter dem Vorhang 616

KLAUS LEDERER  
Trotz aller Startprobleme ein Gewinn 620

JEANETTE SCHMIDT  
Eindrücke der Ferienakademie 623

An unsere Autorinnen und Autoren  
Impressum 624

# Editorial

*Zu einer Chance wird ihr Münsteraner Parteitag für die PDS nur durch kluge, energische Arbeit. Denn nichts auf dem Wege zur gesamtdeutschen demokratisch-sozialistischen Partei – das vielleicht ist die wichtigste Lehre der erhitzten Debatten vom 7., 8. und 9. April – geht im Selbstlauf. Die Erfolge von gestern mündeten in die Erfolgskrise – die Erfolge von morgen bedürfen der gründlichen Bestandsaufnahme, zugleich der fundierten Programmdebatte und des bodenhaftenden, an den realen Konfliktlagen und Herausforderungen in der Gesellschaft orientierten Handelns.*

*Das klingt wie eine Binsenweisheit, ist es aber nach Münster nicht mehr. Denn dort hat sich so deutlich wie noch nie in der kurzen PDS-Geschichte gezeigt: Es gibt zum demokratisch-sozialistischen Weg auch eine Alternative. Und die heißt: Verharren in althergebrachten »Sicherheiten«.*

*Dieses Verharren hat viele Gesichter, Formen und Ursachen. Es existiert in der PDS in östlicher, DDR- und SED-gebundener, und in westlicher, mit den in der Alt-Bundesrepublik links von der SPD angesiedelten Parteien und Zirkeln verknüpfter Weise. Es nährt sich bei den Älteren aus eigener Vor-Wende-Erfahrung und damals geprägten Geschichtsbildern, und es nährt sich bei Älteren und Jüngeren gemeinsam und generationenunabhängig aus einer Nach-Wende-Realität, in der ein enthemmter Kapitalismus holzschnittartiger Gesellschafts- und Geschichtsbetrachtung überreichlich neuen Nährboden bietet.*

*Dem Phänomen des Verharrens in seiner Vielgestaltigkeit sowohl als auch in seiner unterschiedlich starken Ausprägung auf die Spur zu kommen, bedeutet nicht, seine Trägerinnen und Träger zu disqualifizieren oder gar zu denunzieren. Aber namhaft gemacht werden muß es sehr wohl.*

*Und kann es auch: Denn den Ansichten der besonders aktiven Verfechterinnen und Verfechter eines verharrenden Kapitalismus- und Sozialismusbildes zum Trotz bietet diese Gesellschaft ja eben – im eklatanten Unterschied zum DDR-Realsozialismus und erst recht zum sowjetischen Stalinismus – die Möglichkeit zur offenen Debatte. Und zwar nicht nur der gesellschaftlichen Entwicklung insgesamt, sondern auch der unterschiedlichen Sozialismusvorstellungen.*

*Münster brachte als aufregendstes Ergebnis die Ankündigung des Rückzugs der beiden bedeutendsten Verharrens-Überwinder in der PDS aus ihren Spitzenfunktionen. Die Partei, so nüchtern sie*

diesen Verlust auch in ihren Führungsetagen und auf Basisversammlungen zu überspielen versucht, ist gut beraten, ihn sich sehr gründlich bewußt zu machen. Denn in der Tat: Kaum jemand sonst steht in seinem Gesamtverständnis von politischer Programmatik, politischer Kultur und alltäglichem politischem Handeln so komplex und deutlich für einen entschiedenen Neubeginn des sozialistischen Weges wie Lothar Bisky und Gregor Gysi.

Als Seiteneinsteiger sind sie 1989 in die Politik gekommen. So etwas geht nur in Umbrüchen wie denen jenes Herbstes – denn nie sonst gibt das institutionell und gedanklich Etablierte solcherart »Fremdem« nicht nur einfach eine Chance, sondern ruft es geradezu herbei, um für sich selbst neue politische Entwicklungs- oder auch nur Überlebensmöglichkeit zu finden. Und in großer Geschwindigkeit haben diese Seiteneinsteiger – natürlich nicht allein, aber doch wesentlich prägend – zunächst in der SED-PDS, dann in der PDS alles durcheinandergewirbelt: nicht nur Geschichtsansichten und »ewige Wahrheiten«, sondern auch Denkwege und Denkkulturen; nicht nur Texte, sondern auch die Art ihres Vortrages; nicht nur das Bild der Partei, sondern auch das des Parteiarbeiters.

Bei Gysi, der zu allem auch noch Medienstar ist, hat es vielleicht noch eine Spur deutlicher die Öffentlichkeit erreicht, aber es gilt für beide: Sie haben sich wirklich aus dem Kalten Krieg verabschiedet. Also auch aus den diesem Kalten Krieg vorangegangenen und ihn mit konstituierenden Klassenkampfformen. Und aus den für all dies charakteristischen Schwarz-Weiß-Bildern von Gesellschaft, die zur Rechtfertigung jenes »Klassenkampfes« dienten, der mit seinen so unverrückbaren wie willkürlich zurechtgeschnitzten Feindbildern die DDR von innen her zur Lebensunfähigkeit verdammt. Sie sind mit aller Konsequenz ins Offene gegangen, haben sich in Wort und Gestus aus der Wagenburg gewagt, haben mit Lebenszugewandtheit und unter die Haut gehender Konterkarierung allen moralinsauren »Wir-wissen-alles-besser«-Avantgardismus' jahrzehntealte Barrikaden überwunden – und damit der sozialistischen Idee ein neues, ganz Deutschland überraschendes Gesicht gegeben.

Wer nun der Auffassung ist, solches Denken und Agieren sei, weil es von einer übergroßen Mehrheit immer begrüßt wurde, in der PDS zum Allgemeingut geworden, irrt. Aber es irrt auch, wer glaubt, die Kluft, die zwischen Erneuern und Verharren liegt, durch Verschweigen oder bloßes Übertünchen überwinden zu können.

Die Widersprüche, die in Münster offen zu Tage getreten sind, müssen auf den Begriff gebracht werden. Nicht auf den verdikhaft verurteilenden, wohl aber auf den klärenden, den verdeutlichenden. Was auch und gerade vor der schmerzhaften Erkenntnis nicht halt machen darf, daß Bisky und Gysi mit der Ablehnung des friedenspolitischen Leitanspruches des Vorstandes durch eine Zwei-Drittel-Mehrheit eine Niederlage erlitten haben, die nicht etwa dadurch zustande kam, daß sie sich vom Grundgestus ihrer bisherigen Politik entfernten, sondern durch das pure Gegenteil: daß sie diesen Grundgestus in seiner inneren Logik stimmig weiterentwickelten.

*Denn ist es, wenn man dem Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten und unumstößlicher Prognosen der Menschheitsentwicklung endgültig entsagt hat, nicht logisch, vor die Entscheidung über die Haltung zu einem einzelnen Ereignis in dieser Entwicklung die genaue Prüfung dieses Ereignisses – eben die Einzelfallprüfung – zu setzen? Und ist es, wenn aus aller Geschichte der Niederlagen der sozialistischen Idee gelernt worden ist, daß ohne die Gewinnung demokratischer Mehrheiten selbst sehr edle Ziele nur allzu leicht zur Farce verkommen, nicht logisch, stets – also auch in der Frage der Einzelfallprüfung – das beharrliche Ringen um Verbündete im Auge zu haben? Weil sonst auch der »reinste« Standpunkt letztlich nur sich selbst genügt?*

*Aber so logisch dieses Herangehen in sich auch ist: In Münster – und bereits auf dem langen, aber für diese Abstimmung zu kurzen Weg dorthin – ist es nicht zur Logik von Mehrheiten geworden. Zu groß war das Gewicht der die Abstimmung befrachtenden Symbole. Das Symbol »Fortführung der Erneuerung« war unter ihnen nur eines. Ihm entgegen standen: die Angst vor dem Krieg überhaupt; die Angst vor einer Wiederholung des Weges der SPD und der Grünen zu einer Kriegsbefürwortungs- und Kriegsführungspartei; die Angst vor der Unumkehrbarkeit der Dominierung der internationalen Beziehungen durch die USA und die von ihr am Gängelband geführte NATO. Und vielleicht gab es hier und da im Hintergrund auch das Bestreben, mit einem gegen alle Anfechtung gefeiten Votum frühere andere Sichten auf das Krieg-Frieden-Problem – etwa beim wie auch immer motivierten Stillhalten zur Aggression der Sowjetunion gegen Afghanistan 1979/80 oder beim viel zu langen Schweigen zum Krieg in Jugoslawien vor dem Beginn der NATO-Luftangriffe – vergessen zu machen.*

*Viel zu wichtig dies alles, um geringgeschätzt oder gar ignoriert zu werden! Ängste dieser Dimension kann man auch nicht einfach »ausräumen« – dazu haben sie viel zu viel Urgewalt. Worum es geht, ist, deutlich zu machen – wie Gysi und Bisky das wiederholt, aber eigenartigerweise nicht in der die Abstimmung in Münster entscheidenden Debatte unternommen haben –, daß mit Ängsten allein eine Partei nicht Politik machen kann. Erst, wenn sie aus den Ängsten Vorschläge zum Handeln entwickelt – und also mit ihren Ängsten mutig ins Offene geht und bereit ist, sich auf diesem Weg ins Offene auch den Gefahren des Offenen zu stellen –, wird sie tatsächlich politikfähig werden.*

*Viel zu wichtig dies alles aber auch, als daß man es der Instrumentalisierung für ganz andere Interessenlagen überlassen dürfte. Diese anderen Interessenlagen haben sich in Münster so deutlich artikuliert, daß es verhängnisvoll wäre, bliebe die Auseinandersetzung mit ihnen einfach nur eine Vorstandsfrage. Mit ihrem Minderheitenvotum zu den »Thesen zur programmatischen Debatte« der Programmkommission haben Michael Benjamin, Uwe-Jens Heuer und Winfried Wolf zunächst ihren seit langem existierenden, sehr tiefgehenden und komplexen Dissens zum reformorientierten Grundgestus der PDS zum Ausdruck gebracht. Aber, und das ist das Neue: In der Vorbereitung von Münster sind sie dabei nicht stehen geblieben. Von November 1999 an haben sie – das ist über*

viele Zeitungsartikel, Erklärungen und den Aufruf »Gegen einen Richtungswechsel« bis hin zu Winfried Wolfs Bewertung des Parteitages in der »jungen Welt« vom 11. April nachzulesen – die Gysi-Überlegungen zur Einzelfallprüfung bei UN-Kampfeinsätzen, die von der Bundestagsfraktion der PDS und dann vom Parteivorstand mit jeweils übergroßer Mehrheit unterstützt worden waren, ganz zielgerichtet zu jener Krieg-Frieden-Frage hochstilisiert, als die sie dann in Münster von vielen debattiert und betrachtet worden sind. Als ob es tatsächlich um einen Konflikt zwischen Friedensfreunden hier und Friedensgegnern da gegangen wäre!

Aber warum diese Zuspitzung? Wer das genauer begreifen will, darf um einige weitere Details der Entwicklung dorthin keinen Bogen machen. Zum Beispiel darum, daß sich mit Sylvia-Yvonne Kaufmann erstmals in der PDS-Geschichte eine zum Führungsgremium der Partei gehörende Funktionärin – sie ist Stellvertretende Parteivorsitzende und Vorsitzende der PDS-Gruppe im Europaparlament – zur Stärkung ihrer Positionen gegen die Mehrheit des Vorstandes des Instruments einer über mehrere Wochen sich erstreckenden Unterschriftensammlung bedient hat. Daran ist nichts Illegitimes, bloß: Wer es tut, sollte sich der Folgen bewußt sein. So eine Sammlung entwickelt ihre Eigendynamik. Leicht mündet sie für die Befragten in ein grob vereinfachendes »Dafür« oder »Dagegen«. Dann nimmt sie, je mehr Unterschriften zusammengekommen sind, ihrer Initiatorin oder ihrem Initiator jeglichen Verhandlungsspielraum – denn nun gilt es ja, »standhaft« zu bleiben. Und schließlich vereint sie Kräfte und Positionen unter einem Dach, die in vielen anderen Fragen zweifellos nicht zusammengehören, in dieser einen Frage aber plötzlich eine beachtliche gemeinsame Kraft entfalten. Für Winfried Wolf ist – siehe »junge Welt« vom 11. April – in Münster »der Vorstand ... mit seinem abenteuerlichen Ziel gescheitert, die antimilitaristische Grundhaltung der PDS ... aufzuweichen«.

Ein solches Ziel – das dann tatsächlich ein abenteuerliches gewesen wäre – sollen Bisky und Gysi wirklich gehabt haben? Und der Parteitag habe mit seiner Entscheidung im letzten Augenblick das Schlimmste verhütet? Dann allerdings wäre zu wünschen, daß die Initiatorinnen und Initiatoren dieser »Rettung« jetzt, da es um die Weiterentwicklung der Partei als Ganzes geht, gemeinsam aus der Deckung träten und sich mit dem Ziel der Verantwortungsübernahme in den vakant werdenden Spitzenämtern zur Wahl stellen. Oder war es dann so entschieden und komplex etwa doch nicht gemeint?

Diese Frage stellt sich auch noch in einer weiteren Hinsicht: der des Umgangs mit dem Medienecho auf Münster. Sylvia-Yvonne Kaufmann hat in ihrer Rede erklärt, welche Schlagzeilen sie am nächsten Tag in Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht haben will. Das aber ist ganz gewiß nur die Hälfte von politischer Professionalität. Die andere hätte darin bestehen müssen, genauso klar zu sagen, welche sie denn haben will – aber dazu hat sie sich nicht geäußert. Dabei waren Schlagzeilen selten so sicher voraussehbar wie in diesem Falle. Wer Bisky und Gysi eine Niederlage zufügen wollte, mußte wissen, daß diese Niederlage im Mittelpunkt aller

*Bewertungen stehen und selbstverständlich über die persönliche Niederlage hinaus als Niederlage des reformorientierten Grundgestus' insgesamt interpretiert werden würde.*

*Nun kann man natürlich endlos darüber streiten, ob und wie man das Medienecho zum Maß aller Dinge macht. Und kann sich dabei in schlechter alter Tradition der Linken aufs Schönste in der theoretischen Debatte verlieren. Bloß heißt das eben geradezu exemplarisch, den Weg hinein in die Gesellschaft immer wieder in Frage zu stellen. Wir sind in einer Mediengesellschaft, und es sind die Medien, die die Weltsicht der Bisky und Gysi einem großen Publikum bekannt gemacht haben. Was nur im Wechselspiel beider Seiten ging: in der Fähigkeit der beiden, sich des Podiums, das die Medien ihnen boten, zu bedienen, und in der – im Laufe der Jahre so sichtbar gewachsenen – Bereitschaft der Medien, ihnen dieses Podium zu bieten. Es ist absurd, angesichts dessen immer noch in der lieb gewordenen und bequemen Schablone von »den bürgerlichen Medien« zu verharren.*

*Nein, es waren nicht die Medien, die das für die Partei dramatische Öffentlichkeitsbild nach Münster produzierten. Es war der Parteitag selbst. Er hat das voraussehbare Medienecho in Kauf genommen – aber leider diese Fragen in der Debatte selbst überhaupt nicht erwogen. Was er, wenn er wirklich komplex Politik machen will, hätte tun müssen. Es braucht – das ist zu lernen – auch in dieser Frage eine Art »Folgeabschätzung«.*

*Nun rückt die Vorbereitung des 7. Parteitages mit Neuwahlen des Vorstandes in den Mittelpunkt. Münster hat dafür – trotz alledem – mehr konstruktive Zeichen gesetzt, als im Trubel der Ereignisse zu spüren war. Mit jeweils großer Mehrheit haben sich die Delegierten in einer Politischen Erklärung zur Fortsetzung des alternativen Reformprojekts bekannt und die zielorientierte Weiterführung der programmatischen Debatte beschlossen. Beides sind Entscheidungen gegen das Verharren – und somit Schubkraft für den reformorientierten Grundgestus der Partei. Da wird es darauf ankommen, daß von den Protagonistinnen und Protagonisten dieses Grundgestus' mit diesem Potential offen und vertrauensvoll umgegangen wird – und werbend!*

*Denn auch ein anderes Signal von Münster darf auf keinen Fall überhört werden: Daß die Spitzengremien der Partei die Notwendigkeit solchen Werbens bei der Mitgliedschaft um Unterstützung für neu gewonnene Einsichten und Erkenntnisse offensichtlich grob unterschätzt haben. Es ist doch ganz klar: Eine neue Sicht – sie braucht immer viel mehr an geduldiger Erklärung und ebenso geduldiger Bereitschaft zum Zuhören und zur konstruktiven Verarbeitung von Widerspruch als eine alte, vertraute, »gesicherte«.*

*»UTOPIE kreativ« sieht sich von Beginn ihres Erscheinens an im September 1990 genau solchem fundierten, werbenden Dialog um die Entwicklung neuer, moderner Sozialismusideen verpflichtet – in der auch im vorliegenden Heft zu erlebenden Gleichzeitigkeit von Erörterung brennender Gegenwartsprobleme und lernbereitem Blick in die Geschichte.*

WOLFRAM ADOLPHI



GERHARD ZWERENZ

## Die dunkle Rückseite des Mondes oder Nietzsche kam bis Stalingrad

Kein Zweifel, die direkte Wirkung Nietzsches erfaßte lediglich elitäre Teile des deutschen Volkes. Allerdings gab es vielfältige Hilfen bei der Popularisierung und Profanierung. Nehmen wir pars pro toto Karl May, die erzählerische, proletarische Volksausgabe zum Denkerdichter des Bürgertums. Karl May ist die Übersetzung des Übermenschenskomplexes ins Populäre. Der Verlust an Scharfsinn wird durch abenteuerliche, phantastische Spannung wettgemacht. Old Shatterhand gibt den deutschen Übermenschentraum ohne imperialen Fanatismus. Den dachten sich die Nationalen und Nazis, der Führer ging auch da voran, hinzu, wie die Hochschätzung Mays im Dritten Reich beweist.

Der proletarische Traum-Poet war insoweit von der Rechten ausbeutbar, Nietzsche hingegen konnte einfach auf jene schreckliche Seite seines Wesens und Werkes reduziert werden, wo er tatsächlich war, was Hitler in ihm sah – der Prophet imperialer Rassenherrschaft.

Auch dies bedarf der Vorbehalte. So teilt er die Aufgabe kriegerischer Weltbeherrschung Offizieren und jüdischen Bankiers zu, die das deutsche Kaiserreich besiegen sollten. Ein furioser Irrsinn, auf den Ernst Nolte verwundert verweist, und ein Grund mehr, dem Denker jeden Gehorsam zu verweigern. Seine wichtigsten, tragenden Gedanken sind Zeugnisse jener Wahnkrankheit, die ihn endlich ganz ergriff, sie ist sein individueller Anteil an dem rassisch-völkischen Wahn, der ein ganzes Volk zur Welteroberung anstiftete.

Wie auch immer die medizinischen Befunde der Geisteskrankheit Nietzsches gedeutet werden, im Bereich von Philosophie und Psychologie läuft die Diagnose auf Schizophrenie hinaus. Der Spaltungsirrsinn begann mit Vaterverlustschmerz und höflicher Unterwürfigkeit in der Schule sowie gegenüber Mutter und Schwester. Der Aufstand wurde im Kopf riskiert, wo die Wortsoldaten bald diszipliniert, bald aufsässig und plündernd herumzogen. Was der Person nicht gelang, hatten die Gedanken zu tun: Siege zu eringen in einer Welt voller Feinde. Dieser Revolutionär war keiner, aber ein einsamer Krieger auf dem Papier, wo er seine Tötungshemmung überwand, indem er sich als Ziel die Überwindung jener Dekadenz setzte, zu der er selbst untrennbar gehörte. Ein Dekadenter will er nicht (mehr) sein. Ein Muttersöhnchen und Schwesternsklave sucht sich zu rächen. Ein Deutscher will durch Entdeutschung Mensch werden, was ihm nur als Übermensch gelänge und leider zum Überdeutschen führt.

Gerhard Zwerenz –  
Jg. 1925, Schriftsteller.  
1952 Philosophiestudium  
in Leipzig bei Ernst Bloch;  
1957 Übersiedlung  
in die BRD;  
Werke u.a.: Kopf und  
Bauch. Die Geschichte  
eines Arbeiters, der unter  
die Intellektuellen gefallen  
ist (1971);  
Der Widerspruch. Autobiographischer Bericht (1974,  
1991 bei Aufbau Taschenbuchverlag); Die Rückkehr  
des toten Juden nach  
Deutschland (1986).  
Von 1994 bis 1998 war  
Gerhard Zwerenz mit  
PDS-Mandat Mitglied des  
Deutschen Bundestages.  
In »UTOPIE kreativ« u.a.:  
Herrn Bundeskanzler Dr.  
Helmut Kohl – persönlich –  
(Offener Brief zur deutschen  
Militärpolitik), Heft 75  
(Januar 1997) und Heft 76  
(Februar 1997);  
»Verräter und Agenten –  
Denunziation als politisches  
Kampfmittel« (Vortrag auf

der PDS-Geschichtskonferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, Heft 81/82 (Juli/August 1997) und Konferenzband-Sonderdruck Dezember 1997; Sozialismus als Barbarei? Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches, Heft 99 (Januar 1999); September & Orwell, H. 107 (September) 1999.

Dies ist die physische wie psychische Insuffizienz eines Charakters, der in der Wut schreibend zu sich findet, ein Schreibtisch-Choleriker als neuer Mensch.

Das war es, was auf die Bürgersöhne um die Jahrhundertwende so faszinierend wie anschließend faschisierend wirkte, wobei der schreibgewandte Mussolini der bessere Nietzsche-Schüler wurde. Hitler aber der tatkräftigere, denn die deutsche Kriegsmaschine zielte auf Überkrieg und Übermord, die italienische blieb zurück in den Traditionen des 19. Jahrhunderts.

Nehmen wir als Beispiel Himmlers Ansprache vor etwa hundert SS- und Polizeioffizieren am 6. Oktober 1943 in Posen, deren furchtbares Format ganz ins 20. Jahrhundert gehört, aber weder durch Hannah Arendts These von der Banalität des Bösen noch durch Goldhagens Schlußfolgerung gestützt werden kann, weil die monokausalen Begründungen zu kurz greifen. Um zu verstehen, um welche Motivationen es sich handelte, ist es notwendig, die Schlüsselsätze der Himmlerrede genauer zu betrachten. Es heißt da:

*Ich will hier vor Ihnen in aller Offenheit auch ein ganz schweres Kapitel erwähnen. Unter uns soll es einmal ganz offen ausgesprochen sein, und trotzdem werden wir in der Öffentlichkeit nie darüber reden. (...) Ich meine jetzt die Judenevakuierung, die Ausrottung des jüdischen Volkes. Es gehört zu den Dingen, die man leicht anspricht. – »Das jüdische Volk wird ausgerottet«, sagt ein jeder Parteigenosse, »ganz klar, steht in unserem Programm, Ausschaltung der Juden, Ausrottung, machen wir.« Und dann kommen sie alle an, die braven 80 Millionen Deutschen, und jeder hat seinen anständigen Juden. Es ist ja klar, die anderen sind Schweine, aber dieser eine ist ein prima Jude. Von allen, die so reden, hat keiner zugesehen, keiner hat es durchgestanden. Von Euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht. Dies ist ein niemals geschriebenes und niemals zu schreibendes Ruhmesblatt unserer Geschichte, denn wir wissen, wie schwer wir uns täten, wenn wir heute noch in jeder Stadt – bei den Bombenangriffen, bei den Lasten und bei den Entbehrungen des Krieges – noch die Juden als Geheimsaboteure, Agitatoren und Hetzer hätten. Wir würden wahrscheinlich jetzt in das Stadium des Jahres 1916/17 gekommen sein, wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen.*

Zutreffend stellt Robert Wistrich in seinem Buch »Der antisemitische Wahn« dazu fest:

*Himmler ging sogar so weit, das mörderische Treiben der SS als Erfüllung einer Pflicht gegenüber dem deutschen Volk (»Wir hatten das moralische Recht, wir hatten die Pflicht gegenüber unserem Volk, dieses Volk, das uns umbringen wollte, umzubringen«) und als eine hochmoralische und idealistische Tat darzustellen, da dabei keine persönliche Bereicherung im Spiel gewesen sei. Vor allem aber war die Endlösung eine »Reinlichkeitsangelegenheit«. »Wir wollen nicht am Schluß, weil wir einen Bazillus ausrotteten, an dem Bazillus krank werden und sterben. Ich werde niemals*

*zusehen, daß hier auch nur eine kleine Fäulnisstelle entsteht oder sich festsetzt. Wo sie sich bilden sollte, werden wir sie gemeinsam ausbrennen.«*

Der Ausrottungsantisemitismus dieser Rede könnte Goldhagen recht geben, wäre er das einzige Motiv der Triebtäter. Inwiefern es nicht so ist, soll später gezeigt werden. Zunächst ist die These von der Banalität des Bösen zu relativieren, die aus Hannah Arendts Erfahrungen beim Eichmann-Prozeß resultiert und dem Bild des bürokratischen Schreibtischmörders entspricht. Dabei bleibt unsicher, ob der gehorsame bürgerliche SS-Offizier Eichmann in seiner Amtstätigkeit so ganz mit dem Bilde verschmelzen darf, das er als Angeklagter abgab oder vorspielte. Damit nicht genug, die ungerührten Figuren der Polizeibataillone, deren Massaker-Alltag von Goldhagen und vor ihm von Christopher R. Browning, seiner Quelle, beschrieben wird, entsprechen nur einer Teilwirklichkeit. Die zum Massenmord befohlenen Gruppen funktionierten nicht wie gewünscht sicher und ungerührt.

Himmler sagt ausdrücklich: *Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht.*

Das ist von Himmler auch pro domo gesagt. Wie John Toland in seinem Hitler-Buch berichtet, hatte Heydrich *einige Mühe gehabt, die Einsatzgruppen zusammenzustellen. Kaum einer soll sich freiwillig gemeldet haben ... Eine seltsame Gruppe von Judenliquidatoren formierte sich: Vollakademiker mit doppelten Doktorgraden, Ministerialbeamte, auch ein protestantischer Geistlicher und ein Opersänger waren darunter ... Die Massenmorde wurden mit kühler Überlegenheit ausgeführt, es war eine geschäftsmäßige Operation ...*

*Trotzdem machte die psychische Reaktion der eigentlichen Henker Heydrich zu schaffen. Unter den Mannschaften waren Nerven- zusammenbrüche zu verzeichnen, viele ergaben sich dem Trunk, Offiziere litten an Magengeschwüren und anderen psychosomatischen Erkrankungen. Wieder andere ließen ihrem Sadismus die Zügel schießen, sie prügeln sinnlos auf ihre Opfer ein und verstießen damit gegen Himmlers Befehl, so »menschlich« wie möglich zu morden.*

Und Toland dann:

*Himmler selbst wurde Zeuge davon, wie demoralisierend die tägliche Mordarbeit auf die Henker wirkte. Als er im Sommer nach Minsk kam, befahl er dem Kommandeur der Einsatzgruppe B, SS-Obergruppenführer Bach-Zelewski, 100 Gefangene erschießen zu lassen, weil er sich das einmal selbst ansehen wollte. Als das Hinrichtungskommando die Gewehre anschlug, bemerkte Himmler unter den zu Erschießenden einen blonden, blauäugigen, echt arischen Menschen, der keinesfalls dazugehören konnte. Ob er Jude sei? fragte Himmler. Ja. Beide Eltern seien Juden? Ja. Ob er überhaupt keine nichtjüdischen Vorfahren habe? Nein. Himmler stampfte mit dem Fuß auf. Dann kann ich Ihnen auch nicht helfen.*

*Die Henker feuerten, Himmler aber, der ja eigens angereist war um zuzusehen, starrte zu Boden und scharrte nervös mit den Füßen. Es folgte die zweite Salve. Wieder schaute er weg. Dann be-*

*merkte er, daß zwei Frauen sich am Boden krümmten. Foltern Sie doch diese Frauen nicht! brüllte er. Los, schießt sie tot, sofort! Bach-Zelewski hatte auf genau solch eine Gelegenheit gewartet. Er forderte Himmler auf, sich selbst davon zu überzeugen, daß die Erschießungskommandos kurz vor dem Nervenzusammenbruch stünden. Die sind für den Rest ihres Lebens erledigt. Was können wir erwarten, wenn wir unseren Leuten so etwas zumuten. Sie werden entweder Neurotiker oder Sadisten!*

*Himmler versammelte die Leute um sich und hielt eine Rede. Die Männer, so erklärte er, hätten sicherlich bemerkt, daß ihm das blutige Handwerk zuwider sei, aber er müsse seine Pflicht tun, so schwer sie auch falle. Man müsse jedoch eine neue Hinrichtungsmethode finden.*

Die irre Szene, die Himmler zeigt, wie er einen blonden Juden retten will und, als der Delinquent sich weigert, sein Leben zu retten, indem er sich »arische« Vorfahren anlügt, wütend mit dem Fuße aufstampft, denn: *Dann kann ich ihnen auch nicht helfen*, zeigt Himmler im Banne seines antisemitischen Glaubens, ja des »Gesetzes«, dem er sich verpflichtet fühlt, worauf er in seiner Ansprache anschließend ausdrücklich zurückkommt, ist ihm doch das *blutige Handwerk* zuwider, aber man müsse seine Pflicht tun.

Himmlers Eingeständnis emotionaler Betroffenheit führt zur Suche nach einer neuen Hinrichtungs- und Massenmordmethode – der Tod durch Gas erscheint aus dieser Sicht vor allem als Rücksichtsmaßnahme auf die Täter, damit, nach Bach-Zelewski, die zu den Erschießungen befohlenen Männer nicht *entweder zu Neurotikern oder Sadisten* würden.

Anscheinend wird Goldhagens These vom eliminatorischen deutschen Antisemitismus damit bewahrheitet. Allerdings sprechen zugleich einige Gründe dagegen, denn die Juden waren zwar als »Rasse«, wie immer das begriffen und definiert wurde, zur Vernichtung bestimmt, doch die Begründungen verweisen mit politischer Zielsetzung auf das Jahr 1918, den Ersten Weltkrieg und die deutsche Niederlage, von der Himmler 1943 in seiner Posener Ansprache meinte, ohne die Liquidationen befände man sich jetzt im *Stadium des Jahres 1916/17*, kurz vor dem Ende, mit dem *Dolchstoß in den Rücken des unbesiegten deutschen Heeres*, wenn – ja *wenn die Juden noch im deutschen Volkskörper säßen*.

Sehen wir hier davon ab, daß 1943 tatsächlich mit 1916/17 vergleichbar war, was der Holocaust nicht hindern konnte, der den Krieg mit Deutschland und den Sieg über das Reich noch geschichtsentscheidender werden ließ, so enthüllt Himmlers politischer Rückbezug auf die deutsche Niederlage von 1918 den tatsächlichen emotionalen Untergrund, ohne den der deutsche Antisemitismus Teil des üblichen und in vielen christlichen Ländern grassierenden Rassismus geblieben wäre.

Mit der Niederlage 1918 und der bolschewistischen Revolution in Rußland jedoch wandelte sich der deutsche Judenhaß in eine psychologisch-politische Aufrüstungs-Ideologie. Jetzt galten alle Feinde als »jüdisch«, im Westen ging es gegen die »jüdische Plutokratie«, im Osten und im eigenen Land gegen die Hauptgefahr, und sie war nun »jüdisch-bolschewistisch«.

Diese politische INSTRUMENTALISIERUNG DES ANTISEMITISMUS wird von Goldhagen unterschätzt, was logischerweise zur Ausblendung der nichtjüdischen Opfer führt und zugleich schwer begreifbar macht, weshalb es Deutsche gab, die Hitlers Krieg gehorsam führten, ohne Nazis bzw. Antisemiten zu sein, ja es gab hohe Nazis, die keine Antisemiten waren, was in Schlüsselfiguren wie Ohlendorf mündete, der in einem einzigen Jahr als Leiter der Einsatzgruppe »D« für zirka 90 000 Morde verantwortlich war, persönlich aber nicht den Antisemiten zuzurechnen ist. In diesen Fällen wurzelte der Gehorsam in der quasinormalen nationalistischen Überzeugung, daß Deutschland gegen eine »Welt von Feinden« stehe und für die *Schmach von Versailles* in einem zweiten Krieg nicht nur Revanche zu nehmen habe, sondern im Kampf um die Weltherrschaft keinerlei Rücksichten nehmen dürfe.

Erst die INSTRUMENTALISIERUNG DES ANTISEMITISMUS durch die deutsche Rechte unterschied ihn von dem anderer Länder, als politisches Kampfinstrument nutzte deutsches Kapital die günstige Bereicherung per Arisierung, später im Hitlerkrieg durch die Aneignung erobelter Besitztümer in Europa, und im Kriegsverlauf eskalierte der politisch instrumentalisierte Antisemitismus über die liquidatorische Phase in die eliminatorische Endphase, die es im früheren christlichen wie deutschnationalen Antijudaismus so nicht gegeben hat. Die Pogrome früherer Zeiten mögen zwar Vorboten sein, doch erst das Dritte Reich erhob sie zum Programm, wozu es geschichtlicher Ereignisse bedurfte wie der Niederlage von 1918, der sowjetischen »roten Gefahr« und, nicht zuletzt, der mordbereiten Mentalität einer Handvoll Ideologen, die die Welt nicht nur beherrschen wollten, sondern sich im Recht auf Weltherrschaft wähnten.

Der daraus resultierende Nationalsozialismus war als Theorie die Rückkehr ins Vergangene und als Ideologie die Extremisierung deutschnationaler Sehnsüchte und Haltungen. So war das Dritte Reich die Extremisierung des Hohenzollerntums und die Wehrmacht die Eskalation des Kaiserlichen Heeres. Der dumpfe nationale und christliche Antisemitismus diente als Vehikel für Feindpropaganda, Bereicherung und endlich zur Selbstbestätigung – in Hitlers Reden, in denen der Holocaust in dunklen Wendungen erst angedroht, dann als im Gange befindlich, also offen signalisiert wurde, klingen Töne dumpfer, auftrumpfender Befriedigung an, und das Wort vom *Ende der jüdischen Rasse* erhielt frenetischen Publikumsapplaus.

Das materielle Aufrüstungsprogramm, das Hitler von 1933 an realisierte, war 1925 schon insgeheim von Generalstabsoffizieren der Reichswehr bis ins Detail ausgearbeitet worden und brauchte 1933 nur aus dem Schubladengeheimfach gezogen und realisiert zu werden. Die nazistisch-rassistische Herrenideologie aber konnte die alte Tradition des Antisemitismus nutzen, um die tödliche Schubkraft vervollständigt, die die Feindschaft gegen den »jüdischen Bolschewismus« mobilisierte.

Die altdeutsche Mär vom Kaiser Barbarossa, der aus dem Kyffhäuserberg hervorkehrt, hätte lediglich zu einer Kopie des Krieges von 1914-1918 geführt. Der Zweite Krieg sollte dagegen total sein. Also wurde auch Nietzsche unter die Blutfahne gerufen. Vielleicht

wäre er freiwillig gekommen wie anno 1870/71, denn der nazideutsche Herrenmensch ist nur die Übersetzung des philosophischen Begriffs vom Übermenschen in die pragmatische Programmatik des Dritten Reiches.

Es ist unredlich, von einer Falschauslegung Nietzsches zu sprechen, denn dieser Janus wurde im Zugriff der Nationalsozialisten zu einem Mondgott, dessen eine humane Seite zur nicht einsehbaren Rückseite degradiert wurde, die von der Erde aus sichtbare Seite aber präsentierte das Wunschbild von Krieg und Sieg, wenn auch unter Widerspruch einiger SS-Akademiker, deren Gelehrtheit die Kenntnis der anderen Hälfte des Mondes umfaßte, so daß ihnen Nietzsches Judenfreundschaft aufstieß. Das aber blieb Arabeske.

Jedenfalls paßte der »rechte« Nietzsche besser ins Dritte Reich als der »linke« in die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Traditionen. Ausnahmen wie Alfred Kantorowicz und Ernst Bloch oder im Westen Adorno/Horkheimer bestätigen nur erstens die Regel und zweitens die Notwendigkeit, Nietzsche gegenüber kühlen Kopf zu bewahren. Die weitgestreute Nachfolgeschaft von Carl Schmitt bis Ernst Jünger, deren Nachfolger längst wiederum bereitstehen, sollte Warnung genug sein.

In Kenntnis dieser Zusammenhänge geht der Vorwurf an die DDR und an Wolfgang Harich wegen deren Weigerung, Nietzsches Werk im Lande verlegen zu lassen, an der Sache vorbei. Es gab und gibt genug Gründe, dem deutschen Nietzscheanertum zu wehren. Klüger wäre es allerdings gewesen, Nietzsche mit dem Blochschen Denken entgegenzutreten. Im Konflikt um die Bewußtseins-Hege- monie darf dem Feind kein Territorium überlassen werden. Das hätten die Genossen bei Bloch lernen und bei Antonio Gramsci nachlesen können. Beider Werke und Lehren aber erschienen unverfolgt nur im Westen beim Klassenfeind.

Ernst Nolte, dessen Nietzsche-Buch durch die Distanz des Historikers wohlthat, hält leider nicht durch. Zum Schluß hin häufen sich palavernde Philosophastereien. In den Schilderungen der Erfolge Nietzsches bei Teilen der Arbeiterschaft, bei Sozialisten, Marxisten, Anarchisten taucht ein leicht hämischer Ton auf, die kritische Bestandsaufnahme der Nachwirkungen im 20. Jahrhundert bis in heutige Tage fehlt völlig, obwohl eine Kapitelüberschrift wie *Jünger und die Enthusiasten* gewisse Erwartungen weckt.

Selbst die luzideren Geister des Konservatismus kneifen eben, vielleicht weil im Falle Noltens verschiedentlich zurückgekniffen worden ist. Immerhin vermittelt Noltens Sammlung von Nietzsche-Adepten schon von den sprachtönenden Mystifikationen her den bestmöglich abschreckenden Eindruck. Der vorgeführte scharfe Dichterdenker, der das Barbarentum uriger Vorvätergenerationen so liebte wie er sich und seine Zeit als dekadent verabscheute, hinterließ einen Vasallenstamm von Panegyrikern, bis der Germanenführer Dr. Adolphos Tollwut sich selbst als legitimen Sproß am Stammbaum entdeckte. Der Nachkomme realisierte nüchtern ein Programm, das dem Vordenker nur in schamanischen Zuständen und endlich als Wahn in die zuckende Feder geflossen war.

Die Wirkung Nietzsches am Beispiel des Dritten Reiches muß bis in die letzten Konsequenzen ausgeleuchtet werden. Nehmen

wir Goldhagens Leitidee vom eliminatorischen deutschen Antisemitismus erneut auf und fragen nach einem möglichen Anteil Nietzsches daran, so steht, wie schon angemerkt, zunächst Nietzsches Ablehnung jeder Judenfeindschaft fest, sein Streit mit dem vordem geliebten Richard Wagner ist eines von vielen Zeugnissen dafür. Wie aber enträtselft sich dann die Indienstnahme des Philosophen durch Hitler?

Führen wir als exemplarisches Beispiel für Goldhagens These den Vorgang eines Judenmordes an, dessen Aufdeckung Fritz Wüllner zu verdanken ist und den wir in der 2. Auflage seines in Deutschland aus höchst verdächtigen Gründen benachteiligten Werkes *Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung* (Nomos Verlag 1997) beschrieben finden. Es handelt sich um die Fallgeschichte 26, die Wüllner durch Vernehmungsprotokolle belegt, wobei ein daheim auf Urlaub befindlicher Bauingenieur Karl Sch. wegen des individuellen Mords an einem Juden vernommen, aber weder angeklagt noch bestraft wird. Sch. erklärte dazu am 3. September 1942:

*Ich war Bauleiter und Haupttruppführer der OT, und als solcher der Leiter des OT-Einsatzes. Ich hatte keine Strafbefugnisse, wohl aber unterstanden mir die Leute des OT-Einsatzes sowie die zugewiesenen Kriegsgefangenen und Russen. Daß ich mich für berechtigt halte und hielt, einen Mann zu erschießen, ergibt sich daraus, daß mir zu verschiedenen Malen, wenn ich verletzte oder kranke Kriegsgefangene in das Stalag bringen ließ, jedesmal gesagt wurde: Was sollen wir mit dem Zeug, hättet Ihr sie doch umgelegt ... Im Einsatz wurde mir eines Tages ein Kriegsgefangener vorgeführt, von dem seine Mitgefangenen behauptet haben, er sei ein Jude. Ich ließ ihn mir vorführen und fragte ihn wiederholt, ich glaube dreimal, ob er ein Jude sei. Er bejahte dies jedesmal ausdrücklich, obwohl ich ihn aufmerksam machte, daß das sein Tod sein könnte. Als er es das dritte Mal bejaht hatte, sagte ich zu dem Dolmetscher und dem Wachmann der OT, die ihn mir vorgeführt hatten: »Dann schafft ihn weg.« Ich verstand darunter ebenso wie die betreffenden Leute, daß sie ihn erschießen sollten. Dies ist auch tatsächlich geschehen ...*

*Die Berechtigung, den Juden erschießen zu lassen, schloß ich einmal aus den genannten Äußerungen des Stalag, andererseits aber daraus, daß alle Juden im Osten umgelegt worden sind, soweit mir bekannt ist. In allen größeren Städten sind 10 000 und mehr Juden umgelegt worden ...*

Der von Wüllner entdeckte exemplarische Fall offenbart die so oft geleugnete Kenntnis des Holocaust, der im gedankenlosen Umgang der Volksgenossen als Selbstverständlichkeit akzeptiert und, wo es sich ergab, als Leitlinie eigenen Handelns benutzt wurde, ganz als sei es der Kantsche Kategorische Imperativ, variiert durch Herrenmenschenmoral: Handle so, daß die Maximen der Obrigkeit zugleich als Prinzipien deines eigenen Willens dienen können.

Was ins Populärdeutsche übersetzt lautet: Massakriert der Staat gezielt bestimmte Menschengruppen, bist du frei zum individuellen Mord, wenn die Situation es ergibt. Dies ist exakt die »deutsche Weltanschauung« des Dritten Reiches, die als Einzelfall des

Die Ehefrau des Vernommenen erklärte in derselben Sache:

*Ich war mit meinem Mann in der Ukraine. Ich erinnere mich noch gut, wie der Bauarbeiter Oseretka Franz und ein Volksdeutscher, möglicherweise namens Potter oder auch Polle, mit einem zerlumpten Kerl daherkamen, der keinerlei Papiere bei sich hatte. Sie sagten, der Mann sei ein Jude, er*

sagte es auch selbst. Mein Mann nahm ihn in das Verhör und beauftragte den Dolmetscher, ihn zu fragen, ob er ein Jude sei. Der Mann bejahte das mehrmals. Mein Mann sagte nun, sie sollten ihn hinausbringen. Ich war im Moment weggegangen, als ich wiederkam, wurde der Mann hinausgeführt. Auf meine Frage sagte mein Mann, er müsse den Mann erschießen lassen, es bliebe ihm nichts anderes übrig. Es sei schon wiederholt der Auftrag gekommen, Leute, die unter verdächtigen Umständen aufgegriffen werden, insbesondere Juden, zu erschießen. Ich habe die Erschießung des Mannes selbstverständlich gefunden, zumal er einen erschreckenden und im höchsten Maße beunruhigenden und gefährlichen Eindruck gemacht hat. Wer der Mann war, weiß ich nicht.

»eliminatorischen Antisemitismus« das Ganze repräsentiert und Goldhagens These zugleich bewahrheitet und ihr widerspricht. So ist die von Soldaten, Offizieren, Zivilisten der Kriegszeit behauptete Unwissenheit oft bloße Schutzbehauptung, die Teilnahme an Morden wurde als Pflicht verstanden oder auch selbständig geleistet, doch der Holocaust resultierte nicht gänzlich aus antisemitischen Motiven, er war überdies Folge des absoluten Gehorsams wie bei Ohlendorf, d.h. es war die militärische Perversion des Gehorsams.

Ohlendorf im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß auf die Frage, weshalb er die Judenmordbefehle trotz seiner Bedenken dagegen ausführte: *Weil es mir undenkbar erscheint, daß ein untergeordneter Führer Befehle, die die Staatsführung gibt, nicht durchführt.*

Dieses befohlene und befolgte Vernichtungsprinzip, das im Nationalsozialismus über das jüdisch-bolschewistische Feindbild zum Holocaust an den Juden und zur Vernichtung anderer Feinde der »arischen« Rasse führte, ist in seinem »eliminatorischen Antisemitismus« sicherlich deutsch, in seiner allgemeinen Form aber logisches Produkt der Kriegführung im 20. Jahrhundert, das die Tendenz der Vernichtung zur Normalität werden ließ, wenn Krieg und Sieg mit traditionellen Mitteln nicht erreichbar schienen oder eigene Opfer eingespart werden konnten. Insofern wäre Goldhagens These zu relativieren, denn sie verengt den deutschen Vernichtungskrieg monokausal. Anders gesagt: Der deutsche Holocaust, die programmierte Auslöschung dessen, was »jüdische Rasse« genannt wurde, ist zwar die realisierte Vernichtung einer zum Urfeind erklärten Menschengruppe qua staatlicher Anordnung, zugleich aber auch Teil einer militärischen Praxis mit Vorgeschichte und drohender Nachfolge.

Vor dem Rückbezug auf Nietzsches Massenmordphantasien ist es angebracht, die traditionellen Massaker der Geschichte einzubeziehen, was freilich deswegen schwerfällt, weil die deutschen Antisemiten diese Morde gern zur Begründung für eigene Untaten nutzen. Ohlendorf etwa führt sie in seinem sogenannten Testament an und der frühere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer berichtete:

*Der Auschwitz-Prozeß, ja, ich bin der Mann mit dem Auschwitz-Prozeß. Wir müssen die Prozesse machen. Wir müssen. Nein, die Angeklagten sehen ihre Schuld nicht ein, die nicht. Ein Kollege, Anwalt und Verteidiger der Angeklagten im Auschwitz-Prozeß, ein CDU-Mann, gab Häftlingen die Bibel. Als er sie zurückerhielt, fand er darin alle Stellen angestrichen, wo Gott verspricht, seine Feinde auszurotten mit Feuer und Schwert, mit Feuer und Schwert. – Der Verteidiger legte sein Mandat nieder ...*

Jenseits dieser peinlichen Verteidigungspraktiken der Täter bleiben die traditionellen Motive der Vernichtungsstrategien zu erforschen, und wenn selbst ein des Antisemitismus unverdächtiger Nietzsche zum nazistischen Kronzeugen werden konnte, so beweist es zum einen die infernalische Vernichtungsenergie, die Goldhagen interpretiert, es beweist zugleich zum anderen deren seelisch-triebhafter Struktur, die jeden Fremden zum Feind erklärt, notfalls Feinde erfindet, um Feinde zu haben und damit den eigenen Vernichtungstrieb zu legitimieren.



Schließlich standen sich im kalten Krieg zwei Supermächte gegenüber, die einander atomaren Völkermord androhten, der seine Glaubwürdigkeit im Rückblick aus Hiroshima und Nagasaki bezog und die durchaus denkbare Realisierung einer vordem nie erreichten Vernichtungsqualität bedeutet hätte. Sie war unberechenbar, die potentiellen Täter standen, auf Disziplin und Gehorsam gedrillt, Tag und Nacht bereit, ganz wie es Nietzsches *Kampf um die Erdherrschaft* entsprach.

In dieser Bereitschaft zur gegenseitigen atomaren Völkervernichtung, auch per Erstschlag, offenbart sich der moralisch-seelische Endzustand einer *Umwertung der Werte*, wie sie von Nietzsche gepredigt und im Zweiten Weltkrieg praktiziert worden ist. Der deutsche Antisemitismus unterschied sich also vom europäischen durch drei Faktoren:

*Erstens* wurde er mit Verweis auf 1918 und den *Versailler Schandvertrag* für einen Rachefeldzug politisch instrumentalisiert.

*Zweitens* wurde er als notwendige Verteidigungstaktik in die Strategie einbezogen, was ihn dem militärischen Hierarchiedenken unterwarf: Es ist befohlen, es ist zu gehorchen.

*Drittens* erlaubte der damit liquidatorisch gewordene Antisemitismus die Ausweitung der Mordbefehle auf alle Feinde, auf nichtjüdische Polen und Russen genauso wie auf Zigeuner, Kranke, Behinderte, politisch Verdächtige, besonders Kommunisten. Sie wurden einzeln oder in Gruppen und Massen vernichtet.

Der Kommissarbefehl sprach von »jüdisch-kommunistischen Kommissaren«. Die Eliminatoren töteten jüdische wie nichtjüdische Kommissare, beim »Auskämmen« in Kriegsgefangenenlagern genügte schon »asiatisches Aussehen« als Mordgrund. Sowjetische Kriegsgefangene wurden einzeln oder massenhaft erschossen, vergast, bei medizinischen Experimenten ermordet. Die dazu befohlenen Täter kümmerte die Eigenart ihrer Opfer nicht, sie gehorchten beim jüdischen Holocaust so wie bei den anderen Vernichtungssorgen. Ob sie mental Nazis waren oder nur der Führung folgten oder gar innere Vorbehalte hegten und widerstrebten – insofern sie in der Mehrzahl funktionierten, erwiesen sie sich als »die Deutschen«, die Goldhagen so direkt beim Namen nennt. Gewiß, Nazis waren nicht alle. Bis Kriegsende aber handelten diese Deutschen, als wären sie Nazis. Eine Minderheit von zirka einem Prozent benahm sich antifaschistisch, wofür sie noch zum Jahrtausende gescholten und verleumdet wird, denn die Nazivaterlandsverteidiger eroberten die deutsche Definitionsgewalt zurück.

Marx erstrebte den Weltfrieden über die sozialistische Revolution mit Marschrichtung Klassenlosigkeit. Nietzsche erstrebte den Weltfrieden durch einen letzten Welt- und Vernichtungskrieg. Wie die von ihm gelobte Herrenkaste mit ihren Untergebenen umging, kümmerte ihn nicht.

Beide Möglichkeiten wurden im 20. Jahrhundert blutig durchgespielt. Erst unterlag die Herrenkaste im Deutschen Reich, dann die Klassenherrschaft der Sowjetunion. Seitdem gruppieren die Nachfolger ihre Energien um. Die Unveränderlichkeit ihrer Triebstrukturen, die Ideenlosigkeit ihrer mediokren Führer, die Modernisierung ihrer Unterhaltungstechniken laufen auf die Wiederholung des

Vergangenen hinaus. Denn der unvollendete Mensch ist ein Krieger, nur in den Zeiten unmittelbar nach großen Niederlagen gibt er sich friedlich. Nietzsche: *Ihr sollt den Frieden lieben als Mittel zu neuen Kriegen*. Zehn Jahre nach 1945 war Deutschland wieder wehrhaft und kriegstüchtig: die ewige Wiederkehr des Gleichen.

Nietzsche als Philosoph ist nicht original. Seine Hauptideen *Übermensch, ewige Wiederkehr des Gleichen, Überwindung der Dekadenz durch Rückwendung zur Barbarei vergangener Herrenrassen, Umwertung der Werte*, sind ausgeborgte Krücken, die in den Händen der Völkischnationalen zu Hieb- und Stichwaffen wurden, woran auch die glänzende Verpackung der Kriegslehre im Zarathustra nichts änderte. Was der literarische Kenner als stilistische Brillanz feiert, bemerkt der Nationalist vor Begeisterung über die puren Kriegsideen kaum.

Nietzsche, der von Lichtenberg befeuert war, als er ihn las, ist eben als nichtphilosophischer Aphoristiker und in der Nachfolge Schopenhauers als kulturkritischer Essayist von Belang, als Feind des Antisemitismus und der Deutschtümelei bewährte er sich zwar in Konfliktsituationen wie dem Streit mit Richard Wagner, doch hob er beide Prinzipien nicht auf die Höhe jener verführerischen Ideen, die zum Kernbereich des deutschen Nationalimperialismus der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts zählen.

Nietzsche mochte noch so oft die Entdeutschung fordern. Er wurde eingedeutscht. Er mochte seinem Namen eine polnische Herkunft geben, er wurde dennoch zum deutschen Nationalhelden erhoben.

Und wenn er die Judenfeindschaft noch so bekämpfte, sein Übermensch schoß als kommandierender Herrenmensch in den Mordkommandos mit und, ebenso schlimm, seine Verachtung der Zivilisation stieß die als Sklavenseelen definierten Massenmenschen erst rettungslos hinein ins Dasein massenhafter Sklaverei, aus der kein Spartacus ausbrach, denn er war bei den Niederen nicht vorgesehen, wo er aber dennoch erstand, wurde er als Feind der Herren Übermenschen mit Hohn und Spott verfolgt.

Politisch, philosophisch und soziologisch ist diese Seite des doppelten Nietzsche nicht zu retten.

Nietzsches Schopenhauer-Schülerschaft ist insofern eine Legende, als er Schopenhauers Hauptwerk rein zufällig in einem Antiquariat fand und sich daran festlas. Er war hingerissen, doch bald mißfiel ihm das Misanthropische am Arthur, denn er wollte hoch hinaus, blieb aber wie sein Lehrer fast zeitlebens erfolglos.

So radikal er den Pessimismus abstreifte, so blieb er doch in vielen Dingen Schopenhauerianer, und seine Verachtung der deutschen Dichter unterscheidet sich nicht von der des im mainischen Frankfurt vereinsamten Pensionärs, der seinen Pudel und sonst nichts zur Gesellschaft haben wollte, klaglos, während Nietzsche in der Schweiz, mehr noch in Italien seine Einsamkeit beklagte, was an Karl Marx in London erinnert.

Wer die drei Denker als moderne Stilisten zu schätzen weiß, erkennt ein leuchtendes Dreigestirn der Literatur. Aus ihrer Galle schlugen sie Goldmetall, nur nützte das ihnen persönlich nichts. Arnold Künzli berichtet in seiner Marx-Psychographie von einem

Brief, den Karls Mutter an ihren Sohn schickte und in dem sie ihm empfahl, statt das KAPITAL zu schreiben, lieber eins zu machen,

Der gute Rat kam zu spät. Wäre er befolgt worden, feierte die Globalisierung schon ihren hundertsten Geburtstag.

Was bleibt, ist Nietzsches Stil, seine Kritik, seine Analysen- und Reflexionskunst, die traumhafte Ironie, das emotionale Potential des Widerspruchs und der unerschöpfbaren Empörung. Dieser heimatlose Wandersachse, der in Turin verrückt wurde, obwohl er es vordem schon war, endete im kirkenturmbeschatteten Leipziger Umfeld bei der Mama, einer überlebenslangen Pfarrerswitwe, von wo er endlich zum weiteren Absterbeprozess in die Weimarer Villa Silberblick (Karl May läßt grüßen) der Schwester gebracht wurde, die sich aus der früheren behüteten kleinen Schwester zur willensstarken Domina entäußerte.

Elisabeth erst peitschte den erfolglosen Bruder auf die Höhen großer Auflagen hinauf. Als verfälschende Deuterin des armen Irren wird sie inzwischen meist gehandelt. Doch tat sie viel mehr. Sie war der modernere Teil der Familie. Heute leitete sie gewiß weltweite Unterhaltungskonzerne, ihre raffinierten Werbestrategien, ihr wacher Sinn für die Verwertung des angesammelten Wortmaterials machten sie zur erfolgreichen Geschäftsfrau. Da sie früh erspürte, wie nationaler Konformismus, Antisemitismus und übersteigertes Deutschtum im Kommen waren, bot sie diesen ihren Familienschatz in der entsprechend zubereiteten Fassung an. So erhielt Führer Adolf H. von ihr, wir wissen es, des Bruders Krückstock zum Geschenk. Auf den er sich, nach dem vergeblichen Attentat vom 20. Juli 1944, siegreich stützte. Womit Elisabeth ihrer Devise treu blieb – hatte Friedrich, genannt Fritz (Fritz Nietzsche hätte weniger opernhafte getönt), sich überall Feinde gemacht, machte sie sich lieber Freunde. Freund Adolf als Hausgast und Deutschland über alles. Die Folgen der Philosophie des Bruders wuchsen der Schwester über den Kopf. Und aus dem Kopf.

Apropos Krückstock: Als der mißtrauisch gewordene Prof. Karl Schlechta die hochbetagte Elisabeth aufsuchte und ihre Fälschungen des Nietzsche-Nachlasses nachwies, schleuderte die Endachtzigjährige zornig ihren schweren eichenen Krückstock nach ihm, daß er ums Leben fürchtete, wie er berichtet. Karl S. Guthke deutet das mit Wortzauber: Elisabeth wurde als Kind »Lama« genannt, der Bruder behielt das bei. Lamas, die wütend werden, spucken gezielt. Von Lou von Salomé wurde Elisabeth auch tierisch benannt, nicht als Lama, aber als »rachsüchtige antisemitische Gans«.

Die drei größten sächsischen Geistesheroen Richard Wagner, Friedrich Nietzsche und Karl May überzeugen durch zwei Gemeinsamkeiten: Einmal durch ihr Werk, zum anderen vermittels krimineller Energie: Wagner als Antisemit, Nietzsche als Vernichtungskrieger und May als lügenstarker Taschendieb. Es gehört wohl eine Prise Genie dazu, das zu bemerken und die armen Meistersünder trotzdem zu mögen.

Nietzsche, einem bald vaterlosen Pfarrhaushalt entstammend, scheint auf anarchistischen Spuren zu wandeln, predigt er den Aufstand des Einzelnen. So ersetzte er sich gegen den toten Vater erst diesen, dann wurde er zum Übervater. Als Revolutionär eine so

pathetische wie hohle Pose. Als Literat ein Schmuckstück. Karlheinz Deschner, der mich einmal als Nietzsche-Feind mißverstand, schimpfte postwendend wütend los. Danach mißverstand er mich als Freund des Nietzsche und mochte mich wieder. Ich glaube, Deschner, wie Nietzsche einem Pfarrhaus entfleucht und lebenslänglich daran leidend, las nur einen einzigen Satz seines Buchhelden: *Gott ist tot*. So mancher entlaufene Klosterzögling, warum fällt mir da bloß der Name Stalin ein, verfällt dem Gegenteil des eingebleuten Glaubens und findet sich auf der dunklen Rückseite des Mondes wieder.

In Stalingrad schlug der von Nietzsche propagierte Übermensch so eliminatorisch wie liquidatorisch siegreich auf die eigenen Kameraden zurück. Der in letzter Minute zum Feldmarschall ernannte führertreue Paulus, der den Krieg gegen Rußland gern und gehorsam geplant hatte, obwohl ihn seine Frau davor warnte, der seine Soldaten bis zu deren letzten Blutstropfen kämpfen ließ, bis die Sowjetarmisten vor der Tür seines sicheren Bunkers erschienen und er sich ergebenst in Gefangenschaft kutschieren ließ, den Wunsch äußernd, man möge ihn als »Privatperson« behandeln, was wohl entschuldigen sollte, daß er sich weigerte, seine Truppen im Kesselnordteil kapitulieren zu lassen, welche Führertreue seinem letzten Funkspruch auf Hitlers Kapitulationsverbot entsprach, als Paulus antwortete: *Ihre Befehle werden ausgeführt, es lebe Deutschland!* – dieser neugebackene Wehrmachtsgeneralfeldmarschall bewährte sich nach bestem Wissen ohne Gewissen: Alle Soldaten haben bis zur letzten Patrone zu kämpfen und zu sterben, Kapitulation laut Führerbefehl verboten. Der Herr selbst und sein Stab plus Leibgarde retten sich in Gefangenschaft und bewahren damit das eigene kostbare Leben.

Starb Nietzsches Übermensch in Stalingrad? Dem unermüdlischen Fleiß und Scharfsinn Fritz Wüllners verdanken wir die Kenntnis der letzten üblen Großtat im Kessel von Stalingrad. Einen Kriegsberichterstatter Heinz Schröter zitierend heißt es da: *Im Bereich von vier Divisionen im Westen und Süden Stalingrads sind in acht Tagen dreihundertvierundsechzig gezählte Todesurteile vollstreckt worden. Die Urteile wurden ausgesprochen wegen Feigheit, unerlaubter Entfernung von der Truppe, Fahnenflucht und Verpflegungsdiebstahl. Ja, auch Diebstahl.*

Die 6. Armee verlöschte. Ihr Marschall privatisierte. Die tapferen Kriegsjuristen verfertigten fleißig Todesurteile bis zum letzten Schlachtentag. Hättten etwa 364 zum Tode verurteilte deutsche Landser gemeinsam mit ihren Kommandeuren, Anklägern und Richtern in Gefangenschaft marschieren dürfen?

Das wäre den Herren Übermensch gegen die Ehre gegangen. Die aber war ihnen unverletzlich, denn sie wurde für die Nachkriegskarrieren gebraucht.

HORST KAHRS

## Was kommt nach den »Reformern« in der PDS?

Der Münsteraner Parteitag und seine mediale Interpretation haben die Erfolgskrise der PDS sichtbar gemacht. »Erfolgskrise« meint nicht, daß nach dem Erfolg die Krise kommt, sondern daß der Erfolg selbst krisenhaft war, daß die Art und Weise, wie die Erfolge zustande kamen, fast notwendig in einer Krise enden mußte. Wie tief diese Krise geht und welche Chancen sie birgt, wird auszuloten sein. Die Interpretation der Krise ist immer auch selbst ein Teil von ihr.

Mit dem Naheliegendsten beginnend: Seit über zwei Jahren sind die Rückzugsabsichten von Gregor Gysi bekannt, ähnlich verhält es sich bei Lothar Bisky. Und unabhängig von persönlichen Absichtserklärungen verhält es sich so, daß bewährtes Führungspersonal abtritt, zum Beispiel weil die historische Aufgabe erfüllt ist. Zu den Krisenphänomenen zählt, daß so gut wie nichts getan wurde, um den Wechsel im Führungspersonal und der Repräsentanten der Partei auf Bundesebene vorzubereiten, auch die Abtretenden wenig Zeit und Energie darauf verwendeten, das Feld zu bestellen, was immerhin zur Leitungsverantwortung zählt. In der Personalfrage verhartete »die Partei« wie das Kaninchen vor der Schlange, schlitterte sehenden Auges in die Führungskrise. Nicht die Personalfrage, sondern die Abwesenheit von politischer Problembewältigungsfähigkeit charakterisiert ein Krisenmoment.

Der Verzicht von Lothar Bisky und Gregor Gysi markiert das Ende einer zehnjährigen Entwicklungsphase der PDS: Die *Chance*, daß eine deutsche demokratisch-sozialistische Partei entsteht, ist etabliert.

Jetzt kommt es darauf an, diese Chance zu nutzen oder zu verspielen. Die demokratisch-sozialistische Partei in Deutschland ist die PDS noch nicht. Stellvertretend für viele andere diese These stützende Belege mag auf die interessante Tatsache verwiesen sein, daß in der gesamten Debatte um das Für und Wider eines neuen Programms kaum jemand darauf verwies, daß allein die ersten beiden Sätze des gültigen Programms ein neues Programm erforderlich machen: Die Gegenwart ist nicht mehr durch »das Scheitern des sozialistischen Versuchs in Osteuropa« gekennzeichnet (es sei denn in der Gestalt, daß jede Gegenwart eine Vergangenheit hat), auch zeichnet sich die gesamtdeutsche Situation nicht mehr primär dadurch aus, daß »der wirtschaftliche und soziale Niedergang, die massenhafte politische Ausgrenzung in Ostdeutschland ... bedrohliches Ausmaß« annehmen.

Horst Kahrs – Jg. 1956, Sozialwissenschaftler, seit 1995 wissenschaftlicher Mitarbeiter für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik der Bundestagsgruppe/Bundestagsfraktion der PDS. Gehört zur Beratergruppe des Fraktionsvorstandes.

Die Perspektive des Zusammenbruchs, des Niedergangs und der Verfolgung durchzieht das gesamte Programm, es dient der Selbstbehauptung und -verteidigung. Seine entscheidende Schwäche liegt genau darin: Es kommuniziert ostdeutsche Erfahrungen, begründet für Ostdeutsche, wozu sie eine demokratisch-sozialistische Partei gebrauchen könnten, aber eben nicht für Westdeutsche. Die PDS braucht ein neues Programm, weil – für die gesamte Gesellschaft, in der Ostdeutsche lediglich eine qualifizierte Minderheit sind – der Nutzen und die Ziele einer demokratisch-sozialistischen Partei entfaltet werden muß. Ein derart erneuertes Programm wäre Voraussetzung für und Beginn der Phase des Aufbaus einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland und brächte die Überwindung des nach Kolonialismus riechenden Schlagworts von der »Westausdehnung«. Die Gelegenheit, aus den ostdeutschen, den DDR-Erfahrungen systematisch ein gesamtdeutsches sozialistisches Projekt zu entwickeln, ist über die notwendige Verteidigung von »Ostinteressen« vertan worden.

Die Selbstinterpretation der Entwicklung der PDS durch ihre öffentlichen Meinungsführer – weniger durch die -führerinnen – als ständige Auseinandersetzung zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«, »modernen Sozialisten« und »Altkommunisten« oder – seit jüngstem – »Dogmatikern« ist zwar medial spannend, transportiert aber nur die eher konspirativen Gefechte aus der SED der achtziger Jahre ins neue Jahrhundert. Geburtsstunde und Ziel der »Reformer« war es, die DDR durch einen »modernen Sozialismus« zu erneuern, die Existenz der DDR war Voraussetzung, 1989 bot sich – endlich – die Chance, zur Mehrheit in der SED/PDS zu werden.

Sicherlich, ein paar Jahre lang drückten die herrschende öffentliche Meinung und »die Medien« der PDS diese Auseinandersetzung auch auf, ohne sie allerdings erfunden zu haben. Es war wie bei Eltern, die ein Kind nötigen, seine guten Absichten zu bekennen. Das Krisenhafte zeigt sich aber darin, daß gerade »die Reformer« dieses Szenario in den letzten Jahren kultiviert haben, daß es unzählige Äußerungen gibt, die die Wirklichkeit und existentielle Bedeutung gerade dieser Auseinandersetzung nach außen kommunizierten als eine zwischen den Guten und den Bösen. Sicherlich, man kann die Situation der PDS so beschreiben, aber auch hier wie in allen anderen Fragen der Politik gilt: Die Problemdefinition setzt die Bedingungen für die Problemlösung. So, wie seitens der »Reformer« die Lage definiert wird, bleibt nur die entscheidende Schlacht oder der ständige faule Kompromiß.

Diese Sackgasse verhindert die Fortentwicklung zu einer demokratisch-sozialistischen Partei in Deutschland. Der Münsteraner Parteitag hat im übrigen gezeigt, daß die Mehrheit der Delegierten und der Mitglieder genau diese Sichtweise nicht für die entscheidende halten, sondern als eine durch die Parteioberen gesetzte. Darin liegt die Chance der PDS. Um die Gelegenheit beim Schopfe ergreifen zu können, müssen sich die Reformer reformieren, sich ihrer durch die Vergangenheit geprägten Hütungen entledigen. Äußerungen von einigen nach dem Parteitag sprechen allerdings für eine fehlende Bereitschaft oder Fähigkeit, sondern lassen die destruktive Fortsetzung alten Denkens befürchten.

Nicht einige »Hamburger«, die KPF oder irgendwelche Dogmatiker bedrohen die Zukunft der PDS, sondern die Politik- und Leitungsunfähigkeit der »Reformer«. Wenn es denn wahr ist, was Gregor Gysi in seinem Brief an die Delegierten schrieb, daß die KPF in der praktischen Politik und Politikentwicklung der PDS in den Kommunen, Ländern und im Bund so gut wie gar nicht präsent sei, so lebt die Erkennbarkeit, die Erfahrbarkeit der PDS offenbar von einer überwiegenden Mehrheit anders geprägter, denkender und handelnder Menschen, vermutlich genau von denen, die unter den vorgefundenen politischen Bedingungen konkrete Veränderungen für eine bessere Gesellschaft umzusetzen versuchen, von denen, die das wollen und tun, obwohl sie wissen, daß damit der Kapitalismus nicht abgeschafft wird, die das tun, obwohl ihnen die von Gysi richtig bezeichneten »ideologischen Wächter« die Begrenztheit ihres Handelns immer wieder vorhalten. Diese Auseinandersetzung ist sicher nicht lustig, kann aber auch als immer wieder notwendiges Ausrufezeichen zur Reflexion des eigenen Denkens und Handelns verarbeitet werden. (Von den tatsächlich wenigen Personen, die wie auf dem Parteitag offensichtlich nicht bereit sind, die elementarsten Regeln des innerparteilichen Streits zu beachten, sollte sich die PDS zügig trennen – sofern damit nicht die Hoffnung verbunden ist, das eigentliche Problem entsorgt zu haben.)

Die Gegeneinanderstellung von »demokratisch-sozialistischem Weg« und »Verharren in althergebrachten Sicherheiten«, von »Erneuern und Verharren«, von »Einzelfallprüfung« und »Anspruch auf den Besitz ewiger Wahrheiten« negiert die Berechtigung des Ver- und Beharrens. Sie enthält darüber hinaus keinen Entscheidungsmaßstab zwischen beiden, kein Drittes, an dem sich die Zweckmäßigkeit von Erneuern und Verharren zu beweisen hätte. Das ist auch nicht möglich, weil die Gegeneinanderstellung mittlerweile genauso sinnentleert ist wie jene zwischen »Reformern« und »Traditionalisten«. Vermittelbar ist nach außen von dem, worum es dabei geht, nichts mehr, so daß die Auseinandersetzung mehr und mehr als eine persönlich-biographische Angelegenheit aus vergangenen Tagen begriffen werden muß – und so mangels Argumenten angegangen wird, wenn an Stelle der inhaltlichen Auseinandersetzung die Unterstellung persönlicher Machtambitionen tritt. Genährt, nicht verursacht, wird solche Psychologisierung, wenn der PDS eher pädagogisch daher kommende Übungen wie »Koitionsfähigkeit«, »Regierungsfähigkeit« oder »Politikfähigkeit« abverlangt werden, ohne vorher oder zumindest gleichzeitig zu sagen, wofür und wodurch sich denn solche »Fähigkeit« auszeichnet. Wer sagt, er wolle »regierungsfähig« werden, muß deutlich machen können, daß er nicht einfach »hoffähig« meint, sondern die Durchsetzung einiger ganz bestimmter Anliegen. Daran ist dann meßbar, was Regierungsfähigkeit und womöglich Koalition bringen. Der Anspruch, daß einem doch bitte schön keine bösen Absichten unterstellt werden dürfen, weil man doch »glaubwürdig« sei, ist in der Politik fehl am Platze. Wähler und Delegierte haben keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit der von ihnen Gewählten, sondern auf Überprüfbarkeit von Erfolg und Mißerfolg; eine Partei, die allein vom Charisma und der »Glaubwürdigkeit« einzelner

Personen lebt, von der Vertrauensfrage, steckt in der entscheidenden Existenzkrise.

»Reformer« und »Erneuerer« stehen unter Beweis*pflicht*. Überzeugt werden will »die Partei« davon, daß es eben nicht um das geht, was uns der »flexible Kapitalismus« alltäglich vormacht: das Jagen nach kurzfristigem Erfolg, das Einreißen von Institutionen, die Aufkündigung von Sicherheiten, die Entwertung von Erfahrung und Tradition. Diese meist erlittene, weniger emanzipativ gelebte Erfahrung des ständigen Wandels begründet die Berechtigung des Verharrens. Man muß nicht jede Mode der Moderne mitmachen. Daraus erwächst die an einzelnen Punkten auch mehrheitsfähige Attraktivität der KPF-Positionen. Anstatt ihnen Dogmatismus und anderes vorzuwerfen, sollte man sie nicht aus der permanenten Beweis*not* entlassen, aus der Not zu beweisen, daß ihre Sicht der Verhältnisse Menschen motiviert, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sich einzusetzen. Letztlich mißt sich hieran die Politikfähigkeit einer demokratisch-sozialistischen Partei: eine ständig steigende Zahl von Menschen zu begeistern, ihre Interessen in die eigenen Hände zu nehmen, sich zu engagieren und zu emanzipieren.

Unter diesem Gesichtspunkt offenbart die Abstimmungsniederlage des Vorstands in Münster und ihre Verarbeitung eine entscheidende Fehlinterpretation. Die klare und eindeutige, eben nicht durch eine »Einzelfallprüfung« theoretisch offene Haltung zu UN-Militäreinsätzen förderte die außerparlamentarische Politikfähigkeit der PDS. An vielen Orten entstanden anlässlich des Kosovo-Krieges Bündnisse, in denen die Stärke der PDS diese Eindeutigkeit war, das nackte Bedürfnis, »Nein!« zum Krieg zu sagen. Das wenige Wochen später mit Osttimor eine ganz andere Herausforderung an die PDS-Parlamentarier gestellt wurde, daß generell die Gesetze des Handelns und Argumentierens auf der parlamentarischen Bühne andere sind als im außerparlamentarischen, gesellschaftlichen Feld, war demgegenüber von untergeordneter Bedeutung. Statt das Abstimmungsergebnis als Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen »Reformern« und »Traditionalisten« zu begreifen und zu interpretieren (auch wenn es von manchen so aufgezogen wurde), bietet sich auch eine produktivere, zukunftsfähigere Interpretation an, die erst mal auf Schuldzuweisungen und -bekenntnisse verzichtet, wohl aber Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft des Projektes PDS von allen Beteiligten verlangt: Es war ein Sieg der Logik außerparlamentarischen Handelns gegenüber der Logik parlamentarischen Handelns. Gewißheit besteht damit darüber, daß es »die Partei« als eine gesellschaftliche Institution neben ihren Parlamentsfraktionen noch gibt, eine andere Sicht als die verengte Sicht parlamentarischer Politik und damit die Voraussetzung für den Aufbau einer demokratisch-sozialistischen Partei. Das Spannungsverhältnis zwischen Partei und außerparlamentarischer Politik einerseits und Medien- und Fraktionspolitik andererseits zu akzeptieren und systematisch zu entwickeln, zählt zudem zu den Voraussetzungen von Politikfähigkeit, die darauf aus ist, Gesellschaft zu verändern. Ein typischer Fall von Politikunfähigkeit und Disqualifikation für obere Leitungsaufgaben liegt allerdings vor, wenn die eigene Argumentation auf dem aufbaut, was man *nicht* in



den Medien lesen will. Größere Anpassung an die »Mediendemokratie« und Entpolitisierung von Politik ist kaum noch vorstellbar. Weiter weg von der Fragestellung *Was wollen wir in den Medien über die PDS lesen und wie erreichen wir das?* kann mensch sich kaum noch bewegen.

Der kommende Parteitag wird mit dieser Frage verantwortungsvoll umgehen müssen. Er wird der entscheidende Parteitag für die PDS sein. Die Personalfrage steht dabei sicherlich im Mittelpunkt des medialen Interesses, sie stellt sich gegenwärtig aber als höchst uninteressant dar, weil sie mit keinerlei inhaltlichen Fragen verbunden ist. Erfolg und Mißerfolg des Parteitages werden mittelfristig davon abhängen, ob dort eine Frage diskutiert und Richtungsentscheidungen getroffen werden, die in der Gesellschaft auch außerhalb der PDS interessant sind, weil sie oppositionelle Positionen und Interessen aus der Gesellschaft gegenüber der Regierungspolitik aufnehmen und artikulieren. Hierzu könnten zählen: Aussagen zum Verhältnis von Staat und Markt, zum Umbau staatlicher Regelungskompetenzen oder zu unverzichtbaren sozialen Grundrechten, für deren Sicherung die PDS in der Dynamik des politökonomischen Wandels eintritt.

Darüber hinaus wird der Parteitag zeigen müssen, ob zehn Jahre PDS nur die sich hinziehende Nachgeschichte der SED waren oder die Vorgeschichte einer neuen demokratisch-sozialistischen Partei. Die bisherige Selbstinszenierung der PDS-Entwicklung gibt den begründeten Anlaß anzunehmen, daß die PDS für letzteres dringend der Hilfe von außen bedarf. Die Verantwortlichen für die Vorbereitung des Parteitages sollten daher auch über ein weiteres Signal nachdenken: Wer eine demokratisch-sozialistische Partei in der Bundesrepublik will, muß die PDS jetzt mit Instandbesetzen, statt weiter abzuwarten.

## FRANK BERG

# Politikwechsel und Reformpolitik: Der Fall Mecklenburg-Vorpommern

Nach den Landtagswahlen vom 27. September 1998 gelangte in Mecklenburg-Vorpommern eine SPD-PDS-Koalition an die Regierungsmacht. Von vielen Akteuren und Beobachtern mit Hoffnungen bedacht, wurde sie von anderen als Tabubruch und Grenzüberschreitung der bisher in Deutschland üblichen Koalitionsmuster beklagt. Von Anfang an trat die neue Regierung mit dem Anspruch auf, einen »Politikwechsel« im Lande durchzusetzen. Diesem Gedanken gehen wir in einer Studie<sup>1</sup> nach, stellt sich doch die Frage, inwieweit auf der Ebene eines Bundeslandes überhaupt die Möglichkeit besteht, einen Politikwechsel durchzusetzen und wenn »ja«, in welche Richtung ein solcher Politikwechsel von den Voraussetzungen einer »rot-roten« Koalition her angestrebt wird bzw. realisierbar erscheint. Zieht man die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS sowie die Regierungserklärung von Ministerpräsident Ringstorff zu Rate, so wurde ein Politikwechsel angestrebt, der auf mehr Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie sowie auf eine Versöhnung im Lande abzielt.

Jeder Anspruch auf einen »Politikwechsel« ist heute unweigerlich in die Frage eingebunden, wie der in Deutschland von allen Seiten deklarierte »Reformstau« aufzulösen ist, welche Rolle hierbei marktliberale bzw. sozialstaatliche, wertkonservative bzw. wertoffene Orientierungen spielen sollen. Es geht mithin nicht nur um Veränderungen von Akzenten oder Prioritäten in der Politik, sondern um die Suche nach neuen Wegen in einem gesellschaftlichen Umfeld, das tiefgreifender und komplexer Reformen bedarf. In keiner der großen politischen Parteien Deutschlands gibt es gegenwärtig hierfür klare oder gar einheitliche Orientierungen: Im christdemokratischen Lager Deutschlands gruppieren sich marktliberale, wertkonservative und christlich-sozialstaatliche Vertreter neu. Im sozialdemokratischen Lager steht die Auseinandersetzung um eine Neuaustarierung neoliberaler und sozialstaatlicher Werteorientierungen noch in den Anfangsschritten. Auch bei den »Bündnisgrünen« und im Lager der Sozialisten ringt man um Neuorientierungen – denn sowohl traditionell ökologische als auch traditionell »linke« bzw. »linksozialistische« Positionen greifen nicht mehr, wenn sie mit den veränderten Realitäten konfrontiert werden.

### *Bedingungen moderner Reformpolitik*

Was nun die Landesebene betrifft, so hat sich auch hier eine Reihe neuer Bedingungen für die Etablierung von Reformen herausgebildet.

Frank Berg – Jg. 1951,  
Prof. Dr. phil. habil., Sozial-  
wissenschaftler/Politikwis-  
senschaftler am BISS e.V. –  
Brandenburg-Berliner  
Institut für Sozialwissen-  
schaftliche Studien

Diese Bedingungen gelten unabhängig von den konkreten Inhalten der jeweiligen Reformpolitiken, stellen also für linksdemokratische Ansätze nicht weniger neue Herausforderungen dar als für andere:

*Erstens:* Reformpolitik in den Bundesländern, sofern sie auf Finanzierungen angewiesen ist,<sup>2</sup> kann heute in der Regel nicht mehr als Verteilungspolitik überschüssiger Finanzen oder zusätzlicher Neuverschuldung angegangen werden, sondern in der Tendenz nur noch auf Grundlage einer Politik zur Herstellung konsolidierter Staatsfinanzen. Wenngleich diese These im linksdemokratischen Umfeld nicht unumstritten ist,<sup>3</sup> sind doch die Töne hörbarer, daß Reformprojekte nicht durch die perspektivische Einschränkung staatlicher Handlungsspielräume erkaufte werden dürfen. Neuverschuldungen (bzw. ihre Erhöhung) sind, wenn überhaupt noch akzeptabel, an strikte Kriterien zu binden, nämlich: a) an die Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur nachhaltigen Neuorientierung der Landesfinanzen (Einnahmen, Ausgaben, Transparenz, ressourcenübergreifende Bündelungen, Schwerpunktbildungen etc.) und b) an die Erwartung nachhaltiger Effekte der Landesentwicklung, darunter auch im Bereich der Staatsfinanzen selbst. Die Ursachen hierfür liegen nicht allein in der komplizierten Haushaltslage der öffentlichen Finanzen, sondern – prinzipieller – in den Grenzen des fordistischen Reproduktionsmodells, in tiefgreifenden Veränderungen der Moderne-Entwicklung. Die einstige Koppelung zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, aber auch zwischen Wirtschaftswachstum und Wachstum der Staatsfinanzen ist zwar nicht völlig aufgehoben, aber brüchiger geworden.

*Zweitens:* Wenn dies so ist, dann werden Reformvorschläge – aus welcher Richtung sie auch kommen – intensiver denn je mit Verteilungskonflikten und organisierten Interessenkonflikten verbunden sein. Erfolgreiche Reformprozesse, die über das politisch-administrative System angestoßen werden, müssen dabei einerseits danach suchen, die internen Antriebs- und Motivations- sowie die Kooperationskräfte der betroffenen gesellschaftlichen Teilsysteme bzw. Teilsektoren zu stärken – nicht durch ihre traditionelle Verfestigung, sondern durch Anregungen zu Öffnungen, Richtungsänderungen, Interessentransformationen – und gleichzeitig die Möglichkeiten beschneiden, sich auf Kosten anderer Nutzen zu verschaffen.<sup>4</sup> Werden einerseits bestimmte Entwicklungsrichtungen beschnitten (z. B. Interessen der Wirtschaft bei den FFH-Gebieten; Sozialbürokratie bei freien Trägern), müssen nach Möglichkeit für diese Bereiche neue Entwicklungschancen eröffnet werden (z. B. ökologisch orientierte Wirtschaftsförderung; projektgebundene statt infrastrukturegebundene Sozialförderung).

*Drittens:* Der Haupthebel (und im Sinne von Punkt 1 ein weitgehend »kostenloser«) für das Anstreben von Reformprozessen ist die Herstellung einer neuen demokratischen Öffentlichkeit. Darunter sind sowohl Prozesse zu verstehen, die die beabsichtigten Reformprojekte öffentlich diskutieren, zugleich der Versuch, auf diese Weise längerfristig Werteorientierungen zu verändern (Stichworte: Lebensweisen, Konsum, regionale Wirtschaft, Ökologie,

»Der Übergang von der ›Interessensicherung‹ zur ›Interessentransformation‹ ist ein gesellschaftlicher Vorgang, der durch Politik nur dann beschritten werden kann, wenn es ein öffentliches Bewußtsein über die Notwendigkeit und die Möglichkeit solcher Transformationen gibt. Dazu gehören die Einsicht, dass man aussteigen muß, und die begründete Hoffnung, auf einem neuen Weg nicht nur Altes zu verlieren, sondern auch Neues zu gewinnen.«  
Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, Berliner Debatte INITIAL, H. 4/5, 1999, S. 13.

Nachhaltigkeit) und insgesamt neue Formen der Demokratie, der Bürgergesellschaft und der Öffentlichkeit zu unterstützen. Prinzipiell können die traditionellen Interessenstrukturen und ihre Blockierungstendenzen nur transformiert werden, wenn eine neue demokratische Öffentlichkeit entsteht, vor allem öffentliche Dis-  
kurse über Reform- und Entwicklungsperspektiven des Landes.

*Viertens:* Das politisch-administrative System kann in mittelfristiger Perspektive die anderen Teilbereiche der Gesellschaft nur dann steuern und auf Reformen hin neu orientieren, wenn es sich selbst neu orientiert. Dies betrifft sowohl die Erschließung finanzieller Mittel für Reformpolitik als auch deren Legitimität (öffentliche Unterstützung) und Handlungsfähigkeit. Sie muß also ihre finanziellen Quellen und ihre Legitimität tendenziell zu einem Gutteil aus der Umorganisation der öffentlichen Hand selbst speisen, vor allem aus der Neuorientierung der öffentlichen Förderpolitik und aus der Verwaltungsreform.

*Fünftens:* Eine auf nachhaltige Reformen zielende politische Steuerung, will sie erfolgreich sein, kann nur noch über Politiknetzwerke erfolgen, nicht über »Top-Down-Umsetzungen« politisch-administrativer Politikentwürfe. In Politiknetzwerken geht es nicht einfach um Verwaltungskontrolle, sondern um die Herausbildung von Handlungsorientierungen, Überzeugungen, Normen, Regeln, Leitideen, um Überzeugungsgemeinschaften (advocacy coalitions), um die Suche nach Kompromissen, Interessenausgleich, Wettbewerb um geistige Hegemonie. Das alles erfordert einen diskursiven, transparenten, sachorientierten Politikstil, der auch in der Öffentlichkeit Akzeptanz finden kann. Hier müssen sich die jeweiligen Politikentwürfe, wenn sie eine Durchsetzungschance haben wollen, einbringen, einen Platz erobern.

*Sechstens:* So sehr heute die Notwendigkeit wie auch die Inhalte und Instrumentarien in nationale, europäische und globale Zusammenhänge eingebunden sind, spielt doch der Ansatz des Regionalen bei der Etablierung von Reformschritten eine entscheidende Rolle. Hier sind – gerade in Ostdeutschland – die strukturellen Blockierungen der Interessengruppen wie auch festgefahrene Besitzstände in der Regel noch weniger als auf der Bundesebene ausgeprägt, ergeben sich daraus spezifische Handlungs- und Innovationschancen. Besonders die Chance zur Bildung innovativer, offener, dynamischer Akteursnetzwerke – auch quer zu traditionellen politischen und Interessengruppen – ist auf der regionalen Ebene größer, und gerade hierin liegt das entscheidende Akteursproblem des Zugangs zu Reformen. Andererseits sind die Handlungsbedingungen regionaler Akteure heute viel stärker in die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse eingebunden (nicht schlechthin dadurch »eingeschränkt«).

#### *Neue Politikansätze und reformerische Herausforderungen in Mecklenburg-Vorpommern*

Da sich in Mecklenburg-Vorpommern – bislang einmalig in Deutschland – eine »rot-rote« Regierungsform etabliert hat, stellen sich die folgenden drei Fragen, und zwar mit eskalierender Dimension von Frage zu Frage:

Ostdeutschland kann durchaus eine Vorreiterrolle spielen, und zwar nicht – wie dies schon beinahe die Regel ist – in bezug auf die Abkopplung von den Tarifregulierungen, sondern bei der Anbahnung struktureller und institutioneller Reformen hin zu einem neuen Modernisierungspfad.

Vollzieht sich dort ein Politikwechsel und wenn ja, in welche Richtung (werden spezifische Inhalte »rot-roter« Politik erkennbar)?

Sind Reformansätze im Sinne der o.g. allgemeinen Erfordernisse erkennbar?

Inwiefern kann sich eine SPD-PDS-Regierung von anderen Bundesländern und anderen Modernisierungs- bzw. Reformansätzen unterscheiden, bildet sich ein veränderter Politiktyp heraus, der perspektivisch eine spezifische Variante ostdeutscher Modernisierungspolitik sein könnte – neben beispielsweise der konservativ geführten sächsischen Modernisierungsvariante.

Während bei der erstgenannten Frage (Politikwechsel) doch zumindest eine Reihe klarer Signale erkennbar ist, verweist die zweitgenannte (Reformansätze) weitgehend noch ins Hypothetische bzw. Konzeptionelle und die letztgenannte (spezifische Modernisierungsvariante) bleibt derzeit gänzlich offen.

In den folgenden fünf Punkten sollen die hervorstechendsten Neuansätze politischen Handelns, aber auch die hiermit verbundenen neuen Herausforderungen für die SPD-PDS-Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern dargestellt werden:

*Erstens:* Als Zeichen einer gravierenden Veränderung im Lande, einer Wende bzw. eines Politikwechsels wurde deutschlandweit an sich schon die Tatsache reflektiert, daß SPD und PDS die erste rot-rote Koalition in Deutschland bildeten. Zwar ist es zweifelhaft, daß eine bestimmte Koalition schon ein Wert »an sich« sein kann. Nimmt man aber die deutschlandweiten Reaktionen in den Medien auf die Bildung der rot-roten Koalition, ist es eine Tatsache, daß diese Reaktionen nicht wegen irgendwelcher konkreter politischer Vorhaben erfolgten, sondern »an sich« schon auf die Bildung dieser Koalition. Nicht nur von der Koalitionsarchitektur her war dieser Schritt in Deutschland neu, sondern auch gemessen an den bisherigen Erfahrungen und politischen Orientierungen der beiden beteiligten Parteien. Bei der rot-roten Koalition handelt es sich um die Bewältigung eines gravierenden Umbruchs politischer Akteurskonstellationen, wie er beispielweise nur vergleichbar wäre mit den ersten rot-grünen Koalitionen in anderen Bundesländern. Bemerkenswert an der Veränderung der Akteurskonstellationen ist zunächst die Tatsache, daß beide Partner der Regierungskoalition von den gesellschaftlichen Akteuren im Lande als Adressat ihrer Interessenartikulation und überwiegend auch als kompetente Partner oder kompetente Kontrahenten akzeptiert werden. Man könnte sagen, das ist Normalität. Neu ist, daß für die PDS-Seite der Kreis der Ansprechpartner und somit auch ihre Einflußmöglichkeiten wesentlich größer und differenzierter als während der Oppositionszeit geworden sind,<sup>5</sup> ohne daß der Wirkungskreis von SPD und CDU kleiner geworden wäre oder sich daraus direkte Verschiebungen der Wählerpotentiale ergeben würden. Freilich hat die CDU bei den Kommunalwahlen im Juni 1999 und in den Umfragewerten des Jahres 1999 deutlich zulegen können.

*Zweitens:* Das Land kam durch die Bildung einer handlungsfähigen Regierung aus einer mehrjährigen innenpolitischen Blockadesituation heraus. Seit langer Zeit gibt es wieder eine kooperative, sachorientierte, beiderseits kompromißbereite, aber nicht konflikt-

freie Zusammenarbeit innerhalb der Regierung und zwischen den regierungstragenden Koalitionsfraktionen im Landtag. Dadurch sind prinzipiell neue Grundlagen für die landespolitische Gestaltungskraft von Regierungspolitik geschaffen worden. Das ist keine Frage von »links«, »Mitte« oder »rechts«, macht auch noch keine Reformpolitik, ermöglicht aber politische Handlungsfähigkeit. Vernetzungen und Bündelungen von Förderungen werden eher möglich und wurden – wenngleich erst in Anfängen – realisiert. Weiterhin konnte die Regierung auf dieser Grundlage eine Reihe von Problemen lösen, die teils schon unter der Vorgängerregierung thematisiert worden waren, jedoch nicht zum Ergebnis gebracht werden konnten (kurzfristige Planung des Airbus-Projekts Rostock-Laage, allerdings ohne Ansiedlungserfolg für die Endfertigung; Einführung des strikten Konnexitätsprinzips für die Kommunalfinanzierung; neue Abfallwirtschaftsordnung; Regulierung von Konflikten zwischen Tourismuswirtschaft, Landwirtschaft und Umwelt). Neue Initiativen wurden bei der Ausgestaltung und Akzentuierung von EU-Richtlinien und Bundesgesetzen, in von MV ausgehenden Bundesratsinitiativen (z.B. Verbandsklagerecht), beim Übernehmen, Aufnehmen politischer und sozialer Innovationen aus anderen Bundesländern und dem Ausland (z.B. Arbeitsmarktpolitik) ergriffen.

Am 15. März 2000 beschloß der Landtag einstimmig (!) die Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung. Konnexität bedeutet, daß das Land verpflichtet ist, den Kreisen und Gemeinden Mehrkosten auszugleichen, wenn vom Land durch Gesetz oder Verordnung Aufgaben an die Kreise und Gemeinden übertragen werden.

Trotz aller Belastungen der Koalitionsatmosphäre (z.B. durch den Kosovo-Krieg; durch die Haushaltskürzungen im Sozialbereich; durch den Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe) gelangte die Koalition bislang nicht in eine ernsthafte Krise. Die Kooperationsmechanismen beider Parteien (regelmäßige Absprachen beider Fraktionsvorsitzenden und Parlamentarischen Geschäftsführer; Kooperation der Fraktions-Arbeitskreise; Minister- und Staatssekretärsrunden mit Teilnahme von Fraktionsvertretern; Koalitionsausschuß) hatten eine koordinierende und konfliktregulierende Wirkung. Mit dem Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe entstand jedoch eine neue Konfliktdimension. Zum ersten Mal konnte ein »hausgemachtes« Problem zwischen den beiden Koalitionspartnern nicht gelöst werden. Nachdem die SPD durch eine Abkehr von dieser Orientierungsstufe<sup>6</sup> faktisch auch vom Koalitionsvertrag (Punkt 127) abrückte und somit eine für die Koalition stark belastende Situation herstellte, sah sich die PDS ihrerseits veranlaßt, in den Punkten 208 (Obergrenze der Nettokreditaufnahme) und 217 (Verbot wechselnder Mehrheiten) ein Abgehen von der Koalitionsvereinbarung zu erwägen. Die PDS stellt damit eine politische Reaktion in Aussicht, die einerseits ihre Eigenständigkeit unterstreichen soll, im Ergebnis aber den Riß für die Koalition vertiefen könnte. Letzteres muß allerdings nicht zwangsläufig der Fall sein. Wenn beiderseits am Fortbestand der Koalition festgehalten wird – und dies ist derzeit der Fall –, kann auch eine neue, konflikthaftere, aber nicht unproduktive Art des Umgangs der Koalitionspartner miteinander entstehen. Die PDS hat angekündigt, gegebenenfalls auch eigene Anträge in den Landtag einzubringen, beispielsweise für ein Bleiberecht ausländischer Minderjähriger, für das Schulsozialarbeiterprogramm bei gleichzeitiger Entlastung der kommunalen Beteiligung,

Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS, Punkt 127: »Um den pädagogischen, demographischen und flächenland-spezifischen Anforderungen gerechter zu werden, wird die schulartenunabhängige Orientierungsstufe eingeführt. Ihre Anlagerung an die Grundschule oder eine weiterführende Schule wird nach den jeweiligen Gegebenheiten vor Ort entschieden. In der Legislaturperiode werden die notwendigen Maßnahmen für den langfristigen Übergang zur sechsjährigen Grundschule eingeleitet.«

für ein Schulbauprogramm oder ein spezielles Vorpommern-Programm.

*Drittens:* Auf dauerhafte, stabile und neue Grundlagen wurde der bereits 1997 eingeleitete Kurs der Haushaltssanierung gestellt. Die Politik ging zu einer langfristigen Konzeption und Praxis nachhaltiger Haushaltssanierung über und beginnt in ersten Schritten, auf dieser Grundlage das Land zu gestalten. Während sich das Land in den Jahren 1995 und 1996 noch jeweils mit über 2 Md. DM jährlich neu verschuldete, wurde seitdem der Kreditbedarf konsequent zurückgefahren: 1997 auf knapp 1,5 Md. DM, 1998 auf knapp 1,3 Md. DM, 1999 auf 924 Mio. und im Jahr 2000 auf ca. 650 Mio. DM. Im Jahre 2002 soll die Kreditaufnahme höchstens noch 450 Mio. DM betragen. Die Verschuldung des Landes war in den neunziger Jahren steil angestiegen und hatte bis zum Jahre 1998 die Summe von 13,7 Md. DM erreicht. Im Jahre 2000 sind es etwa 15,2 Md. DM Schulden. Dafür müssen im Jahre 2000 ca. 880 Mio. DM (!) an Zinsausgaben zur Verfügung gestellt werden; in den nächsten Jahren wird diese Ausgabenlast noch nicht sinken können. Eine sukzessive Absenkung der Nettokreditaufnahme – vorerst geplant bis zum Jahre 2002 – stoppt noch nicht das Anwachsen des Schuldenberges (im Jahre 2003 voraussichtlich 16,6 Md. DM <sup>7</sup>), jedoch wird ein Weg in diese Richtung, zur Bewahrung bzw. Wiedererlangung politischer Gestaltungsfähigkeit, beschritten. Konsequent orientiert man damit auf eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Eine Absenkung der absoluten Verschuldung und eine Absenkung der jährlichen Zinslasten können wahrscheinlich erst nach einer Senkung der Neuverschuldung auf »Null« in Angriff genommen werden; erst dann kann der Schuldenberg abgebaut werden.

Neu ist an dieser Politik insbesondere auch die Tatsache, daß die PDS diesen Kurs von Beginn der Koalition an mittrug und trotz mancher »Bauchschmerzen« mitgestaltete. Nun wird – wie dargestellt – dieses Mittragen wieder in Frage gestellt. Dabei ist absehbar, will man die Sanierung vorantreiben, daß die Einnahmen des Haushaltes perspektivisch deutlich enger werden. Allein auf Grund des prognostizierten Bevölkerungsrückganges<sup>8</sup> ergeben sich bei der Umsatzsteuerverteilung, beim Länderfinanzausgleich und den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen gegenüber 1999 Mindereinnahmen von 40 (im Jahre 2000), 71 (2001), 95 (2002) und 116 (2003) Mio. DM.<sup>9</sup> Ein zusätzlicher Einnahmeausfall in Höhe von 199 Mio. DM (bereits saldiert durch erwartete Mehreinnahmen) entsteht infolge steuerrechtlicher Änderungen des Bundes. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß der Solidarpakt I im Jahre 2004 ausläuft und die Konditionen für einen Solidarpakt II ab 2005 für das Land gewiß härter werden.

Natürlich wäre ein Politikwechsel, der gerade darin besteht, die Haushaltssanierung an sich in den Mittelpunkt zu stellen, genauso perspektivlos für das Land wie ein Politikwechsel, der neue politische Ziele an den Herausforderungen der Haushaltssanierung vorbei entwickelt. Für linksdemokratische Politik ist es die schwierigste, aber letztlich unumgehbare Herausforderung, die Haushaltssanierung als Mittel und Chance zu nutzen, politische Ziele für

Punkt 208: »Die Obergrenze für die Nettokreditaufnahme wird im Jahr ... 2000 auf 650 Mio. DM, im Jahr 2001 auf 550 Mio. DM, im Jahr 2002 auf 450 Mio. DM festgesetzt. In begrenztem Umfang kann einvernehmlich eine Verschiebung der Kreditaufnahme innerhalb des Vierteljahreszeitraumes vorgenommen werden.«  
 Punkt 217: »Beide Fraktionen verpflichten sich, nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Die freie Gewissensentscheidung des einzelnen Abgeordneten bleibt hiervon unberührt.«

eine sozial gerechtere und zukunftsfähige Entwicklung des Landes zu entwickeln bzw. neu zu definieren. Sie läßt sich m.E. nur angehen, wenn von den oben allgemein genannten sechs Reformforderungen ausgegangen wird; sie erfordert in vielem die Transformation von Interessen (einschließlich potentieller Wählergruppen) statt ihrer einfachen Verteidigung und Bewahrung. Hierfür sind Innovationsgeist und politische Initiative, Öffentlichkeit und parteienübergreifendes Handeln notwendig, sind Ideen und Öffentlichkeitsarbeit gefragt, nicht jedoch eine enge Sicht auf Parteiinteressen oder das Ausprobieren politischer Mittel des Drucks. Hier stellen sich Risiken für die Bewahrung des bisherigen Einflusses der Parteien, weil traditionelle Interessen nicht mehr auf traditionelle Weise bedient werden können. Andererseits kann man annehmen, daß (nur) die Parteien, die solche Reformorientierungen zu bewältigen suchen, sich auf diesem Wege langfristig neue Chancen für die Erlangung geistiger Hegemonie und neue Wählerpotentiale erarbeiten. Denn einen anderen Weg als die Verbindung von Haushaltskon-solidierungspolitik und Modernisierungspolitik gibt es ohnehin auf Dauer nicht; die Frage ist nur, wie und mit welchen Inhalten dies durchgesetzt wird und wer hierbei die Initiative in der Hand hält.

*Viertens:* Der Politikstil der Regierung und der sie tragenden Koalitionsparteien ist merklich kommunikativer geworden. Politische Prozesse werden deutlich mehr in einem diskursiven Kontext und als Verhandlungsprozesse mit den Organisationsträgern von Interessengruppen geführt. Exemplarische Beispiele dafür waren/sind die Verhandlungsprozesse um die FFH-Gebiete, die Krankenhausplanung und das Bündnis für Arbeit. Es besteht die Möglichkeit (aber nicht die Gewähr), daß die Akzeptanz bei den verschiedensten Interessenverbänden weniger von ideologischen Dispositionen oder traditionellen Bindungen ausgeht, sondern sich eher auf Kooperation und Einbeziehung in Entscheidungsprozesse stützen kann. Dadurch würden tendenziell die Akteurskonstellationen im Lande auf neue Grundlagen gestellt, würden natürlich daraus auch neue Ansprüche an die Politik erwachsen.

Eine damit verbundene Herausforderung wird darin bestehen, die kooperativen Beziehungen zwischen den beiden Koalitionspartnern weiterzuentwickeln. Dazu gehört sowohl die Profilierung der eigenständigen Positionen innerhalb beider Parteien als auch die gezielte Suche nach den gemeinsamen Schnittmengen. Kompromißfähigkeit und gemeinsames Konfliktmanagement zwischen den Koalitionspartnern, so wichtig und so kompliziert das auch ist, reichen aber für moderne Politik nicht aus. Die o.g. Kooperationsmechanismen sind derzeit noch zu sehr auf Fehlervermeidung und zu wenig auf die Etablierung neuer Politikansätze gerichtet, sie bringen zu wenig Ideen, Anregungen, Motivationen hervor. Der Wettbewerb der beiden Koalitionspartner um realistische, innovative Politikangebote wird zunehmen. Den Schwierigkeiten, die sich in den Beziehungen der beiden Koalitionspartner in der letzten Zeit anbahnten, liegen sowohl unterschiedliche Gesellschafts- und Politikvorstellungen als auch eine unterschiedliche Bereitschaft zu reformerischen Veränderungen zugrunde. Gesellschaftsvorstellungen



und Reformbereitschaften sind auch innerhalb der beiden Parteien selbst sehr inhomogen, werden nach außen hin noch zu wenig nachvollziehbar vermittelt und erscheinen daher zum Teil nur als Konflikte. Der externe Maßstab für die Bewertung der Koalitionspolitik geht mehr in die Richtung, ob pragmatisch und allgemein nachvollziehbar Fortschritte bei der Lösung von Problemen des Landes erzielt werden oder nicht, ob hierfür die Handlungsmöglichkeiten für die kommunale und sub-regionale Ebene erweitert werden oder nicht.

Die CDU profitierte im letzten Jahr von der Enttäuschung über Rot-Grün und Rot-Rot in der Bevölkerung. Sie vermochte, ihren Einfluß in Verbänden zu stabilisieren oder zu halten (Unternehmerverbände, Feuerwehrverband, THW, Landessportbund, Tourismusverband, Landkreistag). Sie nimmt direkt oder über die Verbände Einfluß auf die Landespolitik und Landesverwaltung. Man kann aber auch davon ausgehen, daß die CDU Mecklenburg-Vorpommerns vor einer neuen Herausforderung steht: Sie wird durch die Umkehrung des Bundestrends und die inneren Veränderungsprozesse in der Bundes-CDU tendenziell dazu veranlaßt, von der gegenwärtig vorherrschenden Fundamental-Opposition zu einer Sachopposition überzugehen und bestehende Differenzen zwischen den Koalitionspartnern SPD und PDS zu nutzen. Dies würde die rot-rote Variante vor völlig neue Herausforderungen stellen, auf lange Sicht möglicherweise die Koalitionskarten neu mischen. Hinzu kommt, daß schon jetzt die CDU-nahen Verbände Rot-Rot nicht boykottieren, sondern in konstruktiver Sacharbeit ihre definierten Interessen durchzusetzen suchen. Und während die CDU-Fraktion im Landtag derzeit noch geschlossen und frontal gegen Rot-Rot agiert, tendieren die CDU-Wähler im Lande wie überhaupt immer die Wählerschaft eher dahin, sich an dem zu orientieren, was sie für das Landeswohl halten. Schließlich hat die neue Koalition gerade auf dem Felde der politischen Kultur Akzente gesetzt, die normalerweise einer Blockbildung entgegenstehen. Schon jetzt scheint deshalb klar, daß bestimmte landespolitische Ziele (wie vor kurzem gerade die Verankerung des Konnexitätsprinzips) in der Perspektive auch einen Dialogzugang zur Opposition erfordern und insgesamt noch mehr als bisher ein dialogischer, innovativer und pragmatisch lösungsorientierter Politikstil entwickelt werden muß.

Nicht zuletzt geht es um den schrittweisen, aber gezielten Aufbau einer demokratischen Öffentlichkeit im Lande und besonders auch in den Kommunen, ohne die die Einleitung von zukunftsfähigen Reformen kaum vorstellbar ist. Heute kann man noch nicht oder bestenfalls nur marginal feststellen, daß es medial vermittelte öffentliche Diskurse über grundlegende Fragen der Entwicklung des Landes gäbe. Die Medien bedienen eher die Lust auf Sensation und Konflikt als die Mühen des inhaltlichen Diskurses. Interessanter sind hingegen regionale und politikfeldspezifische Foren, so zu Fragen der Perspektiven der Jugend. Die demokratische Bürgergesellschaft, die sich von »unten« her in die politischen Prozesse einbringt, ist dennoch zu wenig entwickelt. Oder – auch darüber wäre nachzudenken – sie ist von den kulturellen Eigenheiten der

»Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Positionen der PDS hat die CDU nicht zum ersten Mal angekündigt. Worte sind das eine, Taten das andere. Und selbige haben wir im Landtag noch nicht zur Kenntnis nehmen können.«  
Angelika Gramkow,  
Fraktionsvorsitzende der  
PDS, Presseinformation  
vom 25. April 2000.

Menschen im Lande auf besondere Weise geprägt. Die demokratische Bürgergesellschaft oder »Zivilgesellschaft« in Mecklenburg-Vorpommern wird ohne Zweifel andere kulturelle Merkmale aufweisen als jene in Nordrhein-Westfalen oder Sachsen. Hiervon wäre auch in der Politik auszugehen. Wissenschaftliche Erkenntnisse fehlen indes hierzu noch.

Ein damit verbundenes, von den Parteien noch zu wenig aufgegriffenes Thema der Entwicklung politischer Kultur besteht in der Förderung bürgerschaftlichen Engagements, in der Vereinfachung oder Beseitigung von Hürden für Bürgeranfragen, demokratischer Bürgerinitiativen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide. Einiges ist in Richtung von Demokratieverbesserungen zweifellos im Verlaufe des letzten Jahres eingeleitet worden, ohne damit jedoch auf besondere Resonanz in der Bevölkerung zu stoßen. Zu hoffen ist, daß der aus der Bundes-SPD hervorgebrachte Vorstoß zur Weiterentwicklung der Bürgerdemokratie auch neue Impulse für die Landesentwicklung bringt. Der in der Bevölkerung vorherrschende politische Frust kann nur aufgelöst werden, wenn sich nicht nur in der Koalition, sondern auch im Lande selbst, in der Öffentlichkeit ein neuer Stil des Dialogs und der sachorientierten Auseinandersetzung entwickelt. Moderne, reformorientierte Politik hat nun mal – anders als strukturkonservative Politik – nur eine Chance, wenn sie auf öffentliche demokratische Debatten und öffentliche demokratische Lernprozesse setzt. Dies scheint eine der wichtigsten Herausforderungen und Voraussetzungen für progressive Reformprozesse zu sein.

*Fünftens:* In einer Reihe von Projekten und Handlungsmustern finden Politikinhalt der Demokratie, der Versöhnung und der Gerechtigkeit einen größeren Niederschlag als zuvor. Hierin besteht gerade für die Linken die eigentliche Kernfrage der Bewertung dieser Regierungskoalition: Kann eine rot-rote Regierung mehr Demokratie und soziale Gerechtigkeit erreichen als andere Regierungsformen? Wenn diese Frage auf Mecklenburg-Vorpommern bezogen wird, zeigt sich gegenüber den CDU-geführten Vorgängerregierungen eine Reihe neuer Akzente in dieser Richtung: Für Demokratieverbesserungen sprechen die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahre (kommunale Ebene), Verbesserung der demokratischen Rechte in den Schulen, Stärkung von Mitspracherechten beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Für die Umsetzung des Versöhnungsgedankens spricht seitens der Koalition der Verzicht auf eine Art der Auseinandersetzung, die dem politischen Gegner die Würde nimmt; daneben könnte es der Verzicht auf die »Regelanfrage« beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit sein, wenn dies – was bislang zu wenig der Fall ist – mit einer differenzierteren öffentlichen Vergangenheitsbewältigung einherginge. Und für mehr Gerechtigkeit sprechen die Bestrebungen, Arbeitslosen eine Chance über die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors zu geben, den Zukunftschancen junger Menschen größere Aufmerksamkeit zu widmen (Mobilitätshilfen, »Jugend baut«, Etablierung von Jugendfirmen, Projekt DUO usw.), Gleichstellungsfragen zwischen Mann und Frau als ressortübergreifendes politisches Anliegen zu entwickeln, das soziale Bera-

tungs- und gesundheitliche Betreuungsnetz aus- und Dispensaireketten aufzubauen oder die umstrittene Förderung des privaten Erwerbs von Plattenbauwohnungen.

Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang eine Arbeitsmarktpolitik, die auf einen intelligenteren Einsatz der vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente und Mittel setzt. Der Einstieg in einen öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS), der hierbei nur einen neben anderen Politikinhalten darstellt (mit bisher über 300 Beschäftigten in gemeinwohlorientierten Arbeitsprojekten), zielt auf eine Verbesserung der »weichen« soziokulturellen Standortfaktoren, auf die Etablierung regionaler Netze zwischenbetrieblicher und institutioneller Strukturen, auf die Selbstorganisation und -koordination lokaler/regionaler Akteure. Es geht also nicht einfach um eine staatliche Alimentierung von Arbeitsplätzen, sondern um den Aufbau gemeinwohlorientierter, aber wettbewerbsfördernder sozioökonomischer regionaler Infrastrukturen.

#### *Wahrnehmungsmuster der Akteure*

Diese genannten fünf Punkte, die gleichsam reformorientierte Ansätze wie auch neue Herausforderungen zum Ausdruck bringen, ändern noch nichts daran, daß von den durch uns befragten Akteuren in Parteien, Verbänden, Verwaltungen und anderen Institutionen keine neue Gesamtqualität des Regierungshandelns wahrgenommen wird. Wenn sie nicht wahrgenommen wird, kann folglich von ihr auch kein Motivations- oder Innovationsschub ausgehen. Auch innerhalb des Regierungslagers, besonders in der PDS, wird auf die kritischen Punkte der bisherigen Koalitionszeit aufmerksam gemacht, ohne die beachtlichen Neuansätze, die die Koalition erbracht hat, gering zu schätzen. Es gibt – so stimmen die meisten der von uns befragten Akteure überein – Ansätze eines Politikwechsels, aber keinen Politikwechsel, keine neue Gesamtqualität der Politik auf Landesebene. Es wird mehr diskutiert im Lande – das ist der Ansatz einer Veränderung der politischen Kultur –, aber es gibt noch keine neue politische Kultur und kein neues politisches Klima im Land. Von einer neuen geistig-moralischen Führerschaft bzw. Hegemonie im Lande durch die Koalition kann man nicht sprechen. Im Gesamtbild überwiegt die Kontinuität – manche Gesprächspartner drücken es kritischer aus: Es gibt nicht viel Neues. Sie drücken dabei vor allem auch aus, was mehrheitlich in der Bevölkerung empfunden wird. Der Regierungswechsel wurde nur ansatzweise zu einem tatsächlichen Politikwechsel fortgeführt. Positiv gewendet, betonen vor allem Führungskräfte in der Ministerialverwaltung, daß es eine sinnvolle Kontinuität des Regierungshandelns gäbe. Möglicherweise wäre es nach eineinhalb Jahren auch nicht realistisch, einen tatsächlichen »Politikwechsel« oder gar eine neue Reformpolitik zu erwarten. Die Frage ist jedoch, ob diese Ansätze erweitert und vertieft werden können, so daß sie im Lande mit wachsender Zustimmung wahrgenommen werden. Auch diese Frage ist heute noch offen.

Am kritischsten wird unter den befragten Akteuren – sei es innerhalb des Koalitionslagers oder außerhalb – eine gewisse

»Die Koalition insgesamt ist stabil. Es gab aber eine kritische Phase im Zusammenhang mit der Orientierungsstufe, die ist noch nicht ganz beigelegt. Da haben SPD und PDS Fehler gemacht und zeigten sich nicht entscheidungsfreudig. ... Ich sehe aber keine Veranlassung, die Koalition infrage zu stellen oder noch schlimmeres. Im Gegenteil: Wir diskutieren jetzt gemeinsam über politische Schwerpunkte bis zum Ende der Legislaturperiode und wollen uns über Grundzüge für die Zeit danach verständigen wie die mittelfristige Finanzplanung. Das zeigt: Wir sind gewillt, die Koalition auch über 2002 hinaus fortzusetzen.«  
 Helmut Holter, Landesvorsitzender der PDS, Die Welt vom 17. April 2000.

Entscheidungsschwäche wahrgenommen. Zwar wird zugestanden, daß die Spielräume relativ gering sind, andererseits wird ange mahnt, daß die Möglichkeiten nicht konsequent genutzt werden, daß es an Beweglichkeit und Weitsicht fehle. Schwerer noch wiegt, daß der Koalition seit dem Streit um die schulartenunabhängige Orientierungsstufe das Merkmal zugeschrieben wird, möglicherweise nicht einmal solche Beschlüsse verwirklichen zu können, die klar in der Koalitionsvereinbarung festgelegt waren und zudem nicht zu den schwierigsten Problemen des Landes gehören.

### *Perspektiven*

Auch wenn regionale Reformansätze in starkem Maße in nationale, europäische und globale Zusammenhänge gestellt sind, stellen sie zunehmend ein relativ selbständiges politisches Aktionsfeld dar, können sich in unterschiedlichen Varianten entwickeln und sogar eigenständige Anstöße hervorbringen. In Mecklenburg-Vorpommern bleiben die Herausforderungen, einen solchen Reformkurs einzuleiten, der das Land nicht überfordert, aber neue Perspektiven zeigt: In öffentlichen Diskursen zukunftsorientierte Leitideen für die Entwicklung des Landes und seiner Sub-Regionen erarbeiten; Haushaltskonsolidierung mit Reformperspektiven und Interessentransformation verbinden; Prioritäten, Mechanismen und Effizienzen der Landesförderpolitik überprüfen nach Gesichtspunkten der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit und nach der Verbesserung sozialer Gerechtigkeit; hierbei die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zu verbessern und nach Synergieeffekten zu suchen; Wirtschafts- und Arbeitsförderung integrativ nach Schwerpunkten voranbringen; ÖBS zu einem modernen gemeinwohlorientierten Dienstleistungsbereich entwickeln, der zur Entwicklung regionaler sozioökonomischer Infrastrukturen beiträgt und sich neben einer öffentlichen Grundförderung auch eigenfinanzieren kann und leistungsorientiert stimuliert wird; moderne, bürger- und dienstleistungsorientierte Verwaltungsreform, die weniger mit neuen Zentralisierungen bei der Ministerialverwaltung einhergeht als vielmehr mit Subsidiarität, Eigenverantwortung, Stimulierung regionaler innovativer Akteursnetzwerke.

In diesen Herausforderungen – wie sie hier skizziert sind – verbinden sich allgemeine Reformfordernisse mit solchen, die eher auf einen modernen linksdemokratischen Ansatz zielen. Diese Verbindung wäre mit dem gegenwärtig bestehenden Koalitionsgefüge in Mecklenburg-Vorpommern prinzipiell kompatibel, wenn sich beide Parteien entschiedener auf einen modernen Reformkurs einließen. Die Frage nach der Möglichkeit einer linksdemokratisch mitgestalteten und beeinflussten regionalen Reformalternative ist heute noch nicht ausreichend diskutiert und erst recht noch nicht praktisch entschieden, auch mit der rot-roten Regierungsform in Mecklenburg-Vorpommern nicht. Eine günstige Voraussetzung (»Voraussetzung« ist noch keine hinreichende Bedingung!) hierfür besteht jedoch in diesem Lande: Regierungsmacht. Denn solche weitreichenden reformerischen Veränderungen und derart komplexe gesellschaftliche Steuerungsprozesse können zwar auch aus der Opposition heraus beeinflusst werden, dürften ihr aber ohne die ent-

sprechenden Steuerungs- und Entscheidungskompetenzen letztlich kaum den »Stempel« aufdrücken können.

- 1 Frank Berg, Thomas Koch: Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern? Studie, März 2000, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 99 Seiten, im Erscheinen.
- 2 Weniger auf eine Finanzierung angewiesen sind z.B. solche wichtigen Reformbereiche wie Demokratie und politische Kultur. Die Reformmöglichkeiten in anderen Bereichen, so zum Beispiel bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Umwelt-, Verkehrs-, Sozial- und Bildungspolitik sowie bei der Regionalentwicklung insgesamt hängen zu einem großen Teil von den Finanzierungsmöglichkeiten ab.
- 3 Vgl. hierzu u.a. die Diskussion im Neuen Deutschland vom 25. Februar und 16. März 2000.
- 4 Vgl. Rainer Land: Reformpolitik in Zeiten der Depression, in: Berliner Debatte Initial, 1999, Heft 4/5, S. 5-19; vgl. auch Renate Mayntz, Fritz W. Scharpf: Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren, in: dieselben (Hg.): Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung, Frankfurt/Main, New York 1995, S. 9-38.
- 5 Die Vergrößerung des Wirkungskreises bezieht sich vor allem auf die drei PDS-Minister, bedingt auch auf die PDS-Fraktion im Landtag (kaum jedoch auf den Landesverband der PDS). Seitens der verschiedensten Interessenorganisationen, darunter der Unternehmerverbände, werden sie heute kraft ihrer Regierungsposition wesentlich mehr als in den zuvor liegenden »Oppositionszeiten« als Adressat, Ansprech- und Verhandlungspartner ihrer Interessenpolitik akzeptiert.
- 6 Nach den Vorstellungen der SPD sollen zwar in allen Schulformen gemeinsame Rahmenlehrpläne bis einschließlich 6. Klasse gelten (bei zusätzlichen Förder- und Teilungsstunden im Hauptschulbereich), die Eltern behalten jedoch das Entscheidungsrecht darüber, in welcher Schulform die 5. und 6. Klasse absolviert wird.
- 7 Vgl. Mittelfristige Finanzplanung 1999-2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1999.
- 8 Nach einer Prognose der Bevölkerungsentwicklung verliert das Land Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1998 und 2010 etwa 4,7% seiner Einwohner (84.075 Personen). Vgl. Klaus-Peter Möller, Matthias Günther (Eduard Pestel Institut für Systemforschung e.V.): Bevölkerungs-, Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2010, hrsg. vom Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern und LBS Ostdeutsche Landesbausparkasse, Hannover 1998.
- 9 Vgl. Mittelfristige Finanzplanung 1999-2003 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin 1999, S. 27f.
- 10 Franz Müntefering: Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD. Beitrag vom 2. April 2000. Hier wird u.a. eine Einführung von Vorwahlen bei den Kandidatenaufstellungen ab Bundestagswahl 2006, die Einführung des Kumulierens bei Kommunalwahlen sowie die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene vorgeschlagen.
- 11 Diese Einschätzung vertreten vor allem Akteure, die aus dem Umfeld der ehemaligen Bürgerbewegungen in der DDR kommen. Bemerkenswerte, wenngleich umstrittene Ergebnisse für eine Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit erbrachte Mitte der neunziger Jahre die Enquetekommission »Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung« des Landtages.
- 12 Vgl. Helmut Müntefering: Der Einstieg in den öffentlich-geförderten Beschäftigungssektor in Mecklenburg-Vorpommern, in: Harald Werner (Hg.): Zwischen Staat und Markt. Der öffentliche Beschäftigungssektor, Hamburg / Schwerin 1999, S. 132-144.

## HERBERT NIEMANN

# Gibt es einen Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit?

Seit Ende der siebziger Jahre nimmt die Arbeitslosigkeit in der BRD stetig zu. Inzwischen hat sie den Charakter von Massenarbeitslosigkeit angenommen. Diese Entwicklung ist tendenziell in allen kapitalistisch dominierten Ländern in etwa gleich, auch wenn sich durch unterschiedliche statistische Erfassungen oder als Folge des Gewichts irregulärer Beschäftigungsarten (zum Beispiel Teilzeitbeschäftigungen und Billigjobs) oder durch unterschiedlich starke Einschnitte ins soziale Netz in einigen Ländern auf den ersten Blick ein anderes Bild ergibt.

Wie von einem unheilbaren Krebsgeschwür mit seinen zerstörerischen Auswirkungen sind Wirtschaft und staatliche Ordnung – die Gesellschaft überhaupt – zunehmend betroffen. Was Arbeitslosigkeit für den einzelnen bedeutet, kann nur derjenige ermessen, der selbst davon betroffen ist oder dies längere Zeit war. Trotz aller Versprechen von Regierung und Parteien, einen entschlossenen und erfolgreichen Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu führen, hat sich bisher keine der angepriesenen oder angedachten Maßnahmen als geeignet und wirkungsvoll erwiesen.

### *Die Verteilung der Arbeit als volkswirtschaftliches Organisationsproblem*

Es darf nicht verwundern, wenn in einem von der Herrschaft des Geldes dominierten Wirtschaftssystem suggeriert wird, daß vor allem Einschnitte und Belastungen auf der Arbeitnehmerseite und Entlastungen auf der Kapitaleseite als Wunderwaffe gegen Arbeitslosigkeit wirken würden. Dabei wird gegen alle Vernunft außer acht gelassen, daß Produktion, Kaufkraft, Steueraufkommen und Wirtschaftswachstum in unauflösbarem Zusammenhang miteinander verbunden sind (sogenannte Interdependenz). Sinkt – aus welchen Gründen auch immer – die Kaufkraft, hat dies unausweichlich Rückwirkungen auf das Steueraufkommen und die Angebotsseite der Wirtschaft. Wird die Massenarbeitslosigkeit nicht gebremst und tritt hier keine Umkehr ein, entwickelt sich ein Teufelskreis des allgemeinen Niedergangs, aus dem es im herrschenden kapitalistischen System offenbar keinen Ausweg gibt.

Wer näher hinschaut, stellt schnell fest, daß überall auf der Welt mit Zunahme der Arbeitslosigkeit gleichzeitig Verschuldung und Zinslasten von Staat, Wirtschaft und Privatpersonen in entsprechendem Verhältnis gestiegen sind. Die die gesamte Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten engen die wirtschaftlichen

Herbert Niemann – Jg. 1924; Jurist, war langjährig in der Sozialversicherung tätig, veröffentlichte zuletzt in »UTOPIE kreativ«, Heft 105 (Juli 1999): »Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten – Was nun?«.

»Die wachsende Polarisierung zwischen Arbeitseinkommen und Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stellt mit der Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses und der Expansion der prekären Beschäftigungsverhältnisse die Stabilität des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses selbst in Frage. Weil in allen kapitalistischen Hauptländern mit relativ wenig lebendiger Arbeit ein sehr hohes Bruttoinlandsprodukt erzeugt werden kann, partizipieren die Arbeitseinkommen immer weniger an der Verteilung

Aktivitäten immer mehr ein mit der Folge weiter zunehmender Arbeitslosigkeit. Dies legt es nahe, in der mit dem Kapitalismus unlösbar verbundenen Kredit- und Zinswirtschaft die Wurzel aller wirtschaftlichen Übel und somit auch der Massenarbeitslosigkeit zu sehen.

Wenn Sozialismus – richtig verstanden – nichts anderes zum Ziele hat als soziale Gerechtigkeit für jedermann und hierfür die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft die unabdingbare Voraussetzung ist, dann ist mit diesem Systemwechsel auch der Weg für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit geöffnet. Die Verteilung der Arbeit auf alle erwerbsfähigen Personen ist dann nur noch ein volkswirtschaftliches Organisationsproblem.

Volkswirtschaftliches Gleichgewicht ist nur zu erreichen, wenn – grob gesagt – Produktion und Kaufkraft wertmäßig einander die Waage halten. Im kapitalistischen System ist dieses Ziel aus systembedingten Gründen nicht mehr zu erreichen, wenn die Zinsforderungen durch Wirtschaftswachstum nicht mehr ausgeglichen werden können (vgl. UTOPIE kreativ, Heft 52, S. 42). Obwohl an der Richtigkeit dieser Aussage nicht gezweifelt werden kann, streiten sich weiterhin Verfechter der Angebots- bzw. der Nachfrage- theorie darüber, ob zur Wiederherstellung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts wie zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit in erster Linie die Kapitalbasis der Produktion oder die Nachfrage durch entsprechende Maßnahmen zu stärken sei. Bewußt außer Betracht gelassen wird dabei, daß in Wirklichkeit die die Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten der unüberwindlichen Störenfried sind, wodurch eine Wiederherstellung volkswirtschaftlichen Gleichgewichts dauerhaft verhindert wird. Dies bedeutet für die Massenarbeitslosigkeit, daß, weil unvermeidliche Folge des kapitalistischen Systems, es in diesem System keinen Weg zu ihrer Beseitigung gibt.

Dessenungeachtet weisen die Betreiber des Systems die eigene Verantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang und die Massenarbeitslosigkeit in erster Linie immer wieder mit dem Argument zurück, ›Arbeit‹ sei zu teuer, die Lohnkosten müßten sinken. Diese auf betriebswirtschaftliche Vorteile reduzierte Sichtweise erweist sich gesamtwirtschaftlich als falsch, irreführend und verhängnisvoll.

Niemand wird ernsthaft bestreiten wollen, daß ausreichend qualifizierte Arbeitskräfte und ausreichend verfügbare natürliche Reichtümer in der Lage sind, allgemeinen Wohlstand zu begründen, wenn sie organisatorisch optimal zusammen gebracht werden. Die Apologeten der ›freien Marktwirtschaft‹ halten dennoch mit dem Hinweis auf die sich vermeintlich dadurch ergebende höhere Effektivität ertragbringendes Geldkapital als wesentliches Funktionselement, über das die Verbindung von Arbeit und Rohstoffen bewerkstelligt werden soll, für unerläßlich. Dies führt zu der Frage, wie die Welt der Wirtschaft ohne ertragbringendes, alle ihre Bereiche wie eine Krake überziehendes Geldkapital aussehen würde. Auch unter derartigen Verhältnissen würde niemand seine Arbeitskraft zur Verfügung stellen, wenn er dafür kein angemessenes Äquivalent erhalten würde.

des gesellschaftlichen Reichtums.«

Jochim Bischoff: Strategien für das 21. Jahrhundert, in: Joachim Bischoff, Christoph Lieber, Klaus Steinitz, Michael Wendel: Zukunftsstrategien? Kritik neoliberaler und sozialdemokratischer Politikkonzeptionen, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 11/98, S. 9f.

»Der grundlegende Fehler der Niedriglohn-These besteht in der völligen Abstraktion von den makroökonomischen Rahmenbedingungen. Außerhalb dieser Kunstwelt spricht nichts für diese Hoffnungen. Zunehmend werden Gewinne nicht realwirtschaftlich und im Binnenmarkt angelegt, und zunehmend überwiegen Rationalisierungs- die Erweiterungsinvestitionen. In einem geringen Umfang können sinkende Niedriglöhne die Substitution von Arbeitskräften durch Kapital abbremsen, um den Preis einer gesamtwirtschaftlich verlangsamten Produktivitätssteigerung.«

Michael Wendel: Der Niedriglohnsektor, in: Joachim Bischoff, Christoph Lieber, Klaus Steinitz, Michael Wendel: Zukunftsstrategien? Kritik neoliberaler und sozialdemokratischer Politikkonzeptionen, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 11/98, S. 33.

»Das Kreditgeld entspringt unmittelbar aus der Funktion des Geldes als Zahlungsmittel, indem Schuldzertifikate für die verkauften Waren selbst wieder zur Übertragung der Schuldforderungen zirkulieren. Andererseits, wie sich das Kreditwesen ausdehnt, so die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel. Als solches erhält es eigne Existenzformen, worin es die Sphäre der großen Handelstransaktionen behauptet, während die Gold- oder Silbermünze hauptsächlich in die Sphäre des Kleinhandels zurückgedrängt wird.«

Karl Marx: Das Kapital.  
Erster Band, in: MEW,  
Bd. 23, S. 153f.

Am Beginn der arbeitsteiligen Wirtschaft stand der Tauschhandel: Ware gegen Ware oder Ware gegen Arbeitskraft. Indem den zum Tausch bereitgestellten Gütern im Laufe der Zeit ein bezifferbarer Wert – Geld genannt – beigemessen wurde, konnte das diesen Wert repräsentierende Geld seine bis heute andauernde Funktion als Tausch- und Zirkulationsmittel übernehmen. Geld als Tauschmittel unterscheidet sich grundlegend vom gleichgenannten Begriff des »Geldes«, soweit darunter die ertragbringende Kapitalanlage (Geldkapital) verstanden wird. »Geld« in diesem Sinne ist untrennbar mit Kredit und Zins verbunden. Und genau diese Form der Geldwirtschaft gilt es zu überwinden. Die Funktion des Geldes als Tausch- bzw. Zirkulationsmittel muß selbstverständlich erhalten bleiben. Die Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft ist deshalb nicht gleichbedeutend mit einer Rückkehr zur Naturalwirtschaft und der Abschaffung der Geldwirtschaft überhaupt.

Soll gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht erreicht und erhalten werden, muß die Summe der auf der Produktionsseite erzielten Warenerlöse mit den Konsumausgaben auf der Verbraucherseite übereinstimmen, wobei ein Teil des Verbrauchs produktive Konsumtion (Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel und investive Erweiterung der Produktion) darstellt. Die Höhe der Löhne und Gehälter bestimmt den Umfang des Verbrauchs. Gehen bei gleichbleibendem Preisniveau Löhne und Gehälter zurück oder werden die darauf ruhenden Zinslasten durch Einkommenserhöhungen nicht ausgeglichen, sinkt auch die Nachfrage mit der Folge einer geringeren Auslastung der Produktionskapazitäten. Damit geht zwangsläufig auch das Sozialprodukt zurück. Für das kapitalistische Wirtschaftssystem bedeutet es unausweichlich wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Verfall, wenn die als Folge der Zinswirtschaft erforderlichen gesamtwirtschaftlichen Wachstumsraten nicht mehr erreicht werden und dadurch das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht dauerhaft gestört wird. Dies ist der wahre Hintergrund für die derzeit zunehmende Massenarbeitslosigkeit. Lohnabbau und Einschnitte ins soziale Netz vermögen an dieser Entwicklung nichts zu ändern. Im Gegenteil, derartige Maßnahmen sind Kennzeichen anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Verfalls, der dadurch weder aufgehalten wird noch aufgehalten werden kann.

Ein auf Abschaffung der Kredit- und Zinswirtschaft beruhendes sozialistisches Wirtschaftssystem (vgl. hierzu UTOPIE kreativ, Heft 105, S. 27 – 41) ist demgegenüber in seinem Bestand wachstumsunabhängig. Gehen – aus welchen Gründen auch immer – Konjunktur und Sozialprodukt zurück, können zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts die Löhne, auch in Form einer Verkürzung der Arbeitszeit, zurückgenommen werden, ohne daß die Gesamtzahl der Beschäftigten verändert werden muß. Dasselbe Ziel wäre auch auf dem Wege zu erreichen, daß einer Erhöhung der Preise kein entsprechender Lohnzuwachs folgt. Dies wäre eine Verfahrensweise, die relativ leicht zu praktizieren ist. Anders als im kapitalistischen System ist hier eine solche Operation geeignet, das verlorene Gleichgewicht wieder herzustellen, weil keine wachstumsmindernden Zinslasten den konjunkturellen Abschwung beschleunigen.



Entscheidend bleibt immer, daß unter Berücksichtigung der jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Lage bei voller Wahrung der Lohngerechtigkeit ein ausgewogenes Verhältnis von Löhnen und Preisen herbeigeführt wird. Wird so vorgegangen, ist Vollbeschäftigung im sozialistischen System in erster Linie nur noch eine Frage der Arbeitsverteilung und des Arbeitseinsatzes. Je höher der Arbeitskräftebedarf zur Erreichung des angestrebten allgemeinen Wohlstands, desto höher bei gleichmäßiger Arbeitsverteilung die erforderliche Arbeitsbelastung eines jeden Arbeitnehmers.

Im kapitalistischen Wirtschaftssystem betrifft ein Konjunkturreinbruch meistens zunächst nicht die gesamte Volkswirtschaft, sondern in unterschiedlichem Maße einzelne Produktionsbereiche, was am Ende die übrige Volkswirtschaft, neben den dadurch verursachten großen materiellen Schäden, insbesondere auch die Zahl der Beschäftigten nicht unberührt läßt. Ursache hierfür sind vielfach aus betrieblichem Eigennutz, Überschätzung der eigenen wirtschaftlichen Kräfte und Fehleinschätzung der mittel- und längerfristig zu erwartenden Marktlage entstandene Überkapazitäten.

Solchen Entwicklungen vorzubeugen, ist nur mit einer volkswirtschaftlich abgestimmten Globalsteuerung möglich, wie sie dem sozialistischen Wirtschaftssystem eigen ist oder sein sollte. Sofern Überkapazitäten drohen – und dies ist in aller Regel schon länger vorhersehbar –, kann mit vorausschauender Planung und notfalls mit einem volkswirtschaftlich organisierten Umbau der Produktionsstruktur – wie schwierig dieser auch sein mag – Konjunkturreinbrüchen dieser Art vorgebeugt werden, wie sie zur Zeit wieder einmal dem Automobilbau und der Bauwirtschaft drohen.

Führt bei Vollbeschäftigung die Beschäftigung aller Arbeitnehmer zu gesamtwirtschaftlichem Wachstum, hat dies bei gerechter Verteilung von Arbeit und Löhnen größeren Wohlstand für jedermann zur Folge. Ist der angestrebte Wohlstand erreicht, bedarf es nur noch der Arbeitsleistung, die zur Erhaltung des allgemeinen Wohlstands erforderlich ist. Hier wird ein gravierender Unterschied zum herrschenden kapitalistischen Finanzierungs- und Wirtschaftsmodell sichtbar, wo selbst nicht unerhebliche Wachstumsraten, sofern sie – wie in der BRD seit langem – die Zinslasten nicht ausgleichen, zu Einkommenseinbußen für breite Massen führen, statt den allgemeinen Wohlstand zu mehren.

Im Gegensatz zum kapitalistischen System, das auf die Wunderwirkung und die Selbstheilungskräfte des Marktes vertraut und von ihnen – bisher allerdings ohne jeden Erfolg – auch eine Lösung der Arbeitsmarktprobleme erwartet, ist die Regulierung des Arbeitsmarktes in einem sozialistischen System ein volkswirtschaftliches Organisationsproblem. Ein Brachliegen von Arbeitskräften (Arbeitslosigkeit) kann es bei richtig gelenkter Arbeitsverteilung nicht geben.

In diesem, auf der Abschaffung von Kredit- und Zinswirtschaft beruhenden System hängt die richtig bemessene Lohnhöhe allein von der Höhe und dem Wert der Produktion und damit des erwirtschafteten Sozialproduktes ab. Produktionsseite (Warenangebot) und Kaufkraft (Nachfrage) müssen ausgeglichen sein. Das jeweils produzierte Warenangebot und sein Preis bestimmen die

»Der Kern des Problems sowie der Gegenstand des Hauptkonflikts lassen sich in folgende Alternativen fassen: Entweder integriert man die Arbeit in die Multiaktivität als eines ihrer Bestandteile oder die Multiaktivität in die ›Arbeit‹ als eine ihrer Erscheinungsformen. Entweder integriert man die Arbeitszeit in die differenzierte Zeitlichkeit eines multidimensionalen Lebens in Übereinstimmung mit den herrschenden kulturellen Bestrebungen, oder man unterwirft die Lebenszeiten und -rhythmen den Rentabilitätsansprüchen des Kapitals und den ›Flexibilitäts‹-ansprüchen des Unternehmens. Kurz, entweder erobern die lebendigen Aktivitäten die Macht über den gesellschaftlichen Produktionsapparat und -prozeß zurück, oder sie lassen sich von jenen immer umfassender unterwerfen.«  
André Gorz: Arbeit zwischen Misere und Utopie, Frankfurt/M. 2000, S. 103f.

Lohnhöhe. Die insgesamt erwirtschaftete Kaufkraft ist auf die Gesamtheit der erwerbsfähigen und arbeitswilligen sowie der wegen Krankheit oder Alter aus dem Berufsleben ausgeschiedenen Bevölkerung und die noch nicht arbeitsfähigen und in Ausbildung befindlichen Bevölkerungsgruppen zu verteilen. Jeder Produktivitätszuwachs, sofern er nicht zur Senkung der Arbeitszeit genutzt wird, führt zu höherem allgemeinen Wohlstand. Reicht dieser aus und soll er zur Schonung von natürlichen Reichtümern und Umwelt nicht erhöht werden, muß jeder Produktivitätszuwachs zu verminderter Arbeitszeit bei bisheriger Lohnhöhe führen.

In der aktuellen Verfallsphase des kapitalistischen Systems wird von verschiedenster Seite ebenfalls eine Neuverteilung der Arbeit gefordert – wie etwa Abbau von Überstunden und Ausdehnung der Teilzeitbeschäftigung. Es trifft zwar zu, daß Vollbeschäftigung in erster Linie eine Frage der Arbeitsverteilung ist. Dies gilt aber nur für ein *stabiles* Wirtschaftssystem. Wenn, wie derzeit, die kapitalistischen Volkswirtschaften überziehenden Zinslasten durch Wirtschaftswachstum nicht mehr kompensiert werden, produziert dies immer neue Ungleichgewichte. Eine Umverteilung der Arbeit würde hieran nichts ändern. Sie wäre nichts als aktionistische Schönfärberei. Der Verfall der Volkswirtschaft würde anhalten und immer neue Arbeitskräfte würden freigesetzt.

Wenn es im kapitalistischen System zu Massenentlassungen kommt, stehen im Hintergrund vielfach Rationalisierungsmaßnahmen, die mit dem Ziel der Senkung von Lohnkosten einzelbetrieblichen Gewinn versprechen. Für die Volkswirtschaft insgesamt kann jedoch durch betriebswirtschaftlich sinnvolle Rationalisierungsmaßnahmen – und das müßte das eigentliche Ziel sein – ein wirtschaftlicher Gewinn nur dann erzielt werden, wenn es gelingt, frei werdende Arbeitskräfte ohne finanzielle Belastung für die Gemeinschaft produktiv an anderer Stelle einzusetzen. Die mit Rationalisierungsmaßnahmen angestrebte Erhöhung der Produktivität darf nie ausschließlich einzelbetriebliche Vorteile zum Ziele haben, sondern muß immer auch das gesamtwirtschaftliche Wohl im Auge behalten.

Die Entscheidung hierüber darf deshalb nicht dem Belieben der Unternehmen überlassen sein, wenn die gesamtwirtschaftliche Stabilität gewährleistet bleiben soll.

In der freien Marktwirtschaft gilt das freie Spiel der Kräfte, das von den Gewinnerwartungen der Einzelunternehmen angetrieben wird. Die Kräfte des Marktes sollen alle wirtschaftlichen Aktivitäten zum allgemeinen Wohl von sich aus richten. In der Realität ist von Beachtung des Gemeinwohls wenig zu spüren.

»Deregulierung« heißt das Zauberwort für die Befreiung von staatlicher Einflußnahme und Bevormundung. Gewinnerzielung um jeden Preis wird zum Credo für das betriebliche Überleben, wenn die Gewinnmarge immer kleiner wird. Rücksichten auf das Gemeinwohl geraten ins Hintertreffen. Rationalisierung zum Zwecke der Gewinnverbesserung heißt deshalb im Kapitalismus auch immer Freisetzung von Arbeitskräften zu Lasten der Gemeinschaft, wenn ausreichendes Wachstum für neue Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt.

»Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik bezweckt eine Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Es versteht Globalisierung als ›Gegenreform‹ (Huffschmid), als Restauration des Kapitalismus vor John Meynard Keynes. Was als ›Modernisierung‹ klassifiziert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital einer gewissen Kontrolle unterwerfen. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem privatkapitalistischen Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen.«  
Christoph Butterwege:  
Globalisierung, Standortnationalismus und Sozialstaat, in: Widerspruch, Nr. 38 (Dezember 1999/Januar 2000), S. 74.

### *Dienstleistungsgesellschaft und Massenarbeitslosigkeit*

Wenn es um die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit geht, wird immer wieder die Ausweitung des Dienstleistungsbereichs als eine wichtige Lösungsmöglichkeit angesehen. Dabei wird übersehen, daß zwischen Dienstleistungsbereich und wirtschaftlichem Wachstum ökonomische Gesetzmäßigkeiten bestehen, die dem Abbau von Arbeitslosigkeit von vornherein Grenzen setzen. Es bleibt dabei unbestritten, daß der Dienstleistungsbereich innerhalb jeder Volkswirtschaft eine wichtige Rolle spielt und viele Dienstleistungen auch im Interesse des Gemeinwohls eine Ausweitung vertragen.

Dem Dienstleistungsbereich zuzurechnen sind alle privaten wie auch öffentlichen Leistungen und Tätigkeiten, die nicht der unmittelbaren Gütererzeugung dienen. Es ist an Hand statistischer Zahlen leicht nachzuweisen, daß im Laufe der volkswirtschaftlichen Entwicklung die Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich immer stärker angestiegen ist, während, vor allem in den letzten Jahrzehnten, die Zahl der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft drastisch zurückging. Von vielen Politikern und Ökonomen wird diese Entwicklung positiv bewertet, weil damit der Anschein erweckt wird, als ob mit dem Aufbau einer Dienstleistungsgesellschaft das brennende Problem der Arbeitslosigkeit gelöst werden könne. Bei näherer Betrachtung erweist sich diese Annahme als irrig, ja im Gegenteil als geeignet, den weiteren Verfall der Volkswirtschaft zu fördern.

Wer im Dienstleistungsbereich tätig ist, muß von den Gütern mitversorgt werden, die die unmittelbar im Produktionsprozeß Beschäftigten erzeugen und zum Verbrauch bereitstellen. Anders formuliert heißt dies, daß der Dienstleistungsbereich vom Produktionsbereich alimentiert wird. Ohne ausreichende Gütererzeugung fehlen die materiellen Voraussetzungen für jede Form von Dienstleistung.

Diese Gesetzmäßigkeit hat zwangsläufig bedeutsame Auswirkungen auf die Höhe von Löhnen und Sozialleistungen. Die vom Produktionsbereich bereitgestellten Güter müssen auf die im Dienstleistungsbereich Beschäftigten mitverteilt werden. Je größer die Zahl der im Dienstleistungsbereich Beschäftigten und je größer die darauf entfallenden Aufwendungen, desto geringer der verbleibende Anteil für jeden einzelnen der übrigen Gesamtbevölkerung. Der Anteil des einzelnen an der Gesamtkaufkraft geht zurück, es sei denn, die Güterproduktion und die daraus fließenden Einkommen wachsen im gleichen Zeitraum entsprechend. Je größer die Gesamtaufwendungen für den Dienstleistungsbereich, desto mehr werden die die Kaufkraft widerspiegelnden Reallöhne der im Produktionsbereich Beschäftigten wie auch die Sozialleistungen negativ betroffen. Sie müssen zwangsläufig entsprechend zurückgehen.

Weil dies so ist, darf nie übersehen werden, daß jede Ausweitung des Dienstleistungsbereichs *ohne* entsprechendes und gleichzeitiges durch Ausweitung des Produktionsbereichs erzeugtes Wirtschaftswachstum einen Rückgang der auf jeden einzelnen entfallenden Kaufkraft nach sich zieht. *Dies gilt in gleichem Maße für die kapitalistische wie die wachstumsunabhängige sozialistische Wirtschaftsordnung.* Geht die Güterproduktion zurück und sollen

»Der höhere Anteil industrieller Tätigkeiten in Westdeutschland ist auf den hohen Exportüberschuß zurückzuführen. Im Unterschied zu den USA und anderen Ländern wird in Westdeutschland wegen des strukturellen Außenhandelsbilanzüberschusses für andere Länder industriell mitproduziert.

In den meisten Analysen des Dienstleistungsanteils und der Lohnspreizung zwischen den oberen und den niedrigsten Arbeitseinkommen in Deutschland wird von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ausgegangen und die geringfügig Beschäftigten, die Beamten sowie die selbständig Beschäftigten nicht erfaßt. Dies führt zwangsläufig zu Fehlern im Vergleich mit den USA...«  
Michael Wendel: Der Niedriglohnsektor, in: Joachim Bischoff, Christoph Lieber, Klaus Steinitz, Michael Wendel: Zukunftsstrategien? Kritik neoliberaler und sozialdemokratischer Politikkonzeptionen, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus*, 11/98, S. 27.

»Die Analyse der warenförmigen Beziehungen, die sich auf die Verlangsamung von Arbeitskräftezahlen und der Produktion in der Industrie ... und die Beschleunigung des Dienstleistungssektors beschränkt, spart die *Ambivalenzen* aus, die sich aus der massenhaften und beschleunigten Einbeziehung von Wissenschaft, Information, Kunst, Gesundheit in die Vermarktung ergeben. Die Perspektive des Dienstleistungsbereichs selbst steht wegen dieser Ambivalenzen auf tönernen Füßen. Dort wird sich der Konflikt zwischen den produktionsorientierten und denjenigen Dienstleistungen zuspitzen, welche der unmittelbaren Reproduktion des Lebens dienen.«  
 Anneliese Braun: Arbeit ohne Emanzipation und Emanzipation ohne Arbeit?, Berlin 1998, S. 79.

Löhne und Sozialleistungen nicht überproportional zurückgehen, muß notwendigerweise der Dienstleistungsbereich in gleichem Umfang wie die Güterproduktion zurückgenommen werden. *Damit ergibt sich für jede Wirtschaftsordnung das unverzichtbare Gebot, daß der Dienstleistungsbereich nicht hemmungslos und unkontrolliert ausgeweitet werden darf.* Er kann ohne negative gesamtwirtschaftliche Rückwirkungen, insbesondere auf Löhne und Sozialleistungen, immer nur soweit bestehen oder ausgeweitet werden, wie die Alimentierung durch den Produktionsbereich ohne Benachteiligung der in diesem Bereich beschäftigten Arbeitnehmer ausreicht. In jeder Gesellschaft gibt es eine Vielzahl für das Leben des einzelnen und das Gemeinschaftsleben notwendiger und unverzichtbarer Dienstleistungen, die um jeden Preis erbracht werden müssen (z.B. Kindererziehung, medizinische Versorgung, Altenpflege, Schul- und Berufsausbildung, Verkehrs-, Post- und Fernmeldewesen, kulturelle Aktivitäten). Dies nötigt dazu, wie die Güterproduktion so auch den Dienstleistungsbereich vorrangig am Gebot der Sozialnützlichkeit auszurichten und auf sozial unnütze Dienstleistungen (z.B. Bank-, Kredit- und auf Kapitalansammlung ausgerichtete Versicherungswesen, übertriebene Werbung) weitgehend zu verzichten. Ein auf einem verkümmerten Güterproduktionsbereich aufbauender und sich hemmungslos immer mehr ausweitender Dienstleistungsbereich befördert unausweichlich den gesamtwirtschaftlichen Verfall. *Unnütze und übersteigerte Dienstleistungen sind sozialschädlich, weil sie Löhne und Sozialleistungen ohne sozialen Nutzen mindern.* Wer dennoch eine solche Entwicklung zuläßt und fördert, ist einem verhängnisvollen Irrglauben erlegen, unter dem am Ende die gesamte Bevölkerung leiden muß.

Dies sollte auch immer im Auge behalten, wer eine sich immer mehr ausweitende Informationsgesellschaft anpeilt. Für die meisten der in diesem Wirtschaftszweig tätigen Unternehmer geht es nicht so sehr um die den Produktionsbereich betreffende Herstellung und Bereitstellung der hierfür benötigten technischen Geräte und Einrichtungen, sondern um deren Verwendung als Dienstleistungsangebot. Wenn daraus kein langfristiger volkswirtschaftlicher Schaden entstehen soll, müssen die gesamtwirtschaftlichen Vor- und Nachteile vor der weiteren Ausweitung dieses Bereichs sorgfältig gegeneinander abgewogen werden, wobei selbst vor notwendigen Einschränkungen nicht zurückgeschreckt werden darf.

In einer »regulierten« Wirtschaft, wie sie für eine sozialistische Gesellschaft charakteristisch wäre, können derartige Lenkungsmaßnahmen so geplant und in den allgemeinen Wirtschaftsablauf eingebunden werden, daß sie das Wohl des Einzelbetriebes fördern, ohne gleichzeitig gesamtwirtschaftlichen Schaden anzurichten. Dies setzt in allen wirtschaftlichen Bereichen eine umfassende *Technikfolgenabschätzung* voraus – nicht nur unter dem Blickwinkel der Beschäftigungssicherung, sondern auch in bezug auf Umwelt- und Ressourcenschutz, Abfallvermeidung, Gentechnik etc.

Da die Einführung neuer Techniken im allgemeinen mit hohen finanziellen Aufwendungen verbunden ist, bedarf es hier im Interesse des Gemeinwohls stets einer sorgfältigen Prüfung und Abwägung, ob Aufwand und Nutzen längerfristig in angemessenem

Verhältnis zueinander stehen. Das Gerangel um den »Transrapid« führt diese Notwendigkeit deutlich vor Augen. Die Beachtung des Gebots der Sozialnützlichkeit und -verträglichkeit hat oberste Priorität. Für eine zu institutionalisierende Technikfolgenabschätzung ergibt sich also ein wichtiges, bisher vernachlässigtes Aufgabenfeld.

Zur Vollbeschäftigung gehört auch, daß sich die Beschäftigung wegen vermeintlicher Standortvorteile nicht auf Ballungsräume konzentrieren darf. Alle größeren Volkswirtschaften haben mit dem Problem zu kämpfen, daß in den einzelnen Regionen unterschiedliche wirtschaftliche Bedingungen bestehen. Es ist kein Zufall, wenn von Ballungsgebieten und weniger besiedelten bzw. weniger entwickelten Gebieten gesprochen wird. Die daraus für die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft sich ergebenden Probleme sind bekannt. Ziel der volkswirtschaftlichen Planung muß es sein, die schwächer entwickelten Gebiete an das allgemeine Wirtschaftsniveau heranzuführen. Viele moderne Techniken sind weitgehend standortunabhängig. Unter diesem Gesichtspunkt ist es heute wie zu keiner Zeit vorher möglich, schwächer entwickelte Gebiete relativ schnell auf ein höheres Niveau anzuheben.

Im sozialistischen Wirtschaftssystem wird dieses gesamtwirtschaftlich und gesellschaftspolitisch wichtige Ziel viel leichter zu erreichen sein als im bisherigen System, wo der schwer zu überwindende Egoismus der Einzelunternehmen und der Regionen eine hohe Hürde darstellt (siehe hierzu in neuester Zeit auch die Diskussion um den Finanzausgleich der Länder als schlimmes Beispiel staatlicher Entsolidarisierung). Eine sozialistische Wirtschaftsordnung ist in der Lage, im Rahmen der gegebenen ökonomischen Möglichkeiten überall auf der Welt und in allen Regionen für Vollbeschäftigung und allgemeinen Wohlstand zu sorgen.

Voraussetzung hierfür ist allerdings, daß nicht erneut ein Kalter Krieg der Systeme wie nach dem Zweiten Weltkrieg die weltweite Entwicklung sozialistischer Gesellschaften behindert oder gar verhindert. Hegemoniale Ansprüche einzelner Großmächte und der von ihnen repräsentierten Systeme sind der Feind allen weltweiten zivilisatorischen Fortschritts, wie Gegenwart und jüngste Vergangenheit vor dem Hintergrund wachsender Armut und gesellschaftlichen Verfalls in vielen Regionen der Erde beweisen. Wegen der dem Kapitalismus eigenen Zins- bzw. Wachstumsproblematik, die den Zusammenbruch dieses Systems auf Dauer unausweichlich macht, gibt es zum Sozialismus keine Alternative, wenn das Überleben der Menschheit in Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit gewährleistet sein soll. Werden Vernunft und Einsichten in die Bedürfnisse der Erde und ihrer Menschen am Ende gegenüber dem tief eingewurzelten Eigennutz und der daraus resultierenden politischen Unvernunft die Oberhand gewinnen?

»Die wachsende Produktivität einer modernen Volkswirtschaft ist aber nicht nur auf die Ausweitung von Bildung und Wissenschaft angewiesen ... sondern auch auf die Intensivierung all jener Reproduktionsarbeiten, die das soziale Ganze erhalten: Soziale Daseinsvorsorge, Bereitstellung von Beratung und Information für die Bewältigung von Alltagsproblemen, Serviceleistungen für die Selbstorganisationstrukturen in Kultur und Freizeitgestaltung sowie unterstützende Dienste für Familien und Menschen in besonderen Notlagen sind für die gesellschaftliche Produktivität nicht weniger wichtig, als die Sorge um das materielle Produktionspotential.«  
Harald Werner: Mehr als ein Beschäftigungsprogramm, in: Crossover (Hrsg.): Regionales Wirtschaften als linke Reformperspektive, Münster 2000, S. 54.

## HANNES HOFBAUER

# Österreich – zwischen Kärntner Provinzfaschismus und Brüsseler Allmachtsphantasie

Amtlich bestätigt darf Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider ein »geistiger Ziehvater des Rechtsextremismus« genannt werden. Im Zuge einer Reihe von Gerichtsverfahren im Umfeld der »Causa Briefbomben«, die zwischen 1994 und 1997 vier Menschen das Leben und über 20 ihre Gesundheit gekostet haben, konnte obige politische Bewertung des langjährigen FPÖ-Chefs letztinstanzlich festgestellt werden. Der Briefbomber Franz Fuchs ist indessen bereits abgeurteilt, seine Einzeltäterschaft allerdings nach wie vor umstritten.

Der eindeutig rechtsextrem motivierte Briefbombenterror stellt nur eine Episode in der jüngsten Geschichte Österreichs dar. Die Opfer der sogenannten »Bajuwarischen Befreiungsarmee« waren durchweg bekannte Persönlichkeiten, die sich für die Integration ausländischer Menschen eingesetzt hatten sowie vier roma-stämmige Burgenländer, die durch das Entfernen einer Tafel mit der Inschrift »Roma zurück nach Indien« einen Sprengsatz ausgelöst hatten, der ihnen das Leben aushauchte. Seit Februar 2000 sitzen nun Vertreter einer Partei, deren Führer »geistiger Ziehvater« solcher Art Rechtsextremismus geziehen werden darf, in höchsten Staatsposten an der Donau. Jede Beunruhigung darüber ist verständlich und jeder Widerstand dagegen berechtigt.

»Der Haidermacher« betitelte vor Jahren der bekannte Journalist Hubertus Czernin eine salopp geschriebene Biographie des einstigen SPÖ-Vorsitzenden und Bundeskanzlers Franz Vranitzky. Dessen Verantwortung für die rechte und rechtsradikale Reaktion auf Parteienfilz und Machtmißbrauch sollte damit sichtbar gemacht werden. Tatsächlich haben die Sozialdemokraten nach dreißigjähriger Kanzlerschaft ein Geflecht von Verfilzung entfaltet, das Parteiräson mit fast allen gesellschaftlichen Bereichen auf eine undurchsichtige Weise verbunden hat. Arbeitsplatz- und Wohnungsvergabe, Subventionstöpfe für Künstler, Wissenschaftler und Sozialprojekte, Unterstützung von Vereinen und Zeitschriften, das Leben jener, die keinen ausreichenden finanziellen Hintergrund hatten, um wirtschaftlich autonom agieren zu können, war zu einem Gutteil vom politischen Klientendasein bestimmt. Der Gang zum lokalen Funktionär oder die bittstellerische Haltung vor dem Beamten sind einem echten Österreicher in die Wiege gelegt. Und wenn es keine sozialdemokratisch administrierte Bundesstelle war, die über das weitere Schicksal zu entscheiden hatte, dann war es eben ein konservativ oder sozialdemokratisch regiertes Land,

Hannes Hofbauer – Jg. 1955; studierter Historiker, ist Journalist und Autor, beschäftigt sich vor allem mit europäischer Wirtschaftsgeschichte und -politik, lebt in Wien, zuletzt erschien von ihm: »Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens«, Promedia Verlag, Wien 1999.

dessen Bürokratie nach demselben Muster agierte. Um seine Tochter als Angestellte in der verstaatlichten Bank unterzubringen, um Forschungsgelder für eine akademische Postgraduation auf das Konto zu bekommen, um in eine städtisch geförderte Wohnung einzuziehen, »Vitamin B« – B wie Beziehungen – war oft unabdingbar und half meistens.

Eingebettet in die sozialen und wirtschaftlichen Sicherheiten eines sozialpartnerschaftlichen Wohlfahrtsstaates funktionierte diese Art von Sozialdemokratismus seit Beginn der siebziger Jahre ohne großen Widerspruch. Dies umso mehr, als die SPÖ aufgrund der spezifischen gesellschaftlichen Gegebenheiten eines Landes, das nach 1945 (eigentlich schon nach 1918) kein starkes, um seine Interessen kämpfendes Bürgertum mehr gekannt hat, bis in die achtziger Jahre in den wirtschaftlichen Kernbereichen Energie, Schwerindustrie und Bankwesen Politik machen konnte. In weit höherem Ausmaß als überall sonst in der westlichen, kapitalistischen Welt waren diese Sektoren im Gefolge des Potsdamer Abkommens über das »Deutsche Eigentum« nach 1945 verstaatlicht worden.

Drei einschneidende Ereignisse haben den »österreichischen Weg«, den Papst Paul VI. einmal als »Insel der Seligen« beschrieben hat, heute ungangbar gemacht. Zum ersten die Krise der Industriegesellschaft insgesamt bzw. die damit verbundene radikale Änderung der Arbeit weg von einer – zumindest postulierbaren – proletarischen Solidarität hin zu einer Individualisierung und auch Prekarisierung der Lohnarbeit. Das war überall in Europa so. Dergleichen transkontinental spürbar äußerte sich der Zusammenbruch der kommunistischen Welt im Osten, wobei für Österreich als traditioneller politischer und auch wirtschaftlicher Vermittler zwischen West und Ost, zwischen NATO und Warschauer Pakt, zwischen EWG/EG und RGW nach dem Zusammenbruch der von Moskau geführten Institutionen ein extremer Rollenwechsel notwendig geworden ist. Das dritte einschneidende – und wohl spezifisch in Österreich wirksam gewordene – Ereignis ist mit dem Datum 1. Januar 1995 verbunden. An diesem Tag trat Österreich der Europäischen Union bei. Mit einem Schlag existierten nun bürgerlich-kapitalistische Interessen im europäischen Maßstab, noch dazu in Form ausländischer Kapitalgruppen, die Österreich als Vergrößerung des bayrischen und/oder norditalienischen Marktes begriffen. Lange Zeit geschützte Sektoren in der Landwirtschaft und im Klein- und Mittelgewerbe waren dem Konkurrenzdruck von außen nicht gewachsen.

Noch 1994 war es in Österreich üblich, z.B. den Obst- und Gemüsemarkt, die Mühlen, die Zuckerraffinerien, die Milchwirtschaft und vieles andere mehr gegen Importe zu schützen bzw. den Energiesektor oder die Schwerindustrie staatlich zu regulieren. Die Anpassung an den EU-Markt ging rasch und mit nur kurzen Übergangsfristen vonstatten. Von wenigen Ausnahmen abgesehen – z.B. dem österreichischen Raiffeisenkonzern –, übernahmen meist deutsche, manchmal auch italienische oder französische Firmen den heimischen Marktanteil. Ein einheimisches Bürgertum, das von der EU-Mitgliedschaft profitiert hätte, ist de facto inexistent, es beschränkt sich auf wenige allseits bekannte Familien.

»Österreich ist das demokratische Land mit der höchsten Parteibuchquote weltweit. Junglehrer auf Stellensuche haben nicht selten das Plazet der Gewerkschaftler einzuholen. Deren Wissbegier erschöpft sich gewöhnlich in einer Grußformel von gemütvoller Heimitücke: ›Und, pass'ma z'samm?‹ Falls nicht, ist's misslich. Oder war. Die FPÖ will das nun ändern, nicht nur bei den Lehrerstellen.«  
Walter Mayr: Tribun der Ohnmächtigen, in: Der Spiegel, 9/2000, S. 31.

»Vom stolzen deutschen nationalen Brandredner der frühen Jahre hat er sich zum österreichisch-patriotischen Tribun der Ohnmächtigen gewandelt. Seit Jahren gibt Haider den Großinquisitor im Dienst des kleinen Mannes.«  
Walter Mayr: Tribun der Ohnmächtigen, in: Der Spiegel, 9/2000, S. 31.

»Die FPÖ des Jahres 2000 ist eine Partei des subjektiv Heimatvertriebenen geworden: der Globalisierungsverlierer, vom Kirchenglauben Abgefallenen, Frührentner. Sie gewinnt auch bei der Jugend und den Facharbeitern in der politischen Mitte und links davon. Der rechte Rand gehörte ihr ohnehin. Das Wahlvolk hat sich wenig bewegt. Haider umso mehr.«

Walter Mayr: *Tribun der Ohnmächtigen*, in: *Der Spiegel*, 9/2000, S. 31.

Folgerichtig erklimmte eine rabiate, im Kern kleinbürgerliche Schicht, ein guter Teil davon Verlierer der Integration in den EU-Markt, die politische Bühne. Jörg Haider's FPÖ ist Ausdruck dieser spezifischen gesellschaftlichen Klasse, die freilich potentiell in allen EU-Ländern anzutreffen ist. Insofern ist die FPÖ – wie es auch die renommierte »Neue Zürcher Zeitung« immer wieder betont – ein Mittel zur Normalisierung des Landes, und womöglich auch zur Normalität der EU.

### *Das Phänomen Haider und die FPÖ*

Jörg Haider ist ein Medienprofi. Mehr als rabiate Kleinbürger oder von den Sozialdemokraten enttäuschte Arbeiter bilden Fernsehkameras seine Basis. Als erster in der österreichischen Parteienlandschaft hat er frühzeitig erkannt, daß die mediale Inszenierung in einer auf das Fernsehen fixierten Gesellschaft weit mehr als Inhalte den entscheidenden politischen Erfolg garantieren. Journalisten auf der Suche nach einer sensationellen Story sind bei ihm gut aufgehoben, er bietet sie jedem, der danach fragt. Klammheimliche oder unbewußte Komplizenschaft der Medienmacher sind Jörg Haider's eigentliches politisches Rezept. Gerade das macht ihn so gefährlich.

Hervorgegangen ist die dritte politische Nachkriegskraft aus dem bereits 1949 gegründeten Verband der Unabhängigen (VdU). Der VdU war, ähnlich wie die NDPD in der DDR, explizit als Sammelbecken für die 530.000 registrierten Nationalsozialisten gedacht, die beim ersten Wahlgang nach 1945 per alliierter Dekret von der Stimmabgabe ausgeschlossen blieben. Ein fast 12-prozentiger Stimmanteil machte das nationale Lager sowohl für künftige SPÖ- als auch ÖVP-Koalitionen interessant. Es sollte allerdings fast 20 Jahre dauern, bis die mittlerweile längst in Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) umbenannten Nationalen 1970 entscheidend ins parlamentarische Geschehen am Wiener Ring eingreifen konnten.

Gegen die Zusicherung des designierten SPÖ-Bundeskanzlers Bruno Kreisky, das Wahlgesetz zugunsten von Kleinparteien und damit zugunsten der FPÖ zu ändern, unterstützte diese sein Minderheitskabinett. Gesprächspartner Bruno Kreiskys in der FPÖ war der frühere Nationalsozialist und damalige Parteichef Friedrich Peter. 1983 kam es dann zur ersten Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen. Norbert Steger, ein explizit anti-nationaler Liberaler, wurde Vizekanzler unter einer sozialdemokratischen Regierung. Die FPÖ schien in die Fußstapfen der deutschen FDP zu treten; liberale Kräfte setzten sich – kurzfristig – durch.

Im September 1986 kam es dann zum internen Machtwechsel. Der Bundesparteitag der FPÖ wählte den damals 36jährigen Jörg Haider zum Vorsitzenden. Die liberale Führung sprach von einem Putsch. Mit markigen nationalen Sprüchen triumphierte der 1950 im oberösterreichischen Bad Goisern geborene und aus einer nationalsozialistischen Familie stammende Haider über seine politischen Ziehväter. Das liberale Element der Partei verlor an Einfluß. SPÖ-Vorsitzender Franz Vranitzky kündigte die Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen auf.

»Seit er Parteichef ist, sank der gemeinsame Stimmenanteil der großen Volksparteien SPÖ und ÖVP um ein Drittel – von 90 Prozent 1983 auf 60 Prozent 1999. Die Gewinne verteilen sich auf die Grünen und die FPÖ-Abspaltung Liberales Forum, vor allem aber auf die FPÖ selbst.«

Walter Mayr: *Tribun der Ohnmächtigen*, in: *Der Spiegel*, 9/2000, S. 31.



Mit jenem legendären Parteitag im Jahre 1986 begann der Aufstieg der Freiheitlichen unter ihrem neuen Führer Jörg Haider. Von einer 5-Prozent-Partei im Jahre 1983 wuchs die Zustimmung auf jene beachtlichen 27,2 Prozent im Oktober 1999, die ein parlamentarisches Übergehen dieser Partei de facto unmöglich gemacht haben. Der 3. März 1999 steht für Haider als Datum seines bislang größten persönlichen Sieges: Anlässlich der Kärntner Landtagswahlen erreichte die FPÖ 42 Prozent im südlichsten österreichischen Bundesland, Haider wurde Landeshauptmann von Kärnten, einem Ministerpräsidenten eines deutschen Bundeslandes vergleichbar. In dieser Position agiert er bis heute.

Politische Positionswechsel gehören zum ständigen Repertoire der FPÖ. Mehrmals wurden z.B. pro- und anti-EG/EU-Positionen gewechselt. Entscheidender war jedoch Anfang der neunziger Jahre die innerparteiliche Wende weg vom Deutschnationalismus – der gleichwohl weiter im Stimmvolk Wurzeln hat – hin zum Österreich-Patriotismus. War für den jungen Haider die österreichische Nation noch »eine Mißgeburt, denn die Volkszugehörigkeit ist die eine Sache und die Staatszugehörigkeit ist die andere Sache«, so gibt er sich seit Jahren als Landespatrot. Mit diesem politischen Outfit ging er auf Stimmenjagd im ÖVP-Wählerreservoir. Als Nachfolgerin des austrofaschistischen Dollfuß-Regimes war der ÖVP der Deutschnationalismus von jeher fremd. Der rot-weiß-rote Anstrich, den sich die Haider-FPÖ Mitte der neunziger Jahre nach dem Beitritt Österreichs zur EU verpaßt hat, ist die Basis für sein Eindringen in »schwarze« Wählerschichten. Noch kürzer zurück liegt Haiders Selbstinszenierung als »Anwalt des kleinen Mannes«, der es der FPÖ erlaubte, in den Kernwählerschichten der Arbeiterschaft zu wildern.

Den Nationalratswahlkampf im Oktober 1999 betrieb die FPÖ mit populistischen ausländerfeindlichen Parolen. Realiter entsprechen diese freilich voll und ganz dem Schengener Abkommen, wonach die Einreise von Nicht-EU-Europäern in die Union der Reichen unerwünscht und zu verhindern sei. Mit der Emotionalisierung der sozialen Ausprägung dieser Wohlstandsgrenze wurde die Angst vor Konkurrenz am Arbeits- und am Wohnungsmarkt geschürt. »Wußten Sie, daß die SPÖ-Wien 9.300 Ausländern pro Jahr meist vorzeitig die österreichische Staatsbürgerschaft verleiht, und diese dadurch in den Genuß des Wahlrechts kommen und den Zugang zu den Gemeindewohnungen erhalten?« So oder ähnlich gestrickt waren die Sätze in den Werbebroschüren der Freiheitlichen, die den Wiener Haushalten vor der Wahl zugestellt wurden. »Wußten Sie, daß ausländische Jugendliche Gratiskarten für ein Fitneß-Studio erhalten, die heimischen Jugendlichen jedoch nicht?« Wer es erst geahnt hatte, dem bestätigten die ausländerfeindlichen Sprüche sein Vorurteil. Fast ein Drittel der Österreicherinnen und Österreicher gab am 3. Oktober 1999 Jörg Haider seine Stimme.

#### *Die ÖVP-FPÖ-Regierung im Dienste von Maastricht*

Daß die Truppe von Jörg Haider überhaupt ministrabel geworden ist, verdankt sie Wolfgang Schüssel. Der Parteiobmann der ÖVP und langjährige Vizekanzler unter sozialdemokratisch geführten

»Haider versteht sich als Volkstribun, als Lautsprecher der Sprachlosen, Unzufriedenen, Zukurzgekommenen. Er verspricht dem redlichen Österreicher – also nach Selbsteinschätzung beinahe allen – beinahe alles: den Reichen weniger Steuern, den Kinderreichen Fortkommen durch Gebärprämie, den Beschäftigten Schutz des Arbeitsplatzes und den Paneuropäern die EU-Erweiterung.«  
Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 146.

»Linear zum wachsenden Zorn der Verlierer auf jene, die sich's richten« – Beamte, Kammerfunktionäre, Parteibonzen –, wuchs die Stimmzahl für Haiders FPÖ. Linear sank die Zahl verbaler Ausfälle, mit denen der Parteichef glaubte, auch noch das rechtsextreme oder NS-nostalgische Lager einbinden zu müssen.«  
Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 147.

»Haider ist unbarmherzig modern. Er setzt darauf, dass das Gedächtnis der Videoclip-Gesellschaft schrumpft und die Sehnsucht nach Metaphern des Behauptungswillens im selben Maße steigt. Deshalb gibt er den Revoluzzer, den Bürgerschreck, auch den braun gebrannten, unerschrockenen Bergfex ...«  
Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 146.

Koalitionsregierungen macht aus seiner EU-Euphorie kein Hehl. Mehrmals hat er die Erfüllung der Maastricht-Kriterien als oberstes Ziel jeder nationalen Politik deklamiert. Die Fortsetzung der SPÖ-ÖVP-Koalition, die immerhin 13 Jahre gedauert hatte, ist letztlich genau an diesem Punkt zerbrochen. Es waren die sozialdemokratischen Gewerkschafter, insbesondere die Metallarbeiter, die ein drittes Sparpaket zwecks Erfüllung von Inflations- und Budgetkriterien im Vorfeld der Einführung des Euro ablehnten. Soziale Einschnitte wie eine Erhöhung des Rentenalters um eineinhalb Jahre, die Kürzung von Unternehmerbeiträgen zu Sozial-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherungen sowie die Erhöhung von Massensteuern im Energiesektor wollten die SPÖ-Gewerkschafter nicht mittragen. All dies tritt nun unter der ÖVP-FPÖ-Regierung in Kraft. Der Koalitionswechsel der ÖVP hin zu den Freiheitlichen ist einzig den Haushalts- und Währungsvorgaben der Maastrichter Kriterien geschuldet. Da weitere monetaristische Politik mit den Gewerkschaften nicht mehr zu machen war, schwenkten die Christlichkonservativen, in denen das wirtschaftsliberale Element seit je die Oberhand hat, auf die Koalition mit den Rechten um.

Daß dieser EU-Pragmatismus in den Hauptstädten Westeuropas nicht gewürdigt wurde, ist für Wolfgang Schüssel unverständlich. Tatsächlich stellt dies eine Ironie in der ganzen Polit-Szenerie in Österreich – und in EU-Europa – dar.

Neben der wirtschaftlichen Unterwerfung unter die Brüsseler Spielregeln machte auch die militärische Unterordnung des neutralen Österreich unter die Logik der NATO-Osterweiterung zu Zeiten der SP-VP-Koalition nicht mehr die im Westen gewünschten Fortschritte. Alte sozialdemokratische Politiker beharrten zumindest formal auf dem Neutralitätsstatus. Durch »Partnerschaft für den Frieden« und Beteiligung an Bosnien- und Kosovo-Einsätzen zwar längst ausgehöhlt, aber auf dem Papier nach wie vor intakt, so präzentierte sich Österreichs Neutralität Ende 1999, als die Koalitionsgespräche in ihre entscheidende Phase traten. Wolfgang Schüssels ÖVP mußte erkennen, daß eine NATO-Mitgliedschaft mit der SPÖ in den kommenden vier Regierungsjahren nicht hätte beschlossen werden können. Jörg Haider ist auch hier hilfreicher, wiewohl die dafür notwendige Änderung der österreichischen Verfassung eine Zweidrittelmehrheit im Parlament bräuchte. Ähnlich wie bei der Maastrichter Musterschülerrolle muß die neue Regierung in der Frage der NATO-Mitgliedschaft erneut die Anerkennung aus dem Westen vermissen.

»Haiders Stärke ist die Schwäche der anderen: die Angst der kleinen Leute vor der Macht der großen Konzerne, vor dem Zustrom fremder Arbeitskräfte. Und der Angst der regierenden Parteien vor dem Verlust ihrer Macht.«  
Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 146.

### *Riß in der deutsch-französischen Freundschaft*

Die Ächtung der 14 EU-Regierungen, vereinbart Ende Januar 2000 unmittelbar vor der Einigung der schwarz-blauen Koalitionsgespräche, traf den medialen Normalverbraucher in Österreich unvorbereitet. »Bilaterale Sanktionen« hieß und heißt der terminus technicus für die politische Quarantäne, unter die die neue Koalition gestellt wurde. Welch hehre Ziele auch immer dahinter stecken mögen, ob und welche Art von Antifaschismus bzw. Ausländerfreundlichkeit dafür argumentativ in Anschlag gebracht werden, erst langsam merkten die Österreicherinnen und Österreicher, daß

sich die Position der EU-Partnerländer gegenüber der kleinen Alpen- und Donaurepublik plötzlich geändert hatte. Eine Trotzhaltung, die auf der FPÖ-Homepage ›www.jetzterrecht.at‹ nachgelesen werden kann, darf als Reaktion darauf nicht verwundern. Doch die Frage nach den Motiven bleibt.

Wiener Kommentatoren hatten bald ein Motiv geortet. Der französisch-deutsche Konflikt, historisch tief verwurzelt und angesichts der neuen forsch auftretenden Berliner Führungsmannschaft in Paris wieder schmerzlich in Erinnerung gerufen, könnte hinter der Isolierung Österreichs stecken. Die Ächtung Österreichs als Warnung an Berlin: eine deutsch geführte EU sei im romanischen Raum inakzeptabel. In Sachen Antifaschismus hat Paris zudem die besseren Karten. Seine Bourgeoisie ist nach 1945 mit antihitlerischem Selbstverständnis wiedererstanden, die deutsche hingegen nicht. Und für Spanien und Portugal bietet diese Art von innereuropäischer Geopolitik noch eine besondere Chance. Ohne große Anstrengung können sich die iberischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten ein antifaschistisches Mäntelchen umhängen. Debatten über ihre Haltung zu den Regimes von Franco und Salazar erübrigen sich, weil sie im Ränkespiel zwischen Paris und Berlin nicht nachgefragt sind.

*Nach der wirtschaftlichen Integration: politische Homogenisierung*

Die Position der 14 EU-Regierungen zur österreichischen Koalition ist klar: Haider und jene, die ihn hoffähig gemacht haben, bedrohen die europäischen Werte. Nehmen wir diese Position erst. Tatsächlich ideologisieren die Staatschefs der EU und der USA bereits seit mehreren Jahren die Integrations- und Erweiterungspläne, die durch verschiedene Instrumente – Europäische Union, NATO, Weltbank und Währungsfonds – seit 1989 auch in Osteuropa vorangetrieben werden. Damit erhält der wirtschaftliche Expansionismus – vor allem der stärksten Konzerne innerhalb der Europäischen Union – und seine militärische Absicherung, im Rahmen der NATO und demnächst auch unter EU-Flagge, ein kulturelles Beiwerk. Die Rede ist von der »westlichen Wertegemeinschaft«. Die Wurzeln ihres Selbstverständnisses reichen weit zurück, mindestens in die Zeit jener Missionsvorstellungen Roms, die den »Drang nach Osten« unter deutsch-römischen Kaisern religiös untermauert haben.

Die Höherwertigkeit der eigenen Kultur und ihr Export über die Grenzen des jeweils aktuellen »Heiligen Römischen Reiches« hinaus konstituierte das westliche Weltbild. Diese Tradition ist keineswegs verloren gegangen, im Gegenteil. Die alte Missionsvorstellung schlüpft bloß in ein neues Gewand, in das der »westlichen Wertegemeinschaft« eben. Neu an ihr ist nicht der Glaube an die eigene übergeordnete Moral, der schon immer im Zentrum römisch-imperialer Vorstellungen herrschte. Neu sind vielmehr die propagierten Inhalte, mit denen diese Moral gefüllt wird. Parlamentarische Demokratie, ein kontrollierter und quotierter Arbeitsmarkt sowie grenzenlose Freiheit für Kapitaltransaktionen spekulativer oder investiver Art gelten als Eckpfeiler der modernisierten missionarischen Vorstellungswelt.

»Mit Sprüchen sind die Probleme Österreichs allerdings nicht zu lösen. Der Staat hat 243 Milliarden Mark Schulden. Wenn nicht in nächster Zukunft eine Regierung gebildet und ein Etat verabschiedet wird, ist die Republik Mitte des Jahres zahlungsunfähig. Gleichzeitig ist Österreich, pro Kopf gerechnet, das siebtreichste Land der Erde ...«

Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 147.

»Doch Haider gilt in Brüssel als wankelmütiger Maulheld, seit er im Wahlkampf die Angst vor der EU-Erweiterung und einer Überfremdung Österreichs geschürt, danach aber als Vertreter Kärntens im EU-Ausschuss der Regionen die Erweiterung begrüßt hat.«

Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 150.

»Mit seinem Rücktritt, so gibt er vor, habe er klarstellen wollen, dass die FPÖ-Minister in der schwarz-blauen Koalition unter Kanzler Wolfgang Schüssel keineswegs seine »Marionetten« seien und er sich selber nicht als »Schattenkanzler« fühle. Derlei Vorwürfe zitiert Haider nur, wenn er seine Gegner auf die falsche Fährte locken will. Natürlich hat der Puppenspieler aus Klagenfurt anderes im Sinn, als das Prädikat Schattenkanzler loszuwerden. Bereitwillig räumt er ein, weiterhin das Kanzleramt anzustreben.«  
 Walter Mayr: Falsche Fährte, in: Der Spiegel, 10/2000, S. 184.

Die jüngsten Kriege, die die »westliche Wertegemeinschaft« unter Führung der NATO gegen den Irak und gegen Jugoslawien um die wirtschaftliche, (geo)politische und kulturelle Hegemonie geführt hat und bis heute führt, haben zwei besondere Begriffe – mit einer Reihe von daran geknüpften Vorstellungen – ins Zentrum dieser moralischen Argumentation gerückt: Menschenrechte und Antifaschismus.

Als Kampfbegriffe, die den Bomberpiloten wie auch den sie begleitenden Medien mit an die Front gegeben wurden – »humanitärer Krieg«, »Kampf für Menschenrechte«, »Saddam ist gleich Hitler«, »Milošević ist gleich Hitler« – unterlagen sowohl die Menschenrechte wie auch der Antifaschismus einer Instrumentalisierung. Sie wurden in den Dienst des imperialen Projektes gestellt. Und dieses wird – je nach terminologischer Vorliebe – mit den Begriffen »Integration« oder »Erweiterung« umschrieben. Dies gilt für EU und NATO gleichermaßen. Das Bombardement zum Schutz der Menschenrechte steht symbolhaft für die neue Missionsvorstellung, deren Propagierung es gelungen ist, den logischen Widerspruch dieses Vorgehens unsichtbar zu machen.

Ähnlich hat es sich mit der Uminterpretation des Faschismus zgetragen, indem eine ungeheuerliche Inflationierung des Begriffes Platz griff, die in den neunziger Jahren dazu geführt hat, jeweils die Behandlung der Kurden durch Bagdad und der Kosovo-Albaner durch Belgrad mit dem Holocaust auf eine Stufe zu stellen. War dieser Faschismusbegriff erst einmal medial etabliert und entsprechend tabuisiert, konnte der Angriff auf den Irak und auf Jugoslawien als antifaschistischer Akt ideologisiert werden. Deutschland hat damit 50 Jahre nach der Eingliederung führender Nazis in sein politisches, wirtschaftliches und juristisches System seine Vergangenheit auf besondere Weise bewältigt, indem es sie gewissermaßen zeitlich und örtlich versetzt hat, um in der Folge diese Transformation zu bekämpfen. Daß diese Art der Vergangenheitsbewältigung gerade den Franzosen nicht besonders gefällt, ist verständlich.

Das große Projekt der »westlichen Wertegemeinschaft« hat letztlich die Vergrößerung von Markt und Einflußbereich zum Ziel. Bestehende Widersprüche zwischen EU und USA werden vorläufig – wie in der Auseinandersetzung im arabischen Raum als auch am Balkan zu sehen – einer gemeinsamen Vorgehensweise untergeordnet.

Auf dem Beipackzettel der Integrations- bzw. Erweiterungsschriften ist viel von kultureller Toleranz und notwendiger Multikulturalität die Schreibe – beides wahrlich keine Stärken der westeuropäischen Großmächte im 20. Jahrhundert, deren Rassismus ganze Kontinente wie Afrika und Teile Asiens verheert hat und die im Zuge der ethnischen Homogenisierung vor nichts zurückgeschreckt sind. Jörg Haider steht für die missionarische Erweiterungsvision seiner westeuropäischen Kollegen ohne ihre in der Regel bloß verbal geäußerten kulturellen Skrupel. Das macht ihn einerseits mit den Erweiterungsprojekten kompatibel, andererseits aber zum gefährlichen Konkurrenten der sozialliberal-christliberalen Integrationsszene.

Der Liberalismus der Haider-FPÖ beschränkt sich auf das Wesentliche, auf die ökonomische Expansion und ihre militärische Eingreiftruppe. Von kulturellem Beiwerk und political correctness ist er unbelastet. Gerade deshalb ist die Isolierung eines rechten Populisten wie seinesgleichen von immanenter Bedeutung für die derzeitige politische Führungsschicht der Europäischen Union. Sowohl in Hinblick auf das Feld der Erweiterung, wo überall in den Beitrittsländern starke nationale Kräfte zu finden sind; und noch mehr in Hinblick auf das Zentrum des Imperiums selbst, wo die Unzufriedenheit mit dem zunehmenden Sozialabbau, wie er von Christliberalen und Sozialliberalen gleichermaßen betrieben wird, steigt. Der gesellschaftliche Konsens über das gesamte Integrations- und Erweiterungsprojekt ist gefährdet.

Ohne gesellschaftlichen Konsens jedoch müßten die Akkumulationspläne der stärksten Teilnehmer am Markt umgedacht werden; und zwar in Richtung gesellschaftlicher Militarisierung. Jörg Haider und seinesgleichen wären dafür zu haben. Sie sind mit der ökonomischen Expansion einverstanden, allerdings ohne die Fähigkeit, einen gesellschaftlichen Konsens dafür – sowohl im westeuropäischen Zentrum als auch an der osteuropäischen Peripherie – aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen. Insofern könnte Haiders FPÖ für die stärksten expansionistischen Kräfte eine Vorbildwirkung als zweite Option für ein imperiales Westeuropa entfalten, das keiner sozialpartnerschaftlichen Lösungskompetenz mehr bedarf.

»Nur die deutschen Christdemokraten Stoiber und Schäuble sehen die Angelegenheit nicht so eng: Stoiber empfahl bereits nach den Wahlen im Oktober seine ÖVP-FPÖ-Koalition, und auch Schäuble hätte keine gravierenden Einwände gegen das Rechtsbündnis ...«  
Walter Mayr: Schattenkanzler Haider, in: Der Spiegel, 5/2000, S. 142.

## HELMUT BOCK

# Von Krieg und Frieden. Zwischenbilanz aktuell

Was für ein schöner Jahrhundertbeginn. Ein Waffenhändler schmierte die Bosse der christlichen Regierungspartei, damit Thyssen eine Panzerfabrik in Kanada aufrüstete. In zynischer Phrase nennt er es »Landschaftspflege«. – Die sozial und ökologisch daher kommende Nachfolgeregierung genehmigte ihrer Rüstungslobby die Lieferung des neuesten Kampfpanzers »Leopard II« an die türkische, auf Menschenrechtsbruch und Kurdenjagd spezialisierte Armee. Es sei »nur ein einziges Testfahrzeug«. Man spielt unsere Proteste herunter, hält aber die lukrative Bestellung von 1 000 Stück als Option der deutsch-türkischen NATO-Bruderschaft vorsorglich unterm Tisch. – Eine eiserne Jungfrau von Niedersachsen erstritt vor Europas hohem Gerichtshof ihr Anrecht auf Kampfanzug und tödlichen Waffengebrauch. Sogleich sprach der Bundesminister für »Verteidigung«, seit dem Vorjahr schon Kriegsminister, von »Gleichberechtigung der Frau« (die sonst doch zuerst auf die Straße gesetzt, an den Kochtopf verwiesen wird). Er läßt Personalstellen vorplanen und erwartet den Umsturz des Grundgesetzes, das kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Bewaffnung der Frauen nicht vorgesehen hatte.

Ist das die Spitze des Eisbergs, der im Fachjargon »Disposition zur Kriegführung« heißt? Es sind nur Indizien, eine Art flüchtiger Vögel auf dem klirrenden Monstrum, das uns frieren, womöglich gar sterben macht und das tief in die Abgründe der Staatenwelt reicht. Da sind die zahllosen Waffenwerkstätten und Forschungslabors, bevölkert von Leuten, die von humanen Geboten der Ethik unbeschwert den Tod denken, erfinden, fabrizieren – und unterhalten von Kreaturen, die aus jedem Mordwerkzeug ihr Kapital wuchern lassen. Da sind Kasernen und Manövergelände, Flugplätze und Kriegshäfen, tatsächliche Kampfgebiete mit Millionen Soldaten, wobei der Zusatz »bis an die Zähne bewaffnet« nur ein niedliches Wortspiel wäre. Mobile Panzerkorps und Luftlandetruppen, global operierende Flotten und Bomberstaffeln. Einsatzbereite Atomwaffen und Trägerraketen, die den allegorischen Begriff der »Bombe« längst zur poetischen Untertreibung gemacht haben.<sup>1</sup> Stützpunkte rund um den Erdball. Selbst im Kosmos allgegenwärtige Spionage- und Alarmsatelliten, militärsprachlich als »strategische Aufklärungs- und Leitsysteme« bezeichnet.

Um in der semantischen Schönfärbung zu verweilen: Was sind denn von alledem die »völkerverbindenden« Resultate? – Rüstungswettlauf, Erpressung und Geiselnahme, feindliche Staatenkonflikte

Helmut Bock – Jg. 1928,  
Historiker, Prof. em. Dr. phil.  
habil., Berlin

1 »Sollen wir die Gattung Mensch vernichten, oder soll die Menschheit auf den Krieg verzichten?«  
Einstein-Russell-Manifest,  
9. Juli 1955.

und wirklicher Krieg. Alles in allem: Droh- und Explosivkräfte staatlich hochorganisierter, aber privatwirtschaftlich produzierter Militärgewalt. Noch immer gilt Krieg als Politik mit anderen Mitteln. Frieden ist Vorkriegszeit.

## I.

Noch immer. Oder schon wieder? – Hatten wir nicht mit den Ideologien des Kalten Krieges gebrochen? Nicht Schluß machen wollen mit dem regierungsamtlichen Irrsinn, in einem Angstfrieden leben zu müssen, der auf dem höchst unsicheren »Gleichgewicht des Schreckens«, dem Risiko des atomaren Untergangs beruhte? »Pflugscharen« anstelle von »Schwertern«! So hatte doch der alttestamentliche Streitruß<sup>2</sup> geheißt – angesichts der verschärften Gefahren zu Anfang der achtziger Jahre: Brüsseler Raketenbeschlüsse der NATO, Konflikte in Polen, Invasionen in Afghanistan, Grenada und auf den Falkland-Inseln, »Nachrüstung« der Mittelstreckenraketen in der Alt-BRD und »Nach-Nach-Rüstung« in der DDR, Abbruch der amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen in Genf. Allzu kurz ist das Gedächtnis für vergangene Fakten. Doch damals fanden sich im Osten wie Westen Menschen genug, die für eine Alternative einstehen mochten.

Ehe ein Holocaust der Menschheit geschah, war Vorrang für allgemeine menschliche Gattungs-Interessen vor politischen Gruppen-Interessen, war ebenso Schutz der nahen und fernen Umwelt, der natürlichen Lebensgrundlagen, geboten. Anstelle der Hypertrophie des Macht- und Klassenkampfdenkens mahnten wir gewaltfreie Konfliktlösungen und Dialog, friedlichen Wettbewerb und Kooperation der Gesellschaftssysteme an. Anstelle des verordneten »Wehrunterrichts« verlangten wir Friedenserziehung. Anstelle der hegemonialen Führungsrolle und des angemessenen Wahrheitsmonopols der Politbüros traten wir zum Zwecke des Weltfriedens für ein tolerantes Bündnis aller Sozialisten, überdies mit Pazifisten, Christen und Kirchen ein. Das Reform- und Friedensverlangen schien bald beflügelt durch »Perestrojka« und »Neues Denken«: die weltpolitische Botschaft, die – nach 1917 – noch einmal von Osten kam. Dieser ist zu verdanken, daß mit den Gipfeltreffen der Präsidenten der Supermächte eine Umkehr von militärischer Bedrohung und Abschreckung zu gemeinsamer Sicherheit, also auch Abrüstung, einige Konturen gewann.

Das Ende der nicht-kapitalistischen Staaten Europas und damit der bipolaren Konfrontation kam plötzlicher, als die Strategen des »Westens« nur denken konnten. Bei den Demonstrationen, Podiumsdebatten, Medienauftritten, Runden Tischen hegten wir die durchaus vage Hoffnung: Man könnte durch die Entmachtung der bürokratisch-zentralistischen SED-Führungsorgane und der »Stasi« zu einem demokratischen Sozialismus gelangen, der im sozialen, politischen, nicht zuletzt moralisch-kulturellen Wettbewerb mit der Alt-BRD bessere Lebensbedingungen für das arbeitende Volk hervorbrächte. Unser Verfassungsentwurf enthielt Menschen- und Staatsbürgerrechte, die auf dem Bonner Grundgesetz aufbauten, aber eine erweiterte, in den Massen basierende und durch Volksentscheid erwählte Demokratie verhiessen. In der Außenpolitik

2 »Denn vom Zionsberg in Jerusalem wird der Herr sein Wort ausgehen lassen. Er weist mächtige Völker zurecht und schlichtet ihren Streit. Dann schmieden sie aus ihren Schwertern Pflugscharen und aus den Spitzen ihrer Speere Winzermesser. Kein Volk wird mehr das andere angreifen, und keiner lernt mehr das Kriegshandwerk. Jeder wird in Frieden zwischen seinen Feigenbäumen und Weinstöcken wohnen ...«. Der Prophet Micha, Kap. 4, 2 - 4.

3 Fortsetzung des Textes:  
 »Das wäre zudem ein historischer Gewinn auch für alle, die bei der Restauration des großen Kapitals soziale und politische Verluste beklagen: Denn was die Menschen östlich von Elbe und Thüringer Bergen betrifft, so wären ihre nahezu halbhundertjährigen Mühen, nach dem zweiten Weltkrieg ein neues Deutschland in einer friedensfähigen Welt zu errichten, nicht ganz und gar vergebens gewesen.«  
 Helmut Bock: Friedensbund Europa. Eine Utopie, die jetzt zu verwirklichen ist, in: UTOPIE konkret, Heft 2 (Oktober 1990), S. 60. Entsprechende Memoranden gingen im Sommer 1990 an die amtierenden DDR-Minister für Auswärtiges und Verteidigung.

4 »Wache gibt es – ganz Hellwache –, welche die Menschheit aus dem langen Schlaf der Barbarei erwecken wollen und tatkräftig, zielbewußt, sich zusammenscharen, um die weiße Fahne aufzupflanzen. Ihr Schlachtruf ist: »Krieg dem Kriege«, ihr Losungswort – das einzige Wort, welches noch in stande wäre, das dem Ruin entgegenrüstende Europa zu erlösen – heißt: »Die Waffen nieder!« Bertha von Suttner: Die Waffen nieder! Eine Lebensgeschichte, hg. von Sigrid und Helmut Bock, Berlin 1990. Darin das Nachwort »Arbeiten für den Frieden«.

hielten wir – selbst nur mit friedlichen Mitteln vorgehend – völkerfreundliche Deklarationen und Vorleistungen zugunsten einer entschiedenen Abrüstung, sogar Entmilitarisierung in der Mitte Europas für nötig. »Ein wirklicher Friede in Deutschland und in Europa, gegründet im unbedingten Friedenswillen unseres Volkes, das dem Krieg und der Rüstung für immer entsagt – das wäre jetzt eine große Botschaft für die Völker der Welt.«<sup>3</sup> So lautete die Quintessenz unserer Denkschriften an die letzten, diesmal frei gewählten DDR-Minister der Übergangsregierung de Maizière. Wir wirkten für eine »Utopie«, die, in Jahrhunderten gewachsen, »jetzt zu verwirklichen« sei, und ertrugen den Spott, der uns »blauäugig« nannte. Es ist nun einmal die historische Rolle der »Linken«, daß sie in den Umbrüchen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordern.

Immerhin formulierte der Moskauer Vertrag vom 12. September 1990, der dem vereinten Deutschland die völkerrechtliche Souveränität verlieh, das Friedensgebot (Art. 2), den Verzicht auf ABC-Waffen (Art. 3.1), die Reduzierung konventioneller Streitkräfte (Art. 3.2). Die Regierungen an Rhein und Spree gaben ihr Versprechen, »daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen« werde und »Handlungen, die geeignet sind (...), das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«, als »verfassungswidrig und strafbar« gelten. Boutros Ghali, Generalsekretär der UNO, gemahnte an das Scheitern des Völkerbundes und sprach vom »glücklichen Geschick« der Vereinten Nationen: die Welt vielleicht doch noch im Sinne der Charta gestalten zu können. »Das Ende des Kalten Krieges hat uns vom Rande einer Konfrontation zurückgebracht, welche die Welt bedroht und unsere Organisation allzuoft gelähmt hat (...). Es mag für unseren Planeten, der nunmehr aus anderen Gründen nach wie vor in Gefahr schwebt, nicht noch eine dritte Chance geben« (Agenda für den Frieden, 53).

## II.

Mit dem Ausgang des Weltkonflikts zwischen den Großmächten des Kapitalismus im »Westen« und den Ländern des staatsmonopolistischen Sozialismus im »Osten« schwand die augenblickliche Gefahr des atomaren Infernos. Grund genug für ein befreites Aufatmen der Menschheit. Mehr noch: »Die Waffen nieder!« – Bertha von Suttners hundertjährige Losung<sup>4</sup> – schien nicht weit vor dem Ziel.

Die USA und die NATO hatten ihren Feind, den »Kommunismus«, das demagogisch beschworene »Reich des Bösen«, verloren – somit auch den stets genannten Urgrund ihrer andauernden, sich modernisierenden Rüstungen, ihrer weltumspannenden Stützpunktpolitik und Kriegsbereitschaft, ihrer nie preisgegebenen Strategie des Ersteinsatzes von Atomwaffen. Darf man annehmen, daß sich die profitorientierten Rüstungskonzerne glücklich schätzten, künftig statt automatischer Handwaffen nur computerisierte Küchengeräte, statt Panzern und Bombenflugzeugen nur Drei-Liter-Autos und Solarkraftanlagen zu bauen? Darf man hoffen, das



Pentagon und die NATO-Institutionen seien froh und bereit gewesen, den Großteil ihres kostspieligen Personals zu entlassen, damit dieses einen weniger martialischen Job suche?

Schon im Januar/Februar 1991 tobte der High-tech-Krieg »Wüstensturm« gegen den Irak, der allerdings durch seine Aggression gegen Kuwait keineswegs schuldlos war. Je länger die amerikanisch-britische Strafexpedition dauerte und irakische Ölfelder brannten, desto mehr erhob sich aber die Frage der Zweck-Mittel-Relation.<sup>5</sup> Wer jetzt für ein konsequentes Embargo, jedoch auch gegen die sechswöchigen Bomberangriffe und den zynischen Test neuester Waffen auf die Straße ging, erfuhr das Alarmgeheul und die speienden Wasserwerfer einer gesamtdeutschen Polizei. Obwohl am Persischen Golf selbst nicht beteiligt – jetzt war ganz Deutschland ein NATO-Mitglied. Bonner Minister predigten erhöhte Verantwortung für Europa, sogar für die Welt und verschrien »Friedenstrottel«, die das Ansehen der neuen und großen BRD im Ausland beschädigen würden.

Die Hymnen und die Friedensschwüre der Wiedervereinigung waren verklungen. Nun waren und sind andere Texte zu lesen. Francis Fukuyama zum Beispiel, Planungsspezialist des US-Außenministeriums, bilanziert das Ende des Kalten Krieges und schreibt über kommende heiße Kriege mit Berufung auf den Philosophen einer längst verflossenen Epoche:

»Ohne den Krieg und die Opfer, die er verlangt, wird der Mensch laut Hegel verweichlicht und egozentrisch; die Gesellschaft versinkt in eigensüchtigem Hedonismus, und die Gemeinschaft wird letztlich zerfallen.« Mit der Kaltschnäuzigkeit des Schreibtischstrategen fügt er hinzu: »Eine liberale Demokratie, die alle zwanzig Jahre einen kurzen, entschlossenen Krieg zur Verteidigung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit führen könnte, wäre bei weitem gesünder und zufriedener als eine Demokratie, die in dauerhaftem Frieden lebt ...«<sup>6</sup>

Es mag nicht vergessen werden, daß hier der Verstand eines Liberalismus waltet, der auf den Vorrang des kapitalistischen Eigentums gerichtet ist und in allen bürgerlichen Revolutionen seit 1640/49 und 1688/89, 1776 und 1789 die sozialen Erwartungen der kämpfenden Massen enttäuscht, die Volkssouveränität geschmälert, die Volks-Demokratie erstickt, die unterentwickelten Völker ins Kolonialjoch gebeugt hat. Die gedachte Demokratie, mit liberalistischen Konstitutionen und Kapitalbewegungen, ist heute in den G-7-Staaten verkörpert – unter Vormacht der USA. Nach dem Ableben der Pax sovjetica beharrt die Pax americana auf einer Weltwirtschaftsordnung, in der 80 Prozent der global verfügbaren Ressourcen von jenen 20 Prozent der Weltbevölkerung verbraucht werden, die in den reichen Ländern des Nordens leben. Pax americana im Verbund mit den »westlichen« Großmächten steht für das »Zentrum«, das mit dem Schlachtruf »Globalisierung« die absolute Hegemonie gewinnen will. Es versucht, seine Gesellschaftsordnung, Kapitaldominanz, formaldemokratische Werte den historisch und kulturell anders gewachsenen Völkern der »Peripherie« zu oktroyieren – und es verfügt dabei über mindestens fünf Monopole: die Überlegenheit der Technik und Technologie, die

5 »Eines jedoch haben die Krisen in Kuwait, Jugoslawien und der UdSSR gemeinsam. Sie zeigen, daß die ohnehin leise Stimme der Vernunft endgültig schweigt, wenn Waffen sprechen. Sobald Militärs das Heft des Handelns übernommen haben, bestimmt ihre ›Logik‹ den Gang der Ereignisse, müssen Diplomatie und Politik ins zweite Glied zurück. Und noch etwas ist unübersehbar: Die Krisen kommen uns geographisch näher und greifen zeitlich wie kausal ineinander.«  
Torsten Wöhlert, Andrée Türpe (Hg.): Modellfall Golfkrieg? Zur Ambivalenz politischer Vernunft. Analysen – Resolutionen – Friedensvorschläge – Chronologien (Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Berlin), Frankfurt a. M. 1991.

6 Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?, München 1992, S. 434 f.

Kontrolle der globalen Finanzströme, den weltweiten Zugang zu den natürlichen Ressourcen, die Herrschaft über Medien und Kommunikationen, nicht zuletzt den Besitz der zahlreichsten und neuesten Massenvernichtungswaffen. »Freiheit« und »Unabhängigkeit«, die reizenden Worte aus Fukuyamas Begriffsdschungel, bedeuten für diese durchaus souveränen, wohlhabenden und hochgerüsteten Staaten nichts Geringeres als »freien Zugang« zu allen gewünschten Naturschätzen, Billiglohnkräften, Kapital- und Warenmärkten im »Rest der Welt«.

Von »unseren nationalen Interessen« spricht Präsident Clinton, wenn er die bestausgerüsteten Boys in den Einsatz fern von Washington schickt. Könnte es sein, daß Amerikas Golfkriege im Namen des UN-Sicherheitsrats zu »schlechter« Letzt um Kuweits Erdöl, die Bodenschätze der ganzen Region geführt wurden? Abgesehen vom angstmachenden Exempel militärischer Überwucht – zensurgerecht auf den Bildschirm gezaubert. Wie Zeus seinen Feuerstrahl fiktiv über die wehrlosen Völker des Altertums warf, so schleudern raketenbestückte Piloten ihre tödliche Fracht realiter auf den nahezu verteidigungsunfähigen Gegner. 1 : 1000 etwa beträgt der Verlust auf beiden Seiten der Front. Ein solcher Krieg hat sein Wesensmerkmal, Zweikampf zu sein, verloren. Unablässige Rüstung der High-tech-Waffen scheint zu genügen, hinfort geringer gewappnete Staaten und Völker zu erpressen, zur Botmäßigkeit zu zwingen. Vielleicht ist die Voraussage ernst zu nehmen, wonach künftig etwas weniger Krieg, desto mehr Gewalt sein wird.

Doch Hegemonialmacht braucht Rüstung. Rüstung braucht »Schurkenstaaten« und »Kriegsgefahr«: das Bild eines akuten oder künftigen Feindes. Da ist nach dem Bestsellerautor Fukuyama auch der Bestsellerautor Samuel P. Huntington im Gespräch. Für den Politologen und Berater des Pentagon gerät nach dem Ende des Kalten Krieges sozial gegensätzlicher Gesellschaftssysteme nunmehr ein Krieg der Kulturen, der Kulturkreise in Sicht, die durch verschiedene Weltanschauungen, Religionen, Werte, Gesellschaftsstrukturen geprägt sind. Die »Interessen« der USA würden insbesondere durch den Aufstieg Chinas, des konfuzianischen Kulturkreises, und durch die Expansion des Islam bedroht. »Auf jeden Fall werden asiatisches Wirtschaftswachstum und muslimischer Bevölkerungsdruck in den kommenden Jahrzehnten zutiefst destabilisierende Auswirkungen auf die etablierte, westlich dominierte internationale Ordnung haben. (...) Infolgedessen werden die ersten Jahre des 21. Jahrhunderts die anhaltende Resurgence nicht-westlicher Macht und Kultur sowie den Zusammenprall der Völker nichtwestlicher Zivilisationen mit dem Westen und miteinander erleben«. <sup>7</sup> Damit der »Westen« politisch und wirtschaftlich überdauere, müßten die USA »ihre Identität als westliche Nation bekräftigen und es als ihre globale Rolle definieren, die Führungsnaht der westlichen Kultur zu sein« (507).

7 Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. The Clash of Civilizations. Die Neugestaltung der Welt-politik im 21. Jahrhundert, München 1998, S. 188f.

### III.

Wir sind wieder wer! hörte man allzubald nach der deutschen Wiedervereinigung aus Bonner Regierungskreisen. Dem Weißen Haus sichtlich vorauseilend, anerkannte Außenminister Genscher die

Sezession und die staatliche Souveränität Sloweniens und Kroatiens: Die BRD war 1991 unter den Staaten der erste, der die Axt an Jugoslawiens Vielvölkerschaft legen half. Serben, die (anders als kroatische Ustascha) in zwei Weltkriegen auf der richtigen Frontseite, also gegen die Aggressoren Deutschland und Österreich, gekämpft und gelitten hatten, wurden benachteiligt, verteuelt, vertrieben. Seitdem ist Jugoslawien der Kampfplatz ethnischer und zugleich nationalistischer Volksgruppen: die offene und quälende Krebswunde Europas.

Vor diesem Hintergrund haben Politiker und Militärs der NATO zum Wandel ihrer Strategie geblasen. Schon 1992 ist in den Richtlinien des deutschen Bundesministers der »Verteidigung« von künftigen Bundeswehreinsetzungen für »vitale Sicherheitsinteressen« die Rede: »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung« (Bonn, 26. November 1992, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ziffer 8). Vier Monate später, am 19. März 1993, verlaubliche Außenminister Kinkel, Gentschers Nachfolger, in der FAZ: »Gegenwärtig bewegen wir uns vom Interventionsverbot im Namen staatlicher Souveränität hin zum Interventionsgebot im Namen der Menschenwürde und humanitären Hilfe« (Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung. Deutsche Außenpolitik in einer sich neu ordnenden Welt). Menschenrecht bricht Völkerrecht: endlich – oder bedenklich?

Wo immer Menschen verfolgt werden, die vor dem Maßstab der Humanität unschuldig sind, bleibt eine »höhere Macht« zu wünschen, die »Recht auf Leben« sichert und den Codex der Menschenrechte vermittelt. Da Gott nicht barmherzig und keineswegs allgegenwärtig ist, muß dies die UNO sein – aufgrund eines stets verbesserten Völkerrechts und unbeeindruckt von Machtinteressen einzelner ihrer Mitglieder. Fukuyama freilich hält wenig davon. Nach seiner Ansicht ist »souveräne Gleichheit aller Mitglieder« ein Geburtsfehler der Vereinten Nationen, so daß er seiner Regierung rät, sich »mehr an der NATO« zu orientieren (Ende der Geschichte, 379).

Tatsächlich reifte im ursprünglichen Atlantischen »Verteidigungs«-Bündnis das Schlangenei, das »out of area« heißt: Militäreinsatz außerhalb der Bündnisregion, um Streitparteien gewaltsam zu befrieden, wobei auch eigene Interessen nach Gutdünken zu erfüllen sind. Der CDU-Fachminister für potentielle Militärinterventionen beanspruchte gar den hehren Begriff »Friedensethik«, um die Interventenrolle zu beschönigen, hingegen Pazifisten und Antimilitaristen zu entmündigen (Rede vom 5. Februar 1996).<sup>8</sup> In der Schule von Amerikanern und Briten haben Bundeswehrkontingente erste und wachsende Erfahrungen gesammelt: Kambodscha, Somalia, Bosnien und Herzegowina. Aber der blanke Sündenfall der Außen- und Militärpolitik Deutschlands, das in der historischen Stunde der Wiedervereinigung seine »Friedenspflicht« gelobte und dem »Angriffskrieg« abschwor, heißt »Kosovo« – richtiger: Angriffskrieg gegen den überlebenden Rest der Föderativrepublik Jugoslawiens.

8 Volker Rühle: Mut zur Verantwortung – Deutschland und der Friede in Europa. Rede in der Sankt-Katharinen-Kirche zu Hamburg.

9 »Im Ergebnis langdauernder Verhandlungen erklärte sich Präsident Milosevic in Rambouillet und Paris gegenüber den [noch – HB] mit diplomatischen Mitteln operierenden Staaten des ›Westens‹ bereit, dem Kosovo größere Autonomierechte und -realität als vor 1989 einzuräumen, weigerte sich aber entschieden, der NATO Exterritorialitäts- und Manövrierechte für ganz Jugoslawien einzuräumen.«  
Hermann Klenner: Ethnische Minderheiten im Völkerrecht, in: Berliner Debatte INITIAL, 10/1999.

10 Völkerrecht und Rechtsbewußtsein für eine globale Friedensordnung, hg. v. Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., Dresden 2000.

Das erste Opfer eines jeden Kriegs ist die Wahrheit. Gewiß sind Serben an allen nationalen und ethnischen Konflikten des ehemaligen Staatsgebiets schwerwiegend beteiligt. Und gewiß verletzte die Belgrader Zentralregierung das Minderheitenrecht, als sie die Unruhen der albanischen Kosovaren mit dem Entzug der Autonomie, mit Repressalien und Vertreibung beantwortete. Daß aber Serben die ganz alleinigen Bösewichter des Balkans seien, ist die Propagandalüge der NATO, die Falschmeldung deutscher Regierungen und Medien, die die Zerschlagung der Föderativrepublik und ihres staatlichen wie gesellschaftlichen Eigentums seit nunmehr zehn Jahren betreiben. Unter den fünf Millionen Flüchtlingen befindet sich eine Million Serben; auch sie beklagen ihre Toten, ihre verlorenen Heimstätten. Die Verhandlungen in Rambouillet mißachteten Jugoslawiens Souveränität gröblichst, indem sie die Militärkontrolle der NATO im gesamten Staatsterritorium verlangten, wobei dieser Annex B des ultimativen Vertragstextes der Öffentlichkeit verschwiegen wurde.<sup>9</sup> Unterwerfung im Frieden oder Krieg – hieß die einzige Alternative. Allein die Serben sollten als die Rechtsbrecher gelten.

Jedoch die NATO-Offensive brach Völkerrecht.<sup>10</sup> Es existierte kein UNO-Mandat. Die sich selbst mandatierenden Paktmächte vollzogen den bereits angekündigten Salto mortale vom Verteidigungs- zum Interventionsprinzip. Ihr Angriff ignorierte den Rechtsgrundsatz der Staatssouveränität, der auch dem UNO-Mitglied Jugoslawien zusteht. Während die deutschen Außen- und Kriegsminister zum Tyrannenmord aufhetzten, wurde die gesamte serbische Zivilbevölkerung als Geisel genommen. Die Folgen könnten unter anderen Konstellationen wohl Kriegsverbrechen bedeuten: Verwundete, Tote und noch mehr Vertriebene unter jugoslawischen Staatsbürgern. Zerstörung der zivilen Infrastruktur mitams der internationalen Donauschifffahrt. Wiederum Mißbrauch des Kriegs zum Test verbotener und neu entwickelter Waffen (Streu- und Splitterbomben, Uranmantelgeschosse und Graphitbomben). Aufheizung des Hasses und der Vertreibungswut unter allen Bewohnern des Kosovo. Es war ein siebenwöchiges Schlachtfest, bei dem die höhnischen Überflieger selbst nichts riskierten und die von ihnen gemordeten Zivilisten, die bombardierten Eisenbahnen, Brücken, Fabriken, Auslandsbotschaften als zufällige »Kollateralschäden« abrechneten. Dieser Krieg sei für den Frieden notwendig! tönte die tägliche Medienlosung. Sie war das verlängerte NATO-Schwert, das die Friedensbewegungen enthaupfen sollte.

Ist dieser schreckliche Vorgang, den wir nicht »Kosovo«, sondern NATO-Krieg nennen, das Menetekel des neuen Jahrhunderts? Oder darf man mit historisch verlängerter Geduld wieder einmal auf die Vernunft der Staaten und der Völker hoffen? Jetzt, da die Rauchschwaden verzogen, die Toten verscharrt, die Ruinen geblieben sind, kommt die Frage auf, wie lange die NATO-Besetzung im Kosovo dauern und wer alles wieviel für den Wiederaufbau zahlen soll. Wann und wie wird Jugoslawien einen Frieden bekommen? Die staatsnahen Medien, die den Angriffskrieg, die Aggression also, wie im Veitstanz begleitet haben, schweigen sich über Kriegsfolgen aus. Die Politologen orakeln über »antihumanitären

Humanismus«, über nötige und leider auch fragwürdige »Doppel-moral«. Sogar im Lager der Krieger zischelt das Unbehagen: Die Deutschen hätten die Amerikaner in den Balkankonflikt hineingezogen. Die Amerikaner hingegen hätten der Europa-Union just in den Geburtsstunden des EURO zeigen wollen, wer die Welt-Ordnungsmacht sei. Die Militärintervention als Friedensmittel erscheint zweifelhaft.<sup>11</sup> Schon wird auf das Gegenbild »Südafrika« gewiesen, wo ein langes und konsequentes Embargo den Krieg vermieden, die Apartheid gebrochen hat. Aber die atlantischen Strategen liegen im Fangeisen ihrer eigenen martialischen Politik: Nur lau ist ihr Einspruch gegen Rußlands Kaukasuskrieg – wobei sie doch unterderhand ein »nationales Interesse« an Tschetscheniens Sezession wie an der ganzen Öl- und Handelsregion vom Kaspi-See bis zum Balkan hegen.

#### IV.

Noch immer besteht die fatale Alternative, in der seit Jahrhunderten zwei Entwicklungslinien widerstreiten. Die erste und dominierende Linie offenbart Tendenz und Triebkräfte von Staatspolitiken, die mit den Mitteln des Hegemoniestrebens, der permanenten Rüstung und der verheerenden Kriege zum Ruin der Moral und Kultur, zum Massenmord »von Staats wegen«, letzten Endes zum Exitus der Menschheit führen. Die zweite, gegenläufige Linie aber bezeugt das Bedürfnis und die Interessenträger einer anderen Politik: Sie ist verkörpert in Friedensdenken und Friedensbewegungen, Menschenrechtsdeklarationen und Völkerrechtsgeboten, Völkerfreundschaften und universalen Föderationen, die auf vernünftige und friedliche Konfliktlösungen abzielen – auf eine Verwirklichung gemeinsamer Sicherheit, Gleichberechtigung, Solidarität und schließlich des Weltfriedens. – Krieg oder Frieden? Von Machtstreben verursachte Katastrophen oder von Friedenswillen rational gesteuerte Entwicklung? Welche Kraft dieser entscheidenden Alternative wird in Gegenwart und Zukunft obsiegen?

Vor diesem welthistorischen Hintergrund haben führende PDS-Politiker in den Monaten vor dem Münsteraner Parteitag die Möglichkeit verfochten, Militäreinsatz und Krieg aufgrund von Beschlüssen des UN-Sicherheitsrats im »Einzel«- oder auch »Ausnahmefall« bejahen zu können. In der Partei, die sich nach den Golfkriegen als »dem Pazifismus verpflichtet«, sogar als »entschiedene Gegnerin von Kampfeinsätzen jeglicher Art, ob unter UNO- oder NATO-Helmen«, erklärte (Zum 50. Jahrestag der UNO-Gründung)<sup>12</sup>, ist die leninistische Unterscheidung zwischen guten und bösen, »gerechten« und »ungerechten« Kriegen wieder aufgekommen. Was von den »realpolitischen« Diskussionsmachern nicht ganz und gar unmißverständlich als höchstes Prinzip verfochten wurde, ist das unbeirrte Nein gegen Militärgewalt und Krieg, ihre Ersetzung durch alle nur möglichen Initiativen und Instrumentarien zwecks Konfliktlösung und Friedensstiftung. Nomen est omen: »Pazifismus« ist in ihrem (allerdings fehlgeschlagenen) Antrag an den Parteitag gestrichen worden.<sup>13</sup> Sind denn Produktion und Einsatz der Nuklearwaffen keine Todesgefahr für die Menschheit geblieben, so daß die pazifistische Maxime »Die

11 Oliver Tolmein: Welt – Macht – Recht. Konflikte im internationalen System nach dem Kosovokrieg, Hamburg 2000.

12 Zu ursprünglichen Positionen der Partei des demokratischen Sozialismus:

a) Erklärung des Parteivorstandes der PDS anläßlich des 50. Jahrestages der Gründung der Organisation der Vereinten Nationen. PDS-Pressedienst, Nr. 42/95.

b) Zivile und nichtmilitärische Konfliktbearbeitung und Friedenssicherung. Antrag der Abgeordneten der PDS an den Deutschen Bundestag. Bonn, 13. Januar 1998.

c) Protokoll der gemeinsamen Konferenz von AG Friedenspolitik Berlin, Deutscher Friedensrat e. V. und AG Internationale Politik der PDS-Bundestagsfraktion am 4. September 1999 in Berlin: Herbert Jansen, Wolfgang Triebel (Hg.): Gebt dem Frieden im 21. Jahrhundert neue Chancen. Lehren und Erfahrungen der Friedensbewegung im 20. Jahrhundert. Historisches, Politisches, Aktuelles über Pazifismus und Anforderungen an die Friedensbewegung im 21. Jahrhundert, GGN Verlag Sachsen/Berlin 2000 (Eröffnung von Wolfgang Gehrcke).

13 Zur veränderten Diskussionslage der Partei des demokratischen Sozialismus:

a) Die Charta der Vereinten Nationen und die PDS. Brief von Lothar Bisky und Gregor Gysi an die Mitglieder der PDS, 8. November 1999.

b) Positionen der PDS zur internationalen Krisen- und Konfliktbewältigung. Antrag

des Parteivorstandes an den Münsteraner Parteitag, April 2000.

c) Nein zu UN-Militäreinsätzen. Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen. Antrag von S.Y. Kaufmann an den Münsteraner Parteitag, April 2000. (Dieser wurde mit 219 gegen 126 Stimmen angenommen.)

14 »Zu der zu neuem Leben erweckten Ideologie des gerechten Krieges ist die Konzeption eines gerechten Friedens die einzig vernünftige Alternative.«  
Volker Bialas, Hans-Jürgen Häbler, Ernst Woit (Hg.): Die Kultur des Friedens. Weltordnungsstrukturen und Friedensgestaltung (Institut für kulturelle Friedens- und Konfliktforschung, Hannover), Würzburg 1999, S. 9.

15 Sylvia-Yvonne Kaufmann (Hg.): Frieden schaffen! Mit UNO-Waffen?, Berlin 2000.

Waffen nieder!« vernünftig ist? Hat nicht die ebenfalls pazifistische Losung »Pflugscharen statt Schwerter« vormals die Kraft der Friedensemotion von Millionen erwiesen und politische Entscheidungen erzwingen können? Trotz antimilitaristischer Beteuerungen des Parteivorstands: Ideen und Praktika der Friedensbewegungen – zumal der internationalen Konflikt- und Friedensforschung – scheinen durch lebendige Zusammenarbeit keineswegs ausgeschöpft.<sup>14</sup>

Wohl könnten Situationen aufkommen, wo ein Aggressor oder ein Massenschlächter á la Pol Pot durch militärische Aktivitäten der UNO in eine gewünschte Welt-Friedens-Ordnung gezwungen werden muß. Der PDS stünde es dabei wohl an, in Kooperation mit anderen Friedenskräften dafür zu wirken, daß Konflikte möglichst mit unkriegerischen Mitteln befriedet, im Falle einer unvermeidbaren Militärintervention die Zweck-Mittel-Relation streng kontrolliert und imperialistische Vorteilsnahme durch die von der UNO beauftragten Staaten ausgeschlossen würde. – Doch überhaupt: Ist jetzt die übereilte Erwägung des Jaworts für Militäraktionen und Krieg die gebotene Klugheit einer alternativen Partei? Wäre nicht Entmilitarisierung in der Mitte Europas, wenigstens die Beseitigung von ABC-Waffen, die bessere Streitsache? Könnte nicht selbst Japans halbhundertjährige Verweigerung, an Kriegen teilzunehmen, eine militärpolitische Ermutigung sein?<sup>15</sup>

Noch ist Zeit, der Menschheit ein Zeichen zu setzen: Ein ehrlicher Friede, gegründet im Friedenswillen von Deutschen, die dem Krieg und der Rüstung entsagten – das allein wäre die große Botschaft für die Völker Europas, der Welt. Der blanke Hohn, der da von »Blauäugigkeit« spricht oder gar »Friedenstrottel« verteufelt, ist erträglich. Auch zu Jahrhundertbeginn gilt der Satz: Es ist die geschichtliche Rolle der »Linken«, daß sie in den Umbrüchen der bürgerlichen Gesellschaft nicht bloß das »Menschen-Mögliche«, sondern auch das »Menschen-Notwendige« einfordern.

# Helmut Böhme, Hans-Gert Gräbe Martin Holtzhauer, Rolf Löther Jens Reich, Sabine Voigt Risiko Gentechnik?!

*Im Sommer 1999 hat »UTOPIE kreativ« mit der Veröffentlichung von Beiträgen zu den Chancen und Risiken der Gentechnik begonnen. Nach dem Erscheinen des ersten Beitrages von Martin Holtzhauer (Heft 105/Juli 1999) ist der Redaktion eine Reihe von Zuschriften zugegangen – von Hans-Gert Gräbe, Reinhard Grienig, Jens Reich und Magdalene Westendorff. Rolf Löther und Sabine Voigt beteiligten sich an der Diskussion mit größeren Beiträgen, die im November/Dezember-Heft erschienen sind. Der von Helmut Böhme angekündigte Artikel konnte leider bis jetzt noch nicht fertiggestellt werden. Es ist beabsichtigt, ihn zu einem späteren Zeitpunkt zu veröffentlichen. Da jedoch am 24. Juni 2000 in Leipzig ein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen organisiertes Kolloquium zum Thema »Effiziente Pflanzenproduktion mit Hilfe der Gentechnik – pro & contra« stattfinden wird, hat sich die Redaktion entschlossen, das ursprünglich gegen Ende der Debatte vorgesehene Rundtischgespräch zur Gentechnik vorzuziehen. Es stellt nunmehr nicht den (relativen) Abschluß der Debatte, sondern eine Art Zwischenbilanz dar und soll ausdrücklich auch als Aufforderung zur Fortsetzung der Diskussion verstanden werden.*

*Da es in unserer kurzatmigen Zeit kaum möglich gewesen wäre, alle Beteiligten tatsächlich an einem runden Tisch zu versammeln – was sicherlich einen besonderen Reiz gehabt hätte –, wurden zehn Fragen an alle verschickt, die sich mit Zuschriften an die Redaktion gewandt haben. Die Antworten wurden anschließend zu einem »virtuellen« Rundtischgespräch zusammengestellt. Leider haben nicht alle, die angeschrieben wurden, auch geantwortet; denen, die sich beteiligt haben – Prof. Helmut Böhme (Aschersleben), Dr. Hans-Gert Gräbe (Leipzig), Dr. Martin Holtzhauer (Berlin), Prof. Rolf Löther (Berlin), Prof. Jens Reich (Berlin) und Dr. Sabine Voigt (Berlin) – gilt unser herzlicher Dank. Alle weiteren Interessenten sind zur Fortführung der Diskussion herzlich eingeladen.*

ARNDT HOPFMANN

Helmut Böhme – Jg. 1929; Prof. Dr. agr. habil, arbeitete von 1951 bis 1991 als Wissenschaftler, davon 14 Jahre (1969 – 1983) als Direktor, am Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Gatersleben, ist seit 1967 ordentliches Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften (später AdW der DDR) und seit 1969 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher, Leopoldina.

*Gentechnik – eine neuartige Risikotechnologie?*

FRAGE: Während die im Zuge der industriellen Revolution entstandenen sogenannten »linearen« Technologien »nur« Havarien und Unfälle mit lokalen bzw. regionalen Dimensionen hervorgebracht haben (Chemieunfälle, Schiffsuntergänge, Flugzeugabstürze, Eisenbahnunfälle etc.), ist mit Gen- und Atomtechnik ein neuartiger Typ von Technologien entwickelt worden, der Katastrophen

ungeahnten (globalen) Ausmaßes verursachen kann – *warum sollte sich nach Ihrer Meinung die Menschheit trotzdem auf die Gentechnologie einlassen oder warum sollte sie dies besser nicht tun?*

ROLF LÖTHER: Technik und Technologien sind Mittel der Menschen zur Aneignung und Nutzung natürlicher Ressourcen ihrer Existenz – von den urgeschichtlichen Erfindungen des Zurecht-schlagens von Steinen zu Werkzeugen und des Feuermachens bis zur Kerntechnik und Gentechnik. Alle sind der Möglichkeit nach mit Chancen und Gefahren verbunden. Beides wächst mit den Ausmaßen des Machbaren und ist jeweils spezifisch. So ist auch die Gentechnik mit neuen Risiken in der Einheit von Chance und Gefahr verbunden. Es geht um genetische und ökologische sowie gesundheitliche und soziale Aspekte. Und als Gefahren drohen weniger globale Katastrophen als vielmehr langsam fortschreitende Prozesse. Die Gefahren sind konkret zu bestimmen und zu untersuchen, um ihnen entgegenzuwirken. Die allgemeine Frage, ob sich die Menschheit auf die Gentechnologie einlassen sollte, erkennt erstens, daß die Gentechnologie nach ihrer Entwicklung seit mehr als einem Vierteljahrhundert eine Realität ist, die nicht mehr aus der Welt zu schaffen ist, man mag sie mögen oder nicht; und zweitens, daß die Menschheit leider immer noch ein Abstraktum ist und kein Subjekt, das in der Lage wäre, übergreifende Menschheitsinteressen gegenüber Sonderinteressen durchzusetzen.

Hans-Gert Gräbe – Jg. 1955; Dr. rer. nat. habil., Studium und Graduierung im Fach Mathematik, forscht seit Mitte der achtziger Jahre zur Computeralgebra im Grenzbereich zwischen Mathematik und Informatik, seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig Privatdozent und wissenschaftlicher Mitarbeiter.

SABINE VOIGT: Als Agraringenieurin möchte ich mich auf Aussagen, die »grüne« Gentechnik betreffend, beschränken. Zur Beantwortung der ersten Frage ist zu klären, worin die Spezifik dieser Technologie liegt. Die wesentlichen Probleme bestehen im ökologischen und gesundheitlichen Bereich, denn die Gentechnik greift wie keine andere Technologie direkt und in kürzester Zeit in alle Lebensbereiche ein. Die Experimente im Rahmen der Gentechnik sind die bisher tiefsten Eingriffe in Evolution, Leben und Natur auf der Erde. Über die biologischen Grenzen hinweg können neue Mikroorganismen, Pflanzensorten und Tierarten geschaffen werden, wie sie in der Natur und durch traditionelle Züchtung nicht vorkommen. Selbst nach Aussagen von Wissenschaftlern sind die Auswirkungen auf der Mikroebene (Veränderung von Erbsubstanzen und ihren Wirkmechanismen) und auf der Makroebene (Umwelt und Gesundheit) nicht vorherzusehen. Die Produkte der Gentechnik sind, einmal in die Umwelt entlassen, in der Regel nicht rückholbar und ausgelöste Prozesse sind bei einer Manifestation in der Umwelt irreversibel. Diese Risiken bestehen unabhängig von der Gesellschaftsordnung. Unter kapitalistischen Bedingungen ist eine wirksame gesellschaftliche Kontrolle über den verantwortungsbewußten Umgang mit der Gentechnik nicht möglich. Aber auch die Beherrschung der öffentlichen Meinung durch die Medien erschwert eine demokratische Meinungsbildung.

Die Erfahrungen mit anderen Risikotechnologien und ihren gegenwärtigen und künftigen Auswirkungen und die Mißachtung von wissenschaftlichen Anfangsverdachten zum Teil vor Jahrzehnten lassen nicht vermuten, daß Gentechnik als weitere Risikotechnologie



»lindernd und wohltätig« im Sinne der Menschheitsinteressen eingesetzt werden kann. Im Gegenteil, Gentechnik wird all diese Probleme noch verschärfen. Eine produktive Nutzung der »grünen« Gentechnik in Acker-, Gartenbau, Viehzucht und auch Forsten ist jedoch nach heutigem Erkenntnisstand abzulehnen, ohne in einen generellen Technikfetischismus zu verfallen.

MARTIN HOLTZHAUER: Aus meiner Sicht ist zunächst die Behauptung nicht richtig, daß technologisch bedingte globale Katastrophen erst mit der Einführung der Nukleartechnologie möglich sind (Risiken der Gentechnik sind bisher Extrapolationen über gesichertes Wissen hinaus). Ökologische Schäden hinsichtlich Ausdehnung und Langzeitfolgen, wie von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl verursacht, sind auch schon mit herkömmlichen Methoden »gelungen«. Im Gegensatz zur emotionsbeladenen Diskussion um Kern- und Gentechnik stoßen aber Umweltschäden durch Chemie, Agrar- und Energiewirtschaft in der öffentlichen Diskussion auf eine größere Toleranzbereitschaft.

Die auf den älteren Wissenschaften Chemie, Physik, Biologie und Ingenieurwissenschaften vorwiegend beruhenden Verfahren zur Erweiterung des Erkenntnishorizonts und der Erschließung effizienterer Produktionsformen – effizienter nicht nur in ökonomischer, sondern auch ökologischer Hinsicht wie spezifischer Energieverbrauch bei Produktion, Lagerung und Transport und Möglichkeiten der (Ab)Produktbeseitigung – stoßen inzwischen an prinzipielle Grenzen. Da man nur durch Nichtstun fehlerfrei wird, sollten im Interesse der Entwicklung optimalerer Produkte und Verfahren in Ökonomie und Gesundheit und im Interesse eines Erkenntniszuwachses bei der Erforschung von Lebensprozessen molekularbiologisch-gentechnische Forschungen und Entwicklungen nicht prinzipiell eingeschränkt oder behindert werden. Diese grundsätzliche Bejahung der Gentechnik ist allerdings im Kontext mit einer ständigen qualifizierten Risikobewertung und -abwägung zu sehen.

HANS-GERT GRÄBE: Mehr noch als die Kernenergie steht für mich die Gentechnik exemplarisch für eine Debatte um diesen neuen Typus von Technologie, wobei ich die deutlichen Unterschiede in der allgemeinen Bewertung beider Technologien nicht verkenne. Dieser Technologietyp ergibt sich logisch, wenn der Mensch beginnt, nicht nur *Naturprozesse*, sondern *selbst gestaltete* Prozesse und damit eine weitere »numerische Datenwand« zwischen sich und die unorganisierte Natur zu schieben. Er versucht dabei auch Prozesse in Gang zu setzen, die die Natur, möglicherweise aus gutem Grund, so auf der Erde nicht anwendet.

Ein Charakteristikum dieses neuen Technologietyps besteht in der Selbstreferentialität der losgetretenen Prozesse. Man kann sie nicht, wie heute gewohnt, notfalls durch das Umlegen eines Schalters stoppen, sondern nur hoffen, daß sie nach einer solchen Intervention abklingen. Allerdings handelt es sich meist um Prozesse mit starker positiver Rückkopplung, d.h. die »von selbst« dazu neigen, exponentiell oder noch schneller zu wachsen und nur in einem

Martin Holtzhauer –  
Jg. 1948; Dipl.-Chem.  
Dr.rer.nat.habil., arbeitete  
von 1973 bis 1991 am Zentralinstitut für Molekularbiologie bzw. am Zentralinstitut für Herz-Kreislaufforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR in Berlin-Buch, von 1992 bis 1996 an der KAI-Akademie der Wissenschaften bzw. an der Universität Potsdam, ist seit 1997 in der Privatwirtschaft tätig.

engen Regime einigermaßen unter Kontrolle zu halten sind. Sie sind also potentiell gefährlich; und der strenge Frost, der in Bulgakows Erzählung »Die verhängnisvollen Eier« (Kleine Prosa 1, Volk und Welt Berlin 1983) Moskau und die Menschheit noch einmal vor dem Untergang rettet, steht allenfalls allegorisch für den Wunsch, daß Mütterchen Natur im Ernstfall Nachsehen üben möge. Die Frage, ob man es dann nicht lieber gleich ganz bleiben lassen sollte, steht also nicht nur vor der Gentechnik.

Auch wenn aus umfassenderen Gründen die Entscheidung gegen einzelne solcher Technologien ausfällt, so grenzt es an Maschinenstürmerei, den Technologietyp als Ganzes auslassen zu wollen. Schließlich ist mit der technischen Realisierung computerbasierter Steuerungstechnik die Zeit reif für einen solchen algorithmisch geprägten Technologietyp, und er wird in vielfältigen Formen die »Postmoderne«, also Technologie und Produktionsweise des gerade beginnenden neuen Kondratjew-Zyklus prägen. Man wird sich mit diesem Technologietyp auseinandersetzen müssen. Und ein drittes Argument: In komplexeren Naturprozessen ist ein potentiell explodierender Reproduktionszusammenhang eher die Regel als die Ausnahme und wird über indirekte Rückkopplungen im Gleichgewicht gehalten. Derartig subtile Abhängigkeiten prinzipiell nicht beherrschen zu können, ist ja eines der Hauptargumente gegen die Gentechnik. Die Natur macht uns allerdings vor, wie es gehen kann: Sie spannt mehrere solche sich gegenseitig beeinflussende Prozesse so in einen Kreislauf, daß übermäßiges Wachstum eines der Prozesse zu einer Verschlechterung der eigenen Reproduktionsbedingungen führt. Ein deutlich besseres Verständnis dieser Zusammenhänge ist nicht nur für die Gentechnik wichtig.

Rolf Löther – Jg. 1933; Prof. i. R., Dr. sc. phil., Wissenschaftsphilosoph, Spezialgebiet Philosophie und Geschichte der Biologie und Medizin, war von 1971 bis 1981 ordentlicher Professor für Philosophie an der Akademie für Ärztliche Fortbildung der DDR und danach bis 1991 Forschungsgruppenleiter für philosophische Fragen der Biologie und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, seit 1997 Mitglied der Leibniz-Sozietät.

HELMUT BÖHME: Die Annahme der Möglichkeit einer »Katastrophe ungeahnten (globalen) Ausmaßes«, verursacht durch die Gentechnik, übersteigt zur Zeit noch (?) mein Vorstellungsvermögen. Die Fragestellung, ob sich die Menschheit »auf die Gentechnologie einlassen sollte«, kommt wohl in einigen gesellschaftlichen Bereichen wesentlich zu spät. Es geht jetzt mehr darum, mit welchen Zielstellungen, an welchen Objekten und unter welchen Kontrollbedingungen gentechnische Methoden eingesetzt werden. Wenn man zur Realisierung »kreativer Utopien« beitragen möchte, sollte man bei aller notwendigen kritischen Prüfung neuartiger Techniken für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt offen sein und ihn nicht von vornherein grundsätzlich negativ bewerten. Ich rate zur Vorsicht bei dem Versuch, hier *linke* oder *rechte* Sichten mit erhobenem Zeigefinger ins Spiel zu bringen. Vergangene Beispiele einer zu schlimmen Folgen führenden, falschen Ideologisierung der Biowissenschaften sollten uns ernste Warnung sein.

JENS REICH: ...weil die Voraussetzung nicht zutrifft.

FRAGE: In konkurrenzgetriebenen Markt- und Geldwirtschaften stehen Schutzmaßnahmen und Kontrollen beständig unter Effizienz- bzw. Kostendruck – *sind Gesellschaften dieses Typs nicht grundsätzlich ungeeignet für die Nutzung von Risikotechnologien;*

*wer sollte die Anwendung der Gentechnik (unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen) wodurch kontrollieren?*

MARTIN HOLTZHAUER: Profitorientierte Volkswirtschaften sind nie sicher davor, daß im Interesse der Profiterzielung moralische und/oder lokale Grenzen mißachtet werden. Sicherheitsstandards, die im Mutterland eines Betriebs gelten und akzeptiert werden, werden durch Verlagerung der Produktion in weniger restriktive oder stärker korrupte Länder umgangen – der Gedanke der Einen Welt wird entweder bewußt ignoriert oder hat sich im Bewußtsein der Verantwortlichen nicht manifestiert. Trotzdem ist es möglich, sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene Kontrollgremien zu schaffen, die mit der erforderlichen Kompetenz und Machtbefugnis Standards setzen und deren Einhaltung kontrollieren (vgl. Internationale Atomenergiebehörde). Allerdings ist besonders auf nationaler Ebene zu fordern, daß die Diskussion um Entscheidungen und ihre Überwachung auf eine breitere, sachkundigere parlamentarische und außerparlamentarische Basis gestellt werden. Dabei ist die Forderung nach qualifizierter und umfassender (Allgemein)Bildung und nach einer ausgewogenen Information über das Für und Wider besonders herauszustellen sowie der Einfluß (ebenfalls profitorientierter) Massenmedien zurückzudrängen. Die Verbreitung von Halbwahrheiten und das Spekulieren auf Unwissen ist gefährlicher als das Zurückhalten von Erkenntnissen, solange diese nicht nach wissenschaftlichen Kriterien überprüft sind.

HANS-GERT GRÄBE: Die Frage greift zu kurz, denn sie engt den Blick auf die *inhärente* Komplexität sozialer Einbettung von Technologie ein. Ich komme auf Bulgakows Erzählung zurück. Das Projekt gerät nicht so sehr durch Persikow, den fanatischen, dabei aber in Grenzen vorsichtigen Wissenschaftler aus den Fugen, als vielmehr dort, wo ihm die Erfindung mit aller zur Verfügung stehenden Autorität aus den Händen gerissen wird und ein Eigenleben im aktuellen gesellschaftlichen Umfeld beginnt. Entscheidend wird die Frage, welche »Kultur« dieses Umfeld prägt, d.h. ob es genügend leistungsfähig ist, die Chancen und Risiken einer zu implementierenden (immer janusköpfigen) Technologie zu reflektieren.

Für dieses Reflexionsvermögen sind wenigstens drei Aspekte wichtig: Erstens ist das Niveau der allgemeinen Kultur des Denkens zu berücksichtigen, welches die Gesellschaft prägt. Es bildet die Grundlage für gesellschaftliche Reflexionsfähigkeit schlechthin. Dieses »Kulturniveau« wird in der Industriegesellschaft wesentlich durch den Begriff »Allgemeinbildung« begründet und ist bisher mit neuen technologischen Herausforderungen immer gewachsen. Daß uns heute anderes eingeredet werden soll, ist eine der Perversionen dieser Zeit. Bulgakows Erzählung möge Technokraten als warnendes Beispiel dienen, diesen Faktor zu unterschätzen. Sie zeigt allerdings, daß er weitgehend unabhängig von Markt und Geld wirkt. Zweitens darf man Technik von morgen nicht mit der Elle von gestern messen. Die Euphorien und Irritationen der Kybernetikwelle der sechziger Jahre, die bekanntlich noch über West und Ost hinwegschwappte und deren Wiederholungen heute,

Jens Reich – Jg. 1939; Prof. für Biomathematik, war nach dem Studium der Medizin zunächst als Arzt tätig, später arbeitete er als Biochemiker an der Akademie der Wissenschaften, forscht heute im Max-Delbrück-Centrum für Molekulare Medizin in Berlin-Buch.

als wäre dazwischen nichts gewesen, schon Züge des Grotesken tragen, wurzeln wesentlich in einem solchen Mißverständnis. Drittens benötigt die Gesellschaft Strukturen, innerhalb welcher die notwendige Reflexionsleistung vollbracht werden kann. Im Gegensatz zur klassischen Industriegesellschaft sind die neuen technologischen Risiken kaum mehr mit menschlichen Sinnesorganen und oftmals auch kaum mehr in einem einzelnen Kopf zu fassen. Sie werden erst im Diskurs verschiedener Spezialisten sichtbar, sind also oft nur als Produkte kollektiver Vernunftformen zu denken, zumal sich Antworten kaum auf ein »dafür« oder »dagegen« reduzieren lassen. Risikodiskussion benötigt also eine leistungsfähige und ausgewogene Forschungslandschaft. Deren Schaffung und Reproduktion ist eine wesentliche Komponente der Politisierbarkeit von Risiken.

SABINE VOIGT: Die Frage ist tatsächlich weniger, *wer* oder *wie* die Gentechnik in den Griff zu bekommen ist, sondern *ob* die Gentechnologianwendung in Profitsystemen überhaupt kontrolliert oder verhindert werden kann. Bestehende Kontroll-, Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen bei und im Umfeld der Atomkraftgewinnung zeigen am deutlichsten ihre Unbeherrschbarkeit. Vergleicht man diese mit den möglichen Ausmaßen der zukünftigen Gentechnik, die nicht nur an punktuellen Standorten genutzt werden wird, werden die Kontrollen (bezüglich Anwendungen der gentechnischen Verfahren und/oder von gentechnisch veränderten Organismen) von Feldern, Wäldern, Rohstoffen, Lebens- und Futtermitteln sowie die Nutzung der Mikroorganismen für processing, aber auch Kontrollen im Handel nur mit einem ungeheuerlichen Aufwand zu betreiben sein. Denn die bestehenden Regelungen und Kontrollmaßnahmen für herkömmliche Produkte und Verfahren reichen dafür nicht aus. Trotz der so hoch geschätzten Qualitätsstandards bei Lebensmitteln, ihren Marktordnungen, Richtlinien und Kontrollen häufen sich insbesondere durch Kosten- und Wettbewerbsdruck die Lebensmittelskandale.

Sabine Voigt – Jg. 1959; Dr. agr., 1983 Diplom in Tierernährung, Tierfütterungsversuche mit Single Cell Protein, wissenschaftliche Tätigkeiten am Institut für Agrarökonomie bis 1990, danach TU und HU Berlin, zwischenzeitlich 1993/94 University of Minnesota, seit 1999 Referentin für Landwirtschaft bei der Bundestagsfraktion der PDS.

Das erst nach Jahren aufgedeckte Vitaminkartell (Preisab-sprachen) weniger multinationaler Konzerne mit Gewinnen in Milliardenhöhe, die millionenschweren Patentstreite zwischen Unternehmen und zwischen Industrie- und traditionellen Nutzern in Entwicklungsländern, der letzte Genpatentierungsskandal, die nachträgliche Lockerung des Anbauverbots von Bt-176-Mais etc. zeigen, was uns bevorsteht. Wo waren die Kontrollen? Gibt es wirk-same Regelungen? Sanktionen?

Aus der Taktik der Konzerne, sich »Selbstverpflichtungen« auf-zuerlegen (z.B. die Unverbindlichkeit, ein Gentech-Produkt erst ab einem bestimmten Zeitraum der Forschung einzusetzen; Nachzu-lassungs-Monitoring zu betreiben – eine Kontrollmaßnahme, die das Inverkehrbringen, d.h. den Anbau von gentechnisch manipu-lierten Sorten voraussetzt), Sicherheits- und Risikostudien (mit) zu finanzieren, den Schluß zu ziehen, daß sie sich in Sorge um eine lebenswerte Zukunft für die Menschen bezüglich Natur, Ernäh-rung und Gesundheit doch auch bemühen würden, das würde nur Naivität beweisen.

ROLF LÖTHER: Gelegentlich begegnet man der Meinung, Genforschung und Gentechnologie brächten wie aller wissenschaftlich-technische Fortschritt Gutes und Böses. Um die Wohltaten zu genießen, müsse man auch die Übel in Kauf nehmen, denn letzten Endes werde alles gemacht, was machbar sei. Doch eine Auswahl, die auch Verluste einschließen kann, wird bereits dadurch getroffen, daß (legal oder illegal) nur das getan wird, wofür ein finanzkräftiges Interesse besteht. Humanistische Wertorientierung verlangt, daß die Gentechnologie ausschließlich in den Dienst des Überlebens und Vorankommens der Menschheit auf der Erde gestellt wird. Ob das blinde Wirken der Kräfte profitorientierter Marktwirtschaft dahin führt, ist sehr zu bezweifeln. Staat, Gesellschaft sowie Wissenschaftler und Techniker und ihre Gemeinschaft müssen Verantwortung übernehmen. Es bedarf einer wissenschaftlich aufgeklärten, nachdenklichen und kritischen Öffentlichkeit, die weder in maschinenstürmerische Ideologien zurückfällt noch die marktwirtschaftlich-kapitalistische Nutzung der Gentechnologie für selbstlose Wohltaten für die Menschheit hält.

JENS REICH: Siehe die vorhergehende Frage; es ist keine Risiko-technologie.

FRAGE: Auf der UN-Konferenz zu »Umwelt und Entwicklung« (1992 in Rio de Janeiro) wurde der globale Gen-Pool zum gemeinsamen Erbe der Menschheit erklärt; während der Zugriff auf die »natürlichen« Gene also allen offensteht, werden die gentechnisch veränderten (tierischen und pflanzlichen) Organismen patentiert und teuer verkauft; so sollen zum Beispiel die Samen neuerer Hohertragsorten so manipuliert werden, daß sie unfruchtbar sind, wodurch die Bauern vor allem auch in der »Dritten Welt« dauerhaft vom alljährlichen Neukauf des Saatgutes abhängig würden – *ist die Gentechnik eine Technologie des »weißen Mannes«, wird durch sie nicht die ökonomisch-soziale Kluft zwischen »Erster« und »Dritter Welt« vertieft und die Abhängigkeit von Milliarden Menschen von einer Handvoll High-tech-Konzernen verschärft?*

HELMUT BÖHME: Die Fragestellung »ist die Gentechnik eine Technologie des weißen Mannes« sollte wohl allgemeiner auf die verschiedenen als Ergebnis moderner naturwissenschaftlicher Grundlagenforschung entwickelten Technologien erweitert werden. Selbstverständlich sehe auch ich die immer noch vorhandenen, teilweise sogar noch gestiegenen Ungleichheiten in den Möglichkeiten zur Nutzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse zum Beispiel zwischen Nord und Süd. Das hat jedoch zunächst nichts mit der Gentechnik zu tun.

Hier haben in erster Linie diejenigen das Wort, die etwas von den Notwendigkeiten und Problemen der gesellschaftlichen Entwicklung sowie ihren Gesetzmäßigkeiten verstehen. Ich würde einer solchen Diskussion interessiert zuhören.

SABINE VOIGT: Der in der Frage geäußerten Vermutung kann ich nur zustimmen. Von verschiedenen Institutionen (z.B. FAO, Büro

»Wer nichts weiß, muß mit allem rechnen. Wer etwas weiß, glaubt nicht mehr, daß alles geschehen kann, sondern nur noch gewisse Dinge, und andere Ereignisse hält er für ausgeschlossen. Wissen bedeutet also eine Beschränkung der Vielfalt, und es ist um so größer, je geringer die Ungewißheit desjenigen, der etwas erwartet.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980 (Erstausgabe 1964), S. 265.

»Wir neigen dazu, die Bedeutung der Intelligenz zu überschätzen und sie als einen »Wert an sich« zu betrachten.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 116.

»Wir versuchen also, ..., nicht Ordnung überhaupt, sondern eine bestimmte Ordnung zu entdecken, und die soll sparsam sein ..., eindeutig ..., allgemein ..., von uns unabhängig ... und unveränderlich ... (...) Wenn wir die Anwesenheit einer Vernunft im Kosmos nicht bemerken, so liegt das, wie ich glaube, nicht daran, daß es sie nicht gibt, sondern daran, daß sie sich anders verhält, als wir es erwarten.« Stanislaw Lem: Summa technologiae, Berlin 1980, S. 125/126.

für Technikfolgeabschätzung des Deutschen Bundestages) ist bereits nachgewiesen, daß Gentechnik weder einen Netto-Arbeitsplatzgewinn schafft, noch den Nord-Süd-Konflikt löst. Auch das Angebot an Nahrungsmitteln in der Welt wäre derzeit ausreichend und in der Zukunft nicht der entscheidende Faktor für die Ernährungssicherheit in der Welt.

Zu den aufgeworfenen Problemen nur soviel: Patentierung bedeutet Privatisierung von Leben und Sicherung exklusiver Nutzungsrechte an Pflanzen, Tieren und deren Erbgut zur nachhaltigen Abschöpfung von Profiten und zur Steigerung von Börsenkursen. Patente schließen nicht nur die Nachnutzung durch Dritte aus, sondern behindern auch die Forschung. Das nationale Sortenschutzrecht läßt dagegen ausdrücklich den Nachbau zu. Mit der Veranlagung von Nachbaugebühren, die mit dem letzten Kooperationsabkommen zwischen Landwirtschaft und Pflanzenzüchter sogar gesenkt werden konnten, kommt der Bauer dennoch günstiger als bei Neukauf von Saatgut.

Monsanto setzt bei Gentech-Kulturen in den USA Privatdetektive ein, wenn geerntetes Saatgut neu ausgebracht wurde. Bereits 475 Fälle angeblicher »Saatgutpiraterie« beschäftigen die Justiz in den USA. Das Beispiel der Terminator-Technologie ist die pervertierte Konsequenz der agrarindustriellen Logik. Die Agro-Business-Konzerne argumentieren mit dem Rückfluß ihrer oder gekaufter Forschung; von privatisierten Gewinnen aus akademischer Forschung und Profitsicherung ist keine Rede.

Welches Konfliktpotential zwischen Nord und Süd steckt, zeigte sich in Indien, wo Bauern ihre eigenen Baumwollfelder abbrannten, da Monsanto mit der Übernahme des größten heimischen Saatgutherstellers ohne Wissen der Beteiligten Großversuche mit transgener Baumwolle durchführte. In Lateinamerika werden mittlerweile Gentech-Kulturpflanzen der Industrieländer angebaut (zum Beispiel Monsanto-Gentech-Soja in Argentinien). Traditionelle Sorten und ihre Saatgutgewinnung vor Ort werden verdrängt. Die »ökonomisch- soziale Kluft« vertieft sich aber nicht nur zwischen der »Ersten« und »Dritten Welt«. Die gesellschaftliche Spaltung wird alle Länder erfassen und möglicherweise mit eine Ursache für neue politische, auch kriegerische Auseinandersetzungen um Märkte sein.

MARTIN HOLTZHAUER: Abhängigkeit »von einer Handvoll High-Tech-Konzernen« ist besonders unter der gegenwärtigen Fusionswelle größter Konzerne ein alle Staaten und Nationen betreffendes Problem, das, wenn es ungebremst weiter verläuft, in relativ kurzer Zeit zu einer Aushebelung von Marktmechanismen führt, zumal eine Konkurrenz unterschiedlicher Wirtschaftssysteme gegenwärtig nicht mehr existiert.

Die Patentierung technologischer Entwicklungen ist eine zweifelhafte Angelegenheit mit wirtschaftlichen Vor- und Nachteilen. Keine patentierte Erfindung oder Entwicklung kann kostenfrei überall auf der Welt angewandt werden. Auch traditionell gezüchtete Hochleistungssorten und -rassen unterliegen häufig einem Patentschutz und erfordern den Kauf von entsprechendem Saat- oder

Vermehrungsgut bzw. eine Lizenznahme (aufgrund gesetzlicher Regelwerke ist es nicht möglich, Eigenzüchtungen kommerziell anzuwenden, somit ist eine leistungsstarke industrielle Nahrungsgüterproduktion abhängig von mehr oder minder restriktiven Zulieferern). So ist zumindest in der industriellen Nahrungsgüterproduktion durch Züchtungen in Richtung bestimmter Parameter eine verstärkte Verarmung an genutzten Sorten und Rassen zu beobachten, die Gefährdungen des Genpools der jeweiligen Spezies bewirken können. Aber nicht traditionelle oder molekularbiologische Züchtung ist die Ursache für diese Verarmung, die ohne entsprechende Gegensteuerung weiter gehen wird, sondern die existierenden ökonomischen Rahmenbedingungen für die Land- und Nahrungsgüterwirtschaft.

Da bisher staatliche Restriktionen, zu denen auch die Patentgesetzgebung gehört, zur Sicherung des Profits und zum Schaden einer global chancengleichen Produktion eingesetzt wurden, würde nur eine Aufhebung solcher Restriktionen und eine Unterbindung des »brain drain« eine Verringerung der Kluft zwischen »Erster« und »Dritter Welt« bewirken – eine zwar hochherzige, aber politisch gegenwärtig völlig illusorische Forderung.

ROLF LÖTHER: In der Pflanzenzüchtung wird die Gentechnik eingesetzt, um die Widerstandsfähigkeit gegen schädigende Einflüsse, Qualitätsmerkmale und Inhaltsstoffe sowie bei Zierpflanzen auch Blütenform und -farbe zu verändern. Dies kann keineswegs nur unter dem Kommando von Chemiekonzernen geschehen. Deren Streben geht aber dahin, sich erdweit der Kontrolle von Pflanzenzüchtung und -produktion zu bemächtigen und die Bedingungen für Zuchtziele und Nutzung der Gentechnik zu diktieren. Geheimhaltung von Erkenntnissen und Patente gehören zu den Mitteln, um genetisches und gentechnisches Wissen zu monopolisieren und die Profite zu maximieren.

Das Ausstatten von Pflanzensorten mit Eigenschaften, die ihre Anbauer zwingen, alljährlich neues Saatgut zu kaufen, anstatt es der vorjährigen Ernte zu entnehmen, nutzt niemandem außer dem jeweiligen Konzern. Ebenso wie die Verdrängung altbewährter, den jeweiligen Anbaubedingungen angemessener Landsorten durch wenige genmanipulierte Hochleistungssorten, die zudem einen hohen Aufwand ebenfalls vom Konzern zu erwerbender Chemikalien erfordern, ausschließlich dem Konzern nutzt. Für finanzschwache Kleinbauern bedeutet diese Entwicklung millionenfachen wirtschaftlichen Ruin. Mit »Sachzwängen« läßt sich das nicht entschuldigen. Vielmehr bedarf es alternativer Konzeptionen und Strategien, Programme und Aktivitäten zur Nutzung der Gentechnik im Interesse der Bauern vor allem der »Dritten Welt« und der Ernährung der Bevölkerung. Dazu gehören unter anderem die Selbsthilfe von Kleinbauern durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, konzernunabhängige, auf die territorialen Bedürfnisse und natürlichen Bedingungen der Landwirtschaft orientierte Forschung und Entwicklung sowie die Förderung kleiner und mittlerer Biotechnologie-Unternehmen, um die Dominanz der Konzerne zu durchbrechen.

»Selbst in guten populärwissenschaftlichen Büchern zum gegenwärtigen Erkenntnisstand beispielsweise der Physik wird die Sache so dargestellt, als gebe es zwei deutlich voneinander abgegrenzte Bereiche: einmal das, was die Wissenschaft bereits ein für allemal festgestellt hat, und zum anderen das, was noch nicht endgültig aufgeklärt wurde. Man nimmt gleichsam teil an einer Führung durch ein prachtvolles, von den Fundamenten bis zum Dach hervorragend eingerichtetes Gebäude und stößt höchstens hier und da auf einzelne Räume, in denen ungelöste Rätsel auf dem Tisch herumliegen. Nach dieser Führung glauben wir, diese Rätsel werden früher oder später gelöst, und der glanzvolle Eindruck des ganzen Gebäudes bestärkt uns in dieser Überzeugung. Daß die Lösung dieser Rätsel das halbe Gebäude zum Einsturz bringen könnte, kommt uns gar nicht in den Sinn.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 271.

»Wir sehen also, daß der Umweltfaktor von umfassenderer Bedeutung ist, als wir anzunehmen bereit waren, denn er ist nicht nur entscheidend für den Selektionsdruck, sondern auch für die Häufigkeit der Mutation genetischer Merkmale. Ganz allgemein läßt sich sagen, daß die Evolutionsgeschwindigkeit minimal, ja nahezu gleich Null ist, wenn die Umweltbedingungen über Hunderte von Jahrmillionen praktisch unverändert bleiben. (...) ... das Leben evolutioniert nämlich nicht dank einer eingebauten ›Fortschritts-tendenz, sondern nur angesichts einer absoluten Bedrohung.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 112.

»Die biologische Art weiß nicht, was sie tut, ..., nicht sie selbst bestimmt ihr Handeln, sondern die Evolution, die von ihr Riesenopfer fordert, indem sie sie der natürlichen Auslese unterwirft. Ich dachte an eine bewußte Tätigkeit, eine geplante und gesteuerte Selbstevolution, gewissermaßen eine ›umgekehrte Anpassung‹. Sie hat mit einer vernünftigen Tätigkeit, so wie wir sie verstehen, nichts zu tun, denn die Devise des Menschen ist der heroische Angriff auf die ihn umgebende Materie.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 128.

HANS-GERT GRÄBE: Alle meine Vorredner haben auf die Rolle von Patenten in diesem »Geschäft« hingewiesen. Ich möchte in Ergänzung betonen, daß ohne unbedingte Freizügigkeit wissenschaftlichen Gedankenguts auch eine Risikodiskussion prinzipiell nicht möglich ist. Es geht dabei um eine Schlacht, die Wissenschaft und Gesellschaft auch aus anderen Gründen heute gegen den Kommerz zu schlagen und zu gewinnen hat. Ansonsten können wir uns jede weiter gehende Diskussion um die Beherrschbarkeit des neuen Technologietyps sparen.

An Microsofts *Windows* kann man studieren, welche Profit-, aber auch Konfliktpotentiale in einem proprietären weltweit genutzten de-facto-Standard schlummern, wie er offensichtlich Gentechnik-Konzernen vorschwebt. Im Softwarebereich gibt es mit der Open-Source-Gemeinde inzwischen auch kommerziell ernst zu nehmende Alternativen. Gerade in der Gentechnik sind die »Privatisierer« aber noch voll auf dem Vormarsch und setzen alle Hebel bis hin zum Europäischen Patentamt in Bewegung. Der Wind bläst ihnen dabei inzwischen ins Gesicht, aber noch nicht intensiv genug.

JENS REICH: Alle Technologie ist Produktivkraft und geht in die Produktionsverhältnisse ein. Das ist kein Privileg der Gentechnik.

#### *Gentechnik – ein soziokulturelles Akzeptanzproblem?*

FRAGE: Im Zuge der Durchsetzung von neuen Technologien werden bestimmte ›Besitzstände‹ in der Arbeitswelt ›außerwertgesetzt‹, während sich für andere Qualifikationen und Fähigkeiten (und ihre Träger) ungeahnte Entwicklungschancen eröffnen – *muß die Kontroverse um die Gentechnik nicht vor allem als »Kulturkonflikt, eine Art Weltanschauungsstreit« (J. Reich) interpretiert werden, der bei der Verbreiterung der Herrschaft instrumenteller Vernunft in der menschlichen Gesellschaft nicht ungewöhnlich ist?*

MARTIN HOLTZHAUER: Der Charakterisierung der Gentechnik-Kontroverse als »Kulturkonflikt« stimme ich zu, die Einordnung als »Weltanschauungskonflikt« bedürfte einer näheren Erklärung, was Jens Reich als »Weltanschauung« definiert: Kritiker und Befürworter der Gentechnik sind, wenngleich in ungleicher Zahl, in allen politischen oder ideologischen Lagern vertreten.

Der Kulturkonflikt resultiert daraus, daß, wie auch bei früheren technischen Revolutionen, der allgemeine Wissensstand über neue wissenschaftliche und technologische Erkenntnisse nicht mit ihrer Entwicklung Schritt hält. »Die rasende Geschwindigkeit der Eisenbahnzüge erzeugt massenhaften Wahnsinn«, hieß es in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als erste Eisenbahnstrecken gebaut werden sollten. Aus dem Unverständnis resultiert ein Unbehagen, das scheinbar durch technisch bedingte Katastrophen bestätigt wird. Dabei artikuliert sich eine aus einem Gefühl des Unterlegenseins geborene Urangst vor dem Magier (›dem Wissenden‹).

Einem verbreiteten Irrglauben zufolge werden durch Gentechnik nicht in der Natur vorkommende Gene künstlich, wider die gegebene Natur, durch am Schöpferwahn leidende Wissenschaftler übertragen. Im Regelfall aber werden natürlich vorkommende



Gene oder Genabschnitte, die auch in Details (natürlich vorkommenden Punktmutationen vergleichbar) verändert sein können, unter Verwendung biologischer Prinzipien von einem Organismus auf den anderen übertragen. Gentransfer ist ein in der Natur immer vorkommender Prozeß, nur läuft er hier unkontrolliert und meist ungerichtet ab.

ROLF LÖTHER: Bisher ist keine halbwegs bedeutende Entdeckung oder Erfindung in Naturwissenschaft und Technik widerstandslos in der Gesellschaft aufgenommen worden, das Kopernikanische Weltbild ebensowenig wie die Darwinsche Evolutionslehre, die Eisenbahn oder die Pockenschutzimpfung – sei es aus ideologischen, wirtschaftlichen, politischen oder anderen Gründen. »Der Erfinder auf chemisch-physikalischem Gebiet ist immer ein Prometheus. Vom Feuer bis zur Fliegerei hin gibt es keine Erfindung, die nicht zum Willkomm als Beleidigung irgendeines Gottes angesprochen worden wäre. Aber wenn jede physikalische und chemische Erfindung eine Blasphemie ist, so ist jede biologische Erfindung eine Perversität. Es gibt kaum eine einzige, die, einem Beurteiler aus Kreisen einer über ihre Existenz vorher nicht informierten Nation mitgeteilt, dieser nicht schamlos und naturwidrig erscheinen würde«, schrieb im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts der große Biologe J. B. S. Haldane (J. B. S. Haldane: Daedalus oder Wissenschaft und Zukunft, München 1925, S. 37). Haldane verweist auf eine der ältesten biologischen Erfindungen. Sie besteht darin, daß Menschen den Kuhkindern die Muttermilch wegnehmen und selbst trinken oder zu Butter und Käse verarbeiten. Auch die Gentechnologie ist eine biologische Erfindung bzw. ein Komplex solcher Erfindungen und Versionen des von Haldane angedeuteten Argumentationsmusters sind in fundamentalistischer Gentechnikkritik unschwer auszumachen.

HELMUT BÖHME: Wenn die Kontroverse um die Gentechnik vor allem als »Kulturkonflikt oder Weltanschauungsstreit« interpretiert werden soll, muß man die Problematik wohl etwas komplexer diskutieren, als das in einem solchen Rundtischgespräch möglich ist. Sicher sind es einerseits analoge Konflikte, wie sie auch bei jedweder »Verbreitung der Herrschaft instrumenteller Vernunft« auftreten, gleichzeitig sind jedoch, wie allgemein bekannt ist, in unserem zu diskutierenden Fall deswegen Spezifika zu beachten, weil es sich hier um potentielle Eingriffe in das Genom handelt; sie haben möglicherweise grundlegende Veränderungen zur Folge, die nicht nur die Generation betreffen, in der die Eingriffe vorgenommen werden, sondern auch die dieser Generation folgenden Nachkommen. Wer sagt uns, daß diese mit den *Zielstellungen*, die diesen Eingriffen zugrunde liegen, einverstanden sein werden?

Bei einer allgemeinen Diskussion über die mit der Gentechnik vermeintlich verbundenen »soziokulturellen Akzeptanzprobleme« können derartige Fragen weder ausgeklammert werden, noch kann man zum Beispiel die von Hans Jonas (freilich auf der Grundlage des Wissens der frühen achtziger Jahre) geäußerten Sorgen vor denkbaren Folgen der Anwendung der Gentechnik im menschlichen

»Der Große Konstrukteur – die Natur – macht seit Milliarden Jahren seine Experimente und entwickelt aus dem ein für allemal gegebenen Material ... alles, was nur möglich ist. Der Mensch, Sohn von Mutter Natur und Vater Zufall, betrachtet diese alles erfassende Aktivität mit Argwohn und fragt seit Ewigkeiten nach dem Sinn dieses todernsten weil letzten Endes über alles entscheidenden kosmischen Spiels. Sicherlich vergebens, wenn er es für immer bei der Frage belassen müßte. Das ändert sich nur, wenn er beginnt, sich selbst die Antwort zu geben, wenn er der Natur ihre verwickelten Geheimnisse entreißt und nach seinem Bilde die technologische Evolution in die Wege leitet.«  
Stanislaw Lem: Summa technologiae, Berlin 1980, S. 55/56.

»Die Evolution ... handelt rücksichtslos. Der Mensch, der nach und nach erkennt, was sie als Konstrukteur geleistet hat, kann nicht so tun, als sammle er ausschließlich theoretisches Wissen. Wer die Folgen bestimmter Entscheidungen erkennt und die Möglichkeit bekommt, sie zu treffen, hat die Last einer Verantwortung zu tragen, mit der die Evolution als unpersönlicher Konstrukteur deshalb so leicht fertig wurde, weil sie für sie nicht existierte.« Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 528.

»Der Philosoph, der sich zum Apologeten eines extremen Konservativismus ... macht, ist wie der Sohn des Millionärs, der sich dank dem vom Vater angehäuften Vermögen um die Erlangung der zum Leben benötigten Mittel nicht zu kümmern braucht und den Besitz kritisiert. Wäre er konsequent, dann müßte er jedes Vermögen aufgeben; der Gegner von »Bikonstruktionen« darf sich seinerseits nicht auf den Widerstand gegen »Pläne zur Rekonstruktion des Menschen« beschränken, sondern muß unter Verzicht auf sämtliche zivilisatorischen Errungenschaften, auf die Medizin, Technik usw. auf allen vieren in den Wald kriechen. Denn alle Lösungen und Methoden, die er *nicht* kritisiert, denen er sich *nicht* entgegenstellt ..., wurden einst von Positionen aus bekämpft, die seiner heutigen Position ziehlich nahe kommen ...« Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 600.

Bereich *nur* als eine »Heuristik der Furcht« (Jens Reich) bewerten. Eine Diskussion darüber würde wohl jedoch von der eigentlich zur Debatte stehenden Thematik ablenken. Wie brennend aktuell und notwendig diese Diskussion ist, zeigen die Meldungen allein der letzten Tage: C. Venter informiert mit Stolz darüber, daß seine aus dem staatlich geförderten *Human Genome Project* ausgegründete private Firma das menschliche Genom »vollständig« sequenziert hat und dessen Patentierung anstrebt.

Zur gleichen Zeit meldet sich der Vorsitzende der Deutschen Forschungsgemeinschaft, E.L. Winnacker in einem ganzseitigen Artikel in der FAZ vom 29. März unter der Überschrift »Stammzellen – Verheißung für die Biomedizin« zu Wort. (*Verheißung* entspricht nach Auskunft verschiedener Synonym-Wörterbücher dem Begriff *Versprechen*.) Nachdem er allgemeinverständlich für den Zeitungsleser den Sachverhalt, embryonale Stammzellen, deren Gewinnung und ihre Eigenschaften erläutert hat, fährt er fort: »Embryonale Stammzellen lassen sich auch genetisch vergleichsweise leicht und gezielt verändern.« Den Inhalt der »Verheißung«, der im Detail zwar noch Zukunftsmusik darstellt und dessen Realisierung noch in weiter Ferne läge, bezeichnet er jedoch als den Schlüssel zur »wirklichen Erhöhung unserer Lebenserwartung oder sogar unserer Lebensspanne«. Da sind sie wieder, die Illusionen erweckenden Versprechungen.

Es ist zweckmäßig und auch notwendig, im Zusammenhang mit der Gentechnik zwischen den wissenschaftlich-technischen Problemen einer Technologie und den Aspekten der Integration dieser Technologie (in unserem Fall der Biotechnologie) in die unterschiedlich entwickelten ökonomischen und gesellschaftlichen Systeme zu unterscheiden. Wer hat wohl die Kompetenz, in *beiden* Sphären wirklich gültige Aussagen zu machen?

SABINE VOIGT: Wenn innerhalb der Diskussionen um die Gentechnikforschung und -anwendung eine harte Auseinandersetzung zwischen Protagonisten, Kritikern und Gegnern aller Couleur (Wissenschaftler, Anwender, Verbraucher, Politiker) auffällt, dann ist das wohl kein »Kampf der Kulturen«, sondern betrifft Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen *Gründen* und *Begründungen* (nicht nur zwischen Natur-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften, auch innerhalb der Naturwissenschaften), zwischen ökologischen, gesundheitlichen, ökonomischen Interessenskonflikten und zwischen politischen Kräfteverhältnissen. Bei Verbrauchern kommt eine ungeheuerliche Diskrepanz zwischen Produktimage und realen Erfahrungen mit Systemen und Wirtschaftsweisen, aber auch zwischen Werbung und allseitiger Aufklärung und Bildung hinzu.

Da jede neue Produktivkraft zu Strukturveränderungen in der Wirtschaft führt, besteht das Problem darin, ob die bestehenden Produktionsverhältnisse genügend Raum geben, damit sich die neuen Produktivkräfte durchsetzen können. Die Produktionsverhältnisse als »Basis« stehen ihrerseits in einem engen Wechselverhältnis zum »Überbau« (»Kultur«, »Weltanschauung« und den damit verbundenen Konflikten).

Der Grad der »Herrschaft der instrumentellen Vernunft« wird letztlich bestimmt und begrenzt durch die Übereinstimmung mit den Produktionsverhältnissen, gegenwärtig durch die Macht des Kapitals mit der Tendenz gerade auch in der Gentechnikbranche zu monopolkapitalistischen Strukturen. Eine »antimonopolistische Vernunft« hat gegenwärtig keine wirkliche Chance, aber es läßt sich »Sand ins Getriebe« streuen. Der sogenannte »Kulturkonflikt« ist nur die Widerspiegelung der Probleme, die es bei der Einordnung der Gentechnologie in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gibt, nämlich, ob sie diese zu ändern vermag oder ob es den Protagonisten gelingt, sie im Rahmen der bestehenden Verhältnisse durchzusetzen. Die gesellschaftlichen Interessenkonflikte gehen quer durch die Gruppen der Gesellschaft. Deutlich werden die »kulturellen« Auswirkungen bei der sogenannten gespaltenen »Wahrnehmung« der Gentechnik.

FRAGE: In der öffentlichen Debatte um die Gentechnik und ihre Anwendungen fällt auf, daß die Wahrnehmung offensichtlich zweigeteilt ist; mit der »roten« Gentechnik verbinden sich (vielleicht mit Ausnahme von Eingriffen in die menschliche Keimbahn) überwiegend Hoffnungen auf die Heilung von oder den Schutz vor schweren Erkrankungen, demgegenüber werden die Forschungsergebnisse der »grünen« Gentechnik überwiegend beargwöhnt bzw. abgelehnt, hin und wieder sogar physisch attackiert – *sind eine solche »gespaltene Wahrnehmung« und die daraus möglicherweise ableitbaren Konsequenzen (der Förderung des einen und der Ablehnung des anderen) sinnvoll und realistisch oder muß nicht das eine in Kauf genommen werden, wenn das andere gewollt wird?*

SABINE VOIGT: Eine Differenzierung ergibt sich allein aus dem Fakt, ob zur Ernährung des Menschen vorrangig ein ganzes Ökosystem inklusive Mensch am Ende der Nahrungskette (»grüne« Gentechnik) oder ob zur Gesundung oder Erkennung von Krankheiten (»weiße« und »rote« Gentechnik) vorrangig ein einzelner Mensch betroffen ist. Risiken bergen alle Anwendungen, auch wenn sie in unterschiedlichem Grad mit ökologischen, gesundheitlichen, sozialen, ethischen und gesellschaftlichen Auswirkungen einhergehen.

Die gespaltene – oder sagen wir besser »differenzierte« – Wahrnehmung beim Verbraucher gibt es auch bei Wissenschaftlern. Es ist weiterhin kein eindeutiger bipolarer Interessenkonflikt, sondern in der Gruppe der ablehnenden Verbraucher befinden sich ebenfalls die Totalablehner. Des weiteren wird innerhalb der »polaren« Gruppen ebenfalls differenziert. So wird im Bereich Humanmedizin nicht jede Anwendung und Möglichkeit der Gentechnik befürwortet.

Sicherlich läßt ein höheres allseitiges Wissens- und Bildungsniveau die Bevölkerung objektiver über Gentechnik urteilen. Ob die Akzeptanz erhöht wird, ist strittig. So wurde in Regensburg eine riesige Informationskampagne geführt, in deren Ergebnis sich nachweisen ließ, daß das gemessene Wissen über Genfood um 30 Prozent stieg. Aber auch nach der Infokampagne sahen genauso

»Die Technologie ist aggressiver, als wir gemeinhin glauben. Ihre Eingriffe in das Seelenleben und die mit der Synthese und der Metamorphose der Persönlichkeit zusammenhängenden Probleme sind lediglich derzeit noch eine leere Klasse von Ereignissen. Der weitere Fortschritt wird sie ausfüllen. Zahlreiche moralische Gebote, die wir heute für unantastbar halten, werden dann hinfällig werden, und dafür werden sich neue Probleme, neue Dilemmata ergeben.«  
Stanislaw Lem: Summa technologiae, Berlin 1980, S. 68.

»... jede bedeutende Technologie besitzt einen kulturbildenden Einfluß...«  
Stanislaw Lem: Summa technologiae, Berlin 1980, S. 40.

»Gegen eine Technologie hilft nur eine andere Technologie.«  
Stanislaw Lem: Summa technologiae, Berlin 1980, S. 29.

»Wir sollten also, statt die Technologie als Ursache des Übels zu verdammern, nicht in ihre Apologie verfallen, sondern ganz einfach begreifen, daß die präregulative Ära zu Ende geht. Unser weiteres Vorgehen muß von einem moralischen Kanon geleitet sein, der uns als Ratgeber bei der Entscheidung zwischen den verschiedenen Alternativen dient, welche die amoralische Technologie hervorbringt.«

Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 67.

viele der Befragten – etwa zwei Drittel – den Verzehr und die Produktion von Genfood als riskant an und lehnten einen Kauf ab. Mehr Wissen bedeutet also nicht, daß sich gleichzeitig auch Risikoeinschätzung und Risikobereitschaft ändern.

Während der Verbraucher keinen persönlichen Nutzen aus Genfood für sich erkennen kann und auch eher Nachteile erwartet (bezogen auf Gesundheit, Umwelt), erhoffen sich Verbraucher und Betroffene – oftmals ohne Alternative und als letzte Möglichkeit – die von der Gentechnik im Bereich Humanmedizin propagierte Heilung von Krankheiten, Reproduktionsproblemen etc. Hinter dem immer wieder thematisierten Wahrnehmungskonflikt steht eher ein gravierender Interessenkonflikt. Die zweigeteilte Wahrnehmung beruht somit auf einem rationalen Kern, auf einem Konflikt zwischen Tausch- und Gebrauchswert. Würden die Interessen der Verbraucher nach demokratischem Ermessen tatsächlich gesellschaftliche Anerkennung finden, so würde die Anwendung der »grünen« Gentechnik im Bereich von Gentech-Lebensmitteln in Frage gestellt werden.

MARTIN HOLTZHAUER: Die Spaltung in eine weitgehende Akzeptanz der »roten« (medizinischen), in die Ablehnung der »grünen« (landwirtschaftlichen) und in die Nichtwahrnehmung der »grauen« (technischen) Gentechnik ist meines Erachtens ebenfalls dem mangelnden Wissen um die Gentechnik geschuldet. »Grüne« Gentechnik kann sehr wohl für medizinische Zwecke eingesetzt werden, wie die Erzeugung von medizinisch-pharmazeutischen Produkten (zum Beispiel Antikörper, Hormone und Mediatoren) in transgenen Pflanzen und Tieren eingesetzt werden, während andererseits die Nutzung gentechnischer Methoden für die Kartierung und Identifizierung von Menschen anhand genetischer »Fingerabdrücke« ethische und persönlichkeitsrechtliche Fragen aufwirft. Kurzfristig ist eine solche Klassifizierung auch insoweit, als aufgrund des jeweils aktuellen Forschungsstandes nicht immer klar unterschieden werden kann, ob Arbeiten an Modellsystemen in einer Klasse (Mensch, Tier, Pflanze, Mikroorganismus) nicht für eine (ökonomische) Anwendung in einer anderen Klasse genutzt werden. Es sei daran erinnert, daß die ersten grundlegenden Untersuchungen zu molekulargenetischen Abläufen an Bakterien und Insekten gemacht wurden und werden und daß die dabei gewonnenen Erkenntnisse auf Pflanzen und Wirbeltiere, einschließlich des Menschen, übertragen wurden. Steht man auf dem Standpunkt, daß »grüne« Gentechnik abzulehnen und damit nicht förderwürdig sei, löst man das Problem aus den genannten Gründen nicht, schon gar nicht, wenn zum Beispiel die gentechnische Produktion von Pharmaka akzeptiert wird, weil dann wissenschaftlich und ökonomisch interessante Arbeiten an transgenen Tieren und Pflanzen aus formalen Gründen gehemmt werden.

Ein Mißbrauch von molekulargenetisch veränderten Lebewesen und molekulargenetischen Techniken ist nicht von der verwendeten Spezies oder der eingesetzten molekulargenetischen Methodik, sondern einzig von den sozioökonomischen Rahmenbedingungen abhängig.

ROLF LÖTHER: An der öffentlichen Debatte um die Gentechnik fällt mir vor allem auf, daß bei wechselnden Anlässen, seien sie nun durch das Klonschaf Dolly oder den Philosophen Sloterdijk geboten, vorwiegend dieselben allgemeinen Argumentationen rekapituliert werden. Wenn etwas aus der weiteren Debatte herauskommen soll, bedarf sie größerer Konkretheit und Sachlichkeit. In den Zeitungen findet sich das Wichtigere zur Gentechnik ohnehin auf den Wirtschafts- und Wissenschaftsseiten, sofern es an die Öffentlichkeit gelangt, und nicht im Feuilleton. Die Umwälzung der landwirtschaftlichen und der die Erzeugnisse der landwirtschaftlichen weiterverarbeitenden Produktion durch die »grüne« Gentechnik ist nicht aufzuhalten. Die Einstellung dazu ist wandelbar. Ihre Wandlungen hängen wesentlich davon ab, zu wessen Nutzen die »grüne« Gentechnik entwickelt und angewendet wird. Damit sie nicht nur dem großen Kapital dient, bedarf es der Einflußnahme durch andere gesellschaftliche Kräfte.

HANS-GERT GRÄBE: Es wird inzwischen immer deutlicher, warum die Natur auf der Erde darauf verzichtet, Kernenergie in nennenswertem Umfang einzusetzen, obwohl sie es in kosmischen Maßstäben tut. Diese Erkenntnis scheint auch zunehmend politisierbar zu werden.

Methoden der Gentechnik, wenigstens verstehe ich als Nichtexperte das so, gehören dagegen zu ihrem Repertoire, wenn auch in anderen zeitlichen Horizonten, als dies Menschen heute anwenden wollen. Man wird deshalb Wissenschaftler kaum aufhalten können, auch diese »Zone« zu erkunden. Vordergründig technokratische Argumente und administrative Maßnahmen werden dem entstehenden Risikohorizont aber, wie bereits ausgeführt, nicht gerecht.

JENS REICH: Die Trennung ist sinnvoll, weil die Auswirkungen verschieden sind (einerseits medizinische, unter Umständen individuelle Folgen – andererseits eher ökonomische und ökologische Folgen).

FRAGE: Die Staatsbürokratie in Deutschland gilt als übermäßig penibel und verreglungswütig – *wird damit die Entwicklung der Gentechnik nicht über Gebühr behindert, könnte man also (in Anlehnung an J.W.Goethe) nicht sagen »Ausland, du hast es besser!«?*

ROLF LÖTHER: Bei aller Sympathie für Bürokratiekritik bleibt zu prüfen, daß sie nicht als populistischer Vorwand dient, um die von privaten Firmen betriebene Entwicklung und Anwendung der Gentechnik der notwendigen Kontrolle durch demokratisch legitimierte unabhängige Instanzen zu entziehen. Deren Arbeitsweise sollte andererseits dem Bürokratismusvorwurf keinen Vorschub leisten.

MARTIN HOLTZHAUER: In Deutschland treffen zwei Phänomene symbiotisch zusammen: Einerseits eine Bürokratie, die Verantwortung und Risikobereitschaft von sich fern halten möchte und deshalb versucht, Regelungen zu schaffen, die lückenlos alle Eventualitäten abdecken und die damit letztlich als Bremse fungiert. Andererseits existiert eine verbreitete Grundhaltung, bei der die

»Wir halten heute ... den pharmakologischen Eingriff des Arztes für die natürlichste Sache der Welt, weil er zu den Traditionen der Medizin gehört. Es könnte sich jedoch herausstellen, daß die Beseitigung von »Irrtümern« im Erbcodes im Vergleich zur nachträglichen Behandlung beschädigter Organismen das einfachere (wenn auch keineswegs so harmlose) und natürlich radikalere Mittel ist. Eine solche »antimutativ-normalisierende« Autoevolution bietet Möglichkeiten, die man eher unterschätzen wird: durch Umgestaltungen des Erbcodes wird man die Entstehung angeborener somatischer und psychischer Defekte zunächst eindämmen und dann vollkommen verhindern; auf diese Weise werden die Scharen unglücklicher verkrüppelter Wesen, deren Zahl heute in die Millionen geht ..., verschwinden. Insofern wäre die Therapie – oder richtiger: die Biotechnologie der Genotypen von segensreicher Wirkung. Sobald sich jedoch herausstellt, daß es nicht genügt, ein mutiertes Gen auszuschalten, sondern daß es nötig ist, es durch ein anderes zu ersetzen, erhebt sich für uns das Problem der »Komposition von Merkmalen« in seiner ganzen Bedrohlichkeit.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 527.

»Man sieht, daß wir gar nicht den ganzen Evolutionsweg, den die Natur zurückgelegt hat, um den Menschen hervorzubringen, zu kennen brauchen. Auf die unzähligen Informationen über den Sinanthropus, die Moustérien- oder die Aurignacienkultur können wir verzichten; haben wir erst einmal ein ›Modell‹ des Spermiums oder des Eis hergestellt, das dem Original ›ebenbürtig‹ ist, dann können wir – durch die Zusammenfassung genetisch wertvoller Merkmale – einen Genotyp schaffen, der vollkommener ist als sämtliche Originale, und haben uns somit einen ›Nebeneingang‹ in den Entstehungsprozeß des menschlichen Organismus eröffnet. Dadurch ermutigt, werden wir immer bessere Modelle schaffen, bis wir zu einem Chromosomenschema gelangen, in welchem die Gene, die für die Tendenz zu funktionalen und organischen Erkrankungen verantwortlich sind, gänzlich fehlen und das dafür in jeder, körperlicher wie geistiger, Hinsicht, vollkommen ausgewogen ist.« Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 302.

mangelnde Fähigkeit, Probleme mehrdimensional zu analysieren, gepaart ist mit dem Bestreben, Einzel- oder Gruppeninteressen über globale und/oder prognostische Fragestellungen zu stellen.

Zum Beispiel wird die Beendigung der Energiegewinnung aus Kernspaltung intensiver diskutiert und gefordert als gleichzeitig für den einzig konsequenten Ausweg aus der Energieproblematik, die signifikante Verringerung des Energieverbrauchs, Alternativen zu entwickeln. Analoges gilt für die Gentechnik: Einerseits wird erwartet, daß medizinische Diagnostik und Therapie effizienter und nebenwirkungsärmer werden, daß Lebensmittel sowohl »biologisch« produziert als auch billig und ubiquitär angeboten werden, daß beispielsweise Haushaltchemie und -technik weitere Arbeitserleichterungen bringen, andererseits werden Wege wie gentechnische Verfahren, die immer risikobehaftet sind, abgelehnt. Einerseits soll »die Chemie« in der industriellen Landwirtschaft reduziert werden, andererseits wird eine biologische Schädlingsbekämpfung durch gentechnische Erzeugung von Resistenzen zum Beispiel durch *Bacillus thuringensis*-Toxine abgelehnt, wobei nicht bedacht wird, daß dieses gentechnisch in einigen Nutzpflanzen generierte Prinzip in der Natur durchaus weit verbreitet ist.

SABINE VOIGT: Was die Fragestellung intendiert, ist (bei aller notwendiger Kritik am Bürokratismus), daß dem Kapital zu viele Schranken auferlegt werden. Der Begriff »Staatsbürokratie« ist völlig ungeeignet, um das Wesen des Problems zu charakterisieren. Die Besonderheit der »Staatsbürokratie« in Deutschland besteht nämlich darin, daß es eines der industriell höchstentwickelten Länder ist, in dem zum Beispiel mit der dadurch bedingten Zunahme von Umweltskandalen und -verschmutzung ein entsprechender gesellschaftlicher Widerstand hervorgerufen wurde. Dieser und der Umstand, daß Deutschland unmittelbar an der Grenze zweier Systeme lag, hat verstärkt zu Regelungen und Durchsetzung demokratischer Forderungen (Umweltschutzgesetze, Sozialgesetzgebung, Mieterschutz usw.) wie in keinem anderen Land geführt.

Das Bestreben der politischen und wirtschaftlichen Protagonisten in Deutschland und in Europa geht heute jedoch genau in die andere Richtung. Einst durch Wissenschaftler noch 1990 als das Gentechnik-Gesetz initiiert, steht mit der Umsetzung der europäischen Freisetzungsrichtlinie in nationales Recht die dritte Novellierung bevor, die der Wirtschaft wesentliche Verfahrenserleichterungen bringen soll. Bei der Revision der Freisetzungsrichtlinie 90/220/EWG wurde ein Großteil von ursprünglichen Änderungsvorschlägen des Europäischen Parlaments nicht in den »Gemeinsamen Standpunkt des Rates« übernommen. Diese betrafen insbesondere Sicherheitsfragen, Haftungsrechte und Haftpflichtversicherungen für etwaige Gesundheits- und Umweltschäden, Sanktionen gegen die unbeabsichtigte Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen, Untersuchungen zu sozioökonomischen Kosten, das konsequente Verbot der Nutzung und Anwendung antibiotikaresistenter Gene und anderes mehr. Der Einfluß der Pharmariesen und ihrer Lobbyisten konnte sich jedoch bei den Liberalen (ELDR) und den Christlich-Konservativen (EVP) durchsetzen. Auch die

Bundesregierung unterstützt nicht die Erweiterung von Sicherheits- und Umwelthaftungsfragen, will aber gleichzeitig das Nachzulassungs-Monitoring – d.h. die Nutzung im herkömmlichen Pflanzenbau – ansteuern. Des weiteren beabsichtigt die Bundesregierung, die im geänderten EU-Recht vorgesehenen Verfahrenserleichterungen grundsätzlich im deutschen Gentechnikrecht nachzuvollziehen.

*Gentechnik – eine wirtschaftliche Herausforderung?*

FRAGE: Wenn vom Wirtschaftsstandort Deutschland die Rede ist, wird in der Regel eine bestimmte Industriestruktur gemeint, die in einigen Zweigen (Automobilindustrie, Maschinenbau etc.) außergewöhnlich konkurrenzfähig ist; seit einiger Zeit gibt es nun eine Diskussion um eine zukunftsfähige Umstrukturierung des bundesdeutschen Wirtschaftsraumes durch Stärkung neuer (alternativer) Technologien – *gehört für Sie die Gentechnik zum Kreis dieser Technologien oder sollten wir nicht besser wegen des Risikos und der Kosten die Sache anderen überlassen, wenn es gelingt, auf alternativen Feldern eine starke Exportstruktur zu entwickeln, könnten wir uns die gentechnischen Errungenschaften (und zwar nur die, die wir haben wollen) auf dem Weltmarkt kaufen?*

HELMUT BÖHME: Die Beantwortung der Fragen zur Wirtschaft überlasse ich den »mitten im Geschäft«, d.h. der Forschung und praktischen Anwendung der Forschungsergebnisse, stehenden Kolleginnen und Kollegen.

MARTIN HOLTZHAUER: Biotechnologische Verfahren, d.h. die Anwendung biologischer Systeme auf molekularer, zellulärer und organischer Ebene, gehören mit Sicherheit zu zukunftsträchtigen Entwicklungen, besonders in Hinblick auf nachwachsende Rohstoffe und eine Reduzierung des Energieverbrauchs in Industrie und Transportwesen. Arbeiten der Grundlagen- und angewandten Forschung sind daher essentiell, sollen Entwicklungen, die schwer aufzuholen sind, nicht verpaßt werden. Dabei gilt es sowohl, den Wissensstand zu erweitern als auch das know how zu erhalten als auch auszubauen. Personelle und finanzielle Mittel für diese Arbeiten zu kürzen hieße, längerfristig sich von der Weltentwicklung abzukoppeln, zumal man nicht sicher sein kann, daß die bisherigen (und gegenwärtigen) Stärken der deutschen Industrie Bestand haben werden. Welche Probleme das Einkauf von know how bereitet, ist anhand der jüngsten Diskussion um Spezialisten der Informationstechnologien zu erahnen. Gerade auf dem Gebiet der Biowissenschaften ist ein langer und kontinuierlicher Vorlauf, verbunden mit einem ständigen Training der Erfahrungsträger notwendig, um im internationalen Vergleich mithalten zu können.

SABINE VOIGT: Natürlich ist die Gentechnologie eine Produktivkraft, die dafür genutzt wird, neue Märkte zu erschließen und Konkurrenten mit traditioneller Technologie durch höhere Produktivität vom Markt zu verdrängen. Neben einem volkswirtschaftlichen Strukturwandel, der mit der Herausbildung einer neuen Arbeits-

»Die ›bessere‹ Theorie wird dann diejenige sein, die es uns gestattet, die Evolution zu steuern, Tempo und Umfang der Regenerationsfähigkeit des Organismus zu verändern sowie die Erbmerkmale der Ungeborenen festzulegen, und das wird längst möglich sein, bevor wir etwa gelernt haben, den Chromosomenapparat des Zellkerns synthetisch herzustellen.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 303.

»Der Gedanke ..., sich einen Nachkommen zu ›komponieren‹, diejenigen geistigen und körperlichen Merkmale, die wir gern an ihm sehen würden, zu orchestrieren – ein solcher Gedanke ist eine abscheuliche Heräsie. Aber auch das Verlangen, zu fliegen, den Wunsch, den menschlichen Körper zu studieren, das Bauen von Maschinen und die Erforschung der Anfänge des Lebens auf der Erde hat man einmal als Heräsie betrachtet, und kaum hundert Jahre trennen uns von jener Zeit, als man allgemein so dachte.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 483.

»Daß ... Ziele sich als Fiktion erweisen können wie das Gold der Alchemisten, ist eine andere Sache. Selbst wenn der Mensch alles kann, so doch gewiß nicht auf beliebige Weise. Wenn er es wünscht, wird er am Ende jedes Ziel erreichen – aber vielleicht begreift er vorher, daß der Preis, den er zahlen müßte, das Erreichen dieses Zieles sinnlos macht.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 161.

kräftestruktur einhergehen wird, wird sie (gesamtgesellschaftlich) zur weiteren Einsparung von Arbeitskräften und zu wachsender Arbeitslosigkeit führen.

Beim multinationalen System von Agro-Business- und Life-Science-Konzernen, ihren Fusionen über Ländergrenzen hinweg, Beteiligungen an klein- und mittelständischen Firmen und Zukauf von akademischer Forschung weltweit wird nicht nur die Frage des Wirtschaftsstandortes, sondern auch die der Forschungsstandorte obsolet, da Forschung und Produktion über Ländergrenzen hinweg innerhalb eines multinationalen Konzernsystems nutz- und austauschbar werden.

Wer sich auf die Debatte um den Wirtschaftsstandort einläßt, hat nicht nur eine »linke« Position schon aufgegeben, sondern produziert (am Problem einer Verteilung der vorhandenen und einer existenzsichernden Arbeit vorbei) Unfairneß und Ungerechtigkeiten gegenüber »Arbeitnehmern« in anderen Ländern.

Die Standortdebatte ist die »moderne« Variante von »Deutschland, Deutschland über alles«, mit deren Hilfe das Gefühl vermittelt werden soll, »Arbeitgeber« und »Arbeitnehmer« sitzen in einem Boot und müssen sich gemeinsam gegen die ausländische Konkurrenz wehren. Der Wirtschaft bleibt nur die Chance, am Wirtschaftskrieg teilzunehmen oder unterzugehen. Das Problem liegt eher in Fragen der Globalisierung und Liberalisierung von Märkten. Beispielsweise importiert Deutschland bei sinkendem Eigenversorgungsgrad im Ernährungssektor mehr Rohstoffe und Produkte – oftmals zu Öko- und Sozialdumpingpreisen –, als es selbst exportiert, obwohl ein Großteil der Importe unsere Bauern produzieren könnten. Aber die Landwirtschaft krankt an Überproduktion und Flächenstilllegung wegen und bei fallenden Preisen, weil die Marktmacht bei den ebenfalls multinationalen Lebensmittelkonzernen liegt. Die Gentechnik würde diese Probleme nur noch weiter verschärfen. Die Intention, die »Risiken anderen zu überlassen«, ist außerdem sehr kurzfristig. Kommt der (deutsch entwickelte) AgrEvo-Gentech-Raps und -Mais aus Kanada oder USA nach Deutschland in die Futtermittel und/oder auf die Teller der Verbraucher, sind Risiken dennoch national zu tragen. Und ökologische Risiken – so die Erfahrungen – wirken früher oder später global und lassen sich nicht an Ländergrenzen aufhalten.

JENS REICH: Nein. Dazu ist Genbiologie als fundamentale Grundlage der Biologie zu umfassend, um sie auszublenden.

FRAGE: Immer wieder wird (von den Protagonisten) auf das enorme Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotential der Gentechnik verwiesen, während (von den Gegnern) aber auch immer wieder Zweifel an dieser euphemistischen Einschätzung angemeldet werden – *wie hoch schätzen Sie diese Potentiale und welche Aufwendungen (gesellschaftliche Kosten) verursacht ihre Ausnutzung, wie sieht aus Ihrer Sicht eine Bilanz von Kosten und Nutzen aus?*

SABINE VOIGT: Risiken und Chancen, Kosten und Nutzen sind schwer vergleich- und vorhersehbar. Dennoch wird ständig mit sol-



chen Vergleichen gearbeitet. Man kann sie weder monetär, noch nach Größe, noch nach Inhalten vergleichbar erfassen, da der Schaden und der Nutzen einer neuen Technik oft ungleichartig sind und zeitlich mitunter über Jahre und Jahrzehnte auseinanderfallen können. Das immense Potential an Wertschöpfung (die beschönigende Umschreibung von Profitsteigerung), die ein oder mehrere Pharmakonzerne durch den Verkauf ihres Saatgutes und komplementärer Pflanzenschutzmittel erbringen, kann nur schwerlich mit den ökologischen, möglichen gesundheitlichen Gefahren oder wirtschaftlichen Risiken in der Landwirtschaft verglichen werden.

Die durch die Gentechnik möglichen wirtschaftlichen Chancen rechtfertigen nach dem gegenwärtigen Stand von Wissenschaft und Technik die Inkaufnahme zusätzlicher Risiken für Umwelt und Mensch keineswegs. Entscheidungen im Bereich der Gentechnik sind dennoch letztlich an wirtschaftliche Nutzenerwägungen orientierte, politische Entscheidungen. Dagegen werden die »Sekundäreffekte« der Gentechnologie (Umwelt und Gesundheitsschäden, soziale Spaltung der Gesellschaft) nicht die Kapitaleigner zu tragen haben.

Zur Ergänzung noch einige Fakten: In Deutschland betrug der Zuwachs von Bio-Unternehmen (einschließlich Humanmedizin) 1998 28 Prozent, im europäischen Durchschnitt nur 14 Prozent. Über die überdurchschnittlichen Insolvenzraten in diesem Bereich werden jedoch keine Angaben gemacht. Auch nicht darüber, daß wirtschaftliche Erfolge im Agro-Business zu wirtschaftlichen Risiken bei den Landwirten führen. Erste Erfahrungen mit der konventionellen Anwendung gentechnisch manipulierter Pflanzen auf den Feldern in den USA zeigen das Einsetzen der Schwierigkeiten auf: Charakteristisch ist die in Abhängigkeit geratene Bauernschaft bezüglich Saatgut, komplementären Pflanzenschutzmitteln, Patentgebühren, Kontrollen, Abnahme der Rohstoffe etc.; zur Eindämmung der ökologischen Risiken sollen mittels Refugien (gentechnische Ackerstreifen) die Gefahr der Insektenresistenz der Schädlinge, die sich mit den insektenresistenten Pflanzen schneller herausbildet als erwartet, hinausgezögert werden. Bei Bt-Baumwolle müssen 50 Prozent der Flächen eines Farmers mit konventioneller Baumwolle durchzogen sein, bei Bt-Mais 20 Prozent.

Ein Unternehmen oder ein Konzern kann bankrott gehen, die Wirtschaft aber nicht. Mit der Verengung der Biodiversität wird nicht nur eine Art oder Kulturpflanze verloren gehen. Mit ihrem Verschwinden wird auch unwiederbringlich das Wissen darüber verloren gehen. Die »grüne Revolution« hat bereits einen nicht unerheblichen Anteil daran. Obwohl in vielen Fällen notwendig, Gentechnik wird diesen Prozeß nicht entschleunigen. Jetzt sind die wenigen Chemie- und Saatgutfirmen weiter dabei, die Wirtschaftsbasis der Landwirtschaft und der Ernährungsgrundlagen auf lange Sicht zu zerstören.

MARTIN HOLTZHAUER: Auch ich denke, daß die Frage nach Kosten und Nutzen sehr ambivalent ist. Der wachsende Bedarf an bestimmten Humanpharmaka, an Hilfsstoffen für zum Beispiel stoffwandeln Prozesse (Stichwort selektive Katalysatoren für chemische

»Bekanntlich gibt es viele Dinge, die möglich sind und trotzdem nicht Wirklichkeit werden. Wenn eine neue technologische Entwicklung sich in ihrer Anfangsphase befindet oder wenn ein bevorstehender Wandel »sich ankündigt«, dann besteht allgemein die Tendenz, das Neue zu verabsolutieren und anzunehmen, daß es von nun an die gesamte menschliche Tätigkeit ausnahmslos beherrschen werde.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 345.

»Das menschliche Wissen löst sich gerade – und das nicht einmal in allen Bereichen (am langsamsten wohl in der Biologie und der Medizin) – von der Epoche der Empirie, aber schon heute erkennen wir, daß alles, was allein mit Geduld und Hartnäckigkeit, erhellet durch einen Funken Intuition, erreichbar war, im Prinzip schon erreicht ist. Alles übrige – und das setzt die größte Klarheit der theoretischen Denkens voraus – liegt noch vor uns.«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 64.

Verfahren) ist ohne gentechnische Verfahren nicht zu lösen. Da die Entwicklung neuer Produkte auf gentechnischer Basis, besonders, wenn komplexe Fragestellungen wie die Klärung von Umweltverträglichkeiten verstärkt berücksichtigt werden müssen, personell und apparativ sehr aufwendig ist, der Veredlungsgrad der Produkte sehr hoch ist, ist das »Wertschöpfungs- und Beschäftigungspotential« sicherlich als hoch einzuschätzen.

Bei der Bewertung von Technologien ist auch der Aufwand an vor- und nachbereiteten Kosten verstärkt einzubeziehen wie zum Beispiel Aufwendungen für Transport, Abfallbeseitigung und -deponierung u.a.m. Aber sicherlich ist die Frage »Müssen wir Menschen das alles machen?« nicht unberechtigt, nur ist sie nicht allein eine Frage der Gentechnik.

JENS REICH: Das ist die Frage nach dem Nutzen der Biologie oder der Physik oder der Mathematik – als Ganzes für betriebswirtschaftliche Bilanzen nicht geeignet.

FRAGE: Je nach dem, wie die oben stehenden Fragen beantwortet werden, stellt sich das Problem der intellektuellen und materiellen Voraussetzung für eine rasche Entwicklung gentechnischer Forschungs- und Produktionseinrichtungen – *ist die BRD in bezug auf Ausbildungskapazitäten, Investitionsmittel, know how und do how den Herausforderungen gewachsen, was müßte aus Ihrer Sicht dringend verändert werden?*

HANS-GERT GRÄBE: Es gälte vor allem, die Standortlogik vom Kopf auf die Füße zu stellen und die Nutznießer unserer wissenschaftlichen Infrastruktur stärker für die Entwicklung derselben im oben thematisierten Umfang zur Kasse zu bitten, statt den letzten Groschen aus dieser Infrastruktur zu quetschen, um »scheue Rehe« anzufüttern.

Eine leistungsfähige und ausgewogene Forschungslandschaft macht Arbeit und kostet auch etwas. Es bedarf wenig Scharfsinns zu erkennen, daß sich *allein* unter den Bedingungen von Markt und Geld die dafür notwendigen Ressourcen nicht stabil allokalieren lassen. Schlüssige Antworten werden allerdings den Bogen zu anderen linken Diskursen schlagen müssen, nämlich wenigstens denen zur Zukunft der Arbeit, zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und zur Schaffung von Strukturen, die diesen umverteilten Reichtum gerecht verteilen und effizient einsetzen. Wenn es dabei gelänge, den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, Forschung und Risikodiskurs zusammen zu bringen, dann hätten wir wirklich etwas geschafft. Daß sich ein solcher Bogen auf natürliche Weise in die »Landschaft« der Noosphäre – ein bisher in Deutschland kaum beachteter Ansatz – einfügen würde, sei hier nur in Parenthese bemerkt.

»... der Mensch weiß, was auch immer er tut, fast nie, was er in Wirklichkeit tut ...«  
Stanislaw Lem: *Summa technologiae*, Berlin 1980, S. 26.

MARTIN HOLTZHAUER: Das intellektuelle und materielle Potential Deutschlands ist nach meiner Erkenntnis (noch) gut, was nicht heißt, daß in bezug auf Zielsetzung und Regelung der Rahmenbedingungen Nachholbedarf besteht. Allerdings ist die gesellschaftliche

Akzeptanz deutlich verbesserungswürdig, was nur durch eine unpolemische und von Sensationsgier freie Diskussion in der Öffentlichkeit und in den Entscheidungsgremien sowie in einer verbesserten Allgemeinbildung, die dem heutigen naturwissenschaftlichen, ökologischen und ökonomischen Erkenntnisstand entspricht, zu erreichen ist.

SABINE VOIGT: Die Frage ist nur durch Gentechnologiebefürworter zu beantworten. Ihre Gegner müßten dafür eintreten, die gesellschaftlich organisierte Forschung zur »Klärung der Welträtsel« durchzuführen. Was von den dabei gewonnenen Erkenntnissen umgesetzt werden soll, müßte durch einen tatsächlichen demokratischen Prozeß entschieden werden. Nur ein wissenschaftlicher Wahrheitsanspruch könnte dazu beitragen. Doch die sogenannte unabhängige Wissenschaft ist selbst längst Ideologie- und Legitimationsproduzent sowohl im parlamentarischen Ablauf wie für die Gesellschaft und deren Staat. Wissenschaftler hängen zunehmend am Tropf der Wirtschaft. Der Einfluß von Kapital- und Staatsinteressen auf wissenschaftliche Gutachten und Experten kann wohl kaum geleugnet werden. Hier müßte dringend etwas geändert werden. Doch die bürgerliche Demokratie ist dafür völlig ungeeignet.

Nach Angaben der Ministerin Bulmahn standen allein in ihrem Bereich 1999 ca. eine Milliarde D-Mark zur Förderung von Bio- und Gentechnologie zur Verfügung; die gesamten Fördermittel der Bundesregierung belaufen sich auf 1,5 Mrd. DM. Die Aufstockung der Projektmittel nur für Bio- und Gentechnologie insbesondere für zielorientierte Grundlagen- und Anwendungsforschung um mehr als zehn Prozent im Jahr 2000 im Bildungs- und Forschungs-, um mehr als fünf Prozent im Landwirtschaftshaushalt und in anderen Haushalten bei gleichzeitiger Absenkung der Ausgaben für alternative Forschung in betroffenen Wirtschaftsbereichen, für Entwicklungsforschung, für Verbraucherschutzorganisationen und Verbraucheraufklärung etc. belegen die vorrangigen wirtschaftlichen Interessen der Bundesregierung. Laut Umweltbundesamt erreicht die Risiko-Begleitforschung an der Gentechnikforschung einen Anteil von 15 Prozent (weltweit nur ein Prozent). Bei der Mehrheit aller Freisetzungsvorhaben findet gar keine Risikobegleitforschung statt. Hier bestehen massive Forschungsdefizite.

FRAGE: *Welche wichtigen neuen Entwicklungen oder Bedrohungen erwarten Sie von der Gentechnik in der absehbaren Zukunft (in den nächsten drei bis fünf Jahren)?*

SABINE VOIGT: Das Problem liegt nicht in der Abschätzung einer Entwicklung in relativ überschaubaren Zeiteinheiten, sondern in der Entwicklung, für die jetzt der Grundstein gelegt wird. Wir müßten in Prognosezeiträumen von mehr als 50 Jahren denken lernen. Menschen und Wissenschaftler können bezüglich technischer Erfindungen und Entwicklungen manchmal nicht das nächste Jahr voraussagen bzw. sind geprägt von Prognoseunsicherheiten. Deutlich wurde, daß bei allem was bisher gentechnisch machbar ist, sich auch immer wieder Schwierigkeiten, Mißerfolge, überzogene

Die Antworten von Jens Reich sind folgendem Schreiben entnommen, das der Redaktion per e-mail zugestellt wurde:

Betreff: Re: Rundtischgespräch Gentechnik  
 Datum: Thu, 23 Mar 2000 08:30:34 +100  
 Von: "Prof. Jens Reich" <reich@mdc-berlin.de>  
 Firma: MDC  
 An: A.Hopfmann@t-online.de (Arndt Hopfmann)

Sehr geehrter Herr  
Hopfmann,

hiermit möchte ich Ihnen  
Herrn Prof. Reich seine  
Antworten zu dem virtuellen  
Rundtischgespräch (Anhang  
Ihrer email) senden.

Mit freundlichem Gruß

Brunhilde Poppe  
(im Auftrag von Prof. Reich)

I./1

Weil die Voraussetzung  
nicht zutrifft.

I./2

siehe I.1  
Es ist keine Risikotechnolo-  
gie

I./3

Alle Technologie ist Produk-  
tivkraft und geht in die Pro-  
duktionsverhältnisse ein.  
Das ist kein Privileg der  
Gentechnik.

-----

II./2

Die Trennung ist sinnvoll,  
weil die Auswirkungen ver-  
schieden sind (einerseits  
medizinische, u.U. individu-  
elle Folgen - andererseits  
eher ökonomische und öko-  
logische Folgen).

-----

III./1

Nein. Dazu ist Genbiologie  
als fundamentale Grundlage  
der Biologie zu umfassend,  
um sie auszublenden.

III./2

Das ist die Frage nach dem  
Nutzen der Biologie oder  
der Physik oder der Mathe-  
matik - als Ganzes für be-  
triebswirtschaftliche Bilan-  
zen nicht geeignet.

Erwartungen und falsche Prophezeiungen hinter manchem Projekt verbargen. Viele Unwägbarkeiten wurden durch Zufall in wissenschaftlichen Experimenten gefunden. Je mehr Risikoforschung betrieben wird, je mehr wird klar, wie wenig über die Wirkmechanismen von Genen, ihren mehrdimensionalen Funktionsverkettungen, ihren Stabilitäten und Instabilitäten in artfremdem Erbsubstanzen etc. bekannt ist und noch im Verborgenen liegt. Aber die Versprechen heiligen offenbar die Mittel.

Für die Gentechniker waren die letzten sieben Jahre aufregender als die 7.000 Jahre Züchtung zuvor. Was in den nächsten sieben, oder nur 70 oder gar 700 Jahren auf uns zukommt, ist in einem Punkt gewiß: Die Verantwortung für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der Natur und ihrer Gratisressourcen und Gratiskräfte für die zukünftigen Generationen vermag weder ein Gentechniker, Mediziner oder Forscher, noch ein Landwirt, Business-Manager bis hin zum Politiker zu übernehmen. Die FAO wird heute oder morgen bei Fortsetzung des ökonomischen, quantitativen Wachstumswahns Recht bekommen: unseren Kindeskindern und nachfolgenden Generationen wird es schlechter gehen als uns – trotz der vielen technischen Möglichkeiten, die für die Interessen und den Fortschritt der Menschheit, für nachhaltige und Kreislaufsysteme einsetzbar und nutzbar wären. Unser ökologisches Unbehagen beginnt schon in der Gegenwart. Doch gerade deshalb ist der Aufruf zum Widerstand und zur demokratischen Einflußnahme um so dringender, um den Anfängen zu wehren.

MARTIN HOLTZHAUER: Bei den *positiven Entwicklungen* sehe ich vor allem: die Gewinnung von maßgeschneiderten Pharmaka für kausale und symptomatische Therapien viraler und bakterieller sowie Tumorerkrankungen, von maßgeschneiderten Biokatalysatoren für den Einsatz in der chemischen und pharmazeutischen Industrie, die Überwindung der Transplantationsschranken beim Organersatz, in neuen Erkenntnissen bei der Erforschung biologischer Prozesse und in der Züchtung schädlingsresistenter Pflanzen auf der Grundlage der biologischen Schädlingsbekämpfung.

*Bedrohungen* ergeben sich aus meiner Warte insbesondere aus: dem bewußten oder fahrlässigen Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in Ökosystemen, ohne mögliche Risiken experimentell ausreichend abzuklären, aus dem Einsatz gentechnischer Methoden für ein »Monitoring« von Menschengruppen ohne wirklich relevante medizinische Indikation (Stichworte »molekulargenetischer Gesundheitspaß«, »molekulargenetischer Personalausweis«) und nicht zuletzt aus dem militärischen Mißbrauch der Gentechnik.

ROLF LÖTHER: Ich habe schon zu viele Prognosen für dieses Gebiet kennengelernt, die nicht eintrafen, vor allem nicht in der angegebenen Zeit. Deshalb ziehe ich es vor, mich überraschen zu lassen.

HELMUT BÖHME: Von Sandkastenspielen, an denen die Karawane der Forschenden belustigt vorüberzieht, halte ich nicht besonders viel.

# MAGUÉYE KASSÉ

## Afrikaner im nationalsozialistischen Deutschland

Afrikanische Germanisten werden in Deutschland oft angefragt, weshalb sie sich in akademischer Lehre und Forschung mit der deutschen Sprache in Afrika so intensiv beschäftigen, anstatt sich entwicklungsrelevanteren Aufgaben zu widmen. Die Antwort liegt natürlich nicht offen auf der Hand. Mehr noch, diese Frage bringt auch manchen Afrikaner in Verlegenheit.

Was dabei nämlich oft – bewußt oder unbewußt – übersehen wird, ist die Tatsache, daß mit dem Erlernen und der Aneignung einer fremden Sprache auch eine Kultur und eine »Zivilisation« erschlossen werden. Darüber hinaus lassen die interdisziplinären Studien der afrikanischen Germanistik zu entwicklungspolitischen Fragen, auf Gebieten wie der Geschichte oder der Komparatistik erkennen, daß sich Germanisten in Afrika nicht unbedingt damit begnügen, Germanistik im traditionellen Sinne zu betreiben. Ihnen geht es auch darum, über das Erschließen des deutschen zivilisatorischen Kulturerbes zu einer Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Afrika beizutragen.

Einen wesentlichen Platz nimmt dabei auch die Bearbeitung der widersprüchlichen Geschehnisse in der Vergangenheit und in der Gegenwart ein. Dadurch wird der interkulturellen Kommunikation ein Weg geebnet, der es gestattet, Klischees und Vorurteile rechtzeitig zu erkennen und ihren Einfluß einzugrenzen bzw. einzudämmen.

Aber es geht nicht nur um Vermittlung von Kommunikation, sondern auch um die Rückbesinnung auf eigene Werte im Kontext der Wahrnehmung fremder Kulturen. Eine wesentliche Rolle kommt dabei im Senegal (und im französischsprachigen Afrika überhaupt) Leopold Sédar Senghor zu. Seinen wohl verstandenen Einsichten und seiner ständigen Beschäftigung mit deutscher Literatur und Kultur verdanken wir unsere Besinnung auf unsere eigenen kulturellen Werte, dank derer diejenigen Senegalesen, die unter der Gewaltherrschaft dunkler Epochen deutscher Geschichte gelitten haben, verzeihen können, genauso wie jene, die damals unter deutscher Kolonialherrschaft in Togo, Kamerun, Südwestafrika, um nur einige wenige Beispiele anzuführen, gelitten haben und dieser Willkür zum Opfer fielen.

Diese schwarzen Soldaten, die bereit waren, ihr Leben für Frankreichs Ehre einzusetzen, die sowohl bei ihrer Teilnahme an der Besetzung des Rheinlandes nach 1918<sup>1</sup> wie auch als Kriegsgefangene im Zweiten Weltkrieg dem deutschen Chauvinismus ausgesetzt

Maguéye Kassé ist Professor für Germanistik und Soziologie an der Université Cheikh Anta Diop de Dakar, Senegal.

Leopold Sédar Senghor hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß er als Dichter und Theoretiker der »Négritude« der deutschen Kultur viel verdankt, vor allem Leo Frobenius und dessen »Kulturgeschichte Afrikas«, die ihm 1936 in französischer Übersetzung von Aimé Césaire geschenkt wurde und die von ihm und seinen Freunden wie ein »Donnerschlag« empfunden und gelesen und wiedergelesen wurde. Die Ansichten der »Négritude«-Dichter von Wert und Eigenständigkeit fanden hierin eine Bestätigung, die um so schwerer wog, als sie von einem Wissenschaftler und »Philosophen« kam, der einer anderen Kultur angehörte. Nach Frobenius war es die Begegnung mit der deutschen Romantik, die Senghor das Gefühl der Affinität zur germanischen Welt vermittelte und ihm in seiner Suche nach »Ur-Afrika«, nach den afrikanischen Traditionen in Poesie und Märchen bestärkte. Die beste Definition, die er nach eigenem Bekunden für die »Négritude« geben konnte, war für ihn eine deutsche Definition: »Neger sein«. Senghor forderte, dem kulturellen Gut der Schwarzen einen legitimen Platz in der Weltkultur zu geben. Später verglich er diese Periode der Entstehung der »Négritude« und der afrikanischen Literatur mit dem deutschen »Sturm und Drang«.

waren, beschreiten einen langen Weg zur Versöhnung und Verständigung. Einen Weg, den Senghor theoretisch und kulturantropologisch vorbereitet und auch persönlich vollzogen hat. Der es ihm ermöglichte, über die Demütigungen der sogenannten »schwarzen Schmach am Rhein« hinweg zu schauen und in seinen Schriften unermüdlich eine Versöhnung im interkulturellen Dialog zu fordern.

Dieser Weg zu einer Verständigung über kulturelle Grenzen hinweg und zu einer positiven Wahrnehmung des Fremden ist mit vielen Hürden versehen, die sich durchdringen und aufeinander beziehen. Besonders problematisch wird es dann, wenn dazu das Vergessen bzw. das Verdrängen einschneidender historischer Ereignisse notwendig ist. In Anbetracht der traumatischen Erfahrung Senghors mit Nazi-Deutschland während des Zweiten Weltkrieges ist es erstaunlich, daß er sich nirgends mit den Erlebnissen von Afrikanern in deutschen Konzentrationslagern auseinandergesetzt hat, mit den Erfahrungen von Afrikanern, die vielleicht nicht vergessen wollen, obwohl das nicht zwangsläufig die Gleichstellung von allen Deutschen mit dem Nationalsozialismus bedeuten muß. Diese Menschen wurden – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auch von den verschiedenen französischen Regierungen völlig vergessen.

Das Schicksal des Senegalesen Dominique Mendy ist in vielerlei Hinsicht beispielhaft. Er ist heute 86 Jahre alt und lebt in Dakar. Wir haben uns mit ihm unterhalten. Seine Lebensgeschichte wurde detailliert erforscht und war Gegenstand der Lehrtätigkeit im germanistischen Seminar der geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität »Cheikh Anta Diop« zu Dakar. Die Anregung dazu entstammt einem Dokumentarfilm von Serge Bilé (Côte d'Ivoire) aus dem Jahre 1995, der seine Geschichte neben anderen kurz erwähnt hat und ihn selbst zur Sprache kommen ließ. Diejenigen, die im senegalesischen Fernsehen den Film angesehen haben, waren zum Teil vom Schicksal dieser Afrikaner sehr betroffen und zum Teil auch erstaunt, daß in keinem Schulbuch, weder in Senegal, noch in Deutschland, Frankreich oder anderswo, diese Geschichte erzählt oder erforscht wurde.

Daß Hitler als maßgeblicher Urheber nationalsozialistischer Greuelthaten ein grausamer Mensch war, ist für den normalen Afrikaner eine Selbstverständlichkeit. Daß der Nationalsozialismus Juden verfolgt und vernichtet hat, ist längst bekannt. Genauso ging es den Sinti und Roma, den Homosexuellen oder auch den Zeugen Jehovas. Man weiß aber wenig über die Schwarzen, d.h. jene Nachkommen der sogenannten »Tirailleurs sénégalais«, die das Rheinland 1919-1920 besetzt hatten. Mittlerweile weiß man zumindest in Deutschland, wengleich wohl nur in einem sehr engen Kreis, etwas über den Alltag und den Rassismus, die einige Schwarze über sich ergehen lassen mußten, und zwar sowohl im Nationalsozialismus als auch deren Nachkommen im heutigen Deutschland.<sup>2</sup> Dokumentiert wird dies nicht zuletzt durch den Historiker Reiner Pommerin, der offenbar der erste war, der sich mit der Sterilisierung der Rheinlandbastarde ausführlich befaßt hat, wie auch die Gruppe der afro-deutschen Frauen in Berlin, die auf

den Spuren ihrer Geschichte über das Schicksal einer farbigen Minderheit in Deutschland ausführlich und gut dokumentiert berichtet haben, oder die Afro-Amerikanerin Paulette Reed Anderson mit ihren Recherchen über die Geschichte der Schwarzen in Berlin von der wilhelminischen Ära bis heute.<sup>3</sup> All diese Bemühungen werfen ein bezeichnendes Licht auf die Auswirkungen der Theorien über Rassenschande, die Nürnberger Gesetze, die die Schwarzen in Deutschland keineswegs verschont haben. Man denke etwa an das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und speziell an die Kommentare zu diesem Gesetz.<sup>4</sup>

Ganz wenig weiß man jedoch über die Afrikaner, die aufgrund ihres Andersseins, ihrer Hautfarbe und dessen, was für den Nationalsozialismus ›schwarz sein‹ bedeutete, verfolgt und zum Tode verurteilt wurden. Ihre Lage war um so schlimmer, wenn sie Widerstand leisteten.

Die Forschung über das Schicksal von Afrikanern in den Konzentrationslagern wird vor allem dadurch erschwert, daß im allgemeinen nicht genau erfaßt wurde, aus welchen Ländern sie stammten. In den Augen der Gestapo und der SS waren sie bloß Wesen schwarzer Hautfarbe mit Nummern oder Sternen. Sie waren Untertanen europäischer Kolonialmächte, d.h. ihrer Feinde. Anders ist die Situation jener Afrikaner, ehemaliger ›Senegalschützen‹, die nach der Niederlage Frankreichs 1940 in Arbeitslagern landeten. Bis zum Sieg über Frankreich waren in den Kämpfen bereits rund 17 500 »Tirailleurs« gefallen. Von den etwa 16 000, die in Gefangenschaft gerieten, wurden schätzungsweise 3 800 in deutsche Arbeitslager gebracht (u.a. nach Neuversen, Neubrandenburg, Stabalack, Hemer, Altengrabow, Ziegenhain, Limburg, Vllingen)<sup>5</sup>. Sie kamen vor allem aus den damaligen französischen Kolonien in Westafrika und gehörten überwiegend der 10 000 Mann starken Division de l'infanterie coloniale (Infanteriedivision aus den Kolonialgebieten) oder dem Régiment de tirailleurs sénégalais (Regiment der Senegalschützen) an. Die relativ geringe Zahl von schwarzen Zwangsarbeitern läßt sich vielleicht dadurch erklären, daß die Nazis die Ansteckung mit tropischen Krankheiten fürchteten.

Der Alltag dieser Gefangenen war erheblich schwerer als der in den »einfachen« Kolonialgefangenenlagern, wie man es aus einem Brief aus dem Jahre 1941 entnehmen kann: »Wir waren Zeugen von Szenen in denen Senegalesen, die beim Essentransport gestürzt waren, mit Kolbenhieben aufgefordert wurden, aufzustehen. Bei minus 20 Grad wurden die Neger mit Peitschenhieben nach draußen gejagt, weil sie sich weigerten bei solchen Temperaturen im Freien zu arbeiten.«<sup>6</sup> Diese Gefangenen fühlten sich erst recht verraten und gedemütigt, als nach 1943 ihre Aufseher wechselten. Sie wurden nicht mehr von Deutschen, sondern fortan von ihren eigenen französischen Gefährten bewacht, wie aus dem Brief des Offiziers Gernet zu entnehmen ist. »Es ist besonders schmerzlich Kriegsgefangener zu sein, wenn Franzosen dazu bestimmt sind, diese Gefangenen zu bewachen. Eine solche Diskriminierung schmerzt zudem, wo doch jeder weiß, daß es nur noch um die gemeinsame Sache der Befreiung geht. Ich komme von den Antillen. Darf ich noch sagen, daß ich Franzose bin?«<sup>7</sup> Immer wieder

In seiner Polemik mit Senghor warnt Leon Gontran Damas (der 1937 sein Werk »Pigments« publizierte) vor einer erneuten Ausnutzung der ›Senegalschützen‹, der sogenannten »Tirailleurs sénégalais«, wie dies bereits im Ersten Weltkrieg geschah. Er lehnte sowohl das Eingreifen in die Kolonialkriege Frankreichs, es sei denn in den eigenen Befreiungskrieg gegen das französische Joch, als auch in eine erneute Besetzung des Rheinlandes – »de souiller à nouveau les bords du Rhin« – entschieden ab. Auffällig ist dabei der Bezug auf die Wiederaufnahme des Propagandathemas der »schwarzen Schande am Rhein« nach 1919 in Deutschland. Kein Wunder also, wenn das gleiche Thema in den Gelegenheitsgedichten (Poésies de circonstance) Senghors wiederaufgenommen wurde; das Gedicht »Hosties noires« wurde von ihm mit der Widmung »Poème liminaire. A. L. G. Damas« (Leopold Sédar Senghor: Œuvre poétique, S. 55.) versehen. Auf seine Weise antwortet Senghor auf Damas Kritik und stellt die Ehre der Senegalschützen wieder her. Er tut dies auch gegenüber Frankreich, das deren Verdienste nicht anerkannt hat.

**Et Caetera**

Devant la menace allemande,  
les Anciens Combattants  
Sénégalais Adressent un  
câblogramme d'indéflectible  
Attachement.  
(Les Journaux.)

Aux anciens Combattants  
Sénégalais  
Aux Futurs Combattants  
Sénégalais  
A tout ce que le Sénégal  
peut accoucher  
de combattants sénégalais  
futurs anciens  
de quoi-je-me-mêle futurs  
anciens  
de mercenaires futurs  
anciens  
de pensionnés  
de galonnés  
de décorés  
de déçavés  
de grands blessés  
de mutilés  
de calcinés  
de gangrenés  
de gueules cassées  
de bras coupés  
d'intoxiqués  
et patati et patata  
et caetera futurs anciens  
Moi je leur dis merde  
et d'autres choses encore  
Moi je leur demande  
de remettre les  
coupe-coupe  
les accès de sadisme  
le sentiment  
la sensation  
de saletés  
de malpropretés à faire  
Moi je leur demande  
de taire le besoin qu'ils res-  
sentent  
de piller  
de voler  
de violer  
de souiller à nouveau les  
bords antiques  
du Rhin  
Moi je leur demande  
De commencer par envahir  
le Sénégal  
Moi je leur demande  
De foutre aux »Boches« la  
paix. Aus: Leon G. Damas:  
Pigments, Paris 1937.

wurden Fluchtversuche von afrikanischen Gefangenen durch Denunziationen von seiten ihrer französischen Bewacher vereitelt. Diejenigen denen es gelang, aus den Arbeitslagern zu flüchten, schlossen sich der Resistance an. Gerade diejenigen, die wegen aktiver Mitarbeit in den Widerstandsbewegungen in die Konzentrationslager deportiert wurden, haben alle – bis auf ganz wenige Ausnahmen – besondere Peinigungen ertragen müssen.

So auch der Senegalese Doudou Diallo, der diese Zeit überlebt hat und den wir zu seiner Lebensgeschichte befragt haben. Geboren in Mekhé (Senegal) am 9. Februar 1918, hatte er sich als »Senegalschütze« freiwillig gemeldet, verfügte über eine gewisse Bildung, die ihm während seines Dienstes geholfen hat, sich dem »gewöhnlichen« Rassismus zu widersetzen. Nach seiner Flucht hat er sich mit viel Erfolg der Resistance in der Bretagne angeschlossen.

Die Herkunftsländer vieler Gefangener sind aus den schon erwähnten Gründen nur sehr schwer zu ermitteln. Hinzu kommt, daß sehr wenige Afrikaner diese Zeit überlebt haben. Michéle Maillet hat sich mit ihrer fiktiven Geschichte einer schwarzen Französin aus Martinique, die mit ihren beiden Kindern eher zufällig in die Hände der Gestapo geriet und in das Konzentrationslager Ravensbrück verschleppt wurde, besonders um die Bewahrung des Andenkens an diese Menschen verdient gemacht.<sup>8</sup> Die Heldin Sidonie Hellénon, Hausangestellte bei einer jüdischen Familie in Bordeaux, war sich bis zu ihrer Verhaftung ihrer Hautfarbe kaum bewußt. Sie schöpft im Konzentrationslager aus der Rückbesinnung auf ihre Kultur und ihre Geschichte ungeheure Kraft. Diese Geschichte beruht auf Aussagen von Überlebenden aus Konzentrationslagern über die Schicksale ihrer Mitgefangenen mit schwarzer Hautfarbe.

Nach dem Stand unserer Nachforschungen und ausgehend von den raren Berichten von einigen wenigen Überlebenden sowie nach langwierigen Recherchen in verschiedenen Archiven, sind uns gegenwärtig folgende Namen bekannt:

*Carlos Grevkey* – stammte aus Äquatorial Guinea (damals spanisch beherrscht), war Mitglied der Partisanenbewegung und kämpfte an der Seite der spanischen Republikaner. Deshalb wurde er 1942 verhaftet und nach Mauthausen deportiert. Er war dort qualvollen Peinigungen und Demütigungen sowie der Willkür der SS ausgeliefert, zu deren Diener er wegen seiner schwarzen Hautfarbe und der damit assoziierten Symbolik herabgesetzt wurde.

*Erika N'gnando* – kam aus Kamerun und wurde nach Ravensbrück deportiert. Sie wurde von ihren Leidensgefährten vor allem aus Frankreich aus Mitleid und Solidarität »Blanchette« genannt; weit entfernt der Heimat, und einer eisigen Kälte ausgesetzt, fand sie in Ravensbrück den Tod.

*Johnny Vosté* – stammte aus dem Kongo und wurde im Mai 1942 verhaftet. Er wurde nach Dachau und später Esterwegen deportiert.

*John Nicolas* – kam aus Haiti. Er wurde 1943 verhaftet, nach Buchenwald und später nach Dora deportiert.

*John Williams* – war ein Mischling. Seine Mutter kam aus Côte d'Ivoire und sein Vater aus Frankreich. Er wurde wegen Sabotage verhaftet und kam mit 22 Jahren im März/April 1944 nach Neuen-gamme; er saß dort mit zehn anderen Afrikanern, unter ihnen zwei



Senegalesen und ein Schwarzer aus Guadeloupe, ein. Er hat diese Zeit überlebt. Damals war er Jungeselle. Seinen unbändigen Willen, auf alle Fälle zu überleben und nicht zu resignieren, schöpfte er aus seinem inbrünstigen Glauben an die christliche Religion. Wie er selbst berichtet, erregten die Afrikaner in Neuengamme wegen ihrer Hautfarbe große Neugierde. Afrikaner wurden als seltsame Wesen angesehen, die unfähig wären zu denken, sie galten als dem Affen bzw. Tieren nahestehend. Weil er aber über gewisse Kenntnisse in der Feinmechanik verfügte, genoß er trotzdem hohes Ansehen und hat im Metallwerk gearbeitet.

*Sidi Camara* – kam als erster Senegalese nach Neuengamme. Er überlebte die Gefangenschaft und starb kurz nach dem Krieg, wahrscheinlich infolge schlechter Behandlung im Konzentrationslager.

*Dominique Mendy* – war der zweite Senegalese in Neuengamme. Insbesondere die Rückbesinnung auf traditionelle Werte, wie die im Senegal gebräuchlichen Wolof-Wörter »joom« und »mune«, d.h. Mut, Standhaftigkeit in den schweren Momenten, haben beiden geholfen, sich gegenseitig zu unterstützen und auch den anderen Mitgefangenen zu helfen. Weil er wegen seiner Hautfarbe als dumm, naiv und einfältig galt, konnte er überallhin gelangen, konnte Brot schmuggeln, den anderen politischen Häftlingen Informationen zukommen lassen und sogar einen Gefangenen vor der Hinrichtung retten, indem er an seiner Stelle hingerichtet werden wollte.

Der heute 86 Jahre alte Dominique Mendy hatte sich freiwillig zur Marine gemeldet. Dem Appell von General De Gaulle folgend, war er nach 1940 in der Resistance aktiv. Er war mit der Betreuung englischer Flieger und Fallschirmjäger im »maquis« in der Region um Bordeaux beauftragt. Er wurde nach einer Denunziation von der Gestapo verhaftet und unmenschlich gefoltert. Er leidet bis heute an den Folgen dieser Mißhandlungen. Während seiner Gefangenschaft ist er oft nur knapp dem Tode entronnen und kam schließlich nach Neuengamme. Dort wurde er ebenfalls als schwarzer Diener erniedrigt. Er stellte sich dumm oder naiv, was einigen Vorurteilen der Nazis gegenüber Schwarzen entsprechen mochte. Dies stand allerdings im Gegensatz zu den Gründen seiner Festnahme, trug er doch den Stern für politische Häftlinge, die sonst einer sehr schlechten Behandlung ausgesetzt waren.

Dominiques Ausnahmestellung in Neuengamme, »eine ins 20. Jahrhundert verlegte Hölle«, die dazu bestimmt war, »Menschen physisch und geistig zu vernichten«<sup>9</sup>, bestätigt eher die Regel. Seine Sonderbehandlung läßt sich vielleicht jenseits der rassistischen Vorurteile dadurch erklären, daß die Nationalsozialisten Pläne schmiedeten, in Afrika erneut Kolonien zu erwerben. Deshalb wurden Überlegungen angestellt, wie diese »Senegalschützen« für diese Absichten zu gewinnen seien, bevor sie sich möglicherweise einer Widerstandsbewegung anschlossen.

Darüber existiert ein geheimes Schreiben eines Obergruppenführers vom 14. Juli 1944 an den Reichsführer »Nordafrikaner, Anamiten und Senegalesen betreffend infolge der Bekämpfung der Bandenbekämpfung«:

Wir sind dabei, die in den einheimischen Sprachen des Senegal kursierenden (schlechten) Witze, Sprüche und Gesänge zu sammeln, um eine bessere Vorstellung vom allgemein verbreiteten Meinungsbild (»Imaginaire collectif«) zu erhalten. Ein harmloses Beispiel, das gleichzeitig Ohnmacht offenbart, stammt aus einem Lied: »O Hitler, tu as bu mon sang, je ne reverrai plus mes enfants« (O Hitler, du hast mein Blut getrunken, nie werde ich meine Kinder wiedersehen).

»Senegalesen: Prinz Kane war 1939 Führer der bekannten Farbigen-Delegation aus Westafrika, die seinerzeit von Mandel, Gamelon und Giraud empfangen wurde. Heute ist er der Leiter des sozialen Hilfswerkes der senegalesischen Kriegsgefangenen in Frankreich.

Wie der SD (Sicherheitsdienst) bestätigt, soll Prinz Kane einen Einfluß auf die 300.000 noch in Frankreich befindlichen farbigen Kriegsgefangenen haben. Er selbst möchte diese Kriegsgefangenen in irgendeiner Form zum aktiven Kampfeinsatz für uns gewinnen. Offiziere sind selbstverständlich keine vorhanden, Unteroffiziere werden kaum ausgebildet sein.

Botschafter Abetz teilt mit, daß eine Anwerbung unter den Genannten von Erfolg sein würde, da diese Farbigen in erster Linie Soldaten seien und als solche verwandt werden wollen. Ein Einsatz dieser Truppen im französischen Maquis wäre von allergrößter Bedeutung und würde von größerer Wirksamkeit sein als der Einsatz der Miliz, die verständlicherweise nur ungerne gegen ihre eigenen Landsleute vorgeht.

Die Bandenbekämpfung in Frankreich ist bisher teils von der Wehrmacht, teils von der SS durchgeführt worden. Eine Regelung wie in Rußland oder auf dem Balkan wurde nicht getroffen, da anscheinend die Bedeutung der Bandentätigkeit in Frankreich aufgrund vorliegender Berichte unterschätzt wurde. Nach der mehrfachen Erwähnung im Wehrmachtsbericht und den hier vorliegenden Meldungen muß festgestellt werden, daß die Bekämpfung der Banden in Frankreich von kriegsentscheidender Bedeutung sein kann, da sie es fertig gebracht hat, den Nachschub für die Invasionsfront im großen Umfange zu stören.

Wenn die Engländer in Südfrankreich landen und eine Verbindung zu den großen Bandengebieten in Südfrankreich finden, wird die Front mit einem Schlage erweitert, und große Teile der französischen Bevölkerung und der Angehörigen der farbigen Völker können dann von den Engländern nach bewährtem Vorbild mobilisiert und an der Front eingesetzt werden.

Es wird deshalb vorgeschlagen, SS-Obergruppenführer von Gottberg als Chef der Bandenbekämpfung in Frankreich einzusetzen und ihm die durch das Hauptamt Ordnungspolizei zu Polizeieinheiten zusammengestellten Truppen aus den farbigen Völkern zu unterstellen.«<sup>10</sup>

Über ihre Erlebnisse während des Zweiten Weltkrieges, sei es als Soldat oder als Kriegsgefangener, berichten die Überlebenden mit Distanz, gemischt mit einem gewissen Nachdenken über die Beweggründe, weshalb sie an der Seite Frankreichs gekämpft und welche Lehren sie daraus gezogen haben. Alles in allem sind sie, wie all die zurückgekehrten Soldaten, angesichts des Massakers von Thiaroye, das Ousmane Sembéne in seinem Film »Camp de Thiaroye« (1988) thematisiert hat, enttäuscht und erschüttert. Nach der Befreiung Frankreichs kehrten überlebende »Tirailleurs« über Dakar und dessen Vorort Thiaroye nach Afrika zurück. Weil sie gleichberechtigte Behandlung (Auszahlung gleicher Gehälter wie ihre französischen Kampfgefährten) forderten, wurden sie nachts von der französischen Armee niedergeschossen. Dieses tabuisierte,

dunkle Kapitel französischer Kolonialpolitik hat eine fatale Reaktion bei den Betroffenen ausgelöst – Nationalsozialismus und jene Macht, in deren Namen sie ihr Leben oft aufs Spiel gesetzt hatten, wurden nunmehr gleichgesetzt. Eine tiefe Distanzierung und ein Gefühl des Verrats breiteten sich aus. Es scheint, als ob sie den Krieg, diesen gravierenden Einschnitt in ihrem Leben, verdrängen wollten und nach Versöhnung mit Deutschland suchten. Die Erfahrung mit Deutschland wurde so nachträglich von dieser zweiten bitteren Erfahrung überlagert. Die Enttäuschung war um so größer, als sie sich lange mit dem Lande identifiziert hatten, für dessen Interessen sie – freiwillig oder nicht – kämpften.

Diejenigen, die wir im Laufe unserer Forschung bis jetzt befragen konnten, unterschieden sehr deutlich zwischen den Nationalsozialisten und deren Greuelthaten und dem deutschen Volk. Insofern denken sie in der gleichen Richtung wie Senghor und seine Forderung nach einem Dialog der Kulturen, im vollen Bewußtsein über den dafür unerläßlichen Preis.

Darin eingeschlossen ist auch der noch immer anhaltende Kampf der »Tirailleurs« um Gleichberechtigung, um gerechtere Renten, um Gehälter, wie sie ihre französischen Kampfgefährten erhalten haben. Dies findet einen starken Widerhall in der afrikanischen Poesie französischer Sprache sowie in der Aneignung der eigenen Geschichte durch Romane, Erzählungen, Theaterstücke und Filme. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg bleibt das Thema der »Tirailleurs sénégalais« in der afrikanischen französischsprachigen Poesie bestimmt von den beiden Tendenzen, die seine Gestaltung seit Leopold Sédar Senghors »Hostie noires« charakterisieren – Abwehr des von Senghor mit »Louanges de mépris« umschriebenen französischen, zugleich glorifizierenden und erniedrigenden Diskurses und Entgegensetzung einer um Respekt vor den Toten und Wahrhaftigkeit bemühten eigenen Version.<sup>11</sup> Das ist eine der Lehren, die wir durch unsere Forschungen, vor allem in interdisziplinären Studien, fördern wollen.

Die einzigen Spuren, die Afrikaner in Neuengamme hinterlassen haben, sind die Zeichnung der Hälfte eines Negerkopfes in einer Toilette, das Bild eines Afrikaners bei der Arbeit vor den Baracken sowie zwei unvollständige Vermerke im Register der dort internierten Franzosen.

- 1 Vgl. Reiner Pommerin: Sterilisierung der Rheinlandbastarde. Das Schicksal einer farbigen Minderheit. 1918-1937, Düsseldorf 1979.
- 2 Vgl. Katharina Oguntoye/May Opitz/Dagmar Schultz (Hg.): Farbe bekennen. Afro-deutsche Frauen auf den Spuren ihrer Geschichte, Berlin 1986; Katharina Oguntoye: Eine afrodeutsche Geschichte. Zur Lebenssituation von Afrikanern und Afro-Deutschen in Deutschland von 1884 bis 1950, Berlin 1997.
- 3 Paulette Reed Anderson: Eine Geschichte von mehr als 100 Jahren, Berlin, März 1995; dies.: Afrikaner in Berlin, Berlin, Oktober 1997.
- 4 Vgl. Blutschutz und Ehegesundheitsgesetz, München 1936; Das Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes mit dem Verbot der Ehe zwischen einem Arier und einem artfremden Blut.
- 5 Catherine Akpo: Africains dans les Stalags, in: Jeune Afrique, Nr. 1934 (1998).
- 6 Aus einem Brief eines französischen Gefangenen vom Mai 1941, in: Archives nationales du Benin, zitiert nach: Jeune Afrique, ebenda, S. 49.
- 7 Ebenda.
- 8 Michèle Maillot: Schwarzer Stern, Berlin 1994.
- 9 Hermann Kaienburg: Das Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945, Bonn 1997; Bericht von Maurice Passiah, Houston/USA 1981 ANG.
- 10 Zitiert aus einem Brief eines SS-Obergruppenführers an den Reichsführer-SS und Reichsminister des Innern vom 14. Juli 1944, in: VS-Tgb. Nr. 606-44 g. Kdos.
- 11 Janos Riesz: Koloniale Mythen – Afrikanische Antworten, in: Literaturbeziehungen 1, Frankfurt/M. 1993, S. 172.

LISA GAVRIC

## Wer hier eintritt, lasse alle Hoffnung. Erinnerung an Ravensbrück

Lisa Gavric (1907-1974) – österreichische Kommunistin, ging 1936 als Sanitäterin zu den Interbrigaden nach Spanien, anschließend Widerstandskampf in Frankreich und in Österreich, dort verhaftet und ins KZ Ravensbrück verbracht. Nach dem Krieg lebte sie in Jugoslawien.

Der Morgen graute. Schwefelgelbe Streifen zeigten sich am Himmel, die sich bald zu orangefarbenen Wolkenklumpen zusammenballten und schwerfällig vorbeizogen. Der Tag begann. Was für ein Tag? Durchnäßt, bis auf die Knochen erfroren, warteten die Frauen, die sich nur aneinanderlehnd auf den Beinen halten konnten, in einem Zelt, bis zu den Waden im Wasser stehend, auf den anbrechenden Tag. Frauen in gestreifter Kleidung, mit einem roten, grünen oder schwarzen Winkel und einer hochstelligen Nummer am Arm, trugen Totenbahnen vorüber. Endlos schien die Reihe, immer dasselbe Bild. Mit wachsgelber Haut überzogene Skelette lagen übereinandergeworfen auf der Bahre. Die Augen starrten wie Glaskugeln in das Nichts, der Mund war offen, ein erstarrter Schrei, die letzte und stumme Anklage. Ausgemergelte Mütter, deren Haare verklebt in Strähnen herunterhingen, Mädchen, deren Gesichter dem eines toten Kindes glichen.

Es war das Ergebnis einer Nacht. Wie viele Morgen hatte der Tod hier schon geerntet und wie lange wird er noch ernten?

Die neuangekommenen Frauen konnten die Blicke nicht abwenden und fragten sich, wann sie an der Reihe sein würden.

Dann wurde es im Lager lebendig.

Die Lagerpolizistinnen, selbst Häftlinge, machten die Runde. »Ihr Schweine, ihr Säue«, unflätigste Schimpfworte sprudelten nur so aus ihren Mündern. Häftlinge gegen Häftlinge, und manche trugen einen roten Winkel, waren also politische Gefangene?!

Lisa verstand nichts mehr vom Leben, lernte aber bald die mächtigste Waffe Hitlers, Menschen gegen Menschen für Privilegien zu hetzen, kennen. Nicht die SS und SA waren das Neue, das Schreckliche. Von diesen konnte man nichts anderes erwarten, das waren entartete Feinde. Das Erschauernde war, daß die Häftlinge selbst zu Henkershelfern geworden waren und in ihrem Handwerk gar keine Hemmungen an den Tag legten, sondern wegen eines Postens, wegen etwas Eßbarem aus der Küche, wegen Angst um ihr Leben, erfinderisch in Grausamkeiten, verroht bis ins Herz, der SS gleich geworden waren. In dieser Hölle, die Dantes Hölle weit in den Schatten stellt, wurden manche Menschen zu einem Rätsel. Wie grauenhaft mußte das Leben hier sein, wenn Menschen, um ihre Haut zu retten, ihr ganzes Leben auf den Schutt warfen.

Die Fortsetzung dieses tiefsten Verfalls jedes Menschentums erlebte Lisa am Nachmittag bei der Einkleidung. Nackt mußten sich die Frauen ausziehen. Ihre Kleider, alles Mitgenommene wurde auf

einen Haufen geworfen, auf den sofort die Aasgeier, die diensthabenden Häftlinge stürzten und nach guten Sachen herumwühlten. Eine SS-Aufseherin, ein blondes Mädchen mit gebürstetem Haar und tadellos sauberer Uniform, führte die Aufsicht, gab Befehle, die mit Beschimpfungen und Puffen in den Rücken der nackten, frierenden Mütter und Mädchen leidenschaftlich ausgeführt wurden. Die Arbeit ging wie am laufenden Band. Zuerst auf einem Operationstisch, wo eine österreichische Hebamme mit Gummihandschuhen an den Händen die Geschlechtsteile der Frauen nach verstecktem Schmuck untersuchte. Dann stießen Fäuste in den Rücken, und irgendwo kam die Frau zu sitzen, um nach Läusen abgesehen zu werden. Gab es Läuse, mußte sie ins andere Zimmer und wurde geschoren. Dann bekam sie die Bekleidung: eine Hose, manchmal auch keine, ein gestreiftes Kleid und Holzpantinen. Dann ging es in den Zuzugsblock. Es waren stinkende Baracken mit eingeschlagenen Fenstern und Holzgestellen mit verlausten Strohsäcken, auf denen fünf oder mehr Frauen je auf einer Pritsche lagen. Wer schlafen wollte, mußte sich, ohne zu fragen, zwischen schwitzende Körper drängen, seinen Kopf auf die Brust irgendeines fremden Menschen, die Füße unter den Leib einer anderen Frau legen, um sofort mit Füßen weggestoßen zu werden.

Um drei Uhr morgens war Appell.

Lange Züge von Schatten zogen in Reih und Glied zum Lagerplatz, nahmen blockweise Aufstellung und standen, standen bei Regen und Schnee, bei der Kälte des Winters bis sieben Uhr früh. Dann kam die Lagerleiterin und nahm den Rapport jeder Blockältesten über den Stand in ihrer Baracke ab. Stimmt die Zahl nicht, so mußte der ganze Block den ganzen Tag über, manchmal Tag und Nacht, stehen.

Wer niederfiel, durfte nicht aufgehoben werden. Dann ging es zur Arbeit. Eine wilde, panische Angst und Flucht ergriff die Massen. Obwohl fast aussichtslos, versuchte jede doch, Tag für Tag, sich zu verstecken, sich in abtretende Gruppen zu schwindeln. Die Eingänge zu den Straßen, die zu den Baracken führten, waren versperrt. Die Lagerpolizistinnen schwangen die Ledergürtel, ließen die Eisenschnallen auf die Körper sausen, zogen alte Mütter bei den Haaren aus ihren Verstecken, stießen mit den Schuhen in den Bauch und Rücken. War die notwendige Zahl an Arbeitskräften erreicht, wurden Schaufeln verteilt, und mit dem Gesang »O, Tirolerland, du bist so schön, so schön« verließen, an der Lagerleiterin vorbeimarschierend, lange Züge von Sterbenden das Lager, um Planierungsarbeiten durchzuführen. Die reizenden, mit Gärten umsäumten Villen der SS, die, wie aus dem Baukasten entnommen, das Todeslager umsäumten, waren auf diese Weise entstanden.

Ja, die Menschen waren im Irrenhaus Hitlers, dem Konzentrationslager, zum Rätsel in den Abgründen ihrer Seele geworden.

Das Möglichsein des Unmöglichsten, die Grenzenlosigkeit der pervers »wissenschaftlich« ausgedachten Methoden, machten so manche Schwächlinge toll. Der Selbsterhaltungstrieb, die Gier nach Leben, ließ wie aus einer Eiterwunde alle Instinkte stinkend fließen, peitschte sie zum Wahnsinn, bis zur Groteske. Einmal der Anfang gemacht, die Wirbelsäule des Charakters geknickt, versan-

ken so manche bisher als anständige, brave Menschen goltene Geschöpfe in wilde Bestialität.

Hitler hatte sie mitschuldig gemacht, und wie in einem Morast glitten sie Schritt für Schritt tiefer, bis sie selbst erstickten. Nur so kann erklärt werden, daß eine Rachel, eine schöne Norwegerin, Frau eines deutschen Kommunisten, aus dem Kleiderhaufen der Neuangekommenen Spitzennachthemden herauszog oder mit einem schwarzen Taftkleid, mit Flitter benäht, sich stolz zeigte und dazu bemerkte, sie habe es genommen, um bei einem eventuellen Fest vortanzen zu können. Manche Frau nähte sich Lippenstifte in die Kleider ein, obwohl dafür 25 Schläge auf dem Bock befohlen waren. Eine junge Österreicherin, in der Arbeitsvermittlung beschäftigt, Jungkommunistin, spazierte in einem weißen Cape mit hohen Stöckelschuhen auf der Lagerstraße herum, um die Häftlinge einzufangen. Bei der Entlassung, angesichts der verstörten, nackten Frauen, setzte sich die kleine zarte Tschechin Margit auf den Tisch und spielte auf einer Gitarre, die sie unter den Kleidern gefunden hatte, sang ein sentimentales Liebeslied, begann plötzlich hellauf zu lachen und meinte: »Das ist die Revue der Girls des 20. Jahrhunderts.« Dieselbe Margit war es aber auch, die mit Lisa die halbtoten, von Läusen zerfressenen Frauen langsam unter eine warme Dusche trug und ihnen die Perücke von Läusen vorsichtig mit der Schere durchschnitt und gute warme Worte den Sterbenden sagte.

War es nicht Wahnsinn, daß die Zigeunermütter dem Versprechen der SS folgten, ihre Töchter kastrieren zu lassen, um frei zu werden, und gar nicht überrascht waren, als sie die armen mit elektrischem Strom verbrannten Dinger auf dem Boden vor Schmerzen sich wälzen sahen, jedoch von der Freiheit keine Rede mehr war?

War es nicht Wahnsinn, wenn die Frauen in den Krankenblöcken die Ärztin bestürmten, sie auf die Liste für das »Erholungsheim« zu setzen, obwohl sie in der Nacht von dem Gestank der verbrannten Knochen und Menschenfleisch nicht schlafen konnten, die Flammen des Krematoriums wie das ewige Licht der unbekanntenen Freiheitskämpfer in den Himmel züngelten? Natürlich wußten sie, daß die Liste Gastod bedeutete, und waren in der wahnsinnigen Angst doch bereit, alles zu glauben. Auch ein Erholungsheim.

Wahnsinn war es, wenn die Saarländerin Lenchen, die ihr Leben tollkühn eingesetzt hatte, um drei vom Kommandanten gesuchte österreichische Genossen in Strohsäcke einzunähen, einige Tage vor der Befreiung der Vorladung zum Hinrichtungskommando Folge leistete und nicht mehr wiederkam.

Wie kann man erklären, daß die Rotarmistinnen im Lager Banden bildeten und in der Dunkelheit die Kesselkolonne überfielen, das Essen für eine Baracke wegrissen, um es zu den ihrigen zu bringen, daß eine Komsomolzin, Studentin und Offizier der Roten Armee, in der Entlassung die nackten Frauen schlug und, während diese noch zitternd auf den Hockern saßen, mit deren Kleidern und Schuhen wie auf dem Korso sich herumdrehte? Als Lisa ihr sagte, daß so etwas für einen Sowjetmenschen eine Schande sei, antwortete die Russin höhnisch: »Ty Germanka!«.

Ja, es war das Irrenhaus. Vor den Baracken, in denen Menschen zu Staub zerfielen, von Läusen zerbissen wurden, waren von der SS

Blümchen gepflanzt worden, und wehe der Frau, die in dem Gedränge hineingestoßen wurde und etwas Gras zertrat. In allen Arten wurde gemordet. Doch zu Weihnachten stand eine riesige Tanne auf dem Lagerplatz, die wohl Friede den Menschen wünschen sollte.

Diesem von Himmler methodisch gezüchteten Wahnsinn, dem Morden der Seele verfielen nur die Schwächlinge, die um jeden Preis Lebensgierigen. Die anderen wurden zu Propheten, zu reinsten Menschen, blieben Kommunistinnen.

Solche gab es viele. Einfache, ganz bescheidene Frauen stahlen Essen für die Kranken und blieben selbst hungrig, versteckten alte Mütter vor dem Gas, in Kästen und Strohsäcken, fälschten die Nummern und machten aus Lebendigen Tote, um sie der Kontrolle zu entziehen, schnitten bei Kerzenlicht drei von Auschwitz gekommenen Genossinnen die im Arm eingebrannten Nummern heraus, um sie als Französinen in einen Transport zu schieben und ihnen so das Leben zu retten, blieben selbst im Lager, als die Möglichkeit bestand, sich mit falschem Namen in einen schwedischen Roten-Kreuz-Transport zu schwindeln, und schickten andere aus dem Lager.

So ein einfacher Mensch und Held war die kleine Mitzerl aus Wien. Ein Arbeitermädchel, das in seiner Kindheit nichts als dunkelstes Elend gekannt und wegen ihrer tuberkulös verkrüppelten Wirbelsäule drei Jahre in Gips gelegen hatte. Fünf Jahre war sie schon in Ravensbrück und war trotz allem nicht nur ein Mensch mit warmem Herzen geblieben, sondern half allen anderen mit Einsatz ihres eigenen Lebens, nur nicht sich selbst.

Als im April 1945 zwischen Himmler und dem Grafen Bernadotte ein Abkommen getroffen wurde, alle ausländischen Frauen dem Roten Kreuz zu übergeben, und der Befehl kam, die deutschen und österreichischen politischen Frauen zu isolieren, um sie beim Nähern der alliierten Truppen zu massakrieren oder in die Luft zu sprengen, hatte die Gruppe der Kommunistinnen beschlossen, die am meisten Gefährdeten als Französinen in einen Transport nach Schweden zu schwindeln. Da war es Mitzi, die in der Arbeitsvermittlung die Kartothek fälschte, fünf Genossinnen, darunter auch Lisa, mit falschem Namen in einen Transport schob.

Unvergeßlich, als eine nicht beglichene Schuld, bleibt Lisa der letzte Abend im Lager. Es regnete in Strömen. Eine dunkle Nacht lag über den Baracken, in denen die Frauen an ihr Schicksal dachten. Wird die Befreiung oder eine Metzerei kommen? Wird das Leben beginnen oder ein Blutbad allen Hoffnungen ein Ende bereiten? Draußen auf der Lagerstraße standen die Französinen und warteten auf die Ankunft des Grafen Bernadotte. Unter ihnen auch die österreichischen Genossinnen und mit ihnen Lisa. Ganz ruhig und heiter, als ob es die natürlichste Sache wäre, im Lager zu bleiben, stand das kleine Ding, das Mitzerl, da, naß wie ein Pudel, und wartete, bis die durch sie in die Freiheit Geschickten das Lager verlassen würden. Eine einfache kleine Frau war zu einem Helden geworden.

Der in Buchenwald umgekommene junge österreichische Dichter Jura Soyfer wußte, was er sagen wollte, als er in einem Gedicht schrieb: »Sei Mensch, Kamerad, bleib Mensch, Kamerad ...«

# BÄRBEL SCHINDLER-SAEFKOW

## Siemens & Halske im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück

### *Vorbemerkung*

In der Diskussion über NS-Zwangsarbeit und deren Entschädigung gehört der Name Siemens zu den besonders häufig genannten. Gegen Siemens hatten ehemalige Häftlinge von Ravensbrück einen Prozeß mit dem Ziel einer Entschädigung angestrebt, der aber wegen Verjährung abgewiesen worden war. Als sich jetzt die öffentliche Diskussion verstärkte, ernsthafte Schritte zur Bildung einer deutschen Stiftung für einen Entschädigungsfonds in Angriff genommen wurden, gehörte die Firma Siemens zu den ersten, die ihre Bereitschaft zum Beitritt dort signalisierte und gleichzeitig selbst einen sogenannten humanitären Hilfsfonds schuf, durch den ein Teil der ehemaligen Häftlinge bereits Auszahlungen erhielt.

Die Aktivitäten von Siemens in Ravensbrück und die Erinnerungen ehemaliger Häftlinge daran sind hier deshalb von konkretem Interesse.<sup>1</sup> Die Produktionsanlagen ließ Siemens in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 auf dem Gelände des KZ Ravensbrück auf einem südlich der Lagermauer liegenden Areal einrichten, natürlich begrenzt durch den Schwedtsee, die Havel und ein ausgedehntes Forstgebiet, in dem das Jugend-KZ Uckermark lag. Dokumentiert ist der Beginn des Lageraufbaus und der Einarbeitung ausgesuchter Gefangener für Anfang Juni 1942. Seit dem 21. August 1942 wurden täglich 20 bis 30, im September und Oktober 70 bis 80 und seit Ende November 1942 bis März 1943 bereits 270 bis 290 gefangene Frauen zur Arbeit bei Siemens eingeteilt.<sup>2</sup>

Im November 1940 hatte Siemens bereits den Einsatz von jüdischen Zwangsarbeiterinnen aus Frankfurt/Main in Berliner Betrieben vorbereitet. Hunderte waren in Lagern, Gemeinschaftsunterkünften, die die Reichsvereinigung der Juden zu führen hatte, untergebracht. Seit Dezember 1940 waren wenigstens 3 500 jüdische Zwangsarbeiter in Berliner Siemens-Betrieben beschäftigt. Siemens war u.a. seit 1941 bei der Ausbeutung jüdischer Gefangener in Ghettos und Konzentrationslagern im Distrikt Krakau dabei, bediente sich bei der Ausbeutung der Kupferminen im jugoslawischen Bor seit 1942 der Zwangsarbeit ungarischer Juden, dehnte die Fertigung mit KZ-Außenkommandos in KZ-nahen Verlagebungsbetrieben im Jahr 1943 auf Buchenwald und Flossenbürg aus und trat bereits Anfang Juli 1943 mit dem Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS (WVHA) in Verhandlungen über die Errichtung eines Nebenlagers bei Auschwitz, die mit dem Grundstückskauf noch im November 1943 zum Abschluß kamen. Über

Bärbel Schindler-Saefkow –  
Jg. 1943, Dr. phil., Historikerin,  
Leiterin des Projekts  
»Gedenkbuch Ravensbrück«.

1 Vgl. Carola Sachse: Zwangsarbeit jüdischer und nichtjüdischer Frauen und Männer bei der Firma Siemens von 1940 bis 1945, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz, Heft 1/1991, S. 12-24; Karl-Heinz Roth: Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1945). Fakten, Kontroversen, Probleme, in: Hermann Kaienburg (Hg.): Konzentrationslager und die deutschen Wirtschaft 1939-1945 (Sozialwissenschaftliche Studien, H. 34), Opladen 1996, S. 149-168; Wilfried Feldenkirchen: Siemens 1918-1945, München 1995; Ulrike Brandes, Claus Füllberg-Stolberg, Sylvia Kempe: Arbeit im KZ Ravensbrück,



KZ-Kommandos verfügte Siemens seit 1943 am Werksstandort Berlin und für das letzte Kriegsjahr 1944/45 sind Produktionsstätten in den Konzentrationslagern Ravensbrück, Buchenwald und Groß-Rosen, in den Bereichen von Konzentrationslagern, deren Außenkommandos in Auschwitz, Buchenwald, Flossenbürg und Groß-Rosen geführt wurden, sowie KZ-Kommandos bei den Siemens-Werken in Berlin, Nürnberg, Neustadt/Coburg und Wien nachgewiesen, mit einer Belegstärke von mehr als 10 000 Gefangenen. An Verlagerungsbauten war Siemens im letzten Kriegsjahr mit Kontingenten von wenigstens 5 000 KZ-Häftlingen und aus Ungarn deportierten Juden beteiligt. Siemens beschäftigte gegen Ende des Jahres 1944 vermutlich mehr als 190 000 Deutsche, 45 000 ausländische Zwangsarbeiter, 4 600 Kriegsgefangene und 15 200 KZ-Häftlinge und deportierte Juden, deren Anteil an der Gesamtbelegschaft bei etwa sechs Prozent gelegen haben wird.<sup>3</sup>

Die Produktionsergebnisse der Fertigungsstelle Ravensbrück müssen für Siemens so zufriedenstellend gewesen sein, daß weitere Fertigungen nach Ravensbrück verlegt oder Ausweichbetriebe geschaffen wurden. Auf dem Siemens-Gelände in Ravensbrück entstanden immer mehr Werkhallen, auch im benachbarten Jugend-KZ Uckermark wurde in zwei Baracken für Siemens produziert. Die Zahl der Gefangenen in der täglich zusammengestellten Siemens-Kolonnie wurde von unter 300 zu Beginn des Jahres auf 450 seit April und mehr als 600 Ende Juli 1943 gesteigert. Neben der laufend erweiterten Produktion der Wernerwerke für Fernsprengeräte beschäftigten seit März 1943 auch die Wernerwerke für Radiotechnik und Bauelemente Ravensbrücker KZ-Arbeiterinnen. Nach Schätzung überlebender Frauen verdoppelte sich die Zahl der für Siemens täglich verfügbaren zwischen September und Anfang Dezember 1944 von 1 500 auf 3 000 Frauen und Mädchen.

Die »Fertigungsstelle Ravensbrück« beschreibt in dem nachstehenden Zeugenbericht die Wiener Tschechin Anna Vavak in einem wenig bekannten Bericht. Sie war im Arbeitsbüro von Siemens eingesetzt und hatte dort Einblick in wichtige Vorgänge. Dieser Bericht ist nicht genau datiert. Er wurde wahrscheinlich als zeugenschaftliche Aussage für einen der Ravensbrückprozesse Ende der vierziger Jahre angefertigt. Gleichlautend kam dieser in die Archive der Ravensbrückforschung bei der Mahn- und Gedenkstätte und auch zu Wanda Kiedrzyńska nach Warschau. Nach dem Tode der Zeugin übergab der Ehemann dieses Schriftstück auch dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien.

Anna Vavak war am 4. März 1913 geboren worden und gehörte zur kommunistischen Widerstandsgruppe der Wiener Tschechen. Mit 13 Frauen war sie in Wien gemeinsam verhaftet worden und ohne Gerichtsurteil dann über das Gefängnis Pankrac in Prag, ein Arbeitshaus in Leipzig und das Polizeipräsidium am Alexanderplatz in Berlin nach Ravensbrück gebracht worden. Die Frauen waren über 2 Wochen unterwegs und bildeten dann in Berlin eine Gruppe von 50 Frauen verschiedener Nationalitäten, die am 2. Oktober 1942 in Ravensbrück ankamen. Anna Vavak erhielt die Ravensbrücknummer 14 179. Nach den Erzählungen ihrer Ravensbrücker Kameradin Irma Trksak war sie von Beruf Verkäuferin,

in: Frauen in Konzentrationslagern. Bergen-Belsen. Ravensbrück, Bremen 1994, S. 55-69; Ursula Krause-Schmitt: Der Weg zum Siemenslager führte am Krematorium vorbei, in: Informationen. Studienkreis Deutscher Widerstand, Frankfurt/Main, 18. Jg., Nr. 37/38, Nov. 1993, S. 38-46; Sigrid Jacobeit: Arbeit bei Siemens in Ravensbrück, in: Dietrich Eichholz (Hrsg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte 1939-1945, Berlin 1999.

2 Bundesarchiv Berlin, NS 19, Nr. 968, Mitteilung über die Errichtung der Baracken für die Firma Siemens & Halske, die geplante Fertigung, und den vorgesehenen Ausbau für 2.500 Häftlinge »nach direkten Besprechungen mit dieser Firma«: Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt der SS (WVHA), Oswald Pohl, geheim, an Reichsführer SS (RFSS), Heinrich Himmler, vom 20.10.1942.

3 Karl-Heinz Roth: Zwangsarbeit im Siemens-Konzern, mit einer tabellarischen Übersicht, S. 157. Vgl. auch Ursula Krause-Schmitt: »Der Weg zum Siemenslager führte am Krematorium vorbei vorbei.«, S. 36f., dort nach Angaben der Kataloge des Internationalen Suchdienstes Arolsen bzw. Martin Weinmann (Hg.): Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt/Main 1990, und Feldenkirchen: Siemens 1918-1945, S. 198-214 und insbesondere die zugeordneten Anmerkungen 91-187.

hübsch und intelligent und außerordentlich liebenswürdig und charmant. Frauen vieler Nationalitäten betrachteten sie als ihre Landsmännin. Sie wurde sehr schnell als sogenannter 1. Anweisungshäftling im Siemensbüro eingesetzt. Nach dem Krieg heiratete sie Hans Marsalek, der aus Mauthausen zurückgekehrt war. Sie starb schwer krank in Wien am 18. November 1959.

### *Zeugenschaftlicher Bericht*

#### *Anna Vavak: Siemens & Halske AG im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück<sup>4</sup>*

4 Das Dokument befindet sich u.a. im Nachlaß Wanda Kiedrzyńska, in: Nationalbibliothek Polens, Warschau, Handschriftenabteilung, Sygn. akc 12013/1 und Archiv der Mahn- und Gedenkstätte RA I/6-7-139; vgl. auch: Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Eine Gesamtdarstellung, Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, IV 409 ART-Z 39/59, April 1972, S. 129ff.

In den Bereich der Lagerbetriebe fällt auch der Betrieb Siemens & Halske AG, der nach den Dachauer Betrieben der größte Betrieb im Lager war. Dieser Betrieb befand sich außerhalb des Lagers und wurde von Zivilpersonen geleitet.

Im Herbst 1942, als ich in das Lager kam, wurden die ersten Häftlinge für dieses Kommando ausgesucht. Da jeder Häftling zu irgend einer Arbeit eingesetzt wurde, war mein Bestreben, in diesen Betrieb zu kommen. Ich wollte unbedingt mit den Zivilisten in Kontakt treten, um ihnen das Lagerleben zu schildern, das auf mich einen entsetzlichen Eindruck gemacht hat. Die ersten Tage im Lager waren für mich so voll Schrecken und Verzweiflung und ich wollte alles den deutschen Arbeitern mitteilen und sie dazu bewegen, es weiter zu erzählen, um den Unwissenden zu zeigen, wie man in Deutschland lebt. Leider war ich ein Optimist und habe mir zu viel erhofft. Die baldige Zukunft belehrte mich eines Besseren.

Das Zivilpersonal, das hierher versetzt wurde, waren politisch unaufgeklärte Menschen oder Mitglieder der NSDAP – also viel Sympathie für Häftlinge war nicht zu erwarten. Jeder Zivilarbeiter, der in den Lagerbereich Zutritt hatte, wurde erst in der Kommandantur über das Verhalten den Häftlingen gegenüber aufgeklärt. Aus ihrem Benehmen konnten wir uns schon vorstellen, in welchem Sinne diese Aufklärung war. Später kam mir ein Formular von dieser Vorschrift in die Hände und ich ballte über den Inhalt die Fäuste. Gleichzeitig kam es mir lächerlich, furchtbar niedrig, typisch faschistisch vor. Mein Gefühl sagte mir; wie hoch stehen die politischen Häftlinge über diesem Gesindel.

Am 21. August 1942 hat der Betrieb WWFG (Wernerwerk für Fernsprengeräte) mit 20 Häftlingen zu arbeiten begonnen. In einer mit Draht eingezäunten Baracke wurden sie mit Justierarbeiten beschäftigt. Zum Großteil waren es Deutsche mit schwarzem Winkel (Asoziale). Es wurde eine Prüfung abgelegt. Diese bestand:

1. Feststellung der Sehschärfe, da die meisten Arbeiten ein gutes Augenlicht erforderten.
2. Eine Probe der Handgeschicklichkeit und des Formsinnes.

Für den Aufbau des Betriebes nahm man anfangs nur gute Arbeitskräfte. Wir hatten fast die beste Arbeitszeit von allen Betrieben – 48 Stunden – später 12 Stunden pro Tag eventuell Nacharbeit oder Sonntagsarbeit. Ich wurde als Schreibkraft aufgenommen.

Zu dieser Zeit hatte das Kommando Aufseherin Ehlert, die zu uns sehr nett war. Es war uns immer sehr wohl, wenn man das Lager tor hinter uns geschlossen hat. Diese Aufseherin wurde dann wegen zu guten Umgangs mit Häftlingen in ein anderes Lager versetzt.

Im nächsten Monat hatten wir schon 71 Häftlinge und bis Dezember 1942 war der Sollstand 508 Häftlinge, davon 51 Prozent Ausländer, getrennt in 25 Nationalitäten. Zuerst wollte man nur deutsche Arbeitskräfte einstellen, aber die Praxis zeigte, daß die Ausländer viel geschickter waren und die Verständigungsschwierigkeiten hat man durch Dolmetscher behoben.

Die Zivilarbeiter, die anfangs sehr schroff und abweisend waren, haben sich mit den Häftlingen etwas befreundet. Sie waren sehr neugierig und wollten von uns etwas hören, aber gleichzeitig feige und mißtrauisch und hatten Angst vor den Konsequenzen. In den wenigsten Fällen wollten sie das Erzählte glauben, hielten es für erlogen, denn laut Weisungen der Kommandantur hatten sie mit Verbrechern zu tun. Es gab aber doch Fälle, wo der persönliche Einfluß so weit reichte, daß der Zivilarbeiter dem Häftling Briefe nach Hause beförderte. Meistens vertrauten sie den Deutschen.

Zu dieser Zeit machte ich schon die Aufnahmeprüfungen und hatte Einfluß auf die Besetzung der Arbeitsplätze. Für politische Häftlinge erforderte es eine Überwindung, in einem Rüstungsbetrieb zu arbeiten. Es gab oft Fälle, ich erinnere mich z.B. an eine jugoslawische Rechtsanwältin, die mich während der Aufnahme leise fragte, ob sie nicht Toiletten reinigen könnte, um nicht für die Kriegsindustrie zu arbeiten.

Als erste Schreibkraft in jeder Halle wurde ein politisch aufgewecktes Mädels eingesetzt, das die Interessen der Häftlinge der Werkstatt vertreten sollte, was oft sehr schwierig war. Speziell in Halle 2, Herrn Lombacher, ein Nazi und Sadist, der mit Befriedigung die Aufseherinnen zur Bestrafung der Häftlinge aufrief. Am liebsten hätte er selbst geschlagen. Alle Beschwerden oder Wünsche konzentrierten sich bei uns im Betriebsbüro, wo ich alle unsere Schmerzen dem Chef vorbrachte. Da er auf die Zusammenarbeit der Häftlinge Wert legte, versuchte er immer das Verhältnis zwischen den Häftlingen und Zivilarbeitern zu regeln. In den meisten Fällen war er auf die Zusammenarbeit der Häftlinge angewiesen, denn diese waren intelligenter als die Zivilisten.

Unser brennender Wunsch war, jemanden zu finden, der uns Radio- und Zeitungsnachrichten übermittelte. Dies ist uns auch gelungen. Zwei oder drei Arbeiter meldeten uns täglich die Tagesneuigkeiten des Auslandssenders, so weit sie diese selbst kannten. Und wir hatten wieder einen moralischen Rückhalt. Vom Betriebsbüro aus wurden alle verlässlichen Stellen im Betrieb und im Lager in Kenntnis gesetzt.

Die Zahl der Aufseherinnen war immer größer. Es kamen viele zum Anlernen, oft hatten wir 30 bis 35. Es war mit ihnen ein schreckliches Martyrium, denn sie hatten arbeitsmäßig nichts zu sagen, wir arbeiteten selbständig. Diese Selbständigkeit rief bei ihnen Minderwertigkeitskomplexe hervor, und um zu zeigen, daß sie doch mehr sind als wir, quälten sie uns, wie es nur ging. Unterwegs durften wir nichts sprechen, es hieß ununterbrochen: »Hände runter, Schnabel halten, Maul halten, Idioten, freche Miststücke, Schmuckstücke usw.« Ewige Kontrollen, Meldungen, das waren ihre Arbeiten ... Es waren häufige Kontrollen im Betrieb und im Lager.

»Als ich im November 1942 zum ersten Mal die Baracke 2 des Siemens-Häftlingsbetriebes betrat, verschlug es mir den Atem. Im Lager Ravensbrück hatte ich erlebt, wie wir, etwa 18 Frauen, einen eisenbereiften Pferdewagen zogen und schoben, wie der Sinn unserer Arbeit nicht im Arbeitsergebnis, sondern im Quälen und Vernichten der Häftlinge bestand. Und nun so etwas, eine helle, gut eingerichtete und gut geheizte, blitzsaubere Fabrikhalle. Auch die Arbeitsplätze entsprachen dem damaligen Stand: verstellbare Arbeitsstühle mit Rücken- und Armstützen. Natürlich war der Komfort nicht den Häftlingen zuliebe geschaffen. Ohne diese Arbeitshilfen wären die Leistungen der Spulenwicklerinnen niedriger, die Ausschußquoten wesentlich höher gewesen. Bei zu niedriger Raumtemperatur waren die Drähte überhaupt nicht zu bearbeiten. Unabhängig von den Ursachen all dieses Komforts verzögerte er zunächst einmal unser Ende.«  
Rita Sprengel: Der rote Faden. Lebenserinnerungen. Ostpreußen, Weimarer Republik, Ravensbrück, DDR, Die Wende, hg. von Sigrid Jacobeit. Mit einem Nachwort von Wolfgang Jacobeit, Berlin 1994, S. 213.

»In Ravensbrück konnten sich die Siemensleute unter Tausenden von Häftlingen die geeigneten Arbeitskräfte herausuchen. Wo hatten sie jemals so eine Auswahl und ein solches Massenangebot gehabt?

Meister Lombacher lernte ich auf der Lagerstraße kennen, wo er unsere Eignung überprüfte. Wir hatten mit Zangen dünnen Draht zu biegen. In anderen Fällen ließen die Siemensleute ganze Blocks antreten und die Hände vorstrecken. Dann gingen sie die Reihen entlang, betrachteten die Häftlinge, sie mußten jung und beweglich sein, und überprüften ihre Hände: Sie durften nicht zittern, ihre Haut mußte trocken und die Finger möglichst schlank sein.«

Rita Sprengel:

Der rote Faden, S. 212 f.

»Es ist allerhand passiert, bei Siemens ... Wir gehen jetzt hier essen, in der hintersten Halle ... Zeiteinsparung! Die Herrschaften verkürzen uns alles, die Mittagspausen, den Schlaf, die Rationen, das Leben ... Neueste Neuigkeit: In Kürze ziehen wir um, vom Stamm-lager zu Siemens! Die Bretterbuden stehen schon ...«  
Neon Beuzemaker: Briefe aus den Siemenshallen an Yvonne Useldinger im Krankenbau, hier von Ende Oktober 1944, eventuell auch aus den Tagen vor dem 7.11.1944, zitiert nach Christa Wagner: Geboren am See der Tränen (dokumentarische Erzählung zur Geschichte der Frauen im KZ Ravensbrück), Berlin 1987, S. 315f.

Die Pläne der Firma waren sehr groß, man arbeitete mit Hochdruck am Aufstellen der Baracken. Das WWFG-Werk hatte 6 Baracken, das WWR (Radio) 5 Baracken und das WWM (Meßgeräte) 5 Werkstätten. Insgesamt waren wir schon 2 000 Häftlinge.

Die Verhältnisse im Lager wurde immer schlechter, alles war überfüllt. Als Anweisungshäftling mußte ich mich um Kleider, Schuhzeug usw. kümmern. Es war aber fast ausgeschlossen, die Leute anzuziehen. Die Verwaltung schickte alles an die Außenkommandos oder für Transporte und für uns blieb nur ganz wenig. Es blühte das Tauschgeschäft, das Organisieren: ein Paar Strümpfe, 3 Kanten Brot, 1 Kleid waschen, 1 Brot, 1 Marmelade und 1 Margarine. Es gab eine Aristokratie und ein Proletariat. Es war ein Jammer, die Häftlinge bei Regenwetter anzusehen. Das einzige Kleidungsstück durchnäßt, Pantinen – nur ein kleines Brett – an die Füße gebunden oder barfuß. So mußten wir in der früh 1 bis 2 Stunden Appell stehen und dann zur Arbeitsformierung antreten. Natürlich kamen wir zu Siemens ganz erfroren und die meisten sollten mit den steifen Fingern ein Pensum schaffen. Den Magen immer leer, den Kopf schläfrig ...

Die Leute wurden bockig und ließen in der Arbeit nach. Die Leistung wurde an den Anlernkarten kontrolliert und mit Dauer der Haft immer kleiner. Bei manchen war der Abstieg so markant, daß sie abgeschaltet werden mußten. Die Aufseherinnen wurden oft zum »Nachhelfen« geholt, es nützte aber nichts. Dies war die Zeit der meisten Sabotagen, manche waren sehr naiv durchgeführt und eine Strafe – Bunker oder Strafblock – war vorzusehen. Das schreckte alles nicht ab, wir waren alle schon ganz gleichgültig. Täglich hörte man von Erschießungen und Transporten in die Gaskammer. Auch wir haben einen sehr wertvollen Menschen, eine österreichische Kommunistin, Mara Günzburg, durch Todesurteil verloren.

Die politische Situation änderte sich und damit auch die Stimmung der Zivilarbeiter und Aufseherinnen. Es folgten für sie des öfteren Appelle, um sie zu erinnern, daß wir Staatsfeinde und Verbrecher sind. Sie wichen jeder politischen Unterhaltung aus, haßten uns mehr als früher. Dies beruhte auf Gegenseitigkeit. Sie mißtrauten uns und befreundeten sich mit den Aufseherinnen.

Die Mittagspause von einer Stunde war für uns zu kurz. Das Antreten und Zählen ... erforderte viel Zeit, noch dazu, wenn die Aufseherinnen nicht bis hundert zählen konnten. Kaum kamen wir in das Lager, auf den Block, schon ging die Sirene zum Antreten. Auf den entlegenen Blocks war noch kein Essen, denn es gab zu wenig Kessel im Lager, und die Leute mußten, ohne etwas zu sich zu nehmen, wieder zur Arbeit antreten. Unser Mittagessen war eine Steckrübensuppe, die hauptsächlich aus Wasser und 2 bis 3 Kartoffeln bestand. Als sich die Leute weigerten anzutreten, wurden sie ... mit Hunden aus den Blocks herausgehetzt und bis auf den Lagerplatz verfolgt. Es war ein ewiges Jagen, Hetzen, überall ein aufregendes Geschrei und Schimpfen auf das Siemenskommando. Das ganze Lagersystem war aufgebaut auf einem sinnlosen Jagen und Verfolgen menschlicher Massen, um die, die nicht widerstandsfähig sind, zu vernichten. Weg mit den Schwachen, Alten, der tägliche Import waren Tausende junge Körper.

Unser Kommando bestand zum Großteil aus jungen bewußten Leuten, die sich gegen alle unsinnigen Vorschriften wehrten. Durch Murmeln und Rebellieren gaben sie es zum Ausdruck. Strafe stehen nach der Arbeit sollte uns zur Disziplin erziehen. Dies ist ihnen aber nicht gelungen. Zu bedauern waren nur die Kranken und Alten, die bei dem stundenlangen Stehen in Ohnmacht fielen. Andererseits sah man Gruppen von jungen Leuten, die sich unterhielten und aus Opposition Lieder sangen.

Jeden Tag abends war Revierstunde für die Betriebe. Als Revier wurde das Hospital bezeichnet. Der Anweisungshäftling mußte seine Patienten vorführen. Die häufigsten Krankheiten bei den Siemenshäftlingen waren: Furunkulose. Durch Avitaminose bildeten sich große Furunkel auf den verschiedensten Körperteilen, Krätze – ebenfalls Erscheinung der Unterernährung –, Augenleiden von der anstrengenden Arbeit, Tuberkulose, Herzleiden und allgemeine Körperschwäche. Der Bauch- und Flecktyphus sowie Ruhrepidemien erforderten aus unserem Betrieb sehr viele Opfer. Ein großer Prozentsatz der jungen Mädels – speziell Französinen und Russinnen – starben an Tuberkulose.

Alle wurden mit Aspirin behandelt. Nicht nach dem Krankheitsfall, sondern nach Laune der SS-Schwester wurden die Häftlinge in das Revier oder den Bettkartenblock aufgenommen. Die arbeitenden Häftlinge durften nicht erkranken. Hatte jemand lange die Arbeit versäumt, wurde er dem Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt, d.h. er wurde auf einen Fabriktransport geschickt unter noch schlimmeren Verhältnissen ...

Durch die Evakuierung der Lager im Osten kamen immer mehr und mehr Zugänge in das Lager und es reichte in keiner Weise für solche Massen. Die Lagerleitung hatte Interesse, das Siemenskommando loszuwerden. Am 3. Dezember 1944 übersiedelten wir in ein kleines Lager westlich des Betriebes am Siemensgelände. Der damalige Stand war 2100 Personen. Dort begann für uns eine ruhigere Zeit. Die Appelle dauerten nur einige Minuten. Die Disziplin wurde gelockert, die Ernährung mit der Lagerküche unvergleichbar. In der Küche war eine Gruppe ehrlicher Tschechinnen, die zeigen wollten, wie das Essen aussehen konnte, wenn nicht gestohlen wird. Wir waren in jeder Hinsicht zufrieden.

Das Kommando übernahm SS-Hauptscharführer Grabow, ein junger, naiver, eitler Mensch, der unter gutem Einfluß für uns viel Gutes machen konnte. Leider hat ihn Aufseherin Holthöwer unterstützt, die die alten Lagermethoden einführen wollte. Sein Steckenpferd war: aus einem Sumpf hinter dem Lager Erde in Kisten auf eine Fläche in unser Lager zu tragen. Damit beschäftigte er uns in der Freizeit.

Wir machten größtenteils, was wir wollten und er bekam von der Lagerleitung des KZ oft den Kopf gewaschen. Aufseherin Holthöwer, die im Betrieb das Kommando hatte, führte indirekt auch das Lager. Sie war eine sehr raffinierte Gestapofrau und wollte sich mit keiner der zwei Seiten verfeinden. Wir durchschauten jedoch bald ihre Doppelrolle. Vor den politischen Häftlingen zeigte sie so etwas wie Respekt, aber in gleicher Minute ließ sie ihre Macht fühlen. Bis zum letzten Augenblick sagte sie immer: »Ich

»Die Leitung des Arbeitseinsatzes des Frauen-KZ Ravensbrück erhielt laufend vom Büro des Siemens-Betriebes Schreiben, in denen Häftlinge namentlich aufgeführt wurden, die nicht zur Arbeit erschienen waren. Die Betroffenen wurden in den Arbeitseinsatz bestellt und vom SS- Oberscharführer Pflaum und SS-Scharführer Heckendorf vernommen, d. h. geschlagen, links und rechts, auf den Kopf, an die Wand gestoßen usw. Des weiteren kamen häufig Schreiben von Siemens über Häftlinge mit ganz ausführlichen Charakteristiken: faul, schläft dauernd ein, ungeschickt, gibt sich keine Mühe, frech, schmutzig usw. Diese Häftlinge bekamen dann eine Meldung und mußten zum Strafrapport zur Lagerleitung, die dann eine harte Strafe verhängte: Kostentzug, Strafestehen, Arrest, Strafblock usw.

Es war besonders der Siemensbetrieb, der jedem einzelnen Häftling genau nachspürte. Dieses genaue System – mit dem man über die Häftlinge wie über eine Ware verfügte – hat zu schweren Strafen und Mißhandlungen der Häftlinge geführt. War der Häftling dann oft längere Zeit krank, so schrieb man ihn bei Siemens überhaupt als arbeitsunfähig ab. Die Lagerleitung aber sah diese Meldung als Nichtarbeitenwollen und Faulheit des Häftlings an und wieder erwarteten ihn harte Strafen und ein besonders schweres Arbeitskommando. Die Unterschriften waren vom Betriebsleiter Grade, der die gesamte Leitung des Siemensbetriebes unter sich hatte und für das Geschehene verantwortlich ist. Meine Kenntnis all dieser

Dinge rührt von meiner Beschäftigung als Häftling im Arbeitseinsatz Ravensbrück her, dort war ich als Stenotypistin tätig. Wir im Arbeitseinsatz tätigen Häftlinge, soweit es uns die Kontrolle der SS-Leitung ermöglichte, haben diese Meldungen nicht durchgeführt. Archiv der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Bestand Erika Buchmann, Bericht 913.

»Um die Häftlinge wirksam antreiben zu können, wurde für jeden Häftling eine fiktive Lohnabrechnung durchgeführt, d.h. die von ihm bearbeiteten Posten wurden ihm zu normalem Akkordlohn »gutgeschrieben«. Die Büro-Häftlinge hatten die Aufgabe, diese Abrechnungen durchzuführen und für jeden Häftling auf einer Karteikarte (Rückseite) auf Millimeterpapier graphisch die Durchschnittsverdienste der Woche einzutragen. Damit war auf den ersten Blick erkenntlich, ob die Häftlinge die normale Leistungssteigerung ... Woche für Woche brachten.« Ebenda, Bericht 565.

bleibe bei meinen Häftlingen«. Im kritischen Moment haben wir sie aber nicht gesehen. Sie hat die Lagerleitung in jeder Weise im Vorgehen gegen die Häftlinge unterstützt und wußte von allen Aktionen, die im Lager gemacht wurden. Sie war auch Mitarbeiterin des Herrn Ramdohr und des Kommandanten in den Strafhandlungen gegen die Häftlinge. Ich hoffe, daß sie den richtigen Dank dafür auch ernten wird.

In diesem Lager hatten wir ein bißchen mehr Freizeit und konnten uns auf kulturellem Gebiet betätigen. Nationenweise und international fanden Gesangs- oder Tanzvorführungen, Rezitationen usw. statt. Wir hatten internationale Größen der Künstlerwelt.

Durch zahnärztliche Behandlungen im Revier waren wir täglich mit dem alten Lager in Verbindung. Wir hatten auch ein eigenes Revier und eine Stube für Bettlägerige. Als Ärztin war Mila Janu vorgesehen, die aber zum größten Bedauern von uns allen nach einigen Tagen bei uns an Typhus starb. Als Ersatz wurde uns Dr. Kurt zugewiesen. Diese Frau, ohne Gefühl und Herz, hat viel Böses unseren Kranken angetan. Sie war gleichgültig und faul. Eine SS-Ärztin könnte nicht gröber und herzloser sein als sie. Nach der Befreiung durch die Rote Armee wurde sie vom Kommandanten der Stadt Fürstenberg mit einem Strafkommando weggeschickt. Medikamente bekamen wir fast keine, nur was wir uns links organisierten.

Als Block- und Stubenälteste schickte uns das KZ Frauen, die ihnen unbequem waren, weil sie Spitzel des Kommandanten waren. Die Namen Villevers und Skene wurden in der kurzen Geschichte des Siemenslagers schwarz eingeschrieben. Diese Frauen mißhandelten, quälten ihre Mithäftlinge. Durch Intrigen und Spitzelei machten sie ihnen das Leben zur Hölle.

Die Zeit rückte näher, wo die Frage des Evakuierens akut wurde. Wir warteten täglich, daß man uns – wie schon einen Großteil des Lagers – in ein westlich gelegenes Lager transportieren wird. Unser Chef versprach uns, soweit er Einfluß haben wird, werden wir als letzte das Lager verlassen.

Es kam nun der kritische Moment, wo die Zukunft schon klar ersichtlich war. Es stand die Frage, wie werden sich die Zivilarbeiter bei Siemens benehmen und wie werden sie auf dies alles reagieren? Wir hatten mit ihnen viele Diskussionen über das Kriegsende, über die Frage des Evakuierens, über Flüchten usw.

Die meisten, mit denen wir sprachen, zeigten sich als Gegner dieses Regimes. Ich war neugierig, auf welche Art sie dieses Problem lösen werden. Wie ich schon anfangs erwähnte, war ich enttäuscht. Sie handelten nicht als Gegner dieses Terrorregimes, sondern für sie war der wichtige Punkt, daß sie Deutsche sind und evakuierten unter Schutz der SS und Deckung durch die Häftlinge. Unsere Schulung ist mißlungen.

Den Überfluß an Häftlingen löste das faschistische Regime, indem die KZ-Lager eine bestimmte Anzahl Menschen durch den Kamin gehen ließen. Als diese Periode bei uns eintrat, war es ganz schrecklich. Anfangs nahm man Frauen aus den Krankenblocks. Wir sahen oft die Autos, wie man sie wegführte. Zum Großteil machte man es nachts. Als diese Todesangst über unser Lager fiel, gingen wir wie lebende Fragezeichen herum. »Wer wird jetzt drankommen?« war in

den Augen aller zu lesen. Jeder, der nur halbwegs konnte, wich dem Revier aus. Die Revierstunden waren fast ohne Patienten.

Später ... ließen einzelne Blocks antreten, suchten einmal grauhaarige, ein anderes Mal Frauen mit Krampfadern, Senkfüßen usw. aus und schickten sie in das Jugendlager. In diesem Lager waren früher tatsächlich deutsche jugendliche Mädels und nun war es für Frauen bestimmt, die dort unter Hunger, Kälte und langem Stehen ihr Leben rascher beenden sollten. Da die tägliche Zahl der Toten das vorgeschriebene Quantum nicht erreichte, gab man ihnen erst Pillen, später Injektionen und halb betäubt führte man sie in das Krematorium. Der Kamin des Krematoriums rauchte Tag und Nacht wie ein warnendes, um Hilfe rufendes Feuer.

Der Weg vom Krematorium zum Jugendlager führte an dem Siemenslager vorbei. Oft stand ich spät abends und zählte die Autos, die mit Menschen beladen, eines nach dem anderen, immer denselben Weg einschlugen. Tag und Nacht allein oder mit anderen Kameradinnen stellte man die Frage, was können wir dagegen tun? Durch die vielen apolitischen Elemente waren wir zersplittert, uneinig und auch sonst zu schwach. Wir erzählten es den Aufseherinnen, denen man diese Tatsachen verheimlichte und den Zivilarbeitern, denen die Haare vor Angst zu Berge stiegen.

Bei Siemens ging diese Aktion noch ganz gut vorbei. Es war unter uns die Parole, keine alten Frauen abschalten und keine Patienten in das Lagerrevier zu schicken. Da sie unten genug Material hatten und wir ein kriegswichtiger Betrieb waren, haben sie uns vorläufig verschont. Eines Tages um 23 Uhr, kam der Befehl, mit sämtlichen Sachen anzutreten. Wir dachten, jetzt ist der Moment des Evakuierens gekommen. Man führte uns aber in das KZ Lager zurück, denn unser Lager wurde von Männern aus Dora besetzt, die schon in Fürstenberg waren. Wir kamen wieder hinter Mauern und hinter Draht und lebten wieder im Schmutz und in Massen bis zum 28. April 1945, dem Tag unserer Evakuierung.

Das Siemenskommando rückte fast geschlossen aus dem Lager. Die SS-Männer jagten uns mit Gewehr und Hunden die Straße nach Malchow entlang. Ein Großteil mußte, daß wir sie bis Malchow nicht begleiten werden. Den nächsten Tag, physisch ganz erschöpft, am Rastplatz verschwand ich noch mit einer anderen Frau in einer Scheune, wo wir – im Stroh eingegraben – einschliefen. Es weckte uns ein starkes Bombardieren und ich dachte, daß meine Freiheit keine lange Dauer haben wird. Wir versteckten uns in den Wäldern und warteten auf die Rote Armee. Am nächsten Tag und in der Nacht waren noch schwere Artilleriebeschüsse und Luftkämpfe. Die Stadt Mirow wehrte sich sehr lange. Endlich kam der 1. Mai 1945. Ich mußte: dieser erste Mai bringt mir die ersehnte Freiheit. Das Panzerfeuer wurde stumm und man hörte das Rollen der Panzer der Stadt zu. Wir waren frei, wirklich frei! Wie herrlich!

Der Weg führte uns wieder zurück, durch einige Städtchen, bis wir nach Fürstenberg kamen. Welche Veränderung fand ich jedoch in Ravensbrück: Die SS-Häuser bewohnt von Häftlingen und das Lager bewacht von Rotarmisten.

So begann und endete der Betrieb Siemens & Halske im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück.

Margarete Buber-Neumann:  
 »Am Ende jeder Woche wurde der Lohn zusammenaddiert und die Arbeitsstunden aufgeschrieben, so daß man ersehen konnte, was jede Arbeiterin in soundsoviel Stunden verdiente, den sie nie erheilet, sondern der von der Firma Siemens pro Sklave an das Konzentrationslager abgeführt wurde. Durch dieses System war es sofort festzustellen, wenn ein Häftling sein Pensum, das ungefähr 40 Pfennig pro Stunde ausmachte, nicht erreichte ... Meine Beschäftigung bei Siemens bestand vor allem im Briefwechsel des Herrn Grade mit der Konzentrationslagerleitung. An diesem zivilen Ingenieur war ein SS-Mann verloren gegangen. Er scheute nicht davor zurück, »arbeitsunwillige« Häftlinge bei der Aufseherin anzuzeigen und eine Meldung zu verlangen. Wenn er einen Häftling unbrauchbar fand, sparte er nicht mit abfälliger Charakterisierung. In seinen Schreiben an die KZ-Behörde. Für ihn schien festzustehen, daß Häftlinge keine Menschenrechte zu beanspruchen haben. Wie ich erfuhr, waren die Haupttriebkkräfte zu seinem Eifer der Wunsch, Karriere zu machen, und die Angst vor der Front. Solange er sich der Firma Siemens als unentbehrlich erwies, wurde er reklamiert.«  
 Margarete Buber-Neumann:  
 Als Gefangene bei Stalin und Hitler, Frank/Main Berlin 1993, S. 303f.

## CHRISTA KÖHLER

# Zwangsarbeit in Berlin-Treptow

Dr. Christa Köhler ist maßgeblich an einem Projekt über Zwangsarbeiter in Berlin-Treptow beteiligt. Unterstützt wird diese Arbeit von der ANTIFA-TREPTOW e.V.

55 Jahre nach dem Urteil des Internationalen Militärtribunals im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß über den zwangsweisen Einsatz von 14 bis 15 Millionen ausländischen Arbeitskräften in der deutschen Kriegswirtschaft und der Verurteilung der Zwangsarbeit als Verbrechen gegen die Menschlichkeit warten Betroffene, vor allem aus den osteuropäischen Ländern und der Sowjetunion, noch immer auf finanzielle Entschädigung und die Anerkennung ihrer berechtigten Ansprüche.

Eile tut not, wird doch die Zahl der heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter, die unterdessen 75 bis 80 Jahre und manche auch älter sind, nur noch auf etwa eine Million geschätzt. Aus persönlichen und brieflichen Kontakten wissen wir um ihre Hoffnungen auf finanzielle Entschädigung für die geleistete Arbeit, auf Anerkennung der für sie »verlorenen Jahre« auf ihre Rente und der gesundheitlichen Schäden als Folge der Sklavenarbeit und menschenunwürdiger Lebensumstände. Besonders betroffen sind Bürger aus den Ländern Osteuropas, darunter jene, die mit dem Zeichen »Ostarbeiter« das ganze Ausmaß nazistischen Unrechts erfahren haben.

ANTIFA-TREPTOW e.V. und unsere seit 1990 begonnenen lokalhistorischen Recherchen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeitern, die in Rüstungsbetrieben und Konzernniederlassungen in unserem Stadtbezirk arbeiteten und in Lagern lebten, bestätigen uns in dem Anliegen, alle Mittel und Möglichkeiten zu nutzen, um uns für eine schnelle und unbürokratische Entschädigung einzusetzen.

Im Ergebnis unserer Arbeit im Zusammenwirken mit Historikern, dem Heimatmuseum Treptow, der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. und anderen interessierten Gruppen verfügen wir über eine Fülle von Zeitdokumenten auf der Grundlage erschlossenen Materials aus Betriebsarchiven ehemaliger Treptower Rüstungsbetriebe sowie Korrespondenzen mit ehemaligen Zwangsarbeitern.

Unsere bisher vorliegende Dokumentation enthält ca. 800 erschlossene Archivalien der Betriebe Schering AG, Krone & Co, Ehrich & Graetz aus den Jahren 1933 bis 1945, die in fünf Katalogen zusammengestellt wurden. Das Quellenmaterial wurde aufbereitet und nach einem bestimmten Algorithmus im PC erfaßt, so daß es in benutzerfreundlicher Form für Historiker, an der Heimatgeschichte Interessierte und nicht zuletzt für die Betroffenen zur Verfügung steht. Neben dieser Dokumentation entstand eine im Umfang begrenzte, aussagefähige Werkstattausstellung, die sich in



der Begegnungsstätte »pro« befindet und das Leben der Zwangsarbeiter anschaulich zeigt, von den Methoden der Anwerbung, Einweisung in Lager, Einstellung im Betrieb bis zur Entlohnung, Ernährung, gesundheitlichen Betreuung. Anhand von Briefen erfährt der Besucher, wie sich das Leben der Zwangsarbeiter abspielte.

Wir stehen in Verbindung mit anderen Forschungsgruppen und Organisationen ehemaliger Zwangsarbeiter im Ausland. Wir erhalten Briefe von Betroffenen mit Bitten um Hilfe bei der Beschaffung von Nachweisen ihrer Arbeit, von Angehörigen, die Informationen über Vermißte, Verstorbene oder Ermordete suchen.

Es bestehen ein dringendes Bedürfnis und die Notwendigkeit, die gesammelten Informationen und Dokumente zusammenzuführen und zugänglich zu machen. Deshalb wird von uns das Projekt »Schaffung einer zentralen Information und Dokumentation als Stätte internationaler Begegnungen, Forschung und Erinnerung«, das auf der Kenntnis real vorhandener Möglichkeiten basiert, vorgeschlagen und natürlich unterstützt.

Unter den in unserem Stadtbezirk ermittelten mehr als 80 Lagern befindet sich ein Barackenkomplex in Berlin-Niederschöneweide, der noch fast vollständig in seiner Struktur und Anlage erhalten ist. Auf der Grundlage bauhistorischer Recherchen und fachlicher Gutachten der Planergemeinschaft wurde mit Hilfe unserer Initiative und durch intensive Öffentlichkeitsarbeit dieser Komplex als einmalig existierend unter Denkmalschutz gestellt. Inzwischen wurde dieser Ort, an dem in Zusammenarbeit von ANTIFA-TREPTOW e.V. mit einer sehr aktiven Gruppe der Berliner Geschichtswerkstatt eine Open-Air-Ausstellung zu diesem Thema gestaltet wurde, zu einer Stätte, die von Delegationen ehemaliger Zwangsarbeiter und Gästen unserer Stadt besucht und als improvisierte Erinnerungsstätte genutzt wird.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, diese Möglichkeit zu nutzen, um hier eine zentrale Informations- und Dokumentationsstätte über das Leiden und Leben von Zwangsarbeitern zu schaffen. Unsere umfangreichen Bemühungen auf kommunaler Ebene stoßen auf viel Verständnis, jedoch überfordern die Realisierungsanforderungen die kommunale Kompetenz, die finanziellen Mittel und die personelle Ausstattung. Deshalb haben wir uns an den Beauftragten des Bundeskanzlers, Herrn Otto Graf Lambsdorff, gewandt und nachdrücklich gebeten, sich für die Verwirklichung des Projektes einzusetzen.

Wir sind bestrebt, die begonnene Dokumentation über das Ausmaß und die Formen der Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Treptower Rüstungsbetrieben weiterzuführen, um das bestehende Forschungsdefizit abzubauen, zumal betriebliche Quellen nicht auf Dauer zugänglich sein könnten und Zeitzeugen bald nicht mehr vorhanden sein werden. Im Rahmen der zu erwartenden Entschädigungszahlungen könnte Betroffenen eventuell praktische Hilfe bei der Nachweiserbringung gegeben werden.

Um die Arbeit zum Thema »Zwangsarbeit« effektiver zu gestalten, sollten die einzelnen, bisher unabhängig voneinander bestehenden Projekte, Aktivitäten und Initiativen stärker gebündelt und koordiniert werden.

Die vorliegenden Kataloge geben Auskunft sowohl über die bei ANTIFA-TREPTOW e.V. aufbewahrten Quellen zum Leben von Zwangsarbeitern während des Zweiten Weltkrieges in Treptower Betrieben als auch über Archivalien, die vornehmlich zum Bestand des Landesarchivs Berlin, Breite Straße, gehören und dort eingesehen werden können.

Die Aktensammlung besteht aus Angaben zu Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Polen, der Tschechoslowakei, Italien, der Sowjetunion und zu Menschen, die wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt wurden.

Die Archivalien setzen sich zusammen aus Anwerberdokumenten, Lagerverzeichnissen, Unfallversicherungen, Verpflegungshinweisen, Urlaubsscheinen, Bestrafungsvermerken, Personaldokumenten, Briefen der Personalabteilungen der Betriebe an DAF und Gestapo, Gesetzblättern, Erlassen, anderen Materialien sowie Briefen ehemaliger Zwangsarbeiter.

## JÖRN SCHÜTRUMPF

# Regionalhistorische Schriften über Opfer des Faschismus

Jörn Schütrumpf – Jg. 1956,  
Historiker, Mitarbeiter bei  
»UTOPIE kreativ«

1 Ulrich Herbert: Fremd-  
arbeiter. Politik und Praxis  
des »Ausländer-Einsatzes«  
in der Kriegswirtschaft des  
Dritten Reiches, Bonn/Berlin  
1985.

2 U.a. Klaus Drobisch: Die  
Ausbeutung ausländischer  
Arbeitskräfte im Flick-Kon-  
zern während des zweiten  
Weltkriegs, Phil. Diss.  
Berlin 1964.

3 Eva Seeber: Zwangs-  
arbeiter in der faschisti-  
schen Kriegswirtschaft. Die  
Deportation und Ausbeutung  
polnischer Bürger unter  
besonderer Berücksichti-  
gung der Lage der Arbeiter  
aus dem sogenannten  
Generalgouvernement  
(1939-1945), Berlin 1964.

4 Deutsche Volkszeitung,  
3. Juli 1945.

5 Der Opfer des Jugend-  
KZ' »Uckermark«, aber  
auch anderer Gruppen,  
wurde überhaupt nie  
gedacht.

Zwangsarbeit im NS-Regime zählte bis Mitte der achtziger Jahre in der alten Bundesrepublik zu den verdrängten Themen. Erst die Arbeit »Fremdarbeiter« von Ulrich Herbert 1985<sup>1</sup> brachte diese Form der NS-Verbrechen in die Debatte. In der DDR konnte man zu dieser Zeit den Eindruck gewinnen, daß das Thema ausgespart bleibe. Das stimmte jedoch keineswegs. Nur lagen die Arbeiten von Klaus Drobisch,<sup>2</sup> Eva Seeber<sup>3</sup> und anderen schon Jahre, zum Teil Jahrzehnte zurück. Und: In der Geschichtsvermittlung, vor allem in den Schulen, verschwanden die Zwangsarbeiter hinter dem antifaschistischen Widerstand, insonderheit hinter dem kommunistischen.

Das war nicht der einzige Fall, wo geschichtswissenschaftliche Resultate nur ungenügend den Weg in das historische Gedächtnis der Gesellschaft fanden. Nur, wer von den konkreten Verhältnissen in der DDR abstrahiert, kann den Historikern vorwerfen, sie hätten sich nicht für die Verbreitung ihrer Erkenntnisse eingesetzt. Darüber, was die Geschichtspropaganda transportierte, entschieden letztlich die Politiker. Und die ordneten ihre Entscheidung politischen Kriterien unter. Die Grundeinstellung, mit der führende Politiker an dieses Problem herangingen, wurde schon sehr früh deutlich: »Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen, und alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. Opfer des Faschismus sind die Männer, die Soldat werden mußten und in den Bataillonen Hitlers eingesetzt wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben geben mußten. Opfer des Faschismus sind Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und die »Arbeitsvertragsünder«. Aber soweit können wir den Begriff »Opfer des Faschismus« nicht ziehen. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft.«<sup>4</sup>

Natürlich stieß diese im KPD-Zentralorgan »Deutsche Volkszeitung« vom 3. Juli 1945 publizierte Argumentation auf den Widerstand nicht zuletzt der rassisch Verfolgten und mußte deshalb abgemildert werden – durch eine Erweiterung der Opfergruppe bei gleichzeitiger Hierarchisierung der Verfolgten des NS-Regimes in »Kämpfer« und »Opfer«. Diese Einteilung bestand bis zum Ende der DDR. Im offiziellen Gedenken an die Opfer des Faschismus kamen die Zwangsarbeiter nur selten vor.<sup>5</sup>

Auch an den Orten ihre Martyrien wurde ihrer nur selten gedacht. Ein regelrechter Mantel des Schweigens wurde über die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion

und, mehr noch, über die Rotarmisten gelegt, die in Gefangenschaft gefallen und dort oft »durch Arbeit vernichtet« worden waren. Sie galten in der Sowjetunion als Verräter, auch noch nach dem Krieg.<sup>6</sup> In Sachsen-Anhalt zum Beispiel, wo ein dichtes Netz mit Lagern existierte, fand sich zu DDR-Zeiten lediglich ein Gedenkstein für einen in Gefangenschaft ermordeten Rotarmisten.<sup>7</sup>

In vielen ostdeutschen Städten stehen Denkmale für gefallene Rotarmisten, auch dort, wo nie ein Rotarmist kämpfte – zum Beispiel in Gera, Greiz, Erfurt. In Eisenhüttenstadt steht ein 17 Meter hohes Monument. Darunter sind die sterblichen Überreste von etwa 1 800 sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Stalag III B bestattet, die bei der Zwangsarbeit für die Degussa Fürstenberg zu Tode geschunden worden waren. Von ihrem Friedhof, den die Rote Armee über ihren Massengräbern 1946/47 hatte errichten lassen, mußten die Toten 1951 weichen, weil seit 1950 auf diesem Gelände das Eisenhüttenkombinat Ost errichtet wurde. Auf Anweisung der Sowjetischen Kontrollkommission Brandenburg trägt das Monument die Inschrift »Wetschnaja slawa gerojam, pawschim w borbe sa swobodu i nesawisimost naschey rodinu« (»Ewiger Ruhm den Helden, die im Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat gefallen sind«).<sup>8</sup>

Nach dem Anschluß der DDR verlagerte sich die öffentliche Debatte über den NS-Faschismus in der Bundesrepublik kurzzeitig hin zu quasi sensationellen Enthüllungen über »Rote Kapos« im KZ Buchenwald etc., um auf Druck aus dem Ausland wieder zu den Zwangsarbeitern und zu ihrer seit Jahrzehnten überfälligen Entschädigung durch jene deutsche Firmen zu gelangen, die nicht nur die deutsche Kriegsmaschinerie am Laufen gehalten, sondern durch die Ausbeutung von Zwangsarbeitern enorme Zusatzprofite eingestrichen hatten. Hinter beiden Debatten weitgehend verdeckt geblieben ist, daß seit der Wende verschiedene regionalhistorische und heimatgeschichtliche Schriften über Opfer des Faschismus entstanden sind. Im folgenden seien nur einige Beispiele benannt.

Die Perestrojka machte es auch in der Sowjetunion möglich, die bis dahin weithin beschwiegene Zwangsarbeiter-Problematik öffentlich zu diskutieren. Die Archivarin des VEB Chemiewerkes Coswig (Anhalt), Rosemarie Kanopka, fand 1987 auf eigene Initiative in Wladimir Lipski und Bogdan Tschaly aus der Sowjetunion Partner für ein außergewöhnliches Projekt: Sie stellte Listen mit den Namen sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem Vorgängerbetrieb Westfälisch-Anhaltinische-Sprengstoff-Aktiengesellschaft (WASAG) zusammen, die die Kollegen in der Sowjetunion veröffentlichten. 14 Überlebende meldeten sich, 1989 erschien das Buch mit Interviews und Fotos in Minsk. Die deutsche Ausgabe im Militärverlag fiel der Wende zum Opfer. Doch die betreuende Lektorin gründete einen eigenen Verlag, in dem das Buch dann 1995 doch noch erscheinen konnte.<sup>9</sup>

Ein ähnliches Projekt realisierte 1996 die Berliner Historikerin Martina Dietrich – unter anderem mit ungarischen Jüdinnen, die 1944 zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz in Genshagen bei Berlin verschleppt worden waren. Unter den Zwangsarbeitern in diesem Lager befanden sich aber auch SS-Leute, die wegen krimineller

6 Ein Befehl Stalins vom 11. Mai 1945 lautete: »Die Kriegsräte haben in den rückwärtigen Gebieten zur Unterbringung und zum Unterhalt ehemaliger Kriegsgefangener und zu repatriierender sowjetischer Bürger Lager für je 10.000 Personen einzurichten ... Die Kontrolle in den zu errichtenden Lagern für ehemalige sowjetische Kriegsgefangene und befreite Bürger ist zu übertragen: für ehemalige Armeeangehörige – den Organen des Abwehrdienstes ›Smersch‹ (Tod den Spionen); für Zivilpersonen – den Überprüfungskommissionen des NKWD, des NKGB und der ›Smersch‹ unter dem Vorsitz des Vertreters des NKWD.«  
Zitiert nach Dmitri Wolkogonow: Triumph und Tragödie. Politisches Porträt des J.W. Stalin, Band 2/1, Berlin 1990, S. 351. Zehntausende Überlebende verschwanden anschließend bis zu Stalins Tod in sowjetischen Lagern.

7 Denkmale in Sachsen-Anhalt. Ihre Erhaltung und Pflege in den Bezirken Halle und Magdeburg, Weimar 1986, S. 88.

8 Jörn Schütrumpf: »Wo einst nur Sand und Kiefern waren ...«  
»Vergangenheitsbewältigung« im Eisenhüttenkombinat Ost, in: Rosemarie Beier: Aufbau West Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Berlin 1997, S. 141f.

9 Wladimir Lipski, Bogdan Tschaly: Mädchen, wo seid ihr?. Vierzehn ehemalige Zwangsarbeiter erinnern sich, Irmtraud Carl Verlag Zeuthen 1995.

10 Martina Dietrich: Zwangsarbeit in Genshagen. Dokumentierte Erinnerungen Betroffener, Potsdam 1996.

11 Lothar Czošek: Vernichtung. Auftrag und Vollendung. Dokumentation über die Geschichte des Außenkommandos »Wille« des KZ Buchenwald in Gleina, Tröglitz und Rehmsdorf, o.O. 1997.

12 Martin Pabst: Das Arbeitserziehungslager Spergau bei Merseburg, Hg. Geschichtsstammtisch Leuna, Merseburg 1996; ders.: »Auch vor außergewöhnlichen Maßnahmen ist nicht zurückzuschrecken.« Die Fremdarbeiter im Kreise Merseburg während des II. Weltkrieges, Halle/S. 1997; ders.: Der Tod ist ein täglicher Gast. Holländische Geiseln und Widerstandskämpfer 1944/1945 in den Arbeitserziehungslagern Zöschen, Schafstädt und Ammendorf/Osendorf, Verlag Doris Mandel Halle/Saale 1998.

13 Reimund Gaebelein: Mantel des Schweigens. Warum mußte Homme Hoekstra sterben?, Selbstverlag Bremen 1999.

14 Sabine Gerhardus: Der Wettlauf mit der Zeit. Ein Bericht über die Situation von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen in Osteuropa, in: »Es ist schwer, Worte zu finden«. Lebenswege ehemaliger Zwangsarbeiterinnen, o.O. 1999, S. 68.

15 Jutta Seidel: Das große Dilemma. Leipziger Antifaschisten in der SS-Sturmbrigade »Dirlewanger«, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Leipzig 1999, S. 6.

Vergehen bestraft worden waren. Das Interview mit einem dieser ehemaligen SS-Männer zählt zu den beklemmenden Resultaten solcher Forschungen. Unterstützung fand die Autorin bei der Landeszentrale für Politische Bildung Brandenburg und dem Vorstand der Daimler-Benz AG.<sup>10</sup>

So viel Glück hatte Lothar Czošek aus Rehmsdorf bei Zeit nicht, auch wenn die Leitung des ehemaligen Hydrierwerkes Zeit sich an den Druckkosten beteiligte. Die meisten Kosten übernahm Lothar Czošek selbst. Er hatte als Jugendlicher 1944 die Entstehung des Außenlagers des KZ Buchenwald am Rande seines Heimatortes und im Frühjahr 1945 die Exhumierung der Leichen zu Tode geschundener Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge erlebt.<sup>11</sup>

Martin Pabst, Pfarrer im Ruhestand aus Cuxhaven, besuchte nach der Wende seine Heimat bei Merseburg. Pabst hatte noch Erinnerungen an die Zwangsarbeiter in dieser Region während des Krieges, aber auch an das »Arbeitserziehungslager« Spergau und – ab 1944 sein Nachfolger – an das »Arbeitserziehungslager« Zöschen, wo Zwangsarbeiter, aber auch deutsche Bürger, wegen geringster Arbeitsvergehen der »Vernichtung durch Arbeit« preisgegeben wurden. Martin Pabst hat unterdessen eine ganze Reihe von Publikationen zu diesen Themen, darunter zu Holländern, vorgelegt.<sup>12</sup> Einem holländischen Einzelschicksal geht der Vorsitzende der VVN/BdA Bremen, Reimund Gaebelein, nach.<sup>13</sup>

Mit Mitteln des Bundeskanzleramtes legten 1999 die Vereine »Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Bonn« und der »Förderverein für Memorial/St. Petersburg e.V., Berlin« sehr berührende Erinnerungen sowjetischer Zwangsarbeiterinnen vor. Am bedrückendsten ist jedoch ein Beitrag über die Situation von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen in Osteuropa, der mit Blick auf die – ohnehin lächerlich geringen – Entschädigungen mit der Feststellung schließt: »Wenn wir uns noch lange um Modalitäten streiten, wird es für die Menschen in Osteuropa zu spät sein.«<sup>14</sup> Manchmal kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das der Sinn der von nicht wenigen deutschen Politikern und Unternehmen verwendeten Taktik ist.

»Nicht zuletzt aber ... animierte das wissenschaftliche Interesse wie die politische Neugier, warum die Problematik ›Antifaschisten in der Dirlewanger-Division‹ von der DDR-Geschichtswissenschaft, für die doch der kommunistische Widerstand eines der Leib- und Magenthemen war, unterbelichtet blieb, wenn nicht gar verschwiegen oder wie ein ›heißes Eisen‹ gehandelt wurde.«<sup>15</sup> So motiviert die Leipziger Historikerin Jutta Seidel, bekannt durch wichtige Arbeiten zur Sozialdemokratie vor 1914, unter anderem ihre Entscheidung, sich mit Männern zu beschäftigen, denen die SS als KZ-Häftlinge die SS-Uniform anbot und die darauf eingingen, in der Hoffnung, zur Roten Armee überlaufen zu können. Nach dem Krieg hatte sie in Leipzig Überlebende aus dieser Gruppe kennen und schätzen gelernt. Jutta Seidel war mit Sicherheit nicht die einzige; aber sie ist diejenige, die den Mut hat, sich mit diesem Kapitel kommunistischer Geschichte seriös zu beschäftigen.

Die Liste der Arbeiten ließe sich fortsetzen – vielleicht in einer studentischen Jahresarbeit an einer deutschen Universität.

ULRICH PETERS

## Die Facetten des Widerstands. Probleme und Debatten in der Buchenwald-Forschung

Debatten über historische Forschung sind immer auch politische Debatten, bei denen es oft mehr um die Interpretation geschichtlicher Sachverhalte als um die Sachverhalte selbst geht. So ist die Buchenwald-Forschung der neunziger Jahre eine Kontroverse, die dem Zeitgeist und den ideologischen Auseinandersetzungen der »postkommunistischen Ära« überhaupt entspricht. Historiker und vor allem die Öffentlichkeit haben dabei ihre Aufmerksamkeit speziell auf eines gelenkt: die sogenannte »Geheimakte Buchenwald«.

Die »Geheimakte« umfaßt Dokumente einer parteiinternen Untersuchung, die die KPD beziehungsweise SED 1946 gegen Ernst Busse und andere Häftlingsfunktionäre einleitete, nachdem anonyme Beschuldigungen wegen deren Verhalten im KZ Buchenwald an die zuständigen Parteistellen herangetragen worden waren. Ernst Busse, in Buchenwald für einige Zeit Lagerältester und mehr als drei Jahre lang Kapo des Häftlingskrankenbaus (Revier), war 1946 thüringischer Innenminister. Er stand somit im Lichte der Öffentlichkeit, weshalb die Partei in der Zeit des längst ausgebrochenen Kalten Krieges Anlaß hatte, die Vorwürfe gewissenhaft zu prüfen und Busse gegebenenfalls auf einen unauffälligeren Posten abzuschieben.

Die Vorwürfe gegen Busse & Genossen lauteten wie folgt:

*Erstens:* Im illegalen KPD-Aktiv des KZ Buchenwald habe es scharfe politisch-ideologische Kämpfe zwischen Parteifraktionen gegeben, infolge derer eine gewisse Zahl von Genossen mit dem Tode bedroht worden sei.

*Zweitens:* Ernst Busse hätte sich als Revierkapo gemeinsam mit seinem Stellvertreter, Otto Kipp (ebenfalls KPD), am sogenannten »Abspritzen« von Häftlingen mitschuldig gemacht, d.h. an der Tötung durch Giftinjektion.

*Drittens:* Durch die Schuld Busses sei ein sowjetischer Genosse umgekommen. Der Betreffende war ihm durch sowjetische Kontaktleute als Feind der Partei benannt worden, weshalb er ihn nicht ins Revier aufnahm. In Wirklichkeit sei gerade das Gegenteil der Fall gewesen, d.h. ein eigentlich zuverlässiger Genosse sei zu Unrecht denunziert und infolgedessen nicht geschützt worden. Busse hätte, bevor er seine Entscheidung traf, erst Rücksprache mit den russischen Verantwortlichen halten müssen.

*Viertens:* 1944 wurde ein russischer Offizier, der vor seiner Hinrichtung geflohen war, vom Lagerschutz der SS ausgeliefert. Die Partei habe nichts für seine Rettung unternommen.

Ulrich Peters – Historiker, arbeitet über den NS-Faschismus.

*Fünftens:* Busse und Kipp hätten wiederholt das im Sommer 1943 eröffnete Bordell (sog. Sonderbau) besucht. Ferner habe eine der Huren eine Zeitlang auf Busses Zimmer im Revier gelebt.

*Sechstens:* Als ab etwa 1944 Paketsendungen des Roten Kreuzes in Buchenwald eintrafen, hätten sich KPD-Funktionäre an den Inhalten der Pakete bereichert. Überhaupt hätten einige Häftlinge in zu verurteilendem Maße Privilegien genossen.

Das Parteiverfahren begann im Oktober 1946 mit einer Gegenüberstellung Busses mit Toni Waibel und Victor Drewnitzki, zwei der mutmaßlichen Ankläger. Es folgte eine Reihe einzelner Vernehmungen von Parteimitgliedern, aus denen – im Unterschied zu späteren Verfahren – weniger ein inquisitorischer Geist als vielmehr das Bestreben, der Wahrheit auf den Grund zu kommen, spricht. Im Abschlußbericht der Kommission wurden die Anschuldigungen in allen wesentlichen Punkten zurückgewiesen. Kritische Anmerkungen finden sich nur zum Verhalten Busses in der Bordell-Frage und zum Umstand, daß einzelne Genossen Geschenke ins Bordell getragen haben. Die Kommission wies in ihrem Bericht wiederholt darauf hin, daß für nicht eingeweihte Häftlinge mitunter der Eindruck entstanden sein könnte, die Funktionäre hätten mit der SS gemeinsame Sache gemacht, während sie tatsächlich nur »einen gewissen äußerlichen Umgang« mit ihr pflegen mußten.<sup>1</sup>

Im ganzen beinhalten die Protokolle der Untersuchung kaum etwas, das zur Revision bisheriger Forschungsergebnisse zwingt. Sie belegen die Verfehlungen einzelner und sind ansonsten »lediglich« dazu geeignet, die ganze Ambivalenz des Häftlingslebens, insbesondere des Wirkens der Funktionäre innerhalb der sog. Häftlings-selbstverwaltung zu verdeutlichen. Sie dokumentieren zweifelsfrei, daß der Widerstand im KZ kein »sauberer« war, lassen ihn bei kritischer wie sachkundiger Prüfung aber trotzdem nicht als inhuman oder unmenschlich erscheinen.

Zu anderen Schlußfolgerungen kam freilich die Öffentlichkeit, nachdem der Inhalt der »Geheimakte« in entsprechend geeigneter Weise an sie herangetragen wurde. Im Sommer 1992 wurden die Dokumente an die Gedenkstätte Buchenwald übergeben, welche, nach erster Sichtung, noch in ihrem Jahresbericht 1992 eine historisch-kritische Edition derselben ankündigte. Über die kommunistischen Häftlingsfunktionäre heißt es darin u.a.: »Nach einer Phase unreflektierter Heldenverehrung werden sie wieder als Menschen erkennbar, denen menschliches und moralisches Versagen, Egoismus und Schwäche eigen sind.« (Neue Zeit, Berlin, 5. 3. 1994)

Zumindest für Fachleute enthielten die Dokumente nichts Sensationelles, weil diese mit den Problemen und mit einzelnen Fakten seit Jahren vertraut waren. Ebensovienig sensationell schien die Sache für die westdeutsche Öffentlichkeit zu sein, behandelte doch schon Eugen Kogon in seinem berühmten Buch »Der SS-Staat« viele Fragen, die nun mit der Geheimakte aufgeworfen wurden. Das alles hinderte die Herren und Damen der Presse jedoch nicht, auf Sensation zu machen und sich in Enthüllungsjournalismus zu üben. Noch ehe die historisch-kritische Herausgabe der Dokumente besorgt worden war, gab die Thüringer BILD-Zeitung am 12. Februar 1994 den Startschuß mit einer Serie unter Titeln wie »So

1 Vgl. Lutz Niethammer (Hg.): Der ›gesäuberte‹ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Berlin 1994. S. 264ff.

halfen Kommunisten den Nazis beim Morden« und »Wer KPD-Bonzen stört, landet im Todesstollen«. Wer der BILD-Zeitung das Material zuspielte, ist nicht sicher; jedenfalls gelangten von nunan mehr und mehr Einzelheiten aus den Dokumenten in die Presse. Die Neue Zeit, die FAZ und Springers Welt am Sonntag griffen die »Debatte« begierig auf, ND und junge welt hielten dagegen.

Nachdem die Presse bereits mit der »konservativen Demontage des Widerstands« (junge Welt) begonnen hatte, folgte 1994 die Veröffentlichung der vorab besprochenen Dokumente. Der Auftrag zur Herausgabe war derweil von Harry Stein an Lutz Niethammer übergegangen, einen Historiker aus Hessen, dem im Zuge der Wende ein Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Jena zuteil geworden war. Seit sein Name sich mit der Buchenwald-Debatte verband, gab Niethammer sich betont sachlich und reserviert; er geißelte sogar die BILD-Zeitung, »Enthüllungen in ›Schmierereiform‹ betrieben zu haben« (FAZ vom 11. 4. 1994). Die erhitzte Debatte sei ihm und seinen Mitarbeitern Anlaß gewesen – so sagte und schrieb er jetzt –, die Herausgabe der »Geheimakte« und anderer Dokumente zu beschleunigen, um die Diskussion zu versachlichen. Heraus kam dabei eine einigermaßen schludrig bearbeitete Quellenedition, deren Titel lautete: »Der ›gesäuberte Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald«. Sich widersprechende Angaben, unkorrekte biographische Fakten, ungenannte Informanten, spekulative Äußerungen finden sich darin in nennenswerter Zahl.

Es gehe ihnen nicht um eine »Schmähung des Widerstands«, betonen die Herausgeber im Vorwort, sondern vielmehr um »rettende Kritik« – hatte doch die SED durch ihre Heroisierung den Helden die menschlichen Züge genommen, die man ihnen nun quasi wieder rückverleihen wolle, um sie damit umsomehr zu würdigen. Außerdem – so das Bekenntnis – ginge es weniger um den Widerstand an sich als vielmehr um den Umgang der SED mit ihren Buchenwalder Genossen und die antifaschistische Legendenbildung in der DDR.

Gegen die Absichten der Herausgeber wäre nichts einzuwenden, aber die Einleitung, die Niethammer & Co dem Dokumententeil voranstellen, straft ihre Proklamationen Lügen. Der illegalen Buchenwalder KPD wird eine »mafiose Struktur kollektiver Selbstbehauptung« unterstellt, die vor allem die Sicherung des Überlebens der eigenen Kader zum Ziel gehabt hätte. »Das Geheimnis dieser Kaderschonung hieß Selbstverwaltung und Opfertausch.« Im Klartext: Funktionen im System der sogenannten Häftlingselbstverwaltung hätten die Kommunisten nur besetzt, um die eigene Haut zu retten – und das, weil die Umstände ohnehin nichts anderes zuließen, zuungunsten anderer. Daß es der KPD dadurch gelang, die Verhältnisse für die gesamte Häftlingsgemeinschaft zu bessern, liest sich eher wie ein ungewolltes Eingeständnis, und daß es ihr gelang, im April 1945 21.000 Menschen, darunter 3.000 Juden und etwa 900 Kinder, vor der Vernichtung durch die SS zu retten, wird erst gar nicht erwähnt. Stattdessen weiß Lutz Niethammer, daß die Funktionshäftlinge, insbesondere die roten Kapos, eine »herrschende Zwischenschicht im Machtgefüge des Lagers« waren, daß es eine »Kooperation zwischen SS und ›roten‹ Funktionshäftlingen«

gegeben habe, daß der Zusammenhalt der »kommunistischen Kader ... durch die materiellen Vorteile der Privilegien gefestigt« worden sei, und last but not least die Masse der Häftlinge, vor allem der aus dem Ausland, die KPD-Funktionäre »als Teil der deutschen Herrschaft über das Lager« erlebt hätten. Und schließlich: »... die Buchenwalder Kommunisten waren Deutsche. Was sie mit der SS teilten, waren nicht deren politische Ideologie und Ausmerzungsstrategien, sondern – wie die meisten Deutschen – der konventionalisierte alltägliche Sozialrassismus. Die Nazi-Begriffe ›Berufsverbrecher‹ oder ›Asoziale‹ gingen ihnen ohne zu zögern von den Lippen, Zigeuner hielten sie wie die meisten Deutschen für undurchsichtiges Gesindel, die konventionellen Stereotype der Deutschen über ihre Nachbarnationen waren den meisten von ihnen nicht bewußter als dem Rest der Gesellschaft ...«<sup>2</sup>

2 Vgl. ebenda S. 31-58.

So eifrig, wie die »Enthüllungen« der »Geheimakte Buchenwald« vor ihrer Veröffentlichung in den Medien bejubelt worden waren, ging das Feuilleton der bürgerlichen Presse nun dazu über, das Erscheinen des Niethammer-Bandes abzufeiern. In der »Süddeutschen Zeitung« (29. 11. 1994), in der »Welt« (7. 1. 1995), im »Tagesspiegel« (4. 3. 1995) und später selbst in der »taz« war man des Lobes voll, während Niethammer in »Die Zeit« (4. 11. 1994) und in der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (20. 12. 1994) noch Kritik von rechts erfuhr, weil er die stalinistischen Säuberungen nicht genügend thematisiert bzw. die Enthüllungen der Dokumente »als Angebot zur ›rettenden Kritik‹ unterbreitet« habe. Ausgewogener wurde der Band nur in der »Frankfurter Rundschau« (17. 12. 1994) besprochen, während die Gegenstimmen erneut in der »jungen welt« (21. 3. 1995) und in »Neues Deutschland« (12. 12. 1994 und 21. 3. 1995) nachzulesen waren.

Perfide und gleichzeitig bloßstellend an dem Presserummel war, daß die Lohnschreiber des Bürgertums sich zu Anwälten linker Moral aufspielten. Als wenn der FAZ, ihren Geldgebern und ihren Claqueuren jemals an einem wirksamen und humanen Widerstand gelegen gewesen wäre! Die heute so sehr gescholtene KPD (bzw. SED) kann nicht nur die parteiinterne Untersuchung von 1946 für sich verbuchen, bei der sie ihre Funktionäre streng auf deren Verhalten während der Nazi-Zeit überprüfte. Sie kann sogar, was das Buchenwalder Parteiaktiv anbelangt, auf die Einsetzung einer Partei-Kontroll-Kommission am 12. April 1945, nur einen Tag nach der Befreiung, verweisen. Die Kommission schloß seinerzeit 59 Mitglieder aus der Partei aus, zumeist wegen Flucht aus dem KZ ohne Parteauftrag oder wegen politischer Inaktivität während der Haft. In einzelnen Fällen wurden die Ausschlüsse wegen »unsauberen« Verhaltens oder enger Zusammenarbeit mit der SS beschlossen. Die KPD – selbst ein Aktivposten im antifaschistischen Widerstand – achtete also durchaus auf die Moral ihrer Mitglieder. Aber was taten die bürgerlichen Parteien? Hat überhaupt noch eine andere deutsche Partei ihre Mitglieder nach 1945 auf Herz und Nieren geprüft? Und ist nicht schließlich die Empörung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora verständlich, die fragte, woher Niethammer, ein Mann »aus dem Lande der Globke und Kiesinger, der Oberländer und Filbinger, der Blutrichter Hitlers



und Gestapo-Polizisten«, denn das Recht nähme, mit Schimpf und Schande über die Antifaschisten und den Umgang der DDR mit ihnen herzufallen?<sup>3</sup>

Es darf nicht vergessen werden, daß es in der alten Bundesrepublik praktisch keine historische Forschung über Buchenwald oder den dortigen Widerstand gab. In vierzig Jahren BRD erschienen zwar eine Reihe von Erinnerungsberichten ehemaliger Häftlinge, aber diese Veröffentlichungen kamen in aller Regel durch die Unterstützung des jeweiligen politischen Umfelds der Personen zustande. Beiträge zur Buchenwald-Forschung wurden weder im Rahmen irgendwelcher universitären Forschungsprojekte noch mit Hilfe der diversen staatlich geförderten Stiftungen oder Institute geleistet. Ausnahmen sind lediglich eine 1969 an der Universität Marburg vorgelegte Dissertation über das Volksfrontkomitee in Buchenwald sowie die 1978 veröffentlichte Studie Falk Pingels von der Universität Bielefeld, die den Titel trägt: »Häftlinge unter SS-Herrschaft. Widerstand, Selbstbehauptung und Vernichtung in Konzentrationslagern«. Diese im Vergleich zur DDR-Forschung äußerst magere Ausbeute verweist darauf, daß es nach 1990 weniger darum ging, einen jahrelangen Forschungsrückstand wettzumachen, als vielmehr darum, auch auf dem Gebiet des antifaschistischen Widerstands die ideologische Endabrechnung mit dem Sozialismus zu betreiben bzw., über diese hinaus, radikaloppositionellen Geist zu kompromittieren.

Während zwei in den neunziger Jahren veröffentlichte Bücher des Hildesheimer Historikers Manfred Overesch dieselbe Stoßrichtung aufwiesen wie der Niethammer-Band, indes aber weniger Beachtung fanden, drohte eine Neuerscheinung von 1996, das Bild vom blutbefleckten Widerstand zu relativieren. Es handelt sich um den von David A. Hackett herausgegebenen »Buchenwald-Report.« Dieser kam auf Betreiben amerikanischer Militärs, denen das Lager im April 1945 in die Hände gefallen war, zustande. Mit dem Ziel, die Welt und insbesondere die deutsche Öffentlichkeit über die Greuelthaten der Nazis aufzuklären, entsandten sie am 16. April 1945 ein Team des Nachrichtendienstes der Abteilung für psychologische Kriegführung des alliierten Oberkommandos in Paris nach Buchenwald. Es stand unter der Leitung von Lieutenant Albert G. Rosenberg und erarbeitete gemeinsam mit einer Gruppe von Häftlingen, deren Kopf der Österreicher Dr. Eugen Kogon war, in weniger als vier Wochen einen Bericht über Funktionsweise und Binnenstrukturen des Lagers. Der Bericht galt jahrzehntelang als verschollen. Da eine Kopie des Originals in den Händen Kogons verblieben war, der 1946 sein darauf fußendes Buch »Der SS-Staat« veröffentlicht hatte, wurde die Öffentlichkeit dennoch mit seinem Inhalt vertraut. Eine andere Kopie verblieb bei Lt. Rosenberg. 1987 übergab er sie seinem Kollegen Hackett von der Universität El Paso in Texas mit der Bitte um Veröffentlichung.

Die Herausgabe des Buchenwald-Reports stellte die Forschung vor keine gänzlich neuen Fragen, waren doch die meisten seiner Inhalte schon durch Kogon bekannt, während sie sich streckenweise auch mit denen des Berichts vom Internationalen Lagerkomitee aus dem Jahre 1946 deckten. Der Report bot »lediglich« die Chance,

3 Neues Deutschland,  
12. Dezember 1994.

die aktuelle Debatte über das Verhalten der »roten Kapos« vom Kopf auf die Füße zu stellen. »Die Dokumente des Niethammer-Buches«, schrieb Georg Fülberth in »Konkret« (1/97), »werden durch den Buchenwald-Report nicht entkräftet, aber es wird der Kontext der gesamten Lager-Realität sichtbar. Die beiden Bände verhalten sich komplementär zueinander.« Daß dieser Kontext die Meinungsmacher nicht interessierte, weil es ihnen nun mal um etwas ganz anderes ging, wußte und weiß Fülberth natürlich ebenso.

In der FAZ, dem »Tagesspiegel«, in »Die Zeit« und in der »Frankfurter Rundschau« monierte man eher, daß das Verhalten der Funktionshäftlinge nicht ähnlich wie bei Niethammer besprochen sei und daß Kogon als quasi wichtigster Mann bei der Erstellung des Reports unter der Kontrolle der Kommunisten gestanden habe, daß es sich bei dem ganzen Bericht also um eine kommunistische Mogelpackung handle, für die ein Bürgerlicher seinen Namen hergegeben hätte. Angemessen behandelt wurde der Report nur im ND, in der Süddeutschen Zeitung und in der Neuen Zürcher Zeitung, denn dort verlegte man sich weniger auf die Konstruktion kommunistischer Verbrechen, sondern sprach über das, worum es eigentlich geht: die Verbrechen der Nazis.

So sehr sich die Debatte der vergangenen Jahre in den allgemeinen Trend fügte, den Widerstandskampf als (zumindest potentiell) verbrecherisch hinzustellen, so wenig trug sie dazu bei, die Geschichte des KZ Buchenwald weiter zu erhellen. Obwohl in den vergangenen Jahrzehnten eine ganz erhebliche Zahl wissenschaftlicher Studien über das Lager entstanden war – die meisten davon in der DDR –, obwohl ferner viele ehemalige Häftlinge ihre Erinnerungen veröffentlichten und auch in den neunziger Jahren verschiedene Memoiren erschienen sind, läßt sich nach wie vor ein beträchtlicher Forschungsbedarf konstatieren. Es gibt bis heute keine umfassende Darstellung der Geschichte des KZ Buchenwald, und dementsprechend sind auch diverse einzelne Aspekte des Lagers ungenügend erforscht.

Dasselbe gilt für die Geschichte des Widerstands im Lager, die vor allem eine Hinwendung zu folgenden Schwerpunkten erfordert: der Aufbau und die Entwicklung der illegalen KPD im Lager; der Kampf um die Besetzung der Funktionen im System der sogenannten Lager selbstverwaltung, d.h. die Einsetzung gewissenhafter Antifaschisten als Kapos, Blockälteste, Lagerälteste etc.; die Einbeziehung der ausländischen Häftlinge bzw. die Internationalisierung des gesamten organisierten Widerstands; sowie der Aufbau militärischer Gruppen, die Beschaffung von Waffen, das Schmieden von Aufstandsplänen usw.

Zu diesen wesentlichen Aspekten des Buchenwalder Widerstands liegen Forschungsarbeiten vor. Sie ließen sich weiterführen und um neue Erkenntnisse bereichern, wiewohl einer solchen Rekonstruktion auch gewisse Grenzen gesetzt sind. Über einen Widerstand, der unter den Bedingungen der Illegalität und unter strengster Einhaltung der Konspiration geleistet wurde, können naturgemäß nur die Beteiligten Zeugnis ablegen, und sie können dies in der Regel auch nur insofern, als sie selbst in die entsprechende Tätigkeit involviert waren. Die meisten der Veteranen sind jedoch

bereits tot. Und während die Zahl jener, die noch befragt werden können oder die sich eventuell erst jetzt zur Niederschrift ihrer Erinnerungen entschließen, schwindet, bleibt dem Historiker allein der Rückgriff auf Zeugnisse, die schon lange vorliegen und ebendeshalb oftmals Beachtung fanden.

Trotz dieser Erschwernisse kann die Arbeit, die Historiker in früheren Jahren begonnen haben, erfolgreich weitergeführt werden. Zu fragen ist dabei allerdings, ob nicht ganz neue Akzente gesetzt werden sollten. Kann es wirklich nur darum gehen, nahtlos an die DDR-Forschung anzuknüpfen, nachdem sich mit dem welthistorischen Umbruch von 1989/90 auch der gesellschaftliche Rahmen, in dem Forschung stattfindet, geändert hat?

Der Niethammer-Band und die ihn begleitende Pressekampagne müssen als der »negative« Ausdruck dieses Umbruchs betrachtet werden: Lutz Niethammer und seine Co-Autoren machen, wie schon deutlich wurde, den Schritt rückwärts und ziehen in Zweifel, was man bereits anders wußte, daß nämlich die Übernahme der Häftlingsfunktionen zu den wesentlichsten Voraussetzungen eines organisierten, erfolgreichen Widerstands gehörte. Nun muß gefragt werden, ob der Schritt vorwärts gemacht werden kann, ob es eventuell einen »positiven« Ausdruck der historischen Wende gibt.

Die Rhetorik dieser Frage verrät, daß der Autor sie bejahen will. Diente die ostdeutsche Buchenwald-Forschung letztlich der Legitimierung des antifaschistischen Staates DDR, so entfiel mit dem Ende dieses Staates die Unterordnung der Forschung unter jenes spezielle Partei- oder Staatsinteresse. Im durchaus nicht antifaschistischen Staat BRD wird es dagegen sogar zur Notwendigkeit, das zu leisten, was Niethammer versprach, aber keineswegs hielt, nämlich den Menschen sichtbar zu machen, der sich hinter dem antifaschistischen Helden verbirgt. Nur so wird dessen Geschichte für Jugendliche wieder verständlich und kommensurabel. Wenn das Bürgertum bestrebt ist, aus Widerstandskämpfern Verbrecher zu machen, dann sollten Linke bestrebt sein, diese Kämpfer und ihre Organisation realistischer als zuvor darzustellen.

Neue Akzente in der Forschung zu setzen, befreit indessen nicht von der Aufgabe, unter bestimmten Gesichtspunkten an der weiteren Rekonstruktion der Widerstandsgeschichte zu arbeiten. Paradoxerweise eine Reihe der Dokumente, die Niethammer veröffentlicht hat, hierbei durchaus hilfreich.

Anhand zweier Beispiele soll im folgenden verdeutlicht werden, worin konkret Forschungsdefizite bestehen und welche besonderen Fragestellungen aus einer neuen Schwerpunktsetzung u.a. resultieren. Dabei handelt es sich erstens um den Aufbau der Parteiorganisation in Buchenwald und zweitens um solche Probleme, die mit der Kooperation zwischen deutschen und ausländischen Antifaschisten zusammenhängen.

Was das illegale KPD-Aktiv in Buchenwald anbelangt, herrscht vor allem Unklarheit darüber, ab wann im Lager eine zentralistisch strukturierte, gefestigte und handlungsfähige Parteiorganisation existierte. So schrieb zum Beispiel Klaus Drobisch in seiner Monographie über den Buchenwalder Widerstand: »Bis Mitte 1939«, also nach zweijährigem Bestehen des Lagers, »war die illegale

4 Klaus Drobisch: Widerstand in Buchenwald. Berlin 1977, S. 31.

5 Lutz Niethammer: Der ›gesäuberte‹ Antifaschismus, S. 32.

6 Vgl. Arthur Roth (Hg.): Unter den Augen der SS. Otto Roth und der bewaffnete Aufstand im KZ Buchenwald, Bonn 1995, S. 94f. Emil Carlebach: Tote auf Urlaub. Kommunist in Deutschland. Dachau und Buchenwald 1937-1945; Bonn 1995, S. 85f.

7 Vgl. Lutz Niethammer: Der ›gesäuberte‹ Antifaschismus, S. 312f.

KPD-Organisation so weit entwickelt und gefestigt, daß sie über ihre Reihen ausstrahlte. Sie hatte im Lager wichtige Positionen erungen und verteidigt, auf die sie sich bei der Weiterführung des illegalen Kampfes stützen konnte.<sup>4</sup> Zu einem ganz anderen Schluß kommt Niethammer im Vorwort seines Dokumenten-Bandes: »Eine Kontrolle der Funktionshäftlinge durch die KPD als Partei im Lager war zu dieser Zeit noch kaum möglich. Denn ein organisierter Zusammenhang bestand erst in Rudimenten und gründete auf der landsmannschaftlichen Bekanntschaft kleinerer Gruppen von Genossen aus unterschiedlichen Reichsteilen.«<sup>5</sup> Hier steht Urteil gegen Urteil.

Zweifellos untertreibt Niethammer, denn auf mehr oder minder lose Verbindungen können die Beziehungen zwischen den KPD-Mitgliedern nach zwei Jahren Aufbauarbeit nicht reduziert werden. Andererseits stellt Drobisch, dessen Fazit den Tatsachen eher gerecht wird, die Umstände besser dar, als sie waren. Immerhin bestätigen die Aussagen jener beiden KPD-Funktionäre, deren Hafterinnerungen in den neunziger Jahren veröffentlicht wurden, Niethammers These mehr als die von Drobisch: Sowohl Otto Roth, einer der führenden Köpfe der illegalen Militärorganisation, als auch Emil Carlebach sind der Ansicht, daß mit dem gegen Widerstände durchgesetzten Aufbau einer zentralistischen Parteiorganisation erst im Herbst 1939 begonnen wurde.<sup>6</sup>

Zweierlei ist daher zu beachten: Erstens wurde am 20. April 1939 anlässlich des 50. Geburtstags Hitlers eine Reihe von Häftlingen im Rahmen einer »Gnadenaktion« entlassen. Die Entlassungen betrafen zwar eher »Asoziale« als Politische, aber unter letzteren befanden sich recht viele Funktionäre. Und zweitens verschleppten die Nazis mit Kriegsbeginn im September desselben Jahres ca. 1000 Antifaschisten, darunter um die 700 Kommunisten, nach Buchenwald. Daß die bereits vorhandenen Parteistrukturen durch die Entlassungen im April teilweise wieder zusammenbrachen und daß auf Grund des ganzen Personalwechsels eine Umstrukturierung ohnehin nötig wurde, versteht sich von selbst. Außerdem sind die Zeugnisse einzelner zum Teil mit Vorsicht zu werten. Während Carlebach schon im September 1938 nach Buchenwald kam und die damaligen Verhältnisse aus eigenem Erleben kennt, wurde Otto Roth erst im September 1939 ins Lager gebracht. Um Klarheit über die Festigkeit der Parteiorganisation zu gewinnen, müssen also in erster Linie Auskünfte jener Häftlinge herangezogen werden, die bereits um 1937/38 in Buchenwald waren.

Interessant sind ferner die Diskussionen, die mit dem Umbau der Partei einhergingen. Internen Widerstand gab es vor allem von seiten einer Leipziger Gruppe um Walter Jurich und von einigen anderen. Sie argumentierten dahingehend, daß ein zentralistischer Aufbau unter KZ-Bedingungen zu gefährlich sei; um prinzipiell-weltanschauliche Fragen ging es ihnen weniger. Trotzdem spürt man bei Lutz Niethammer, der die Existenz solcher Opposition ausdrücklich betont, wie sehr ihn die Lust des Voyeurs beflügelt, über parteiinterne Konflikte berichten zu können. Die Ironie der Geschichte: Trotz aller Differenzen hat es bis zu Jurichs späterer Entlassung eine gute Zusammenarbeit zwischen ihm und der

zentralen Parteileitung gegeben bzw. unterstützte er die allgemeine Linie der Partei. Ersichtlich wird das nicht zuletzt aus jenen Dokumenten, die Niethammer himself veröffentlichte.<sup>7</sup>

Es gab durchaus gewalttätigere Konflikte als den zwischen Jurich und der Parteileitung, doch deutet auch bei kritischer Sicht alles darauf hin, daß schlichte Meinungsverschiedenheiten in Buchenwald gewiß zu einem nicht geführt haben: zu stalinistischen Säuberungen.

Noch wesentlich größere Forschungsdefizite bestehen hinsichtlich der Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Häftlinge im illegalen Widerstand. Um diese Zusammenarbeit erfolgreich in Angriff zu nehmen, mußten vor allem zwei Hindernisse aus dem Wege geräumt werden:

a) der unendliche Haß gegen alles Deutsche, den die ausländischen Häftlinge verständlicherweise mit ins Lager brachten, auf dessen Boden aber keine Solidarität zwischen ihnen und den deutschen Antifaschisten gedeihen konnte; und

b) die Differenzen, die sich aus der unterschiedlichen Mentalität bzw. der politisch-kulturellen Prägung der Häftlinge ergaben.

Probleme dieser Art wurden in DDR-Publikationen nicht verschwiegen, aber ihr Ausmaß und ihre Dimension fanden trotzdem keine hinreichende Beachtung.

Nachdem es gelungen war, Verbindungen zwischen Linken beider Nationen aufzubauen, verminderten sich die Konflikte trotzdem nicht: Nach dem Zeugnis polnischer Kommunisten trug dafür Alfred Bunzol, der Verbindungsmann der KPD zur polnischen Organisation, eine nicht geringe Verantwortung. Er habe, so heißt es in einem im Buchenwald-Archiv befindlichen Bericht, verhängnisvollerweise die Methoden des politischen Kampfes unter den Deutschen auf den Kampf unter den Polen übertragen und nach der Devise gehandelt: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns bzw. ist ein Faschist. Masseneinfluß konnten die polnischen Linken auf diesem Wege nicht erlangen, bedurfte es doch einer behutsamen, ausdauernden Arbeit, die die Stimmungen und die Eigenheiten der polnischen Häftlinge berücksichtigte. Daß der Einfluß der Rechten schließlich doch noch zurückgedrängt werden konnte, war ein Ergebnis jahrelangen Kampfes und eines ewigen ›auf und ab‹.<sup>8</sup>

Der Bericht, auf den hier Bezug genommen wurde, umfaßt über 70 Seiten, während er in dem unter Leitung Walter Bartels herausgegebenen Dokumenten- und Materialienband »Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung« auf ganze zwei Seiten zusammengestutzt wurde.<sup>9</sup> Ein solches Vertuschen hilft nicht weiter. Wenn die Schwierigkeiten bei der internationalen Zusammenarbeit im Lager wenigstens annähernd erfaßt werden sollen, müssen auch die unbequemen Zeugnisse berücksichtigt werden. Dessen ungeachtet verweist der Umstand, daß im Buchenwalder Widerstand der Internationalismus über den nationalistischen Zwiespalt siegte, darauf, wie wenig man sich auch hier vor diesen Debatten zu hüten braucht.

Sicherlich hat die Geschichte der KPD im Buchenwalder Widerstand auch ihre dunklen Seiten. Aber wer aus der Geschichte lernen will, muß sie eben trotz alledem eingehend studieren

Als Beispiel seien hier die Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Häftlingen angeführt, die auf Grund politischer Konstellationen von besonderer Brisanz sind. Nationalismus, Chauvinismus und selbst Antisemitismus waren unter Polen nicht wenig verbreitet, die Linke in Zahl und Einfluß schwach. Dieser Umstand erschwerte es den deutschen Antifaschisten zunächst, enge Kontakte zu Gleichgesinnten unter den Polen aufzubauen, aber das Problem beschränkte sich nicht darauf, eben jene ausfindig zu machen. Weil es eine nennenswerte Zahl von Anhängern der polnischen faschistischen Bewegung gab, sahen sich polnische Häftlinge zuweilen genötigt zu versichern, daß sie keine Faschisten seien. Dabei ist das Sicherheitsinteresse der deutschen Kommunisten, für die die Wahrung der Konspiration eine Frage von Leben und Tod war, durchaus zu berücksichtigen. Und doch muß man versuchen, die Lage der polnischen Häftlinge nachzuvollziehen: Von den Nazis nach Deutschland ins KZ verschleppt, gerieten sie nun selbst noch unter den Verdacht, Faschisten zu sein. Welch komplizierter Natur waren da die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen!

8 Die polnische Parteiorganisation in Buchenwald. BWA 71/15-1. Der Bericht ist nicht unterzeichnet. Beim Verfasser handelt es sich vermutlich um Henryk Sokolak.

9 Buchenwald. Mahnung und Verpflichtung. Dokumente und Berichte. Berlin 1983. S. 199f.

## KRZYSZTOF DUNIN-WĄSOWICZ

# Bildungsbestrebungen als Form des Widerstands

Prof. Dr. Krzysztof Dunin-Wąsowicz gehörte vor 1939 zu den Linken der Polnischen Sozialistischen Partei. Er beteiligte sich am Widerstand gegen den faschistischen Krieg und die Besatzungspolitik von Anfang an. 1940 im Warschauer Gestapo-Gefängnis Pawiak inhaftiert, kam er anschließend bis 1945 ins KZ Stutthof. An den Folgen der Mißhandlungen leidet er noch heute. Nach dem Krieg Historiker, habilitiert, Professor, Mitarbeiter des Instituts für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Zahlreiche Veröffentlichungen zum antifaschistischen Widerstand und zur sozialistischen Bewegung in Polen.

Bildung – und insbesondere Bildung in polnischer Sprache – war in den deutschen Konzentrationslagern streng verboten. Ein Verstoß dagegen bedeutete Widerstand. Denn Bildung half, die Mithäftlinge psychisch zu stärken, ihnen unter den schweren Arbeits- und Lebensbedingungen beim Überleben zu helfen. Dieser Widerstand spielte beim Leben in der Isolation eine wichtige Rolle.<sup>1</sup>

Die deutschen Konzentrationslager bestanden seit 1933, ihr System wurde ab 1936 ausgebaut. Sie waren ein wesentlicher Bestandteil des Terrors, Orte der Isolation, der Vernichtung und – verstärkt ab 1943 – der unentgeltlichen Zwangsarbeit. Für den Völkermord an den Juden wurden besondere Vernichtungslager angelegt.

In den faschistischen Konzentrationslagern waren Gegner des Hitlerregimes mit unterschiedlichen politischen Grundhaltungen und unterschiedlicher Nationalität inhaftiert, aber auch Kriminelle und zufällig bei Razzien Verhaftete. Die Polen stammten aus allen Landesteilen und gehörten den unterschiedlichsten sozialen Schichten an. Den größten Anteil stellten Angehörige der verschiedenen Gruppierungen des Widerstandes.

Die Haltung der faschistischen Behörden zu Bildungsbestrebungen der Häftlinge war nicht überall gleich. In einigen Lagern, insbesondere jenen, die bereits vor Kriegsbeginn eingerichtet worden waren, existierten Lagerbibliotheken. In anderen waren nicht nur Bücher, sondern auch der Zugang zur offiziellen faschistischen Presse untersagt. Die Lagerbibliotheken waren – dort wo vorhanden – über die Lagerkommandanturen oder Gefängnisbibliotheken durch die Justizbehörden eingerichtet worden.

Neben dem offiziellen Buchbestand gab es überall auch auf illegalen Wegen erworbene Bestände, u. a. polnische, tschechische und russische Bücher. Sie stammten – getarnt als Einwickelpapier – aus der Häftlingspost oder wurden in die Lager eingeschmuggelt. Die Bestände der illegal geschaffenen Bibliotheken reichten von einigen Dutzend bis zu einigen hundert Büchern. Der Hunger nach Büchern war groß. Die Bände wurden in Teile zerlegt, um sie insgeheim nach den Appellen, abends und auch nachts lesen zu können. Viele Werke der Poesie wurden aus der Erinnerung handschriftlich aufgezeichnet, Lehrbücher zum Erlernen von Fremdsprachen verfaßt und systematisch Vorträge zur Geschichte oder Literatur auf- und mitgeschrieben.

Obwohl die Zusammensetzung des Buchbestands zumeist dem Zufall unterworfen war, existiert eine große Übereinstimmung in

<sup>1</sup> Krzysztof Dunin-Wąsowicz: *Ruch oporu w hitlerowskich obozach koncentracyjnych* (Der Widerstand in Hitlerdeutschlands Konzentrationslagern), Warszawa 1978. Siehe dort eine ausführliche Darstellung zu kulturellen Aktivitäten von Häftlingen anderer Nationalität, insbesondere von Deutschen.

den Häftlingserinnerungen an die Lagerlektüre. Es gab eine Hinwendung zur Klassik und zu Werken von hohem literarischem Wert. Die Polen bevorzugten »Pan Tadeusz«; sehr populär waren auch Werke von Słowacki, Wyspiański, Żeromski, Sienkiewicz und Strug. Bei den deutschen Autoren dominierten Schiller und Goethe, bei den französischen Moliere, Montaigne und Pascal.

Für den Besitz polnischer Bücher drohten Auspeitschung, Essen- und Bunker. Die große Bedeutung polnischer Bücher für die Häftlinge wird in zahlreichen Erinnerungen hervorgehoben. Zu ihnen gehören die von Gustaw Morcinek, Häftling in Dachau<sup>2</sup>, die Erinnerungen des Schriftstellers Kazimierz Andrzej Jaworski, der in Sachsenhausen inhaftiert war<sup>3</sup>, jene der in Ravensbrück inhaftierten Wanda Półtawska, an der pseudomedizinische Experimente vorgenommen wurden<sup>4</sup> oder die von Jerzy Kwiatkowski, der in Majdanek war<sup>5</sup>. Um Bücher baten die Häftlinge auch in den meisten der an polnische Hilfsorganisationen gerichteten illegalen Kassiber<sup>6</sup>.

Häftlinge strebten nicht nur nach Büchern, sondern auch nach Presseerzeugnissen. In zahlreichen Lagern bestand die Möglichkeit – vorausgesetzt man hatte das dafür notwendige Geld –, faschistische Zeitungen zu abonnieren. Am häufigsten abonniert wurden der »Völkische Beobachter« und »Das Reich« sowie mancherorts lokale Zeitungen. Die Häftlinge nutzten die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen; außerdem entnahmen sie diesen Zeitungen Tatsachen, die selbst noch die verlogenen Nachrichten über das Weltgeschehen enthielten.

In der großen Lagerbibliothek Buchenwalds befanden sich im letzten Kriegsjahr einige Dutzend illegal eingeschmuggelter polnischer Bücher. Unter ihnen unterhaltsame Erzählungen und natürlich »Pan Tadeusz«, aber auch der erste Band von »Potop ...« Żeromskis »Hetman« und Poesie aus den Federn von Norwid, Słowacki und weiteren Autoren.<sup>7</sup>

Eine umfangreiche offizielle Lagerbibliothek bestand in Dachau. Ihren Grundstock bildete die ehemalige katholische Volksbücherei.<sup>8</sup> Sie verfügte über annähernd 150 polnische Bücher, vorwiegend Lehrbücher für Fremdsprachen und Erzählungen von geringerem literarischem Wert. Beim Einsatz in Blindgänger-Entschärfungskommandos in München fand eine Gruppe von Häftlingen Bücher, die aus Warschau hierher verbracht worden waren. Sie wurden ins Lager eingeschmuggelt, versteckt und bildeten eine illegale Bibliothek mit Werken von Sienkiewicz, Reymont, Żeromski u.a.<sup>9</sup>

Die offizielle Lagerbibliothek Sachsenhausens zählte annähernd 3 000 Bände. In der Hauptsache war das faschistische Literatur. Aber im Bestand befanden sich auch Bücher von Sinclair Lewis und Upton Sinclair<sup>10</sup>. Durch Päckchen oder durch die Bestechung von SS-Leuten kamen auch polnische Bücher von Sienkiewicz, Prus, Tetmajer u.a. ins Lager.<sup>11</sup>

Die legale Lagerbibliothek in Mauthausen-Gusen zählte 760 Bände, unter ihnen etwa 30 in polnischer Sprache.<sup>12</sup> 800 Bände deutscher Autoren zählte die 1943 eingerichtete Lagerbibliothek in Neuengamme. Hier fanden sich in deutscher Sprache Erzählungen von Selma Lagerlöf, Balzac, Turgenjew. Im Außenlager Drütte

2 G. Morcinek: *Listy spod Morwy* (Briefe aus Morwa), Warszawa 1957, S. 13.

3 K. A. Jaworski: *Serce za drutem* (Herz hinter Stacheldraht), Lublin 1959, S. 130.

4 W. Półtawska: *I boję się snów* (Ich ängstige mich vor Träumen), Warszawa 1964, S. 112.

5 J. Kwiatkowski: *485 dni na Majdanku* (485 Tage in Majdanek), Lublin 1966, S. 415.

6 Archiwum Państwowego Muzeum Majdanek (Archiv des Staatlichen Museums Majdanek), Signatur IV-15.

7 J.Z. Jakubowski: *Książka za drutami* (Buch hinter Stacheldraht), in: »Pobudka«, H. 2/1945.

8 W. Hornung: *Dachau*, Zürich 1936, S. 187.

9 T. Musiol: *Dachau*, Katowice 1968, S. 221.

10 A. Weiss-Rüthel: *Nacht und Nebel*, München 1946, S. 74.

11 J. Ścisło: *Świat musi osądzić* (Die Welt muß es verurteilen), Warszawa 1969, S. 46.

12 *Relacja Józefa Żmija* (Bericht von Józef Żmija), in: Archiwum Akt Nowych (Archiv Neuer Akten), Oddz.VI, zesp. 212/3, t. VII, S. 174.

zählten illegal beschaffte polnische Bücher von Mickiewicz, Tuwim u.a. zum Buchschatz.

Der Besitz von Büchern war anfangs in Auschwitz verboten. Jedoch gelangten auch dorthin Bücher, zuerst nur in deutscher Sprache, bald aber auch in polnischer. Insgesamt einige hundert, darunter »Pan Tadeusz«, Werke von Sienkiewicz, daneben Bücher in tschechisch, französisch und russisch.<sup>13</sup> Vornehmlich im Lazarett wurde gelesen.<sup>14</sup> Im Auschwitzer Frauenlager wurden 1944 Bücher getauscht, die einige der neuen Häftlinge mitgebracht hatten; darunter Werke von Prus und Domańska.<sup>15</sup>

In Stutthof gab es keine offizielle Lagerbibliothek. Vorhanden waren nicht mehr als 80 polnische Bücher. Einige davon stammten aus einem anderen Lager, andere hatten infolge nachlässiger Kontrolle durch die SS die Empfänger von Päckchen erreicht. Darunter waren die »Weltgeschichte« von Wells, die »Bauern« Reymonts, der »Sündenfall« von Żeromski, Bücher von Conrad, Gedichte von Wierzyński sowie einige Bücher in russisch, französisch und deutsch.<sup>16</sup>

In Gross-Rosen existierte zwar eine Bibliothek, aber es war verboten, sie zu benutzen. Illegal gelesen wurden u.a. »Die Kreuzritter«. Gelesen werden durften Zeitungen, allerdings verbot der Lagerführer Walter Ermsber am 26. August 1944 die Entnahme von Karten aus den Zeitungen.<sup>17</sup>

In Ravensbrück durften nur deutsche Häftlinge die Bücherei benutzen. Jedoch entstand 1942 eine illegale polnische Bibliothek mit annähernd 30 Büchern. Auch sie stammten aus einem anderen Lager, unter ihnen »Pan Tadeusz« und Wyspiańskis »Novembernacht«.<sup>18</sup>

Bildungsbestrebungen jeglicher Art waren in allen Konzentrationslagern generell verboten, weil sie dem faschistischen System hätten gefährlich werden können. Die fundamentale Ablehnung wurde auch dadurch nicht aufgehoben, daß es vereinzelte Maßnahmen der Berufsausbildung gab.

Ungeachtet des offiziellen Bildungsverbots unternahmen Häftlinge aller Nationalitäten, vor allem die Deutschen, Polen und Russen sowie die Franzosen, Schritte zu einer illegalen Bildungsarbeit. Dabei waren schwierige Widerstände zu überwinden. So fehlte es an Büchern und an wissenschaftlichen Lehrmitteln sowie häufig auch an geeigneten Lehrkräften. Zusätzliche Schwierigkeiten erwachsen aus dem empfindlichen Zeitmangel. Genutzt wurden Freistunden an Wochenend-Nachmittagen, Pausen zwischen der Vor- und der Nachmittagsarbeit, kurze Pausen vor bzw. nach Lagerappellen.

Die Bildungsarbeit im Lager kann grob in zwei Gruppen unterteilt werden: in systematische Bildungsarbeit und in Einzelveranstaltungen. Zur systematischen Arbeit gehörten die Alphabetisierung, die Grundschulausbildung, die Mittel- und die Berufsschulausbildung, die Fremdsprachenausbildung sowie die systematische Ausbildung auf einem Wissensgebiet. In Einzelveranstaltungen wurden Vorträge im kleinen Kreis zu verschiedenen Themen gehalten, Diskussionen über soziale und politische Fragen, die Bildung und deren Zukunft und über die Psychologie der Persönlichkeit

13 A. Siciński: Książka w Oświęcimiu, wspomnienia więźnia (Das Buch in Auschwitz. Erinnerungen eines Häftlings), in: WTK, H. 22/1962. Siehe weiterhin: Z. Jagoda u.a.: Życie kulturalne w obozie oświęcimskim (Kulturelles Leben im Lager Auschwitz), in: Przegląd Lekarski (»Ärztliche Rundschau«), Oświęcim 1974, S. 19 – 30.

14 Z.Z. Pęcowski: Dobro komando (Ein gutes Kommando), Kraków 1974, S. 49.

15 K. Żywulska: Przeżyłam Oświęcim (Ich überlebte Auschwitz), Warszawa 1946, S. 179.

16 K. Dunin-Wąsowicz: Obóz koncentracyjny Stuthof (Konzentrationslager Stuthof), Gdańsk 1970, S. 208.

17 J. Rykala: Więźniowie, heftlingi, emigranci (Gefangene, Häftlinge, Emigranten), Warszawa 1972, S. 141.

18 J. Półtawska: A.a.O., S. 116.



durchgeführt. Auch wurden Vorträge für andere Nationalitäten bzw. gemeinsam mit Vertretern anderer Nationalitäten gehalten. Schließlich gab es selbständige Forschungsarbeiten in einigen Konzentrationslagern.

Die Lehrenden in den Lagern waren vornehmlich Lehrer – mit unterschiedlichen Bildungsgraden. Von besonderer Bedeutung und am aktivsten waren Geschichtslehrer und Lehrer der Geschichte der Literatur. Eine gewisse Rolle spielten Funktionsträger politischer Parteien bzw. sozialer Institutionen. Unterrichtet wurden überwiegend Jugendliche und Kinder. Damit sollten zumindest teilweise die Lücken geschlossen werden, die infolge der Einweisung in die Lager entstanden waren. Aber auch Angehörige der Intelligenz interessierten sich für Bildungsveranstaltungen. Das waren vor allem politische Häftlinge. Für sie waren Vorträge, Gesprächskreise, intellektuelle Diskussionen ebenso wichtig, wie das Minimum materieller Lebensbedingungen wichtig war. Ein starker Wissensdrang zeichnete auch die Arbeiter aus, die aus politischen Gründen ins Lager gekommen waren.

Die Bildungsarbeit konnte nicht alle Häftlinge erreichen, vor allem nicht die sogenannten Muselmänner, also Menschen, die zu entkräftet waren, um noch irgendein intellektuelles Interesse entwickeln zu können.

Die systematische Ausbildung zu organisieren, war außerordentlich schwierig. Der Lehrer Kitka<sup>19</sup> unterrichtete 1943 in Sachsenhausen vor allem polnische Bauern, die Analphabeten geblieben waren. Ähnliche Arbeit wurde in Gusen geleistet. In Majdanek unterrichtete Mathylda Wilniewska aus eigener Initiative polnische Kinder aus der Gegend um Zamość in Lesen und Schreiben.<sup>20</sup> Eine Art Grundschule existierte in Ravensbrück. Ihr verdanken 73 Kinder ihre ersten Bildungsschritte.<sup>21</sup> 1940 begann in Buchenwald eine offizielle Ausbildung polnischer Jugendlicher zu Maurern. Als Ausbilder wirkten deutsche politische Häftlinge. Neben der Fachausbildung gelang es, ungeachtet der Beobachtung durch die SS, die Jugendlichen konspirativ in der Muttersprache und in polnischer Literatur zu unterrichten. Diese Ausbildung erfuhren annähernd 200 Jugendliche.<sup>22</sup>

1943 entstand in diesem Lager eine illegale Schule für polnische Kinder, die von 114 Kindern absolviert wurde.<sup>23</sup> Ein Teil des Blocks 11 wurde für diese illegale Ausbildung vorgerichtet. Unter der Baracke befanden sich entsprechende Verstecke. In vier Gruppen wurden die Kinder täglich jeweils vier Stunden unterrichtet, wobei sich die Kinder den gesamten Unterrichtsstoff merken mußten, da keine Aufzeichnungen möglich waren.

In Buchenwald wurde auch eine systematische Mittelschulausbildung betrieben. In drei Gruppen arbeiteten insgesamt 39 Schüler. Eine ähnliche Schulausbildung erfolgte auch in Ravensbrück. In ihr lernten 21 Mädchen und Frauen; die meisten von ihnen Opfer der pseudomedizinischen Experimente. Sie bewältigten den Lehrstoff einiger Gymnasialklassen und legten nach ihrer Befreiung ihre Abiturexamen ab.<sup>24</sup> Für den Unterricht standen anfangs nur ein Mathematiklehrbuch und ein Band des Buches »Sto lat myśli polskiej« »Hundert Jahre polnischer Gedankenwelt« zur

19 G. Zych: Oranienburg, Warszawa 1962. S. 160.

20 D. Brzóska-Mędryk: Niebo bez ptaków (Himmel ohne Vögel), Warszawa 1968, S. 179.

21 Szkoła w konspiracji (Schule im Untergrund), Warszawa 1960, S. 271.

22 Relacja Aleksandra Cichockiego (Bericht von Aleksander Cichocki), in: Archiwum Akt Nowych (Archiv neuer Akten), Oddz. VI. zesp. 212/III-I.

23 »Za wolność i Lud« (»Für Freiheit und Volk«), Warszawa 1964. Nr. 51-52.

24 W. Kiedrzyńska: Ravensbrück, Warszawa 1961, S. 292.

Verfügung. Im Laufe der Zeit wurden Bücher zur polnischen Literatur beschafft, zur Fremdsprachenausbildung und in gemeinsamer Arbeit von Häftlingen entstand ein Unterrichtsmaterial zur Geschichte Polens.

In nahezu allen Lagern wurden Fremdsprachen gelernt. Vor allem deutsch, weil es für den Alltag und das Überleben am wichtigsten war. Großen Zuspruchs erfreute sich französischer und englischer Fremdsprachenunterricht. Es wurde eigenständig gearbeitet, hinzu kam die Konversation mit Muttersprachlern.

Im Zentrum der Bildungsarbeit standen Geschichte und polnische Literaturgeschichte. Da sie die nationalen Bindungen und den Durchhaltewillen am meisten stärkten, wurde ihre Verbreitung von den Deutschen am schärfsten verfolgt. Im Frauenlager Stutthof hielt Halina Strzelecka Vorträge zur polnischen Literaturgeschichte. Bereits ab Frühjahr 1941 unterrichtete in Sachsenhausen der Gymnasiallehrer Dr. Jan Gembica<sup>25</sup> jeden Sonntag polnische Literatur, während der Schriftsteller Kazimierz Andrzej Jaworski<sup>26</sup> das Fach Theorie der polnischen und fremdsprachigen Literatur lehrte. In Dachau unterrichteten Stanisław Owczarek und Józef Pribula<sup>27</sup> regelmäßig Geschichte der polnischen Literatur. Dasselbe Thema unterrichteten in Buchenwald Henryk Sokolak und Jan Zygmunt Jakubowski. Die Fächer Rechts- und Wirtschaftswissenschaften vermittelten Zygmunt Zaleski und Tadeusz Świącicki. Am systematischsten wurden diese Fächer in Ravensbrück unterrichtet. U. a. durch die Polonistin Urszula Wińska und die Historikerin Helena Salska.<sup>28</sup> Zu erinnern ist auch an die Vorträge von Maria Antoniewicz zur polnischen Literaturgeschichte in Majdanek.

Darüber hinaus unterrichteten Polen auch Angehörige anderer Nationalitäten in weiteren Fächern. In Majdanek unterrichtete Helena Kurcyszowa belorussische Jugendliche und Karol Potocki in Sachsenhausen russische.<sup>29</sup>

Weitaus verbreiteter waren in allen Lagern Einzelveranstaltungen. Dazu gehörten Vorträge vor kleinen Gruppen zu unterschiedlichen Themen. War doch das Zusammenfinden in kleinen Gruppen verhältnismäßig einfach, wengleich es auch von lokalen Bedingungen abhing.

Die Vorträge hielten meistens Lehrkräfte unterschiedlicher Bildungsstätten, Funktionsträger der Bereiche Kultur, Politik oder Sozialarbeiter. Oftmals waren es auch Menschen, die einfach nur Interessantes zu berichten wußten und das auf eine spannende Art und Weise taten. Die Zusammenkünfte fanden an allen nur möglichen Orten statt; in den Dusch- oder den Toilettenräumen, im Block oder während eines Spaziergangs, im Lazarett oder auf einer Kammer. Zumeist ging es um Gesellschaftswissenschaften, um Geschichte, Literatur- oder Kunstgeschichte; aber auch um Naturwissenschaften, Biologie, Astronomie, Chemie und Physik sowie die Technikwissenschaften, z. B. Hinwendung zur Polytechnik, Agrotechnik usw. Großen Anklang fanden Gespräche über Reisen und Erinnerungen, besonders wenn aus erster Hand berichtet wurde.

In Auschwitz hielten Vorträge dieser Art u. a. Stanisław Korwin über die Araber, Kapitän Paszkowski über die Fahrten der »Kosciuszko«, Antoni Jakubski über Biologie, Władysław Olbrycht zur

25 G. Zych: A. a. O., S. 160.

26 P. Grochalicki: *Oswiata w piekle* »koncentraka« (Bildung in der Hölle des KZ), in: »Głos Nauczycielski« (»Stimme des Lehrers«), 1958.1.

27 S. Owczarek: *Moja praca oświatowa wśród więźniów w Dachau* (Meine Bildungsarbeit unter Häftlingen in Dachau), in: »Kwartalnik Opolski« (Opoler Vierteljahresschrift), H. 2/1961.

28 Szkoła: A. a. O., S. 225.

29 J. Ścisło: A. a. O., S. 74.

Gerichtsmedizin, Stanisław Piolun-Noyszewski über Żeromski, Kazimierz Sichrawa über die Pariser Bohème und Lucja Charewiczowa über Lwów.

In Majdanek sprachen Leon Pomirowski über das Theater, Prof. Stanisław Poniatowski über Ethnografie, Dr. Stanisława Perzanowska unterrichtete im Lazarett Anatomie, Physiologie, Grundlagen der Asepsis. In Stutthof war Prof. Jan Rostafinski am beliebtesten. Er sprach über Pasteur, Astronomie und Grundlagen des Lebens. Franciszek Lipinski sprach über Atomphysik. In Groß-Rosen hielt Prof. Stanisław Poniatowski Vorträge zur Ethnologie, Mieczysław Pruszyński zu Rechtsfragen, Prof. Mieczysław Michałowicz über den aktuellen Stand der Medizin, Kazimierz Guzik zu Geometrie und Physik, Andrzej Wakamundzki über Chemie und Biologie und Prof. Marcelli Handelsman über Bismarck.

Zahlreiche Vorträge fanden in Mauthausen-Gusen statt. Oftmals während der Spaziergänge. Diese Form der Bildung erhielt den Namen »laufende Universität«. Jeweils drei Personen hörten im Laufen einen Vortrag und wiederholten das Gehörte vor drei neuen »Spaziergängern«.<sup>30</sup> Vorträge hielten Franciszek Adamanis über Chemie und Pharmakologie, Doz. Wiktor Ormicki zur geografie und Ethnographie, Bolesław Jaszczuk zur Elektrizität und zum Atomaufbau, Walenty Baranowski zur Zuckerindustrie und Bronisław Ruta zur Geschichte und zu Fragen des polnischen Staatsaufbaus.

In Sachsenhausen sprach Kazimierz Apt über physikalische Erscheinungen, Józef Mazurek über Landwirtschaft, Piotr Grochmalicki über Naturkunde.

Einen besonderen Platz in der Bildung nimmt die Gruppe der im November 1939 verhafteten Professoren der Jagiellonischen Universität ein, die im Winter 1939/40 nach Sachsenhausen verbracht wurde. Im Block 45 führten sie etwa 150 und im Block 46 annähernd 120 wissenschaftliche Gesprächsrunden durch. Die Professoren lebten anfangs unter besseren Bedingungen als die anderen Häftlinge. Sie mußten nicht arbeiten, daher die große Zahl wissenschaftlicher Veranstaltungen. Organisiert wurden sie vor allem durch den Historiker Władysław Konopczyński sowie den Rechtswissenschaftler Adam Heydel.<sup>31</sup> Vorträge hielten Ignacy Chrzanowski über Literatur im XIX. Jahrhundert., Michał Siedlecki über Wyspiański und über Reisen, Wiktor Ormicki über Wirtschaftsentwicklungsprogramme für das Land, Tadeusz Grabowski über Philosophie, Władysław Konopczyński über die Adelsrepublik, Zygmunt Bielski über Erdölbohrung, Adam Heydel über Reisen nach Amerika und Aleksander Orszacki über die Zuckerkrankheit.

Zahlreiche und vielfältige Vorträge gab es auch in Ravensbrück. Neben Geschichte und Literaturgeschichte auch über Geographie, Geophysik und Mineralogie.<sup>32</sup>

Diese Gesprächskreise und Vorträge waren außerordentlich populär. An ihnen konnten sich Häftlinge mit den unterschiedlichsten Bildungsvoraussetzungen beteiligen. Dagegen verlangte die Teilnahme an Diskussionsrunden zu sozialen und politischen Fragen bereits eine bestimmte Vorbereitung. Hierbei überwogen zeitgenössische Themen. Einen gewissen Platz nahmen wirtschaftliche

30 W. Gębik: Z diabłami na ty (Mit den Teufeln auf Du und Du), Gdańsk 1972, S. 148-150.

31 V. Francic: Organizacja więźniów profesorów w obozie I Sachsenhausen (Die Organisation der Professoren-Häftlinge im Lager Sachsenhausen), in: »Przegląd Lekarski« (»Ärztliche Rundschau«), Oświęcim 1970, S. 154.

32 T. Musiol: A.a.O., S. 194.

33 W. Gębik: A.a.O., S. 150.

Fragen ein. In Gusen z.B. diskutierte man das Thema »Selbstverwaltung und Selbstverwaltungsinstitutionen in Polen nach dem Krieg« und »Genossenschaftswesen als Form staatsbürgerlicher Erziehung«.<sup>33</sup> Zahlreiche Vorträge zu diesen Themen wurden auch in Buchenwald gehalten.

34 W. Kiedrzyńska: A.a.O., S. 302.

Bildungsbestrebungen wurden besonders in jenen Lagern verwirklicht, in denen es unter den Häftlingen eine größere Anzahl von Lehrern gab. In Auschwitz bildete sich insgeheim eine Zweigstelle des Verbands der Lehrerschaft Polens, die Weiterbildungsveranstaltungen in drei Arbeitskreisen durchführte. 42 Lehrer nahmen teil und widmeten sich vornehmlich der Pädagogik, dem Rechtswesen und der Volkswirtschaft. Auch in Buchenwald entstand eine Zweigstelle im August 1942. Diskutiert wurden die Zukunft der Bildung und die Systeme des Unterrichtswesens in anderen Ländern. In Ravensbrück führten Häftlinge auf Initiative von Urszula Wińska eine Befragung der Frauen durch. Die Frage »Wie veränderten wir uns im Lager?« wurde unter zwei Gesichtspunkten untersucht: »Mein Verhältnis zum Menschen, bevor ich ins Lager kam und jetzt« sowie »Mein Verhältnis zur Arbeit, bevor ich ins Lager kam und jetzt«. 64 Antworten dazu wurden eingereicht.<sup>34</sup>

35 W. Kiedrzyńska: A.a.O., S. 299.

Eine besondere Form der Bildungsarbeit waren Vorträge durch polnische Häftlinge, die Fremdsprachen beherrschten. Für deutsche Häftlinge hielten in Dachau Kazimierz Piwarski, Kazimierz Drewnowski und Wiktor Ormicki Vorträge zur Geschichte Polens, dessen Kultur und Geographie. In Ravensbrück erarbeiteten Polinnen einen Vortrag in deutscher Sprache zum Thema »Die Stellung der Frau in der Gesellschaft verschiedener Völker Europas«.<sup>35</sup> Im Herbst 1939 sprach, während des Kartoffelschälens, Helena Salska zu deutschen Kommunistinnen über die Geschichte Polens und Genese des Zweiten Weltkriegs. An Diskussionen in kleinem Kreis französischer und polnischer Häftlinge erinnert Zygmunt Zaleski.<sup>36</sup>

36 Z.L. Zaleski:  
Experience psychologique  
et sociale des camps de  
concentration allemande,  
Paris 1946, S. 22.

In den Lagern entstanden auch wissenschaftliche Arbeiten. Wiktor Ormicki schrieb 1941 im Lager Gusen eine Expertise über die Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung auf der Erde. Während seiner Arbeit im biologischen Laboratorium im Lager Sachsenhausen schrieb Dr. Marian Józef Skowroński insgeheim ein Handbuch der Phytotherapie von Kinderkrankheiten, das nach dem Krieg veröffentlicht wurde.<sup>37</sup> In Dachau entstanden zwischen 1939 und 1945 zwei Abrisse des Prof. Kazimierz Drewnowski zum Meßwesen in der Elektrotechnik.

37 Biografia byłich  
więźniów politycznych  
niemieckich obozów  
koncentracyjnych (Biogra-  
phien ehemaliger politischer  
Häftlinge deutscher Konzen-  
trationslager), Philadelphia  
1975, t.1, S. 205.

Die vielseitige Bildungsarbeit der Häftlinge in den Konzentrationslagern zielte darauf, die Mitgefangenen, vor allem die Jugendlichen, von der traurigen Gegenwart abzulenken und ihre nationalen und sozialen Kenntnisse zu vertiefen. Die Bildungsbemühungen halfen beim Überleben. Die Ravensbrückerin Wanda Dobaczewska schrieb: »Der geistige Hunger trat nirgendwo anders so stark auf und nirgendwo bestätigte sich die Wahrheit so deutlich, daß der Mensch nicht nur von Brot allein lebt«.<sup>38</sup>

38 W. Dobaczewska:  
Kobiety z Ravensbrück  
(Frauen von Ravensbrück),  
Warszawa 1946, S. 149.

Aus dem Polnischen von Gerd Kaiser

# STEFFEN MENSCHING HANS-ECKARDT WENZEL Abschied

STEFAN AMZOLL: Schwer anzufangen ein Gespräch mit Clowns?

HANS-ECKARDT WENZEL: Beliebte Frage ist immer: Warum hört ihr auf?

STEFFEN MENSCHING: Das liegt in der Natur der Sache, so zu fragen.

STEFAN AMZOLL: Seid Ihr des Tingelns satt?

STEFFEN MENSCHING: Man kann lax antworten: Wir meinten, zwanzig Jahre wären genug. Und glauben, daß wir diese Form erstmal ausgereizt haben, daß wir uns nicht wiederholen sollten und daß es schwer oder unmöglich ist, aus der Konstellation mehr herauszuholen, als wir bisher geschafft haben. Das sind die Gefahrenpunkte, die wir erkannt haben in den letzten Jahren. Und deswegen haben wir uns entschieden, die Sache abubrechen.

STEFAN AMZOLL: Gibt es denn nur eine Form?

HANS-ECKARDT WENZEL: Nein, es gibt nicht nur eine Form, aber es gibt in der Form, in der Rezeption einen Zwang von seiten des Publikums. Das Publikum fordert eine bestimmte Art von Clown immer wieder ein. Und unsere Versuche, dem zu entkommen, z.B. mit Stücken wie »Der Aufenthalt in der Hölle« nach Texten von Arthur Rimbaud, die wurden nicht angenommen. Sobald wir in eine andere Ebene aufbrachen, etwas experimentierten, ließ es diese Rezeption nicht mehr zu.

STEFAN AMZOLL: Sicher liegt das auch an der Strukturierung der Gesellschaft.

HANS-ECKARDT WENZEL: Wenn oben drauf steht: Wenzel & Mensching, dann will man das haben, was man kennt an ihnen. Also der Kulturbetrieb ist auf absolute Rezeption ausgerichtet. Es darf nur das Neue des Ewig-Immergleichen sein! Das Innovative hat nur einen ganz geringen Prozentsatz dabei zu suchen. Aus dem Grund muß man vorsichtig werden. Wir verkämen zum Diestleistungsbetrieb. Das widerspricht dem anarchistischen Ansatz der Clowns. Der Kulturbetrieb verpflichtet zur Eindeutigkeit. Will der Clown vital bleiben, muß er alles vieldeutig machen, was eindeutig sein will.

Steffen Mensching – Jg. 1958.  
Hans-Eckardt Wenzel – Jg. 1955.  
Liedermacher und Schriftsteller. Beide studierten an der Humboldt-Universität Berlin Kulturwissenschaften/Ästhetik. Seit 1985 arbeiten sie als Clownsduo Wenzel & Mensching. U.a. 1990 Heinrich-Heine-Preis, 1995 Deutscher Kabarettpreis.

Stefan Amzoll – Jg. 1943; studierte von 1968 bis 1972 Theater- und Musikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er arbeitete im Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR als wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1977 als Musikredakteur und Redaktionsleiter Ernste Musik bei Radio DDR II. Promovierte 1987 über kulturelle Aspekte des Rundfunks der Weimarer Republik. Nach der Wende Chefredakteur des Kulturprogramms Radio DDR II, übernahm er 1990 die Programmleitung von Deutschlandsender Kultur. Ende 1991 durch Einrichtungschef Mühlfenzl und ZDF-Intendant Stolte vom Dienst suspendiert. Danach einige Monate arbeitslos. Seit 1992 als freier Publizist tätig. Von Stefan Amzoll in UTOPIE kreativ u.a. Gespräch mit Hans-Eckardt Wenzel »Was war dieses Jahrhundert eigentlich?« in Heft 81/82 Juli/August 1997); in Heft 91/92 (Mai/Juni 1998) »Ich ist kein anderer. Hanns Eisler und die DDR – Eine Montage«; in Heft 97/98 (November/Dezember 1998) Gespräch mit Thomas J. Richter »... Erotik findet links statt« und in Heft 109/110 (November/Dezember 1999) Gespräch mit Friedrich Schenker Musik zumpazifistischen Gebrauch

STEFAN AMZOLL: Was war das für ein Publikum, das Ihr über zwanzig Jahre weg bedient habt und das Euch – über alle Wechsel – treu begleitet hat? War der Kreis eher festgefügt oder ein mobiles Gefüge?

STEFFEN MENSCHING: Weiß ich nicht. Ich glaube, nicht so sehr festgefügt, dazu sind in den letzten Jahren viel zu viel junge Leute dazugekommen, die anders sozialisiert waren, die vielleicht von der DDR nur noch frühkindlich, als Jungpioniere etwas mitgekriegt haben, wenn überhaupt. Was das Publikum geeint hat, war das Interesse an einer zeitkritischen, aufklärerischen, frechen, engagierten Kunst, die gleichzeitig Entertainment, Spaß, Nonsense bietet. Diese Mischung, eine Aufhebung von U und E, die wir versucht haben, hat viele Leute unterschiedlichen Alters interessiert und sie hatten Spaß daran.

STEFAN AMZOLL: Offenbar etwas, was es kaum noch gibt.

STEFFEN MENSCHING: Weder in der Literatur noch auf dem Theater gibt es das noch. Der Widerspruch zwischen Verblödung und Avantgarde, dieser Widerspruch ist wieder aufgebrochen, stärker als noch vor zehn, fünfzehn Jahren.

STEFAN AMZOLL: Habt Ihr mal vor Leuten aus dem Establishment gespielt? Die besuchen ja in der Regel beides: in Kriegszeiten mit Vorliebe den »Rosenkavalier«, in anderen Lagen das Kabarett. Und sie erzählen sich, ganz anders als Ihr auf der Bühne, Wirtinnenwitze.

HANS-ECKARDT WENZEL: Wir haben einmal auf einer Ost-West-Tagung gespielt, vor Managern, die sich mit vielen Zahlen herum-schlagen. Unsere Aufführung hat unglaublich gut funktioniert. Ihnen hat das Kraftvolle an unserem Spiel gefallen. Leute, mit denen wir uns unterhalten haben, sagten, sie gingen nie ins Kabarett, sie fänden das grauenhaft! Es lag sicher daran, daß wir eine gewisse artifizielle oder ästhetische Stufe nicht unterschritten haben, selbst wenn wir so taten, als würden wir das. Eine unideologische absurde Sicht. Aus der – das wissen Krisenmanager – entstehen oft Ansätze zu Problemlösungen.

STEFAN AMZOLL: Unterhalb dieser Schwelle würde Blödsinn herauskommen?

HANS-ECKARDT WENZEL: Vielleicht. Die Form der Clown-Spiels ist aber eigentlich sehr offen. Das Konzept ist nicht nur auf eine spezielle Gruppe ausgerichtet. Volkstheater eben. Es kann etwas erzeugen, das auf eine neue Art Gemeinsamkeit stiftet. Schon allein das Lachen, eine Sache, auf die wir gebaut haben, sozialisiert ja ein Publikum neu: in dem Moment, wo alle lachen, kann keiner denken, in diesem Augenblick sind alle gleich. Und dieses Moment einer rhythmischen Synchronisierung von sehr verschiedenen Erfahrungen trägt soziale Utopie in sich.

STEFAN AMZOLL: Das Feudalsystem DDR bot diversen Höflingen der Kunst Unterschlupf. Habt Ihr jemals die Hofnarrenrolle gegeben?

STEFFEN MENSCHING: Eigentlich haben wir uns nie so gefühlt. Dazu waren wir weder in der DDR noch in der jetzigen Gesellschaft integriert genug. Wir lagen immer dazwischen, in einer Zwischensituation und -stellung. Weder im Osten noch im Westen sind wir in die offiziellen Gremien der Kunst hineingeraten. Weder in die Akademien noch in sonstige Bereiche der Kunstehrerung.

STEFAN AMZOLL: Kunst, in der gelacht werden kann, wird in Deutschland nicht sonderlich ernst genommen.

STEFFEN MENSCHING: Das hat sich, glaube ich, gehalten. Im Osten wie im Westen. Mitunter hatten wir in der DDR das Gefühl, privilegiert zu sein oder einen anonymen Gönner zu haben, der seine Hand über uns hält. Wir konnten eben Dinge machen – das hing schon zusammen mit dem Narren, den wir darstellten –, die andere sich zumeist nicht trauten oder wofür sie mit Schwierigkeiten belegt wurden.

STEFAN AMZOLL: Wurdet Ihr gar von bösen Elementen vorgeschickt?

STEFFEN MENSCHING: Dieses Rätsel ist noch unaufgelöst. In gewissen Stellen gab es durchaus Leute, die das kalkuliert haben und die die Spielwiese, die intellektuelle Kritik absorbiert, wollten. Etwas mußte ja zugelassen werden, Ventilfunktionen z.B., die man ja auch hatte. In solchen Systemen hat man gearbeitet, das wußte man. Wir haben allerdings nie auf den Festen und Empfängen der Autoritäten gespielt. Wir waren bei den Leuten unten. Nicht mit denen da oben, mit ihnen haben wir unsere Narreteien ausgetauscht.

STEFAN AMZOLL: Könnt Ihr Euch an kritische Lagen erinnern, wo es wirklich spannend wurde, wo es ans Eingemachte ging?

HANS-ECKARDT WENZEL: Spannend war die Zeit der Wende, nachdem wir im September '89 die Resolution der Rockmusiker und Liedermacher entworfen hatten und mit einer Szene bereits den Niedergang Mielkes gespielt haben, ein Spiel über die Spekulationen des Thronfolgers ect. pp. Da war eine eigenartig explosive Stimmung, wirklich jede Pause und jedes Komma wurden mit Bedeutung aufgeladen. Wenn man ein Meßverfahren herstellen könnte, das die Geistigkeit in Sälen feststellt, dann gehört das, glaube ich, mit zu den unglaublichsten Momenten, die es auf deutschen Theaterbühnen gegeben hat. Etwas, was uns auch geprägt hat und gezeitigt hat, welche Brisanz sich herstellen kann in der Öffentlichkeit, wieviel Lebendigkeit entstehen kann.

STEFAN AMZOLL: Auch wieviel Ablehnung?

HANS-ECKARDT WENZEL: Die Leute haben uns ja nicht nur belächelt, sie haben uns auch beschimpft und sind uns angegangen. Das gehört dazu, daß man zwar als Clown darauf aus ist, einen Konsens mit dem Publikum herzustellen, die Leute aber auch zum Lachen zwingen kann über Dinge, die sie gar nicht belachen wollten.

STEFAN AMZOLL: Brecht hat das mit der Teilung des Publikums beschrieben.

HANS-ECKARDT WENZEL: Dieser Vorgang ist durch die aufgewärmte Avantgarde verkommen. Viele meinen, wenn Leute deren dilettantische Auswüchse nicht gut finden, dann wäre das eine Publikumsteilung. Faule Ausreden.

STEFAN AMZOLL: Brach auch mal der Dialog mit dem Zuschauer ab?

HANS-ECKARDT WENZEL: Das ist ein interessanter Punkt, wenn man die Zuschauer alleine läßt und nichts vermittelt. Dann ist der Widerspruch zwischen den Clownsmasken, die scheinbar nur zur Freude der Welt existieren, und dem, was sie bieten, um so größer. Unsere ersten Erfahrungen nach der Wende im Westen auf Kleinkunstabühnen haben dies bestätigt. Die Leute waren unglaublich verunsichert, wie wir uns so kostümieren und philosophisch daherreden konnten. Das war nicht zusammenzubringen.

STEFAN AMZOLL: Die »Nichts-Szene«, die Ihr gespielt habt, paßt ans Ende Eurer Clownskarriere. WEH sagt: Früher sorgte sich die Menschheit, irgendwas hinzukriegen, und heute es wieder wegzukriegen. Tangiert das auch die Abschlußfahrt der Lokomotiven der Geschichte, die Walter Benjamin am liebsten angehalten hätte?

STEFFEN MENSCHING: Jein. Man kann den Satz zwar, muß ihn aber nicht geschichtsphilosophisch untermauern. Der Gedanke meint vieles, etwa auch den Umgang mit individuellen Biographien. Wenn man jedoch Benjamins Satz ernst nimmt, daß der Geschichtsprozeß angehalten werden müsse, so bedeutet das: Es sind die permanenten Beschleunigungen im Produktionssektor, die immer rascheren Abläufe der Vermarktung, die die Welt zerstören. Und eine Umkehr ist nicht in Sicht.

STEFAN AMZOLL: Und wie reagiert Ihr als Clowns?

STEFFEN MENSCHING: Wir machen genau das Gegenteil. Wir widersprechen mit unserem Spiel dem Effektivitätswahn. Wir bedienen das System nicht, wir sind die Aussteiger aus dem System.

STEFAN AMZOLL: Das Weltunternehmen Kapital, es endet im Sumpf?

STEFFEN MENSCHING: Der Betrieb kann zwar noch existieren, aber die Geschichte läuft längst auf der Schiene der Selbstzerstörung. Wir zeigen Möglichkeiten, um die Individuen gebracht werden und wieviel bewahrt werden kann und wieviel zu gewinnen ist.



STEFAN AMZOLL: Wie spielt man das?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist auch das: ein Produkt, das funktioniert, hat die Pflicht, in dieser Gesellschaft permanent vorhanden zu sein. Die Abwesenheit von etwas Kostbarem wird in dieser Gesellschaft nicht für möglich gehalten. Und dieses Produkt, diese beiden Clowns, begeben sich jetzt in die Abwesenheit. Sie verenden nicht, sie sind nicht gestorben, sondern sie werden unsichtbar für die Leute. D. h., sie behalten ein großes Stück ihres Geheimnisses und auch ihrer utopischen Potenz, und sie geben nur wenig von ihrem Selbst der Profanität des Marktgeschehens preis. In dem Sinne funktioniert vielleicht der zitierte Satz, daß es schwierig ist, etwas zu beginnen, aber schwieriger, etwas zu beenden, abwesend zu machen. Das reflektiert die »Nichts-Szene«. Denn das Nichtanwesende ist ja das Utopische. Das Anwesende trägt keine Utopie in sich, es trägt die Realität des Gebrauchs in sich.

STEFFEN MENSCHING: Wir hatten diese Überlegung auch immer bei der Frage, ob wir aufhören oder weitermachen sollten. Die Wendenmonate waren z. B. eine Zeit, in der es dringlich war, weiterzumachen und Verantwortung auf sich zu nehmen. Gerade unsere Mittel waren da wichtig: etwas über die Zeit auszudrücken, ohne plump zu werden. Nicht anders in der Zeit danach. Vieles war weggebrochen und schnell verschwunden. Und wieder sagten wir, man müsse weitermachen. Jetzt steht man vielleicht nicht mehr so sehr in der Verantwortung.

STEFAN AMZOLL: Jetzt, wo alles abgeräumt ist?

STEFFEN MENSCHING: Ne, man kann aber meinen, das Publikum sei jetzt in einem mündigeren Stadium und könne ohne uns auskommen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Man darf bei allem nicht vergessen, daß die Kulturlandschaft sich jetzt etabliert hat. So wie sie ist, wird sie uns eine Weile beherrschen. Die Klubs werden geschlossen, immer mehr Veranstaltungsorte verschwinden oder begeben sich auf kommerzielle Bahnen. Einige Bühnen befanden sich, wie wir, in ihrer letzten Spielzeit. Ein allgemeines Abschiednehmen. Die kulturelle Wüste wächst.

STEFAN AMZOLL: Vielleicht auch die Chance einer neuen Kultur.

HANS-ECKARDT WENZEL: Zum Teil. Aber zumeist ist es bloß ein merkantiles Herumhantieren, eine Sache zum Geldverdienen, weil, man kann im Kultur- und Kunstbereich auch auf eine schöne Art Geld verdienen, wenn man dem Zeitgeist und dem Zeitgeschmack entspricht. Die großen Institutionen werden reich damit. Das geht mit dem Erkenntnisanspruch, den wir haben, nicht überein. Es fehlen die Räume, und das Bedürfnis, so zu denken, verschwindet zusehends. Zumindest erscheint es so in der Öffentlichkeit.

STEFAN AMZOLL: Heißt das, ganz neu nachzudenken?

HANS-ECKARDT WENZEL: In dieser Situation muß man sich neu besinnen. Wo sind die Orte, an denen man Realität darstellen kann? Sind es noch die Clowns? Man muß die Mittel immer anzweifeln. Es reicht nicht, daß etwas funktioniert. Man muß das Gefühl haben, der präziseste Blick auf die Welt ist möglich.

Das war in den letzten Jahren nicht mehr sicher in unserer Clownsunternehmung. Es hat zwar funktioniert, und je mehr man den Anspruch herausgenommen hat, desto besser hats funktioniert. Aber das ist natürlich nicht das, wofür man sein Leben in die Waagschale werfen würde.

STEFAN AMZOLL: Auch Euer letztes Programm verhandelte sehr ernste Probleme: das fortgesetzte Siechtum des Restglobus, den Zentrismus Deutschland als Europa, Europa als Deutschland, die Logik der Fremdenfeindlichkeit. Die Szene, Die, wo wir geglaubt hatten ... (aus: Der Abschied der Matrosen vom Kommunismus), bringt Sprechgirlanden oder -ketten. Der Nonsens der Schleife, die Wort- und Satzkombinationen wiederholt und abwandelt, funktioniert manchmal wie Minimal Music. Ausdruck eines Schreckens ohne Ende?

STEFFEN MENSCHING: Wir haben programmlich eine Essenz gegeben, beispielhafte Texte, Szenen, Lieder. Das hat zu einer Konzentration geführt. Das letzte Programm war ein Potpourrie-best-of-Abend. Die Sprechgirlande auf die Fremdenfeindlichkeit ist sieben Jahre alt.

STEFAN AMZOLL: Aber das Problem ist nicht weg. Deswegen habt Ihr das ja immer wieder gemacht.

STEFFEN MENSCHING: Die äußeren Bedingungen haben sich sehr stark geändert. Man merkt atmosphärisch, daß die Wunde viel schlimmer ist als angenommen. Es ist eben mehr als bloß eine Irritation. Hier kippt mehr ...

STEFAN AMZOLL: Ihr kramt in Die, wo wir geglaubt haben ... unter der Oberfläche und fragt, wie kommt so etwas wie Rechtsextremismus, Neonazismus, Wut aufs Fremde zustande.

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist zum einen, was Menschling eben beschrieben hat. Zum anderen: Als Künstler hat man antizipatorisches Interesse, d. h., man schreibt nicht unbedingt, was im Augenblick interessiert, sondern man legt Wert auf die verborgenen Realitäten, die vielleicht erst in ein paar Jahren akut interessieren. Und so haben sich viele Szenen, die wir jetzt durchgesehen haben für diesen Abend, auf einmal als haltbar und kraftvoll erwiesen. Wir haben sie wieder benutzt, und jetzt treffen sie auf ein anderes Bewußtsein. Manchmal schließen sie sich eher auf, als vor sechs Jahren vielleicht.

STEFAN AMZOLL: Und die Beschreibung folgt ganz der Eigenart der Clowns?

HANS-ECKARDT WENZEL: Sie beschreiben auf naiver Stufe unterbewußte Strukturen. Und indem sie in diesen unterbewußten Strukturen wie Kinder im Traum etwas entdecken, formulieren sie viel genauer, weil sie ihre eigene Schuld mit einbeziehen. Im Traum ist man auch immer schuld. Nur im wirklichen Leben, durch die moralische Verstellung der Interpretation, scheint die Schuld bei andern zu liegen. Indem man das verweben kann in solchen Text- oder szenischen Collagen, trifft es auch den Zuschauer; er erkennt sich darin.

STEFAN AMZOLL: Wächst das Erschrecken über diese Realität, wenn Ihr die wohlige Decke des Normalen wegzieht und die Sonde in den Schoß steckt?

HANS-ECKARDT WENZEL: Wenn man begreift, die Realität bin auch ich. Ich bin auch die Fremdenfeindlichkeit, auch wenn ich moralisch dagegen bin! Die geistige Hygiene besteht darin, das bloßzulegen und zu fragen, wo die Gefahren sind, damit sie nicht wuchern können.

STEFAN AMZOLL: Gabs mal in Sälen Feindberührung mit Rechten oder dem Normalbürger mit Kitsch- und Aufklatschcke?

STEFFEN MENSCHING: Eigentlich nicht. Wir haben nie, sagen wir, Ghetto-Veranstaltungen gemacht. Wir hätten gern mal im Gefängnis gespielt. Nach der Wende vor allen Dingen, als das möglich war. Das hat sich nicht ergeben. Aber das Interessante an Die, wo wir geglaubt haben ... ist ja, daß die Szene sich nicht an Fascho- oder Skinverhalten orientiert, sondern wir bieten Bier- oder Abendischchauvinismus. Unser Freund Heiner Maaß, der lange mit uns gearbeitet hat und vor anderthalb Jahren gestorben ist, war weiß Gott kein Ausländerfeind, aber irgendwann kam er dann einmal an und sagte: Also diese Hütchenspieler auf dem Alex, das sind ja alles Verbrecher. Das ist vox populi. Wenn man nicht auch ernst nimmt, was da für Ängste und Urteile (nicht nur Vorurteile) existieren, dann ignoriert man das Problem. Dann kann man es zwar moralisch werten und sagen: ich bin nicht a priori gegen Ausländer; es zu sein, das gehört sich nicht. Aber das überzeugt natürlich niemanden.

STEFAN AMZOLL: Und wie geht Ihr vor?

STEFFEN MENSCHING: Wir haben versucht, die Logik solcher Denkvorgänge zu zeigen und weiterzuführen. Besagte Szene nimmt diese Irritationen auf, mit denen man nicht klar kommt, die ungewöhnlich sind, und führt sie fort in der Logik eines Denkprozesses. Ich denke, das hilft viel mehr, absurde Urteile übers Fremde in Frage zu stellen, als der moralische Zeigefinger.

HANS-ECKARDT WENZEL: Dieser Wortblock oder diese Girlande, wie Sie sagen, operiert immerzu mit den gleichen Vokabeln. Durch andere syntaktische Strukturen und Betonungsverschiebung erzeu-

gen sich immerzu andere Inhalte, die nicht ganz klar aufschlüsselbar sind. Man führt vor, wie wenig das Problem verbal lösbar ist. Alles wird totgeplappert und letzten Endes ist gar nichts lösbar. Das ist das Problem, in dem man existiert. Das Wortmaterial hat nur seinen Sinn, wenn es im gestischen Zusammenhang funktioniert. Als Wortmaterial selbst ist es letztlich die permanente Hure.

STEFAN AMZOLL: Aber es gibt Ausnahmen, die die Regel bestätigen. Auch welche, die dagegen angehen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Lyrik versucht diese Verhörung zu umgehen, indem sie Sprache schärft und Ausschließlichkeiten herstellt. Der Zustand in unserem politischen Vokabular aber ist verheerend.

STEFAN AMZOLL: Die eigentlichen Reden der hohen Politik finden ja an den Luxustischen statt, an denen die Herrschaften zu speisen und ihre Interessen abzugleichen pflegen. – Mir fällt da Erich Frieds Band ein mit Gedichten und dokumentarischen Texten: Höre, Israel!. Er bekämpft darin den Rassismus der einst selbst rassistisch Verfolgten. Texte jüdischer Staatsgründer zerlegt Fried in Versform und hebt auf diese Weise Einzelheiten, Betonungen, Beziehungen hervor, ohne ein Wort zu verändern. Wäre nicht so ein »Höre, Deutschland!« jetzt nötig und denkbar?

STEFFEN MENSCHING: Es ist schon ein Unterschied, wenn Fried das erste Gebet der Juden zitiert und sich an sein Volk wendet als österreichischer Jude, der nach England emigrieren mußte. Das ist eine andere Art von Identität, als ich sie zum Beispiel hätte mit Deutschland. Für mich ist das Wort Deutschland immer noch – trotzdem ich in Deutschland lebe – ein historisches Wort. Ich gebrauche den Begriff historisch. Deutschland ist für mich – mag das gefallen oder nicht – 1945 auseinandergefallen. Und die staatliche Neufindung, wie sie geschehen ist, kann ich für mich immer noch nicht akzeptieren – emotional. Das hätte vielleicht geschehen können, wenn eine andere, eine dritte Qualität in diesem Staat, in dem wir jetzt leben, Bedeutung erlangt hätte. Die beiden einst geteilten Hälften wuchsen nicht zusammen. Es ist eine erweiterte Bundesrepublik, in der wir leben. Insofern hätte ich Schwierigkeiten, so einen Appell an das Land zu richten. Das liegt mir nicht.

STEFAN AMZOLL: Identitätsschwäche. Ist das wirklich eine Schwäche?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich glaube, das ist die deutsche Identität. Dieses Land ist eigentlich nie anzunehmen, und wenn es angenommen wurde, dann in einer Dumpfheit, die immer in puren Nationalismus umgeschlagen ist. Also dieses Immer-weg-wollen aus Deutschland (das die Identitätsschwachen verspüren) rührt daher. Russen wollen zurück in ihre Vergangenheit und Deutsche wollen in ein anderes Land. Das ist Identität. Wenn man die Novemberabende hier erlebt, dann versteht man das. Aber man versteht es auch aus der Geschichte. Es hat immer eine Antigeistigkeit

gegeben. Dieser eingefleischte Intellektuellenhaß, der Brumaire, die Nebelmonate sind es, die uns bestimmen. Dieser Haß gebärdet sich jetzt nur anders. Die Dandys, die schicken Leute vom Feuilleton, die tun nur so; eigentlich sind sie Antiintellektuelle. Sie übernehmen zwar das Vokabular von Intellektuellen, aber im Kern sind sie Kleinbürger, die sich hochgespielt haben in wichtige Positionen.

In diesen Räumen fühle ich mich nicht wohl. Ich nehme mich da immer mehr heraus. Das raubt mir jegliche Lust, zu formulieren und zu arbeiten.

STEFAN AMZOLL: Lust an der Arbeit, die aus der Realität kommt, sich an ihr abarbeitet?

HANS-ECKARDT WENZEL: Über der Realität, die wir zur Verfügung haben, liegen fünf, sechs verschiedene Schichten von Ideologien. Und durch die hindurchzukommen, wird immer schwieriger.

STEFAN AMZOLL: Günter Grass sagt in seiner Nobelpreisrede, daß sich der Schriftsteller jetzt mit Vergnügen dort herumtreiben solle, wo die Verlierer der Geschichte am Rande stehen. Das meint die Entrechteten, Ausgeplünderten, Ausgegrenzten, denen am Turbokapitalismus rein nichts heilig ist. Wie versteht Ihr das angesichts jener Bürde der fünf, sechs Schichten von Ideologie, die wie Ozonschichten das System verhüllen?

STEFFEN MENSCHING: Wenn Grass das so sagen kann, dann ist er (vermutlich) ein glücklicher Mensch. Ich will nicht bestreiten: Er hat diesen Anspruch wirklich gelebt, in seinen besten und mutigsten Äußerungen. Ich meine nicht die zum Kosovo-Krieg. Er hat die von mir sehr geschätzte Gabe: zum falschen Zeitpunkt wagen, das Richtige zu sagen. Grass, Teil der Minderheit von Großschriftstellern, die manches riskiert haben, war immer wieder gut für Skandale, die nicht um des Skandals willen vom Zaune gebrochen wurden.

STEFAN AMZOLL: Was bedeutet das, Helfer-sein-wollen, der Demokrat Schulter an Schulter mit den Verlierern?

STEFFEN MENSCHING: Das ist der Knackpunkt bei Grass. Er will eingebunden sein ins System. Bei der Auseinandersetzung mit Holzmännern und den Banken kommt automatisch die Frage wieder hoch: Ja, wer regiert denn eigentlich in diesem Land? Die Politfunktionäre sind Pappkameraden. Jedenfalls habe ich meine Schwierigkeiten mit so einem uraltszialdemokratischen Anspruch.

Es ist schlicht Illusion zu glauben, daß man die faktisch Regierenden überzeugen könne, eine andere Politik zu machen. Der Sozial-Demokrat hört den Ruf, und er folgt ihm. Die ausgestiegene Frau Hildebrandt, ich schätze sie durchaus, läßt sich bei SPD-Parteitagen eben abbilden in fröhlicher Eintracht mit Herrn Schröder, so als wäre nichts gewesen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Das, was Sie von Grass zitiert haben, ist eine Weltsicht, die hat ihren Kern im moralischen Impetus des 19. Jahrhunderts. Daß diese Einflußnahme von Kunst und Literatur eben nicht funktioniert, hat das 20. Jahrhundert bewiesen. Die Aussteiger, von Baudelaire bis Brecht, die es abgelehnt haben, moralisch zu argumentieren, waren sicher, daß nicht der Appell etwas bewirkt. Nein, wir müssen die Strukturen bloßlegen! Wir müssen zeigen, was stattfindet mit uns, und nicht aufrufen zur Güte. Denn moralisch ist letztendlich jeder einverstanden, daß es jedem einmal gut gehen solle. Aber darüber ändert sich nichts. Das ist eine verwässerte christliche Haltung, die sich im späten 19. Jahrhundert etabliert hat ...

STEFAN AMZOLL: Die folgenlos ist.

HANS-ECKARDT WENZEL: Das ist keine Kunst, wo man sagt: Er hat recht, okay, und nichts sonst. Die Funktion von Kunst, so wie ich sie sehe, besteht darin, die unbegreifbaren Phänomene der Welt kenntlich zu machen und zu zeigen, worin die im Grunde liegen. So etwas bildet keine Sprache ab, keine Politiksprache, nix bildet das ab. Das kann nur die Kunst tun.

STEFAN AMZOLL: Und wenn sie's nicht tut?

HANS-ECKARDT WENZEL: Dann setzen Verrohung und Barbarei ein. Ein gefährlicher Zustand, in dem sich unsere reichen Nationen befinden. Es müssen Unmengen an Geldern ausgegeben werden zur Bewahrung einer bewahrenswerten Kultur. Aber das, was an Lebenskultur nötig ist, wird immer mehr vernachlässigt.

STEFAN AMZOLL: Gewiß, dieses Befangensein im 19. Jahrhundert, dieser rigide moralische Anspruch, der auch bei Albert Camus sehr stark ist, verstellt den Blick. Andererseits kennt Grass – um bei ihm zu bleiben – die Strukturen und durchschaut die Mechanismen der Herrschaft. Wie aber, daß Grass den NATO-Krieg gegen Jugoslawien in seinen Grundstrukturen nicht erkennt? Obsiegt in dem Fall die Moral über die Ratio?

STEFFEN MENSCHING: Zunächst: Grass hat den Nobelpreis für seine literarische Leistung erhalten, nicht für seine politischen Statements. Das soll wenigstens unterschieden sein. Die besten seiner Bücher waren Aufrisse der Zeit, die Blechtrommel z.B. Und: Während des Kosovokrieges war er nicht der einzige, der die NATO-Seite unterstützt hat. Bei Grass wirken dabei Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges nach, die Verzögerungstaktik der westlichen Staaten schon vor dem Krieg, die Verschleppung der 2. Front usw. Im Fall des Jugoslawienkrieges hat die Gleichsetzung Hitlers mit Milošević diesen Druck ausgeübt: jetzt müsse etwas geschehen, damit der zweite Holocaust verhindert werde. Meine jüdischen Freunde in Amerika haben diese Gleichsetzung als etwas Infames, Schamloses empfunden, als Bagatellisierung eines unvergleichlichen Verbrechens. Fraglos ist die Situation im Kosovo

schwer zu lösen, und die Delikte dort sind keine Kavaliersdelikte. Aber für mich ist klar, daß mit militärischen Operationen die Probleme in dieser Region generell nicht lösbar sind. Die Alternative sind radikale zivile Lösungen ...

STEFAN AMZOLL: Nur, die sind leider nicht d'accorde mit den Interessen der sogenannten Internationalen Gemeinschaft. Und Interessen scheren sich bekanntlich einen Dreck um die Menschenrechte.

STEFFEN MENSCHING: In Tschetschnien passiert genau das gleiche.

STEFAN AMZOLL: Es ist ja bei fast allen Kriegen so, daß man sich den Gegner aufbaut, ihn sich zur Bestie zurechtschneidert, um dann um so grausamer auf ihn los zu gehen. Nachdem 1939 SS in polnischer Uniform den Sender Gleiwitz überfallen hatte, schrie es aus allen Röhren: »Um vier Uhr fünfundvierzig wird zurückgeschossen«. Das ist ja der Punkt. Was ist passiert, daß jetzt so viele Intellektuelle die Sprache verlieren und eine große Verwirrung umgeht?

HANS-ECKARDT WENZEL: Ich will einmal etwas weiter ausholen. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus und der Diskussion über den Stalinismus setzte ja ein Stück Bewußsein ein, daß selbst gute Zwecke nicht mit schlechten Mitteln durchsetzbar seien. Diese jesuitische Moral, der Zweck heiligt die Mittel, hat sich, historisch erneuert, auf grausame Weise ad absurdum geführt. Und jetzt beginnt das Eigenartige, daß im Grunde linksliberale Intellektuelle dieses Gedankenmuster wieder aufbauen. Das fand ich das Verheerende. In einer Situation, wo man glaubte, jetzt müßten diese Strukturen vom Tisch sein, die Geschichte hat das vorgeführt, alle redeten davon, aus der Geschichte zu lernen, setzen sie genau dort an und meinen: ja, das sind zwar keine guten Mittel, aber man müsse das machen, der Humanität oder der Menschenrechte wegen. Diese eigenartige Lernunfähigkeit der Intellektuellen gerade in Deutschland ...

STEFAN AMZOLL: Die Aversion gegen den Krieg war im Osten Deutschlands viel größer als im Westen.

HANS-ECKARDT WENZEL: Die Diskussionen bei Konzerten im Westen waren verheerend. Also soviel Blödheit habe ich selten erlebt an Argumentation, bloß damit die sich irgendwie beweisen konnten, es wäre eine gute Tat, die die Menschheit retten würde. Und daß diese Strukturen noch möglich sind, das erschreckt mich sehr. Es ist eigentlich eine Wiederholung des Stalinismus auf geostrategischer Ebene. Diese alten Mittel werden wieder gesellschaftsfähig.

STEFAN AMZOLL: Es fing schon an beim Golfkrieg.

HANS-ECKARDT WENZEL: Der Punkt war, als man wieder sagte: Der Krieg ist ein legitimes Mittel, um internationale Konflikte zu lösen.

Dann braucht sich keiner zu wundern, wenn in Tschetschenien, auf dem Balkan ... Kriege beginnen. Warum sollen das andere Staaten nicht auch machen? Eine ganz normale Umgangsform der zivilisierten Welt! Die Verlogenheit im Reflektieren dieser Vorgänge ist das Verzagen vor der Einsicht, daß es keine lernfähige Rasse sei, in der man lebt.

STEFFEN MENSCHING: Es war, als es den Osten noch gab, modisch und erfolgreich, im Westen zu existieren und so eine Zwischenposition einzunehmen. Eine kritische Stellung zu beidem, zur westlichen Welt und zum östlichen Experiment. Heute will man zu den Siegern gehören und eine Identität haben in seinem Staate. In den 70er Jahren wäre das ein Armutszeugnis gewesen. Wer als Intellektueller auf sich hielt, war non-konform, der war in Opposition zu den östlichen Stalinismen und den Verlogenheiten der westlichen Demokratie. Jetzt ruht der intellektuelle Bürger in sich und ist zufrieden mit seiner Zufriedenheit. Jetzt pflegt man das Gefühl des Angekommenseins im Hafen der Geschichte. Enzensberger ist eben angekommen, er hat – innerlich-geistig – die richtigen Entscheidungen getroffen – was dem Werk zugute kommt, das nun bald abgeschlossen sein wird. Immer den Stachel zu löcken und in Unruhe zu leben, wie es etwa Erich Fried getan hat, und sich zwischen alle Stühle zu setzen, das tun heute die wenigsten.

STEFAN AMZOLL: Düster, dieses Intellektuellenbildnis.

STEFFEN MENSCHING: Ich denke, diejenigen, die immer aneckten, gelten heute als Fossile, Anachronisten und Neanderthaler, während der ewig mitparlierende Rhetor dem geistigen Jetztzustand das Gepräge gibt.

STEFAN AMZOLL: Es scheint, das Bild stimmt, das der alte Heraklit entworfen hat: Mit dem Sieg beginnt der Niedergang. Wird das heute gesehen?

HANS-ECKARDT WENZEL: Es ist an der menschlichen Geschichte ablesbar, daß es nur in Not- und Krisensituationen zu dem notwendigen Denken gekommen ist und daß alle Staatsformen oder auch -Personen, die sich sicher fühlten und als Sieger fühlten, das kritische Verhältnis zu ihrer Realität eingebüßt haben. Und in dem Punkt beginnt der Zerfall der Intellektualität oder der Kultur. Nichts ist so schlimm wie sich sicher zu fühlen. Aber in unserem Selbstverständnis und auch in den kulturellen oder sozialpsychologischen Grundmustern, in denen wir leben, gilt das nicht. Da ist es so: Nur der Erfolgreiche, der Sieger ist eigentlich der Interessante. Und der Fehler, den jeder Mathematiker als das Wichtigste beschreibt, ist das Schlechteste. Das ist etwas, das keine Vitalität produzieren kann. Ein Sieger zu sein und erfolgreich, das ist wirklich das Allerallerschlimmste.

STEFAN AMZOLL: Der Verlierer ist der eigentlich Glückliche?



HANS-ECKARDT WENZEL: Die Geschichte der Menschheit ist die Geschichte ihres Unglücks. Das Glück interessiert keinen, das Glück ist nur ein Ausnahmezustand. Und wenn man das vergißt und es auch nicht mehr reflektiert, dann verliert man die Beziehung zur Realität. Ich habe ein sehr schönes Beispiel gehört von einem Kapitän, der ein Schiff in eine Bucht voller gefährlicher Riffe steuern muß. Er hat keine Karten. Er fährt also hinein. Es gibt zwei Möglichkeiten: er strandet und geht unter, dann kennt er die Realität, dann weiß er, wo die Riffe sind, oder er kommt durch, durch Zufall, dann wird ihn diese Realität nie interessieren, und er kennt sie nicht und verdrängt ihre Gefahr.

STEFAN AMZOLL: Zitat Steffen Mensching: Wir befinden uns auf der Flucht vor einer Vergangenheit in eine noch schönere Zukunft.

STEFFEN MENSCHING: Den Satz hat uns Peter Ensikat so ähnlich aufgeschrieben; er war logisch; allerdings war er mir zu banal, so daß ich ihn umgedreht habe.

STEFAN AMZOLL: Der Satz fiel in einem Programm zu 50 Jahre Grundgesetz in der Berliner Philharmonie am 8. Mai 1999; eine Schar Kabarettisten gab sich dort die Ehre und spielte vor viel Jugend, die Eure Nachdenkspiele augenscheinlich nicht recht verstanden haben.

STEFFEN MENSCHING: Das, was wir an dem Abend machten, war nicht kompatibel. Wir paßten nicht rein, weder unsere abgerissene Kostümierung noch die hinterhältigen Anachronismen, die wir verkörpern. Was bei solchen Gelegenheiten immer zu gehen scheint, sind elegante Parlandi, charmant wie wortwitzig, neckische Sticheleien und mal 'ne scharfzüngige Formulierung. Dieses abgefahrene Profane und Obszöne, das wir geboten haben, hat doch sehr verwirrt.

STEFAN AMZOLL: Da gehts wirklich ans Eingemachte. Und sei vorläufig auch Schluß bei Euch, fragen will ich, was die clowneske Optik ausmacht, welche Einstellungen Ihr bevorzugt, auch, wie Ihr methodisch vorgeht?

HANS-ECKARDT WENZEL: Man muß immer versuchen, den Gegenblick einzunehmen. Man muß die Position wechseln, das Denksystem verlassen und von außen eine Frage stellen. Das ist ja das clowneske Prinzip. Man verläßt die Logik, die es gibt. Der Clown Grog hat, weil sein Stuhl so weit vom Flügel wegstand, nicht den Stuhl rangeschoben, sondern den Flügel. Weil, er ist das wichtigere, er hat sich nicht nach den Dingen zu richten, sondern die Dinge nach ihm. Dieser andere Blick ist es, der das ermöglicht. Das ist ein Maß hoher Naivität, so zu fragen. So fragen Kinder. Das ermöglicht, die falschen Konstruktionen, das Aufgeblähte und das Pappmaché zu entkleiden. Man erkennt das Gerüst, wenn man einmal eine komische Gegenfrage stellt.

STEFFEN MENSCHING: Es ist zweierlei auseinanderzuhalten. Einerseits erfindet man die geplanten Absurditäten am Schreibtisch und andererseits arbeitet man auf der Bühne mit bestimmten Mustern, die man beim Schreiben entdeckt hat, weiter. Das ist der Vorteil langer gemeinsamer Arbeit auf der Bühne. Viele der abstrusen Wendungen zum Beispiel in der Notenständer-Szene sind auf der Bühne entstanden; teils haben wir sie wieder aufgegriffen, teils wieder verloren oder verändert. Vieles entsteht im intuitiven Spiel, der Wortwitz genauso wie die körpersprachliche Absonderlichkeit. Das, was auf diese Weise entsteht, kann man sich gar nicht ausdenken. Zwar kommen schöne, weise Sachen am Schreibtisch zustande, der naive, profane Einfall aber kommt im Spiel.

STEFAN AMZOLL: Vor solchen Einfällen sprudelte z.B. Ernst Busch, als er zu seinem sechzigsten Geburtstag in der Deutschen Akademie der Künste vor Kultur- und Politpromis einen Liederabend gab und plötzlich die Anwesenden aufforderte, das alte SPD-Wahlkampflied »Wir schlagen Schaum« mitzusingen. Von Abusch bis Grotewohl taten die das auch. Und zwar ganz fügsam. – Anschließend an schon Gesagtes: Was ist eigentlich ein Demokrat?

HANS-ECKARDT WENZEL: Diese Begriffe entstehen ja immer als ein Reflex auf etwas anderes. Die Demokraten sind entstanden in Gegenwehr zu Monarchisten, daß also nicht die Herkunft und das Blut das Entscheidende sind, um Entscheidungen in der Gesellschaft treffen zu können, sondern daß es andere Mechanismen geben müßte. Dieser Ansatz ist ja mittlerweile immer noch ein Unwiderlegter in der Geschichte, daß das dazugehörige Staatswesen sich einigermaßen regenerieren kann, jetzt rein theoretisch gesehen. Aber der Begriff der Demokratie, wo der Demokrat hinten angekettet ist, ist verkommen zu einer Inhaltslosigkeit. Inhalt ist in diesem Begriff nicht mehr enthalten. Er bedeutet nur, daß man Mehrheitsentscheidungen akzeptiert, daß abgestimmt wird. Insofern hat der Begriff die gesamte Bestimmung der Gesellschaft übernommen. Es gibt keine inhaltliche Definition mehr, außer daß die Mehrheit immer recht hat. Das Lied Die Partei, die Partei, die hat immer recht ist vielleicht nur die Variation auf das demokratische Dogma: Die Mehrheit hat immer recht. Und das ist etwas, das nicht hinreichend ist, mathematisch gesprochen. Es ist etwas, mit dem man sich herausredet, keine Verantwortung und keinen Sinn in der Geschichte zu haben. Die Leute werden vom eigenen Sinn freigestellt, weil sie sagen: ja, ich mache das so, weil die Mehrheiten das so wollen.

STEFAN AMZOLL: In der Mehrzahl werden solche Mehrheiten vorweg festgelegt oder über Kampagnen hergestellt.

HANS-ECKARDT WENZEL: Das kommt dazu. Das weiß man seit Napoleon III., Marx hat im 18. Brumaire darüber geschrieben, daß solche Mehrheiten natürlich immer gut beschaffbar sind. Daß das eine Frage ist von Management, von Promotion und was immer. Da kann man eine ganze Menge manipulieren. Es ist ja auch nur die Floskel, die darüber liegt, um eine Gesellschaft, die auf die

Mehrheiten von Geld aus ist, auch inhaltlich irgendwie zu betäuben.

STEFAN AMZOLL: Demokratie auf der Clowns Bühne, gibt es das?

STEFFEN MENSCHING: Wo sonst? Gerade beim Spiel des Clowns ist es wichtig, daß ein demokratisches Verhältnis existiert. Dabei müssen beide nicht gleich sein. Es muß ein Miteinander-Spielen möglich sein. D. h., daß der eine an einem bestimmten Punkt bestimmt und der andere sich zurücknimmt und dann der andere wieder vorgeht. Solange diese Wechselwirkung auf der Bühne funktioniert, ist die Sache spielerisch. Sie ist im Fluß, sie ist lebendig, sie ist auch nachvollziehbar von unten.

STEFAN AMZOLL: Die andere Seite: Bei Euch Clowns laufen mühe-los die Täuschungen und Selbsttäuschungen mit, denen der eifrige Demokrat der Gegenwart unterliegt. Oder?

HANS-ECKARDT WENZEL: Der Begriff des Demokraten ist ja bei Heine, Marx, Tucholsky schön beschrieben worden. Mir liegt dieser Begriff nicht. Ich kann wenig damit anfangen. Ich weiß, daß, wenn man künstlerisch produziert, man kein Demokrat sein kann. Mehrheitsentscheidungen bei Theaterproduktionen, wo man künstlerische Fragen abstimmen läßt, erbringen nur Mittelmaß. Das geht nicht. Für die Gesellschaft ist es eine Notsituation, in der sie das wahrscheinlich akzeptieren muß. Sonst gibt es immer irgendwelche Eliten, die darüber bestimmen, was gemacht werden muß. Es ist kompliziert, Menschen in solchen Staatsgebilden zu versammeln und dieses Staatswesen einigermaßen gerecht zu konstituieren. Ich sehe im Moment nur, daß diese Begriffe nichts bezeichnen, sondern nur überdecken. Sie werden benutzt als Gegenbegriff zu den Dogmatikern, zum Stalinismus, das ist jetzt im Moment ihr Einsatzgebiet.

STEFAN AMZOLL: Er ist ein guter Mensch, der Demokrat.

HANS-ECKARDT WENZEL: Das ist eigentlich der Hintergedanke. Solche Begriffe benennen nichts, außer daß sie moralisch aufwerten sollen. Das ist ein Demokrat, das ist ein guter Mensch. Das sind Begriffe, mit denen man die anstehenden Probleme oder Krisen, die auf diese Gesellschaft zukommen, überhaupt nicht wird lösen können. Das liegt ganz woanders. Jeder Manager lacht sich tot darüber, wenn er in der Firma als Demokrat bezeichnet würde.

STEFAN AMZOLL: In kritischen Situationen werden Demokraten wehrhaft. Mit großer Geste schlagen sie die Angriffe des Gegners ab.

HANS-ECKARDT WENZEL: Die meisten Untaten wurden ja zum Schutz der Demokratie begangen. Um die Demokratie zu schützen, mußten, weil der Reichstag brannte, die Kommunistische Partei und die Sozialdemokratie in Deutschland verboten werden.

Napoleon III. hat zum Schutz der Demokratie das Kaiserreich eingeführt. Unter dieser Fuchtel kann alles geschehen. Nochmals: Demokratie ist ein Begriff, der nichts aussagt, außer daß er Formalien benennt.

STEFAN AMZOLL: Ich las neulich, daß es eine Mauer in den Köpfen zwischen Ost und West nicht gibt. Eine Mauer in Deutschland existiere vielmehr zwischen den Trägen und Ängstlichen einerseits und den Aktiven und Fleißigen andererseits. Durch die Clownsbrille dürftet Ihr das eigentlich ähnlich sehen. Oder was sieht man durch die Clownsbrille?

STEFFEN MENSCHING: Jeder ist eben seines Glückes Schmied. Wer aktiv ist und aufbricht, der hat auch im Osten die Chance, sein Glück zu machen, kann Existenzen gründen – eine Worthülse, wie sie schöner nicht ein kann. Diese Mauer in den Köpfen meint ja die unterschiedlichen Sozialisierungen, aber der Begriff ist ziemlich sinnlos. Daß die einen anders leben als die anderen, das wird sich noch sehr lange halten. Da reproduziert sich vieles immer wieder neu. Man hört heraus, woher der oder der kommt. Man merkt das an der Kleidung, der Frisur, der Wortwahl, der Art zu sprechen und so weiter. Gerade die Unterschiede sind das Interessante. Daß der Osten träge und langweilig und der Westen agil sei, das sind Klischees, die mich nicht interessieren. Viel spannender sind die existierenden Unterschiede.

HANS-ECKARDT WENZEL: Bei der Mauer in den Köpfen schwingt ja immer das noch mit. Erst stand die Mauer in Berlin und jetzt ist sie noch in den Köpfen. Das ist ja, als ob die Gesellschaft in der Lage wäre, ihre Abgrenzungen abzuschaffen. Das macht sie ganz und gar nicht.

Das will sie gar nicht. Sie grenzt ja viel mehr ab, sie teilt ein, wer dazugehört und wer nicht dazugehört. Also es gibt tausende Abgrenzungen und Mauern in dieser Gesellschaft. Daß dieses Bild so benutzt wird, zeugt von der Blauäugigkeit dieses Vereinigungsprozesses, als ob man glaubte, das wäre innerhalb von ein paar Jahren lösbar. Also was ist da? Das sind verschiedene Lebensentwürfe und auch verschiedene Gruppenbildungen. Die Kommune ... ist ja immer ein Hinter-der-Mauer-sein. D.h., man muß sich abgrenzen, das ganze Leben lebt von Abgrenzungen.

STEFAN AMZOLL: Der Ostmensch soll ungehindert amalgamieren mit dem westlichen Wertesystem. Das ist doch der tiefere Sinn der Entmauerung. Und das funktioniert nicht. – Zum Schluß: Wenn der liebe Gott Sie nach dem Unmöglichen fragen würde, das zu fordern ist, was würden Sie antworten?

STEFFEN MENSCHING: Ich glaube, das Unmögliche ist eine Euphorie, die nicht in Resignation endet. Das ist das, was jeder sich erträumt: ein Glücklichein ohne abzustürzen. Aber ob das zu wünschen ist, weiß ich nicht. Wenn wir die Abstürze und Abschiede nicht hätten, würde uns irgendwann dieser glückliche Zustand auf

die Nerven fallen. Also etwas, was man sich erhofft und dabei gleichzeitig glücklich ist, wenn es nicht eintrifft.

STEFAN AMZOLL: Heiner Müller hat einmal gesagt, die Wirklichkeit sei durch Kunst unmöglich zu machen. Ist diese Rolle ausführbar?

HANS-ECKARDT WENZEL: In gewissem Sinne tut man das auch. Das heißt: Es ist ja dieses Wortspiel mit drin, daß sie nicht mehr als möglich gehalten wird, so wie sie ist, die Wirklichkeit. Also sie ist nicht möglich, sondern sie ist un-möglich. Und die Wirklichkeit, so wie wir existieren, ist ein unmöglicher Zustand. Sie ist aber nur dann als wirklich unmöglicher Zustand zu sehen, wenn ich aus dem Provinzialismus hinauskomme, wenn ich einen Blick über die ganze Erde schicke und das Unglück in mein Glück subsumiere, was auf dieser Welt existiert. Und das kommt immer mehr aus der Mode. Ja, sie zu durchdenken, wird gemeint, sei Sache der Linken. Die sollen sich um die Dritte Welt kümmern. Wir leben aber in keinem moralischen Problem, wir leben in den Problemen der Gattung. So gesehen ist die Welt, in der wir leben, eine unmögliche. Für Millionen ist es unmöglich, in ihr zu leben. Und daß ich darin lebe, ist mein Unglück: mein Glück auf Kosten ihres Unglücks. Und wenn ich dieses nicht immer wieder begreife, dann habe ich auch kein Verhältnis mehr zur Wirklichkeit. Ich muß sie so unmöglich machen, daß sie nicht so weiter existiert. Das ist meine Funktion. Ich sehe sie zumindest darin.

RONALD SASSNING

# Thälmann, Dünow, Wehner, Mewis. Bilder mit Radierungen

## *Vom Kippenberger-Apparat zum IM-System Mielkes*

Die in UTOPIE kreativ, Heft 114, dargelegten »Entlarvungen« der MfS-Hauptabteilung IX/11<sup>1</sup> führten zu weiteren Entdeckungen. Nach den in der Nachkriegszeit angestellten Untersuchungen der Verhaftung Ernst Thälmanns hatte die K 5 auf die Quartierleute Ernst Thälmanns, Hans und Martha Kluczynski, nicht ihren Bannstrahl gerichtet. Doch in der Einschätzung der Hauptabteilung XX/AG 1 vom 25. Januar 1968 hieß es, daß jene durch »Schwartzhaftigkeit« gegenüber ihrem Gartennachbarn Hilliges den Aufenthaltsort des in ihrer Charlottenburger Stadtwohnung untergetauchten KPD-Führers preisgegeben hätten. Äußerst verdächtig erschien ferner, daß die Kluczynskis durch die Nazibehörden zwar ein halbes Dutzend Mal verhört, aber nie strafrechtlich verfolgt worden waren. Weiterhin mutmaßte man, daß Martha Kluczynski Mitarbeiterin des KPD-Nachrichtendienstes unter Hans Kippenberger gewesen sei. Es wurde ihre Überprüfung angeordnet.<sup>2</sup>

Nachdem das chronische Lungenleiden ihres invaliden Mannes zu dessen Tod geführt hatte, war Martha Kluczynski am 1. Oktober 1950 vom Westteil Berlins nach Pankow übersiedelt. Ein Erinnerungsbericht der nunmehrigen Parteiveteranin war 1961 zurechtgestutzt und unter dem Titel »Er wohnte bei uns« in einen Sammelband über Ernst Thälmann aufgenommen worden. Der Beitrag vermittelte das Bild einer Familienidylle, in dessen Mittelpunkt ein in jeder Beziehung fürsorglicher »Onkel« Thälmann stand, wie der 14jährige Sohn Günther seinen Ziehvater liebevoll nannte. Dieser habe besser als eine Hausfrau eingekauft, gern Fußballspiele besucht und sich seit seinem Einzug 1923/24 Marthas umfassender Fürsorge erfreut. Bezeichnenderweise stand in dem Text kein Wort über Thälmanns Verhaftung.<sup>3</sup>

Bei der Überprüfung Martha Kluczynskis stellte sich heraus, daß sie von einer anderen Stelle des MfS als IM »Schlosser« angeworben worden war. Fast zehn Jahre lang – von Mai 1956 bis Ende 1965 – hatte ihre »gut eingerichtete Wohnung« als konspiratives »Treffzimmer« der Stasi gedient, die dafür einen monatlichen Mietzuschuß von 30 DM gezahlt hatte, nebst Bezugsberechtigung für Braunkohlebriketts. In einer Beurteilung der Hauptabteilung III/2/D vom 6. Dezember 1956 heißt es, daß alle Treffpersonen »gerne« in diese konspirative Wohnung kämen. Martha Kluczynski habe wiederholt ihre »große Verehrung für Thälmann« zum Ausdruck gebracht, der bei ihr von 1924 bis zu seiner Verhaftung

Ronald Sassning – Jg. 1934, Dr. sc. phil., 1990-1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Bundeschiedskommission der PDS zur Rehabilitierung von Opfern des Stalinismus in der UdSSR und DDR; Publikationen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der KPD sowie zu Biographien antifaschistischer Widerstandskämpfer

1 Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke. Schwierige Wahrheiten, in UTOPIE kreativ, Heft 114 (April 2000), S. 362-375. Von 1967 bis zum Ende der DDR erfolgten Recherchen zu 68 Personen, die wegen Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt wurden. Erstmals werden von Wilfriede Otto in der neuesten Mielke-Biographie im Abschnitt »Vermischte Geschichtsbilder« einige

gewohnt hätte. Aus gesundheitlichen Gründen mußte 1965 das IM-Verhältnis beendet werden.<sup>4</sup>

Noch heikler wurde die Spurensuche der Hauptabteilung IX/11, als man an die höheren Ebenen des KPD-Nachrichtendienstes geriet. Davon zeugt der Fall Hermann Dünow (KPD-Deckname »Reinhold«). Am 18. Dezember 1933 durch den Verrat Kattners aufgefliegen, war er zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ende April 1945 konnte er durch die Rote Armee aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit werden. Nach dem Kriege stieg Dünow, der in der zweiten Jahreshälfte 1933 im Lande als Leiter des KPD-Nachrichtendienstes amtiert hatte, zum Oberst der Volkspolizei auf. Bereits im Juni 1945 in der Pressestelle des Polizeipräsidiums Berlin eingesetzt, baute er ab September 1946 die Pressestelle der Deutschen Verwaltung des Innern auf, deren damaliger 2. Vizepräsident Erich Mielke war. Im Ministerium des Innern übte Dünow die Funktion des Chefredakteurs der Zeitungen »Die Volkspolizei« und »Unser Signal« und ab 1956 bis zu seiner Berentung 1958 die des Leiters der Adjudantur aus.

Publizistisch trat der Veteran mit Erinnerungsberichten, unter anderem mit einem groß aufgemachten Jubiläumsartikel in »Neues Deutschland« anlässlich des 80. Geburtstages Ernst Thälmanns am 16. April 1966 hervor. Erstmals erfuhr die Öffentlichkeit anhand von sorgfältig beschnittenen Gestapounterlagen einiges über die Quartiere Thälmanns und die Rolle des Gatower Gartenkoloniekassierers Hermann Hilliges. Dieser wurde mit seinem »niederträchtigen Verrat« als der alleinige Schuldige an der Verhaftung Ernst Thälmanns ausgemacht.<sup>5</sup> Damit schien das Geheimnis gelüftet, weshalb der KPD-Führer hatte festgenommen werden können.

Im achtbändigen Standardwerk zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aus dem gleichen Jahre hatte es noch lediglich geheißt, daß Ernst Thälmann den Faschisten am 3. März 1933 in die Hände gefallen war, was in dieser schwierigen Situation einen harten Schlag für die Partei bedeutet habe.<sup>6</sup> Dünow wiederholte zwei Jahre später in der Publikation »Kampf um Deutschland« die These vom »Hilliges-Verrat«.<sup>7</sup> Obwohl er aus eigenem Erleben es besser wußte, wurden weiterhin entscheidende Umstände und Vorgänge vertuscht. Wäre der KPD-Nachrichtendienst 1933 sofort einem entsprechenden Hinweis nachgegangen, so hätte man gleich auf die Denunziation von Hermann Hilliges stoßen können. Doch das war damals unterblieben. Auch stellt sich die Frage, woher Dünow plötzlich 1966 sein »Beweismaterial« gegen Hilliges hatte?

Über den »Fall Kattner«, in den er selbst verstrickt gewesen war, fiel hingegen kein Wort. Dafür stellte sich bei den Untersuchungen 1968 heraus, daß der Nachrichtendienstveteran Hermann Dünow als GI »Altmann« – geheimer Informator mit der Registriernummer 2352/54 – im Dienst der Spitze des MfS<sup>8</sup> stand. Denn Generalleutnant Mielke und sein Stellvertreter Beater (Hauptabteilung V) hatten ihn am 15. September 1954 für einen Spezialauftrag angeworben, den Vorgang »Illegale«. Beide legten Wert darauf, den Kenner der KPD-Geheimdienst-Interna persönlich abzuschöpfen. Dünow wurde auf ehemalige Widerstandskämpfer angesetzt – vor allem auf einen, den das MfS unter dem Namen »Springer« »bearbeitete«

Aspekte der politischen Funktion der Abteilung 11 der MfS-Hauptabteilung IX dargelegt; vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 394-408. Die Verfasserin stellt fest, daß »ein Gesamtbild über das Wirken der Abteilung und ihrer Einbindung in übergeordnete Belange und Beschlüsse« noch nicht erforscht sei, in der Endkonsequenz aber sicher »zweispaltig« ausfallen würde (S. 399). Über die Befugnisse und Aufgaben eines staatlichen Untersuchungsorgans seitens der Hauptabteilung siehe S. 380, Anm. 114. In dieser Hinsicht verstehen sich die Beiträge des Autors in Heft 114 und in diesem Heft von UTOPIE kreativ als Ergänzungen der Mielke-Biographie.

2 Vgl. ebenda; MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 302; RHE V 9/62, Bd. 4.

3 Deutschlands unsterblicher Sohn. Erinnerungen an Ernst Thälmann, Berlin 1961, S. 397-399.

4 BStU, ZA, MfS III, 1919/69 Bd. I.

5 Hermann Dünow: Wie Ernst Thälmann verhaftet wurde, in: Neues Deutschland, 16. April 1966, S. 3. Ausführlich beschrieben wurde die Anmietung des Jagdhauses »Horrido« bei Grunow (Märkisch-Buckow) über einen Kunsthändler. Als Verantwortlicher für die zentrale illegale Quartierbeschaffung der KPD hatte Dünow daran mitgewirkt.

6 Vgl. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 5, Berlin 1966, S. 26.

7 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246. Einschließlich dieses Materials war über Hermann Dünow eines der umfassendsten streng geheimen Stasi-Dossiers angelegt worden entsprechend dem »Suchauftrag« des HA IX/11-Mitarbeiters Czeploch.

8 Von 1953 bis 1955 »SfS«: Staatssekretariat für Staatssicherheit im Ministerium des Innern.

9 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246, Bd. 267, Bd. 297; BStU, ZA, 11968/71.

10 Vor der Gestapo beteuerte Hermann Dünow, daß er den richtigen Namen des KPD-Sekretariatsleiters »Sicht« nicht angeben könne. Die NS-Justizbehörden ermittelten, daß sich der Leiter von »Sicht« früher »Herbert« und später »Wicht« genannt habe, seine wahre Identität jedoch nicht feststehe. »Er soll aber aus dem Ruhrgebiet stammen, von kleiner Statur und an einer blauen Narbe auf der Nase, wie sie öfter bei Bergleuten wahrzunehmen sind, besonders kenntlich sein«, ebenda, Bd. 297. Auch in den Stasi-Aufzeichnungen wird tunlichst der Klarname »Sichts« durch Dünow und »Fritz« bis zu den Hauptinteressierten Beater und Mielke vermieden.

11 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246. Noch auf der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation des MfS Anfang Juli 1958 in Vorbereitung des V. Parteitag der SED hatte der inzwischen zum Minister aufgestiegene Erich Mielke die unzureichende Arbeit mit den Geheimen Informatoren gerügt, von

und dessen Identität bis heute im Dunkeln liegt. »Springer« wurde schon durch seinen Mitarbeiter »Fritz« ausgehorcht.

Zwar hatten auch in der DDR die stalinistischen Säuberungen von Westemigranten, anderen Widerstandskämpfern und Abweichlern bis Frühjahr 1954 ihren Höhepunkt erreicht – wie man sieht, wirkten sie aber noch nach. Worum ging es? »Springer« – auch unter Tarnnamen wie »Schach« und »Sicht« geführt – war von höchster MfS-Stelle zum »partei feindlichen Residenten des amerikanischen Geheimdienstes« und zum gefährlichen »Trotzkisten« deklariert worden. Es soll sich um einen ehemaligen illegalen Leitungsfunktionär der KPD gehandelt haben.<sup>9</sup> »Springer« und »Reinhold« (beziehungsweise »Altmann«) kannten sich aus dieser Zeit offensichtlich sehr gut. »Springer« soll nach der schrittweisen Emigration des Politbüros der KPD ab Mai 1933 das verbliebene Restsekretariat (»Kammer« beziehungsweise »Sicht«) übernommen haben, um die Verbindungen sowohl zur im Aufbau befindlichen KPD-Auslandsleitung in Paris als auch zu den Führungsgremien im Lande aufrechtzuerhalten. Dazu waren insbesondere Kontakte zum Verbindungswesen Herbert Wehners (»Osten«) und zu diesem im Rahmen der illegalen Landesleitung der KPD nötig, die ab Herbst mit der illegalen Sekretariatsvertretung zu einem Dreierkopf mit Wehner in Deutschland verschmolz. Nach der Lesart der NS-Behörden und dem Stasi-Puzzlespiel war »Sicht« zunächst ebenfalls für die Zusammenarbeit mit dem Reichskurierleiter und nicht zuletzt mit dem KPD-Nachrichtendienst und damit für den Kontakt zu Hermann Dünow zuständig gewesen. Dieser und »Sicht« behaupteten, daß sie mit zwei weiteren Genossen verantwortlich gewesen seien für die Organisation und Absicherung der illegalen Reichsfunktionärskonferenz der KPD in Ziegenhals Anfang Februar 1933. Die ganze Zeit über habe sich Dünow mindestens einmal wöchentlich mit dem Sekretariatsvertreter getroffen. »Sicht« sei auch Teilnehmer der turbulenten Aussprache zwischen der illegalen Landesleitung und dem Nachrichtendienst am 25. Dezember 1933 in Spindlersmühle gewesen, als Herbert Wehner die Vertrauensseligkeit Dünows und der versagenden KPD-Abwehr gegenüber dem Spitzel Kattner zum Anlaß für die Forderung zur Reorganisation des Nachrichtendienstes genommen hatte. Durch Kontrolle der Post »Springers« in die USA – an den »Agenten Dalling« in New York – sowie über die Berichte von »Fritz« hatte das MfS herausgefunden, daß »Springer« sich sehr lobend über Dünow ausgesprochen hatte, während er sich ansonsten über die Funktionäre von Partei, Wirtschaft und Verwaltung »in einer niederträchtigen Art« äußerte. Gegenüber allen leitenden Funktionären der Partei sei er, so wurde registriert, »mit Wut und Haß erfüllt«. Er habe sogar Dünow anwerben wollen.<sup>10</sup>

Am 15. September 1958 wurde die Verbindung abgebrochen. Lapidar hieß es: »Dünow erschien nicht zum Treff«. Der Abschlußbericht der Hauptabteilung II/2 vermerkte: »Dem Gen. Minister Mielke teilte Dünow ebenfalls nichts Interessantes über die Person des Springer mit.«<sup>11</sup> Hing dieser Ausgang vielleicht damit zusammen, daß Ulbricht vor dem V. Parteitag der SED im Sommer 1958 – und nach den Schauprozessen im Gefolge der Kriminalisierung



Wolfgang Harichs und Walter Jankas – die Partei endgültig gleichgeschaltet hatte und eines deutschen »Slansky-Prozesses« nicht mehr bedurfte? Wenn dem so ist, dann könnte der Auftrag für Hermann Dünow etwas mit den Anklagen in der DDR zu tun gehabt haben, waren doch auch andere KPD-Funktionäre aus der Widerstands- und Emigrationszeit der Zusammenarbeit mit dem angeblichen amerikanischen Agenten Noel Field beschuldigt worden.<sup>12</sup>

Die Anwerbung Hermann Dünows fiel in eine Zeit, in der sich der – zunächst nur abgeschobene – Franz Dahlem in der Gefahr befand, Hauptangeklagter in einem Schauprozeß zu werden. Nachdem die Gestapo Ende 1933 mit der Verhaftung von Hermann Dünow und von Rudolf Schwarz die Spitzen des Nachrichtendienstes und der Abwehr der KPD aufgerollt hatte, war Dahlem Anfang 1934 nach Deutschland entsandt worden, um die illegale KPD-Organisation zu dezentralisieren. Wie standen zwanzig Jahre danach Hermann Dünow und Franz Dahlem zueinander? Wie es im Vorschlag der MfS-Hauptabteilung V/1 vom 3. August 1954 heißt, sollte Dünow von Generalleutnant Mielke und dem Genossen Beater aufgesucht und ihm erklärt werden, »daß er auf Grund seiner exponierten Funktion in der Lage wäre, uns wertvolle Hilfe zu leisten. Hierbei ist Dünow bei einer Unterhaltung über alte Mitglieder des illegalen Parteiapparates zu befragen. Ob davon welche zu Verrätern wurden, was diese jetzt machen. Sollte Dünow hierbei von Schach sprechen, so ist eine Perspektive vorhanden, über Dünow an Schach heranzukommen.« In diesem Vorgang »Illegale« würde bereits »als Hauptagent der Trotzlist Schach operativ bearbeitet.«<sup>13</sup>

Überhaupt geben sowohl die Behandlung als auch die Rolle Hermann Dünows nach seiner Befreiung aus der Haft so manches Rätsel auf. Die K5 und dann das MfS wußten über die Schatten in Dünows Vergangenheit genau Bescheid – so beispielsweise über seine umfassenden Aussagen vor der Gestapo. Sie hatten zu den zahlreichen Verhaftungen im Nachrichtendienstbereich der KPD und zur Aufdeckung dessen illegaler Struktur beigetragen. Im Anwerbungsprotokoll von Hauptmann Buchholz (Hauptabteilung V/1) vom 3. August 1954 wird dazu festgestellt, daß Dünow der Gestapo eine ausführliche Schilderung des gesamten illegalen Parteiapparates gegeben habe, daß er ferner im »Fall Kattner« versagte.<sup>14</sup> Für Hermann Dünow spricht jedoch, daß er über Kassiber den Spitzelverdacht gegen Alfred Kattner erhärtete und nicht den KPD-Plan zu dessen Erschießung verriet.

Zudem gab es Beschwerden von Parteimitgliedern, daß Hermann Dünow nach Kriegsende nicht sofort den Weg zur Partei gefunden, sondern sich zunächst in Berlin-Neukölln, seinem Heimatbezirk, »verkrochen« hätte. Vielleicht gab es dafür sogar einen Grund? Denn »Springer« und andere vermuteten, daß Dünow im Sommer 1945 »in sowjetischem Auftrag« seine Tätigkeit in der Presseabteilung des Berliner Polizeipräsidiums aufgenommen habe. Als Leiter einer Gruppe mit ausgesuchten deutschen Genossen hatte er im Juli 1945 im Auftrag der SMAD das schwerbeschädigte Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße ausgeräumt, das dem amerikanischen Besatzungssektor zugehörte, und die Registrierung von zwei Wagenladungen an Akten betrieben.<sup>15</sup>

denen sich nach der Anwerbung zu viele wieder absetzen würden. »Wie wollen wir diese große Lehre, wenn wir sagen, unser Haus zu schützen, realisieren. Wenn das so aussieht, schaffen wir das nicht ... Unsere Informatoren sind das Hauptinstrument, um uns zu befähigen, dass wir diese Fragen, wie angeführt, lösen.« (Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 268f.) Kurios, daß ausgerechnet sein eigener hocheingeschätzter GI »Altmann« drei Monate später ausschied, weil für den Minister angeblich nicht allzuviel herausgekommen war.

12 Vgl. Wolfgang Kießling: »Leistner ist Mielke«. Schatten einer gefälschten Biographie, Berlin 1998, S. 73ff., S. 95ff., S. 176ff., S. 229ff., S. 258ff; Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 130ff., S. 180.

13 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246.

14 Ebenda. Im MfS monierte man ebenfalls, daß in der Publikation »Für ein sozialistisches Vaterland« (Berlin 1981, S. 35-69) die »Fähigkeiten des Genossen Dünow stark überbewertet« würden. »Er war der Verantwortliche für die Sicherheit des Genossen Thälmann, konnte jedoch diese Aufgabe nicht bewältigen. Dünows Verhaftung war nur auf Grund der Tatsache möglich, daß die Hauptregeln der Konspiration vollkommen außer acht gelassen wurden«, vgl. ebenda, Bd. 96. Vermutlich hatte jedoch der 1973 Verstorbene in der höchsten DDR-Spitze bei Wilhelm Pieck und Willi Stoph einen Stein im Brett, wahrscheinlich auch auf Grund seiner engen Kontakte zu Oberst Tulpanow, dem Leiter Information der SMAD.

15 Ebenda; BStU, ZA, 11968/71.

16 Ebenda, MfS-HA IX/11, SV1/81, Bd. 267.

17 Hinweis von Fred Bruder (Berlin) aus der Kaderakte Hans Pfeiffer, SAPMO-BArch., DY 30/IV, 2/11/ v. 713.

18 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246, Bd. 267.

19 Persönlicher Lebenslauf von Karl Langowski vom 8. Februar 1957, BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 267.

20 Ebenda, Bd. 267.

Neben Dünows Schicksal gab es noch eine weitere Odyssee, die in die Dienste des MfS führte. Es handelte sich um Karl Langowski – in der zweiten Jahreshälfte 1933 der engste Mitarbeiter Dünows. Er hatte sich in geselligen Runden von Kattner ausspitzen lassen. Zum Treff mit Dünow war er im Schlepptau der Gestapo erschienen, so daß die mit Kattner ausgeheckte Falle der NS-Geheimpolizei zuschnappen konnte. Die Vernehmer hielten »Joseph I« – einen der besten Absolventen der militärpolitischen Schule in Moskau – für das »schwächste Glied« im Gefolge aller Verhaftungen. Die MfS-Rechercheure werteten aus, daß Langowski durch »umfassende Aussagen« zur »weiteren Aufklärung des AM-Apparates« durch die Gestapo und zu Festnahmen im Jahre 1934 beitrug, dazu in späteren Prozessen als Zeuge gegen seine Genossen auftrat.<sup>16</sup>

Zu 15 Jahren Zuchthaus durch die NS-Justiz verurteilt, belasteten Verdächtigungen und Rückschläge den weiteren Lebensweg Karl Langowskis nach dem Kriege. So durfte er bereits am Vereinigungsparteitag von KPD und SPD zur SED im April 1946 nicht teilnehmen, da nach eigenen Aussagen »irgendwelche Dinge gegen ihn vorliegen«<sup>17</sup>. Er wirkte zwar unermüdlich als Aktivist der ersten Stunde, besuchte Partei- und Verwaltungsschulen, kam jedoch nie über kommunalpolitische und betriebliche Funktionen hinaus. Das könnte durchaus mit Beschuldigungen durch Dünow zusammenhängen, der ebenso wie Langowski zeitweilig im Zuchthaus Lukau inhaftiert gewesen war. In einem Schreiben vom 27. August 1946 an Richard Staimer, den Schwiegersohn Wilhelm Piecks und zunächst Leiter der Polizei in Berlin-Prenzlauer-Berg, dann Vorsitzender des Zentralausschusses der Gesellschaft für Sport und Technik in der DDR – hatte Dünow behauptet, daß Langowski im Zuchthaus als Spitzel Verrat geübt hätte. Seine schriftlichen Bezeichnungen sollten an entsprechende sowjetische Organe, speziell den »Kapitän Dollgerow«, weitergeleitet werden.

Noch 1946 erfolgte die Verhaftung durch die SMAD – jedoch mit anschließender Rehabilitierung. Im Frühjahr 1947 wies Langowski bei einem Treffen mit Dünow – anlässlich einer Zusammenkunft ehemaliger Brandenburger Häftlinge – dessen Vorwürfe zurück.<sup>18</sup> Aber ein ominöser Unfalltod seiner Frau bewirkte den Parteiausschluß; Anfang 1957 wurde er wieder in die SED aufgenommen.<sup>19</sup>

Dann wirkte Karl Langowski vom Sommer 1957 bis Mitte Januar 1963 als »GI« der MfS-Kreisdienststelle Fürstenwalde. Als »Franz« arbeitete er mit drei Stasi-Mitarbeitern zusammen. Er war mitverantwortlich für die Überwachung seines Betriebes und der Gaststätte in seinem Wohnhaus. Unter der Losung »Straßenfeger« und dem Wortspiel »Was ist mit der Straße vor Ihrem Hause los? – Ich weiß, die muß mal gefegt werden!« erfolgte die gemeinsame Kommunikation. Dafür gab es monatlich 30 DM »Treffkosten«. Auf Grund seiner beruflichen und gesellschaftlichen Belastung als Leiter des Verkehrsbetriebes für Schöneiche und Woltersdorf wurde Langowski schließlich die erbetene Beendigung der Zusammenarbeit mit dem MfS gewährt, zwei Jahre vor seinem Tod.<sup>20</sup>

Die Fälle Martha Kluczynski, Hermann Dünow und Karl Langowski zeugen davon, wie in der DDR das sensible Problem des Verrates an die Gestapo in äußerst makabrer Weise instrumentalisiert

wurde. Das MfS entschied, wer Verräter war oder nicht. In den Recherchen gegen alle drei war Verrat festgestellt worden. Aber wegen ihrer Nützlichkeit wurden den Altkadern die »Sünden« vergeben.<sup>21</sup> Das Damoklesschwert, bei Unwilligkeit doch noch zur Rechenschaft gezogen zu werden, blieb natürlich.

Hatten diese konsequenten Antifaschisten Schwierigkeiten mit ihrer neuen Rolle, oder war ihnen ihr Auftrag selbstverständlich? Welche Rolle spielte dabei der Kalte Krieg, der in den fünfziger Jahren eine besonders heiße Phase durchmachte? Dieses Psychogramm bedarf noch der Aufhellung.

Die seit dem Jahre 1968 von den Hauptabteilungen IX/11 und XX betriebenen Untersuchungen über die Umstände der Verhaftung Ernst Thälmanns brachten das MfS in eine Zwickmühle, denn man war ungewollt in die abgeschottete Sphäre des IM-Systems geraten, dessen Tarnung grundsätzlich nicht gefährdet werden durfte.

### *Selbstverschuldete Verluste beim Übergang in die Illegalität*

Im Interesse der SED-Führung trug das MfS maßgeblich dazu bei, daß in der Parteigeschichtsschreibung keine ernsthafte Analyse der Verhaftung Thälmanns erfolgte. Nach dem in UTOPIE kreativ, Heft 114 geschilderten Ablauf könnte es so scheinen, als ob der 3. März 1933 für die KPD-Spitze lediglich unglücklich verlaufen sei. Die Quellen belegen aber, daß es sich insgesamt nicht nur um die Aneinanderreihung ungünstiger Zufälle handelte. Die Festnahmen waren durch den Führer der KPD und seine engere Umgebung faktisch vorprogrammiert und hätten bereits eher erfolgen können.

Was waren die Ursachen, welche Faktoren spielten bei der Verhaftung des Thälmann-Stabes eine Rolle?<sup>22</sup>

Einen wichtigen Punkt bildete die Quartierfrage. Es rächte sich, daß nach den Turbulenzen, die der Reichstagsbrand ausgelöst hatte, der KPD-Führer das Problem der Absicherung seiner illegalen Arbeits- und Lebensbedingungen in vielfacher Weise unterschätzt hatte. Die erneute Benutzung der völlig ungeeigneten Kluczynski-Wohnung führte ins vorhersehbare Debakel. Das bekannte »Kommunistennest« in der Lützower Straße 9 mußte zwangsläufig zur selbstgestellten Falle werden. Es spricht für die KPD, daß es in diesem Falle keinen Verrat gab, denn zu dieser Zeit breitete sich das Denunziantentum stark aus.

Noch auf der Ziegenhalser Beratung hatte Thälmann seinen Genossen Erscheinungen von »Legalitätsduselei« vorgeworfen. Thälmann selbst mißachtete alle Warnungen vor Hausdurchsuchungen in seiner Nachbarschaft und tat diese in seiner bekannten drastischen Art als »Scheißhausparolen« ab. Der KPD-Führer bewies viel Mut und Durchhaltevermögen, überschritt dabei allerdings die Grenze zu Blindheit und Leichtsinn, womit er maßgeblich selbst zu seinem Verhängnis beitrug. Eingeeigelt war er seit Ende Februar offensichtlich der verschärften Lage nicht mehr ganz gewachsen – trotz aller Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Aktionsfähigkeit der Partei über seinen persönlichen Mitarbeiterstab. Seine Vorstellungen von einem Parteiverbot reichten nicht aus, um die Winkelzüge Hitlers und Hindenburgs sowie das Ausmaß des NS-Terrors auch nur zu erahnen. Aber das konnte damals wohl kaum jemand.

21 So ebenfalls bei dem zeitweilig in der DDR »kaltgestellten« Thälmann-Kurier Walter Trautzsch, der wahrscheinlich – wie Dünow – im Jahre 1954 durch das MfS angeworben wurde.

22 Ausführlicher vgl. Ronald Sassning: die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, hrsg. vom Verein »Helle Panke«, Reihe »Pankower Vorträge«, H. 11/1, Berlin 1998, S. 30ff; H. 11/2 (Zweite, überarbeitete und ergänzte Auflage), Berlin 1999, S. 71ff.

Als entscheidender Faktor für den Erfolg der Polizei gegen die Führungszentrale der KPD erwiesen sich die Pannen im Sicherheitssystem der Partei, so daß man von seinem totalen Versagen am 3. März 1933 sprechen muß. Gerade nach dem totalen Überraschungsschlag des Reichstagsbrandes, als sorglose Funktionäre massenweise von der Polizei aus ihren alten Quartieren hatten herausgeholt werden können, hätte man endlich die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen müssen. Selbst das zur Zeit des Reichstagsbrandes tagende Politbüro war an diesem Abend nicht erreichbar gewesen. Manchmal hätte es schon ausgereicht, wenn man sich an die Faustregeln aus der Zeit der Illegalitätsvorbereitungen seit 1932 gehalten hätte – beispielsweise das Wohngebiet zu verlassen und sich von der Familie zu trennen, außerdem nicht unbedingt den Quartierbeschaffungsapparat der Partei in Anspruch zu nehmen, ohne nochmalige Überprüfung der bereitgestellten Quartiere.

Änne Kerff (Kristina Kjossewa), eine ehemalige Mitarbeiterin des KPD-Nachrichtendienstes und Sekretärin Hans Kippenbergers, gestand später ein: »Wir hatten keine wirklichen Vorstellungen vom Faschismus und waren an die Legalität gewöhnt. Zum Beispiel kam auch Genosse Kippenberger spät nachts in meine Wohnung. Am nächsten Morgen fuhr er mit der Straßenbahn von Reinickendorf durch die Badstraße zum U-Bahnhof Gesundbrunnen. Dort traf er auf einen Genossen seiner Zelle, der ihm riet, sich schleunigst aus dem Staube zu machen und das alles, indem er schon in der Nacht vom Reichstagsbrand wußte.«<sup>23</sup>

23 Zit. nach BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 6.

Welche Absicherungsvorkehrungen hatten die Nachrichtendienst- und Quartierbeschaffungsspitze der KPD unter Hans Kippenberger und Hermann Dünow am 3. März 1933 getroffen? Noch befangen im Denken und Handeln früherer Illegalitätsperioden während der Weimarer Republik blieb die Sicherheitsdoktrin für die neue Lage unzureichend. Sie hatte zwei folgenschwere Schwachstellen, die die Verwundbarkeit der KPD bewirkten. Die eine Schwachstelle war die illegale Quartier- und Bürobeschaffung, die ohne wirkliche Absicherung arbeitete. Die Quartiere befanden sich zumeist bei mehr oder weniger bekannten KPD-Familien. Viele standen seit langem schon unter Beobachtung oder konnten durch zielgerichtete Erkundung leicht festgestellt werden. Dennoch waren seit dem Sommer 1932 selbst die vielgenutzten Quartiere nicht mehr auf ihre Sicherheit hin überprüft worden, auch jene nicht, die von ZK-Mitgliedern und Funktionären des Parteiapparates genutzt wurden. Auch auf einige vorgesehene illegale Unterkünfte für Ernst Thälmann traf dies zu. Die Lützower Straße 9 war vom Nachrichtendienst allerdings von vornherein in die Kategorie »ungeeignet« eingestuft worden und vom Quartierbeschaffungsapparat nie als illegales Versteck vorgesehen gewesen. Es gab für Ernst Thälmann letztlich keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen, wenn man von Alfred Kattner absieht, der gelegentlich Thälmann begleitete.

Die zweite Schwachstelle war das Nebeneinander und die mangelnde Koordinierung zwischen dem illegalen Verbindungswesen Herbert Wehners, der zentralen Quartierbeschaffung über Albert Gromulat und dem Nachrichtendienst unter Hans Kippenberger – und Hermann Dünow. Engstirniges Ressortdenken, bürokratische Ver-

krustungen und persönliche Querelen wirkten äußerst hemmend.<sup>24</sup> So kam es, daß ausgerechnet am 3. März für das Stabsquartier Thälmanns kein Objekt- und Personenschutz gegeben war, auch nicht das einfachste Warn- und Fluchtsystem. Selbst der Transport in das Jagdhaus »Horrido« bei Grunow (Märkisch-Buckow), wofür das Parteiauto weithin sichtbar in unmittelbarer Nähe der Lützower Straße parkte, sollte offensichtlich ohne Deckung erfolgen. Das Polizeiüberfallkommando hatte nicht damit gerechnet, Thälmann hier zu finden. Es fragt sich, warum der Sicherheitsapparat einerseits den Parteivorsitzenden aus dem ungeeigneten Quartier herausholen wollte, und andererseits dieses nicht schützte? Glück im Unglück war, daß der KPD-Führer nicht in die Hände der von Hilliges eingeschalteten SA-Motorstaffel 1 fiel.

Bei allem Für und Wider, die eigentliche Ursache des Versagens liegt aber viel tiefer. Zweifellos ist es ein historisches Verdienst der deutschen Kommunisten, daß sie nach der ersten Überraschung über den Zeitpunkt der Berufung Hitlers zum 13. Reichskanzler der untergehenden Weimarer Republik und trotz des Ausbleibens des Generalstreiks von Anbeginn am konsequentesten und opferreichsten den Widerstand entfalteten – als andere noch zögerten, das NS-Regime tolerierten oder gar kapitulierten und überliefen. Doch erhebt sich die Frage, ob eine solche Massenpartei wie die KPD überhaupt in die Illegalität überführt werden konnte. Man denke an die nahezu 360 000 Mitglieder, die 28 Bezirksleitungen mit ihren über 1 000 Unterbezirksleitungen, den 6 000 Straßenzellen und 2 200 Betriebszellen (11 Prozent der Mitglieder), den Stamm der 1 000 Apparatmitarbeiter, die 100 bekannten Reichstagsabgeordneten sowie Tausende von Landes- und Kommunalpolitikern, schließlich die Avantgardisten in den Dutzend Massenorganisationen.<sup>25</sup>

Die »Regierung der nationalen Konzentration« unter Hitler überstand dank einer elastischen Taktik die ersten kritischen Tage ohne größere Probleme. Es wurde von einem offiziellen Parteiverbot zunächst Abstand genommen, um die gespaltene Linke nicht zur gemeinsamen Gegenwehr zu provozieren und über die wahren Absichten des Regimes zu täuschen. Man versuchte statt dessen, die Arbeiterbewegung und die gesamte Opposition mit gezielten und sich steigernden Überraschungsschlägen schrittweise zu zerschlagen. Im Wettlauf mit der Zeit konnten die eigene Konsolidierung und die Destabilisierung der Gegenseite vorangetrieben werden.

Dies wurde vom Hauptgegner KPD in gewisser Weise ungewollt erleichtert. Denn eine kritische Analyse verdeutlicht, daß das äußere Bild der Thälmann-Partei des Herbstes und Winters 1932/33 als eines mitreißenden antifaschistischen Massenkatalysators, der am radikalsten die Interessen der am meisten unter der Weltwirtschaftskrise leidenden Teile des deutschen Volkes vertrat, täuschte.<sup>26</sup> Erhebliche politische, strukturelle und personelle Defizite waren verdeckt. Der »Bolschewisierungsprozeß« auf Druck der Komintern, Stalins Fremdsteuerung und eigene Schwankungen hatten zu einer Deformierung und – vor allem – zu einer politischen Isolierung der starken deutschen Partei geführt. Die drittstärkste Kraft im Parteiengefüge der Weimarer Republik glich einem Koloß auf tönernen Füßen. Nachträglich hat Herbert Wehner einige der

24 Vgl. Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke, a.a.O., S. 371ff.

25 Im Zuge der Illegalitätsvorbereitungen seit Herbst 1932 waren die 28 KPD-Bezirke zu acht Oberbezirken mit jeweils einem Oberberater zusammengefaßt und die Anzahl der ZK-Abteilungen von 13 auf vier verringert worden. Von den Komplikationen bei der Umstellung zeugt, daß beispielsweise die Neustrukturierung der Berliner Organisation in 100 bis 120 »Liliput«-Kleineinheiten oder die Zusammenfassung der Parteiaktivisten in Fünfergruppen noch während der Legalität zunächst mehr verwirren als sie der Kampfkraft nützten.

26 Als neueste Publikation vgl. unter anderem Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1, Die Weimarer Zeit, Berlin 1999, insbesondere S. 202ff. Zu einigen strittigen Feststellungen (S. 221f. und bereits in der Ausgabe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.) vgl. Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, a.a.O., H. 11/2, S. 72f.

Probleme auf den Punkt gebracht: »Äußerlich betrachtet, war die KPD eine starke, kämpferische Partei, die ihre Kraft effektiv einzusetzen verstand. Im Inneren war sie ein Gefüge von Apparaten, eine Maschinerie, die wohl tauglich zur Durchführung von Beschlüssen, aber unfähig zur schöpferischen Meinungsbildung und Austragung von Auffassungsverschiedenheiten war. Die Parteikörperschaften waren in den dreißiger Jahren erstarbt und bestanden meist nur noch als Statisterie für die Sekretariate, die alle politischen und organisatorischen Fragen entschieden.«<sup>27</sup>

27 Herbert Wehner: Zeugnis, Köln 1982, S. 50.

Ein wesentliches Defizit der KPD war, daß die Partei mit strukturellen Problemen zu kämpfen hatte und unzureichend auf den Übergang in die Illegalität vorbereitet war. Angesichts der verstärkten öffentlichen Präsenz, die die Partei in der Endphase der Weimarer Republik hatte erreichen können, konnte das jedoch ohnehin nicht der Fall sein – zumal auf den Kampf gegen die neue Herrschaftsform in Deutschland internationale Erfahrungen mit dem Faschismus nur begrenzt anwendbar waren. Die KPD hielt sich an bewährte Rezepte und an das Vorbild der vom Zarismus verfolgten Bolschewiki. Mit etwas mehr Flexibilität hätten diese Mängel durchaus kompensiert werden können.

Allerdings war die Situation unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 tatsächlich schwierig, denn die Partei war offiziell noch legal. Die notwendige Nutzung der noch verbliebenen Möglichkeiten für eine Öffentlichkeitsarbeit insbesondere im Wahlkampf ließ kaum einen völligen Übergang in den Untergrund zu. Dies erwies sich als Zwickmühle im Wechselspiel von Halblegalität und Illegalität. Die neue Lage erschien, wie KPD-Redakteur Alexander Abusch empfand, als »geisterhaftes Dasein« zwischen Legalität und noch nicht dekretierter Illegalität, beim dem man stets hellwach sein mußte.<sup>28</sup>

28 Alexander Abusch: Der Deckname. Memoiren, Berlin 1981, S. 292.

Das Hauptproblem war eine illusionäre Strategie. Es gab die schillernde Forderung nach dem »revolutionären« Sturz des Hitlerfaschismus. Eine erwartete revolutionäre Krise sollte nach altem Patentrezept in den bewaffneten Aufstand übergeleitet werden, um auf diese Weise eine vermeintlich angeschlagene Hitlerregierung hinwegzufegen. So sollte das alte Traumziel verwirklicht und die Diktatur des Proletariats errichtet werden, wobei Ernst Thälmann eventuell eine noch nicht konkret untersetzte Zwischenstufe im Auge hatte. Von dieser Orientierung auf den revolutionären Sturz zeugten auch die von Alfred Kattner an Thälmann zu überbringenden drei Briefumschläge am 3. März 1933 mit Informationen des Nachrichtendienstes der KPD über die Situation in den paramilitärischen Organisationen des NS-Regimes. Werner Hirsch, spiritus rector des KPD-Führers, hatte sogar ein »revolutionäres« Aufstandsprogramm verfaßt, mit dem an den deutschen »Roten Oktober« vom Herbst 1923 angeknüpft werden sollte. Dazu hatten auch Beratungen mit John Schehr, Hans Kippenberger, Erich Birkenhauer und Herbert Wehner stattgefunden.

Auch nach Thälmanns Verhaftung blieb es dabei. Bereits im Oktober 1923 war ein deutscher »Roter Oktober« gescheitert. Thälmanns Nachfolger John Schehr glaubte, daß die Hitlerregierung höchstens zwei bis drei Jahre überstehen würde und dann die Zeit für die deutsche »Aurora« endgültig reif sei. Hans Kippenberger

verfaßte im Ergebnis von Beratungen mit John Schehr im Sommer 1933 Dispositionen zur Verbesserung der militärpolitischen Arbeit der KPD. Gefordert wurde: »Bessere Anpassung an die Massenarbeit der Partei, schärfere Orientierung in Fragen der ideologischen und praktischen Aufstandsvorbereitung auf die Betriebe und die bewaffneten Massenformationen des Faschismus/SA, uniformierte Polizei, Heer, Marine«. Es sollten ganze SA-Stürme »revolutioniert« werden. »Als eine Aufgabe, dessen Gewicht in der militärpolitischen Arbeit und in der Gesamtarbeit der Partei gewaltig verstärkt werden muß, steht die ideologische und praktische Aufstandsvorbereitung im Mittelpunkt der gesamten LK – (militärpolitischen – R.S.) Arbeit«<sup>29</sup>.

Noch Anfang 1934 wurde die Anweisung der Pariser KPD-Leitung übermittelt, nicht die Reorganisationsbestrebungen der KPD im Lande voranzubringen, sondern das Schwergewicht der Tätigkeit auf die Organisation von sogenannten Oktoberzirkeln in den Betrieben zu legen, in denen theoretisch und praktisch die Aufstandsvorbereitungen vorangetrieben werden sollten. Träger des bewaffneten Aufstandes für ein Sowjetdeutschland sollte der Rote Frontkämpferbund sein. Alle Einwände wurden mit der Begründung von der Unanfechtbarkeit von Kominternbeschlüssen zurückgewiesen.<sup>30</sup>

Wegen der Offensivkonzeption zum »revolutionären« Sturz der Hitlerregierung wurde die defensive Schutzfunktion durch den ohnehin schon überforderten KPD-Nachrichtendienst vernachlässigt.

Versetzt man sich in die schwierige Situation der Parteimitglieder, so begünstigte eine im Grunde genommen abenteuerliche Generallinie, die die Partei in ein militärisches Blutbad hätte stürzen können, alte Denk- und Verhaltensweisen. Sie verführten zu unkonspirativen Leichtfertigkeiten und beeinträchtigten den Schutz der unmittelbaren antifaschistischen Arbeit. Selbst das Quartier von John Schehr in der Großbeerenstraße, bereits für Thälmann vorgesehen, wurde nicht ausgewechselt. Die zahlreichen Verhaftungen Anfang November 1933 wären vermeidbar gewesen.

Entgegen der Dimitroffschen Mahnung war die KPD mehr Amboß als Hammer. Der erlittene Tempoverlust, den Ernst Thälmann bereits in Ziegenhals konstatiert hatte, nahm zu. Insofern verdient der ungebrochene, immer wieder aufflammende Widerstandsgeist der deutschen Kommunisten nach den Einbrüchen der Gestapo höchste Würdigung. Beeindruckend sind die Treue zur Partei und der Elan der meisten Funktionäre und vieler einfacher Mitglieder unter kärglichsten sozialen Lebensverhältnissen und Gefahren für die Familien.

Die kritische Aufarbeitung der Defizite der KPD schmälert keineswegs die Leistung deutscher Kommunisten bereits in der noch unüberschaubaren Anfangsphase des NS-Faschismus. Die kaum nachvollziehbaren Schwierigkeiten wie die Irrtümer verdeutlichen erst die ganze Größe einer neuen historischen Herausforderung. Vor allem aber zeigte sich abermals, daß sich die Reaktion letztlich wiederum als stärker erwies, obwohl sie nicht unverwundbar schien. Insofern ist die Diskussion eigener Fehler und Versäumnisse, die in der DDR mit viel Anstrengungen bekämpft wurde, unverzichtbar.

29 Zitiert nach BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 81, Bd. 291.

30 Vgl. in Auswertung verschiedener Quellen Ronald Sassning: Die Verhaftung Ernst Thälmanns und der »Fall Kattner«, H. 11/1, a.a.O., insbesondere S. 63; ferner gleichartige Erkenntnisse im Forschungskapitel 5 des MfS, in: BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 6.

*Wie das MfS die Geschichtsschreibung beeinflusste*

Mit der Zeit wuchs für bestimmte geschichtswissenschaftliche Fragen das MfS in die Rolle des Zensors hinein – angefangen damit, daß relevante Akten unter Verschuß gehalten wurden, bis hin zur Reglementierung von Publikationen. Auf Weisung Erich Mielkes durften bis zuletzt aus den Staatsarchiven und auch aus anderen Archiven selbst für sowjetische Forschungsvorhaben keine Dokumente herausgegeben werden, die Thälmann hätten belasten können.<sup>31</sup> Allerdings verfolgte die Hauptabteilung IX/11 die Thälmann-Spur selber. Am 29. August 1973 wurde ein umfangreicher Maßnahmenplan zur »Ermittlung aller Umstände der Ermordung Ernst Thälmanns und des Tatbeitrages aller daran beteiligten Personen« verabschiedet und eine vierköpfige Arbeitsgruppe dazu eingesetzt.<sup>32</sup>

Thälmanns Person rückte angesichts des 30. Jahrestages seiner Ermordung und der erneuten Aufnahme der Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Köln in den Mittelpunkt. Hinzu kam, daß eine grundlegende Biographie Ernst Thälmanns ausstand. Deshalb wurde die Zusammenarbeit mit dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (IML) intensiviert. Am 28. Mai 1975 erhielt dieses Institut einen Bericht über die Auffassung des MfS zu Thälmanns Tod. Daraufhin bat der stellvertretende Direktor des IML, Prof. Dr. Ernst Diehl, Anfang Juli 1975 die Hauptabteilung IX des MfS um eine Stellungnahme zu drei Abschnitten des Entwurfes einer Thälmann-Biographie. Im einzelnen ging es darum, wie Thälmanns Rechtsanwälte, seine Kurierverbindungen und die Umstände seiner Ermordung dargestellt werden sollten.<sup>33</sup> In einem ausführlichen Antwortschreiben vom 15. Juli 1975, das vom Minister mit »einverstanden Mielke« freigegeben worden war, erging die Order, im Falle des Rechtsanwalts Helmut Külz dessen Zugehörigkeit zu faschistischen Organisationen im Text zu streichen. Bei der Behandlung des Verbindungssystems während der Haft sollte die Nennung des Namens Walter Trautzsch (»Edwin«) vermieden werden, da es sich angeblich um einen V-Mann der Gestapo gehandelt habe. Trautzsch war von August 1936 bis zu seiner letzten Begegnung mit Rosa Thälmann am 22./23. Dezember 1938 der am längsten tätige und wichtigste »Thälmann-Kurier« gewesen. Er hatte über Rosa und Irma Thälmann die wohl beste Verbindungsbrücke zwischen dem Parteivorsitzenden und der KPD-Führung via Paris nach Moskau aufrechterhalten. Auf Grund seines gefälschten Schweizer Passes wurde Trautzsch am 16. Februar 1939 beim Grenzübertritt nach Deutschland festgenommen und seitdem – auch in Moskau – als möglicher Gestapospitzel bearzogen.<sup>34</sup>

Den breitesten Raum der Einwände durch das MfS nahm die »Darstellung der Umstände der Vorbereitung und Durchführung der Ermordung Ernst Thälmanns« ein. Diese müßte »generell verändert werden«, da sich die gegenwärtige Fassung im wesentlichen auf die Aussagen der ehemaligen Häftlinge Marian Zgoda und Wladimir Spisar stütze, die sehr widersprüchlich seien. Außerdem sollte die Nennung der Mörder nicht erfolgen, da unterdessen einige Personen bekannt geworden wären, »die gegenwärtig aufgeklärt werden«. Es wurde die Übernahme eines wörtlich ausformulierten Textes von eineinhalb Seiten »vorgeschlagen«. Dieser reichte von

31 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA VII, Nr. 73. Mielke brüstete sich, daß das MfS in der DDR alle Archive unter Kontrolle genommen habe. Vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 130ff., S.450.

32 Vgl. BStU, ZA, RHE V 9/62 Bd. 1.

33 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 308.

34 Hätte schon die Paßpanne vermieden werden können, so entbehrten die zermürbenden Verdächtigungen und seine zeitweilige Maßregelung durch die SED jeglicher Grundlage. Denn dieser hatte vom zuständigen Pariser Sekretariatsmitglied Franz Dahlem bei einer eventuellen Verhaftung die Variante zugebilligt bekommen, pro forma auf eine Anwerbung der Gestapo einzugehen, um wieder frei zu kommen, was ihm bereits am 23. Februar 1939 gelang; vgl. BStU, ZA, MfS HA IX/11, SV 1/81, Bd. 246. Zur Rolle und zum Schicksal des »Thälmann-Kuriers« vgl. Anette Leo und Peter Reif-Spirek (Hrsg.): Helden, Täter und Verräter. Studien zum DDR-Antifaschismus, Berlin 1999, S. 127ff., ebenfalls S. 171. Die inhaltliche Auswertung der Kurierberichte erfolgte höchst einseitig.



der Ausarbeitung konkreter Pläne zur Liquidierung Thälmanns durch das Amt IV des RSHA seit dem Frühjahr 1944 bis zur Verbrennung seiner Leiche im Krematorium des KZ Buchenwald und den Vertuschungslügen des Naziregimes.

Den Empfehlungen folgte das IML nur bedingt. Die Kurierrolle von Walter Trautzsch wurde doch ausführlich dargelegt, jedoch ohne die brisanten Probleme zu behandeln. Bei Rechtsanwalt Külz wurde hinzugefügt, daß er aus »Tarnungsgründen« faschistischen Organisationen angehört habe. Die Darlegung der Ermordung Ernst Thälmanns fiel allerdings knapp und allgemein aus, ohne Nennung der Namen von Tätern und vermeintlichen Zeugen. Anfang der achtziger Jahre wurden die Ermittlungen gegen den ehemaligen 2. Lagerführer des KZ Buchenwald, Erich Gust, den das MfS in der Bundesrepublik als mutmaßlichen Mörder Thälmanns hatte aufspüren können, auf Weisung Mielkes eingestellt.<sup>35</sup>

Wie sehr man sich im Falle der Verhaftung auf eine gemeinsame, manipulierte Linie geeinigt hatte, um Schaden vom Ansehen Ernst Thälmanns abzuwenden – dies war der Tenor aller Untersuchungsberichte der KPD bereits seit 1933 –, davon zeugt der betreffende Abschnitt in der 804 Seiten starken Biographie »Ernst Thälmann«.

Die von einem Autorenkollektiv des IML ausgearbeitete Darstellung wurde im Jahre 1979 herausgebracht und trug zum Thälmann-Kult in der Honecker-Ära wesentlich bei. Als »Volksbuch« gedacht, wurde darin der dreizehn Jahre zuvor von Hermann Dünow proklamierte Verrat durch Hermann Hilliges endgültig festgeschrieben. Alles andere blieb weiterhin ausgeklammert. Geringe Nuancierungen finden sich lediglich hinsichtlich der Anzahl der bereitgestellten illegalen Quartiere, und daß die Festnahme des Thälmann-Sekretärs Werner Hirsch eingeräumt wurde – die von Birkenhauer und Kattner jedoch nach wie vor nicht. Das Schicksal von Alfred Kattner wurde weiterhin verschwiegen<sup>36</sup> – trotz eines ersten Hinweises auf dessen Spitzelrolle durch Franz Dahlem zwei Jahre zuvor.<sup>37</sup>

Auch neun Jahre später ließen es die Autoren der neuen »kleinen« Thälmann-Biographie mit der Darstellung der Verhaftung des KPD-Führers in alter Lesart bewenden: »Nazidenunzianten hatten seinen Aufenthalt festgestellt«.<sup>38</sup> In der Jubiläumsdokumentation zwei Jahre zuvor waren die Verfasser sogar zur alten Floskel zurückgekehrt, lediglich die Festnahme ohne Angabe von Gründen zu erwähnen.<sup>39</sup>

Ginge es nach dem Willen mancher dieser Historiker, dann sollte es für immer so bleiben. Im Jahre 1997 trat einer der Hauptautoren des letzten, fünften Teiles der Thälmann-Biographie von 1979 mit der Devise hervor, daß es gelte, als einen entscheidenden Teil »neuen Denkens alte Wahrheiten« zu verbreiten. Es reiche wahrlich, »die Thälmann-Biographie von 1979 zu lesen«. Schon damals wären »alle Lügen und Verleumdungen, die heute noch immer und erneut hervorgehoben werden«, zurückgewiesen worden. Es seien seither »keine Archivalien oder andere Materialien aufgetaucht, die eine wesentliche Korrektur des Thälmann-Bildes« erforderten.<sup>40</sup>

Seither fehlt es in den neuen wie alten Bundesländern nicht an Bestrebungen, die Verklärung Ernst Thälmanns festzuschreiben.<sup>41</sup>

35 Vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 130ff., S. 399f.

36 Vgl. Ernst Thälmann. Eine Biographie, Berlin 1979, S. 661f.

37 Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges. Erinnerungen, Bd. 1, Berlin 1977, S. 185.

38 Vgl. Günther Hortschanski, Walter Wimmer: Ernst Thälmann. Kleine Biographie, Berlin 1988, S. 257.

39 Vgl. Ernst Thälmann. Bilder, Dokumente, Texte, Berlin 1986, S. 326f, S. 402.

40 Lothar Berthold: Wider die Anti-Thälmann-Kampagne, in: Marxistische Blätter, 2/1997, S. 99 ff; derselbe: An Stalin, in: Die Rote Fahne 8/1997.

41 Dies schlug sich ebenfalls in einer in Neues Deutschland veröffentlichten Debatte zum aktuellen Umgang mit Ernst Thälmann nieder. Vgl. Neues Deutschland, 26. September sowie 10., 17., 21. und 24. Oktober 1997. Bei Hermann Weber findet sich dazu eine differenzierte Bewertung in: IWK. Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2/1997, S. 233f.

Insbesondere durch die Wortführer des Freundeskreises der »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals« e.V. wird der Sinn ehrenden antifaschistischen Gedenkens wie einst verkehrt. Denn im Prinzip ist es bei alten Kultklischees und Geschichtsklitterungen geblieben. In demagogischer Weise werden nicht nur neue Fragestellungen und weiterführende Forschungsergebnisse abgeblockt, sondern zunehmend Andersdenkende ausgegrenzt und kritische Historiker wie Politiker öffentlich diskreditiert. Auch Irma Thälmann äußerte sich entsprechend. Die verschiedenen Gedenkredner am Denkmal im Prenzlauer Berg oder in Buchenwald anlässlich des 55. Jahrestages der Ermordung des KPD-Führers wurden von ihr faktisch der Verunglimpfung des Andenkens ihres Vaters bezichtigt, »als wenn sie nicht wüßten, was in den Unterlagen steht«.42 Sie wies empört die »Verleumdungen« zurück, die im »Neuen Deutschland«, das die »Linie« bringen müßte, unter dem Vorwand der »Geschichtsaufarbeitung« über Ernst Thälmann »ausgeschüttet« würden.43

42 Vgl. Rundbrief Freundeskreis »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals« e.V., November 1999.

43 Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der PDS, H. 9/1999, S. 27. Dies bezieht sich auf den Artikel des Autors »Teddys Hoffnung auf Freiheit«, in: Neues Deutschland, 18. August 1999, Seite 3. Dem gingen bereits massive Angriffe gegen die KPD-Forschungen von Prof. Dr. Klaus Kinner (Leipzig) im Jahresbericht 1998 des Vorsitzenden des Freundeskreises »Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals« e.V. voraus.

44 Vgl. unter anderem Fred Bruder: Neue Erkenntnisse über die Tagung in Ziegenhals 1933. »Sportlertreffen« bei Mörschel, in: Neues Deutschland, 5./6. Februar 2000, S. 15; ders.: Ein unbekannter Zeitzeuge. Wilhelm Mörschel duldete auf Wunsch Otto Frankes die »Sportlertreffen«, in: Märkische Allgemeine, 14. März 2000, S. 15.

Insofern ist klarzustellen, daß die Existenz der Ziegenhalser Thälmann-Gedenkstätte nicht ausschließlich durch antikommunistische Bestrebungen gefährdet ist, wie behauptet wird. Als Ort antifaschistischen Gedenkens an die illegale KPD-Reichsfunktionärskonferenz mit Ernst Thälmann – aber nicht als Stätte der alten SED-Geschichtsschönungen und als Gral zur Selbstdarstellung von Nostalgikern – ist der bauliche Verfall der Gedenkstätte natürlich unbedingt aufzuhalten. Ohne inhaltliche Korrekturen jedoch wird die Gedenkstätte auf Dauer keine wirkliche Perspektive haben. Es ist kaum länger zumutbar, daß eine an historischen Tatsachen interessierte Besucherschaft wider neue wissenschaftliche Erkenntnisse44 durch ein konserviertes SED-Geschichtsbild – Tabus und Falschaussagen eingeschlossen – irreführt wird.

Nach dem Erscheinen der »großen« Thälmann-Biographie unternahm man im MfS einen nächsten Schritt, um der GVS-Weisung des Ministers zur Erforschung der Tätigkeit der Aufklärungs- und Abwehrgane der KPD nachzukommen. Naturgemäß berührte dies Grundfragen der Parteigeschichte und die Verantwortung des KPD-Führers, dem der Nachrichtendienst persönlich unterstanden hatte. Das MfS war bestrebt, sich das Monopol auf die Erarbeitung der Geschichte des Sicherheitsapparates der KPD zu sichern und bei Publikationen anderer Institutionen die Federführung auszuüben. Ab 1980 wurde die Konzeption des Forschungsvorhabens über die »Erfahrungen der KPD bei der Erkundung, Entlarvung und Abwehr der geheimen Pläne, Absichten und Machenschaften des Feindes« beraten und präzisiert als ein »Beitrag für die Erhöhung der Wirksamkeit der planmäßigen Erziehung und Befähigung der Mitarbeiter zur Erfüllung der politisch-operativen Aufgaben des MfS«. 1983 lag der Entwurf zum ersten Abschnitt des 5. Kapitels vor. Sein Thema lautete: »Die mit der Errichtung der faschistischen Diktatur entstandenen neuen Klassenkampfbedingungen, der Kampf der Aufklärungs- und Abwehrgane der KPD für den Sturz der Hitlerregierung und zur Verhinderung des drohenden imperialistischen Krieges (1933-1939)«. Seine Ausarbeitung war der Hauptabteilung IX im Zusammenhang mit der Bearbeitung des Vorganges »Parteiintern« übertragen worden, während die Erarbeitung des

Gesamtprojekts gemeinsam mit der Hochschule des MfS, der HVA und der Hauptabteilung IX erfolgte. Letztere hatte zugleich den Auftrag »Archivproblem – parteiintern« auszuführen, um alle in eigenen Dokumentenablagen sowie in staatlichen Archiven vorhandenen Materialien über die Tätigkeit und über die Mitarbeiter der Aufklärungs- und Abwehrorgane der KPD zu erfassen, auszuwerten und so Rängeleien im Ministerium zu unterbinden.<sup>45</sup>

Im Auftrag von Generaloberst Wolf hatte schon seit Anfang 1980 eine Arbeitsgruppe der HVA und der Hochschule des MfS das Zentrale Parteiarchiv beim IML zum militärpolitischen Apparat der KPD durchforstet. Die weitere Arbeit sollte künftig mit der Hauptabteilung IX koordiniert werden. Generalmajor Hans Carlsohn, Leiter des Sekretariats des Ministers und persönlicher Mitarbeiter Mielkes, übergab deshalb an diese Hauptabteilung die im »großen Panzerschrank« befindlichen Unterlagen »zur internen Auswertung«. Mit dem Zugriff auf jene Staatsarchive der DDR, in denen sich parteiinterne Angaben zum militärpolitischen Apparat der KPD befanden, sollte durch »Dauerausleihe« an das MfS zugleich verhindert werden, daß »keine mißbräuchliche Auswertung durch andere Archivbenutzer erfolgen kann«. Über den Stand der Dinge wurde der Minister durch einen dreiseitigen Bericht von Oberst Stolze (Hauptabteilung IX/11) am 9. September 1983 informiert.<sup>46</sup>

Es erfolgten strenge Belehrungen über die »parteilgemäße« Auswertung von Quellen und die Erläuterung von Bewertungskriterien am Beispiel eines Erinnerungsberichtes von Anne Kerff, die jahrelang in Stalinschen Lagern inhaftiert gewesen war. Sie hatte im November 1972 aus Sofia ihre ausführlichen, teilweise kritischen Aufzeichnungen dem 1. Sekretär des ZK der SED, Erich Honecker, übermittelt. Anlaß war der bevorstehende 50. Jahrestag des Hamburger Aufstandes und das Gedenken an ihren Lebensgefährten Hans Kippenberger. Über das Zentrale Parteiarchiv war eine Kopie durch die Hauptabteilung IX/11 zur Auswertung übernommen worden. Diese bekundete ihr Mißfallen, denn die Autorin vertrete »zu bestimmten Ereignissen fest eingefahrene und vorgefaßte Meinungen«. Es gelte bei der Nutzung der Niederschriften zu beachten, daß sie »bestimmte Vorbehalte gegen führende Funktionäre unserer Partei hatte und hat«, die es abzubauen gelte.<sup>47</sup>

Dafür baute man um so mehr auf die persönliche Unterstützung Erich Mielkes als gewichtiger und angeblich verlässlicher Zeitzeuge. Er sollte anhand von 22 Fragen der Hauptabteilung IX/11 über die Tätigkeit der Aufklärungs- und Abwehrorgane der KPD und seine eigenen Erfahrungen berichten, nicht zuletzt über seinen Einsatz im spanischen Bürgerkrieg. Darauf drängte insbesondere Generaloberst Wolf. Er wollte, daß ihm der Fragenkomplex zum AM-Apparat vom Minister beantwortet werde, wozu er dreizehn Auskünfte wünschte.<sup>48</sup>

Weitere Aktivitäten gab es zur Abstimmung mit dem IML bei der Ausarbeitung des nächsten großen Projektes der Parteigeschichtsschreibung, der Geschichte der SED in vier Bänden. Das MfS wollte klären, wie im zweiten Band über die Zeit von 1917 bis 1945 die Tätigkeit der illegalen Apparate der KPD erfolgen sollte. Der zuständige Institutsvertreter Ernst Diehl versicherte, daß eine

45 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 9.

46 Ebenda.

47 Ebenda sowie Bd. 96.

48 Ebenda, Bd. 9.

49 Ebenda.

50 Vgl. ebenda, Bd. 246. Aufgrund der Wendeereignisse erfolgte die Herausgabe dieses 2. Bandes nicht mehr.

51 Ebenda, Bd. 9. Auf diese Vorarbeiten konnten sich dann die Autoren der Dietz-Ausgabe »Der Nachrichtendienst der KPD 1917-1937« aus dem Jahre 1993 stützen, von denen bereits zwei Mitverfasser des genannten MfS-Projektes waren.

52 Vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 6; BStU, ZA, MfS-HA IX, Nr. 17324.

Darstellung dazu nicht vorgesehen sei und die Erforschung dieser spezifischen Seite der Parteigeschichte nur durch die Mitarbeiter des MfS aufgrund ihrer politisch-operativen Erfahrungen durchgeführt werden könnte. Für die nachfolgenden Bände, die sich mit dem Aufbau, dem Schutz und der Sicherheit der DDR befaßten, sollte das MfS seinen entsprechenden Beitrag leisten.<sup>49</sup> Später durchleuchtete das MfS trotzdem das Manuskript des zweiten Bandes zur Geschichte der SED und ersuchte um Korrekturen bei der Darstellung der Tätigkeit Hermann Dünows im antifaschistischen Widerstand sowie im Zuchthaus Luckau. Weiterhin wurde moniert, daß die Befreiung Ernst Thälmanns aus Moabit nicht an einem unglücklichen Zufall gescheitert sei. Man habe davon aus Sicherheitsgründen Abstand nehmen müssen.<sup>50</sup>

Auch in dieser Parteigeschichtsdarstellung blieb die eigentliche Ursache für die Verhaftung Thälmanns ungenannt. Es sei ein Polizeikommando erschienen, das der Anzeige eines Nazis nachging und Thälmann sowie Werner Hirsch festnahm. Nach wie vor wurden die Rolle und die Erschießung Alfred Kattners verschwiegen.

Was das eigene MfS-Projekt betraf, meinte Oberst Stolze, daß ein Teil im fünften Kapitel durchaus geeignet sei, die gestellten Aufgaben »zur weiteren Erforschung der Vorbilder für die operative Arbeit und für die revolutionäre Traditionspflege des MfS zu unterstützen«. Zugleich betrieb man um das Ganze viel Geheimniskrämerei. Außer den Mitgliedern der Arbeitsgruppe der Hauptabteilung IX/11 hatten zunächst nur Oberst Coburger von der Hauptabteilung IX und Oberst Fröhlich von der Hochschule des MfS Kenntnis vom Inhalt des Entwurfs des ersten Abschnitts vom Herbst 1983.<sup>51</sup>

Welche Erkenntnisse wurden sowohl im ersten Entwurf von 1983 als auch im Forschungsbericht vom Dezember 1986 über die Verhaftung Ernst Thälmanns vorgelegt? Im Prinzip blieb es bei den Darlegungen der Thälmann-Biographie über die Hauptschuld von Hermann Hilliges. Allerdings wurde erstmals die Festnahme von Erich Birkenhauer und Alfred Kattner, den anderen beiden persönlichen Mitarbeitern des KPD-Führers, noch am gleichen Nachmittag eingeräumt. Polizeihauptwachmeister Max Laube, im Dossier auf Grund des Filmfundes von 1967/68 noch zum zweiten »Sündenbock« abgestempelt, spielte dagegen überhaupt keine Rolle mehr. Die Brisanz des letzten »Cheftreffens« mit Thälmann am 3. März 1933 zu wichtigen Absprachen im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag und für eine modifizierte neue Einheitsfrontpolitik mit der SPD, blieb immer noch völlig unerwähnt.

Im Vordergrund stand faktisch eine Reinwaschung des militärpolitischen Apparates der KPD, »der große Anstrengungen für die Gewährleistung der Sicherheit des Vorsitzenden der KPD unternommen hatte«. Im ersten Entwurf wurde mit den Worten des Zeitzeugen Franz Dahlem immerhin wenigstens noch eingestanden, daß die Partei und ihr Sicherheitsapparat Ernst Thälmann »nicht sicherer vor den faschistischen Häschern zu schützen gewußt und nicht mit noch größerer Entschiedenheit seinen Widerstand zu überwinden versucht hatten, rechtzeitig das Land zu verlassen.«<sup>52</sup>

Diese kritische Nuancierung ließ allerdings sowohl die akzeptablen Motive der Wahlkampfstrategie Thälmanns, bis zum 5. März in Deutschland an der Spitze der Partei auszuharren, als auch die tieferen Ursachen der Sicherheitsmängel außer acht.

Auch stimmte es nicht,<sup>53</sup> daß der militärpolitische Apparat die Untersuchungen zur Verhaftung Thälmanns »sehr erfolgreich« geführt habe und ein detailliertes Bild über den Hergang der Verhaftung Ernst Thälmanns ermittelt worden sei. In der Endfassung des Forschungsberichtes wurde einiges wieder zurückgenommen. Man blieb eine Erklärung schuldig, weshalb Ernst Thälmann nicht sicher in die Emigration herausgebracht wurde, obwohl der militärpolitische Apparat angeblich dafür alle Voraussetzungen geschaffen hatte wie zuvor schon für eine sichere Unterbringung in Deutschland. Es wurden die beschönigenden, unzureichenden Recherchen der KPD-Abwehr unkritisch übernommen. Zwar wurde erstmalig das ganze Ausmaß des Verrats der Gestapospitze Olbrysch, Laß, Krauß und Kattner enthüllt, ohne jedoch zu erwähnen, daß der militärpolitische Apparat bis in den Winter 1933 hinein Alfred Kattner in Schutz genommen hatte. Auch das Ende Kattners wurde weiterhin verschwiegen – ebenso welche Auseinandersetzungen Herbert Wehner mit dem Nachrichtendienst um die »Kaltstellung« Kattners geführt hatte. Auch darüber, daß Hans Kippenberger einiges vertuschte, um das Ansehen seines Parteivorsitzenden zu schützen, erfolgte kein Wort. Im Abschnitt »Sonderauftrag Thälmann« wurden zwar die Verbindungsaufnahme und die Befreiungsversuche zur Rettung des KPD-Führers aus dem Moabiter Gefängnis dargelegt. Die Berufung auf die Moskauer Entscheidung, aus Sicherheitsgründen schließlich davon Abstand zu nehmen, wurde aber nicht hinterfragt – war diese doch offensichtlich ein Vorwand gewesen.

Immerhin gab es eine kritische Sicht der MfS-Autoren auf das dogmatische Festhalten der KPD-Führung an der Errichtung der Diktatur des Proletariats nach dem erwarteten Sturz der Hitlerregierung. Aber der problematische Zustand der KPD, ihre eigenen Versäumnisse und Schwierigkeiten beim Übergang in das äußerst komplizierte Wechselspiel zwischen Halblegalität und Illegalität wurde kaum analysiert. Alles im allem ging die hauseigene KPD-Geschichtsschreibung des MfS nicht über einige Modifizierungen und Ansätze in Einzelfragen hinaus. Vor allem: Alles blieb intern.

### *Rückgriffe*

In der »Geschichte der Militärpolitik der KPD (1918-1945)« aus der Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Instituts der DDR erfolgte 1987 ein Rückfall in den ganz alten Stil. Die Verhaftung Ernst Thälmanns wurde übergangen und lediglich erwähnt, daß Wilhelm Pieck auf der »Brüsseler Konferenz« im Oktober 1935 zum Parteivorsitzenden »für die Zeit der Inhaftierung Ernst Thälmanns« gewählt worden war.<sup>54</sup> Mit zahlreichen Allgemeinplätzen blieben die Autoren hinter Ansätzen des fünften Kapitels des Forschungsprojektes des MfS zurück. Und nicht nur dies. Reglementierungen und strikte Eingriffe in die Forschung durch das MfS sollten dafür sorgen, daß unangenehme Wahrheiten nicht an die breite Öffentlichkeit gelangen.

53 Vgl. Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke, a.a.O., S. 370.

54 Geschichte der Militärpolitik der KPD 1918-1945 (Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. sc. Paul Heider), Berlin 1987, S. 289.

Stein des Anstoßes war die Gemeinschaftsdissertation von Oberst Dr. Edgar Doehler und Oberst Dr. Egbert Fischer im Jahr 1983 zum Dr. sc. phil. an der Militärakademie »Friedrich Engels« in Dresden, beide Dozenten an dieser höchsten Ausbildungsstätte der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR. Die Thematik lautete: »Studien zur Entwicklung und Tätigkeit des militärpolitischen Apparates der KPD (1919-1935)«. Im Text gab es dazu einige kritische Darlegungen, richtige wie Streitbare. Es wurde durchaus zutreffend festgestellt, daß der M-Apparat nach Errichtung der faschistischen Diktatur zunächst an der inhaltlichen Orientierung und der organisatorischen Struktur festhielt, obwohl es, »wie es sich dann zeigte, notwendig gewesen wäre, ihn stärker auf die Sicherung der Partei und der illegalen Parteilinie ein- und umzustellen«. Erstmals wurde in einer offiziellen wissenschaftlichen Arbeit der »Fall Kattner« angeschnitten, eines der für die Öffentlichkeit am besten gehüteten Tabus in der DDR. Die Autoren rechtfertigten allerdings seine Liquidierung, die »vermutlich vom M-Apparat der KPD vorbereitet und durchgeführt«, worden sei.<sup>55</sup> Bis dahin hatte nur Franz Dahlem als das »krasseste Beispiel für Verrat« den Namen Kattner – jedoch ohne den Fememord – kurz erwähnt.<sup>56</sup>

55 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 181.

56 Franz Dahlem: Am Vorabend des zweiten Weltkrieges, Bd. 1, S. 185. Bis zu seinem Tod hat Dahlem weitere Materialien dazu gesammelt.

Nun trat das MfS auf den Plan. Was warf man den Militärhistorikern vor? Die Auffassung, daß selbst die KPD-Zentrale »vor den Spitzelaktivitäten der Polizei nicht gefeit war«, zeuge von einer Unterschätzung des Klassenfeindes und seiner Praktiken, meinte man. Anhand von Beispielen wurde der Vorwurf erhoben, daß die Dissertation unmittelbar die These der BRD-Geschichtsschreibung stützen würde, der M-Apparat habe der Partei lediglich geschadet. Auch wenn »eine Vielzahl bisher unbekannter Sachverhalte« dargelegt würden, seien die Autoren am Ende ihrer Dissertation zu einer »schwerwiegenden Schlußfolgerung« gelangt, womit »direkt die historische und objektive Notwendigkeit der Existenz spezieller Organe der Partei zur Aufklärung und Bekämpfung der Gegner der Arbeiterklasse gezeugnet« werde.<sup>57</sup>

57 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, SV 1/81, Bd. 9.

Dem Gutachter aus dem IML wurde eine sehr kritische Beurteilung der Arbeit abverlangt. Aber nicht nur das: In einem Schreiben vom 12. Dezember 1983 an den Minister ersuchte der Leiter der Hauptabteilung IX, Generalmajor Fister, um eine Sperrung der Dissertation. Diese sollte »aus Gründen von parteiinternen und politisch-operativen Personen- und Sachzusammenhängen entsprechend der VS-Ordnung als Verschlusssache« erfaßt werden. Auf Grund der aufgezeigten »fehlerhaften Darstellung« der spezifischen Tätigkeit der Militärpolitischen Abteilung der KPD dürfe »keine weitere Auswertung in der wissenschaftlichen und geschichtspropagandistischen Arbeit« erfolgen. Ebenfalls müsse dafür gesorgt werden, daß »zukünftig bei der Benutzung von Dokumenten des historischen Archivs der KPD, insbesondere über die konspirative Arbeit der Partei, eine ausdrückliche Verpflichtung zur Geheimhaltung vorgenommen wird«.<sup>58</sup>

58 Ebenda.

Es folgte zwar ein ordnungsgemäßes öffentliches Promotionsverfahren vor dem Wissenschaftlichen Rat der Militärakademie mit drei im Prinzip sehr anerkennenden Gutachten, insbesondere hinsichtlich der Materials substanz. Jedoch blieben Nachwirkungen

nicht aus. Hatte Prof. Dr. Walter Wimmer vom IML in seinem Gutachten einerseits die Gemeinschaftsschrift noch als »Standardarbeit und Nachschlagewerk« gewürdigt, so wurde andererseits eine Fortführung für überflüssig erachtet, der streng vertrauliche Charakter betont und eine etwaige Veröffentlichung nicht gebilligt. Sie sollte lediglich für interne Zwecke und die Geschichtsarbeit der Partei genutzt werden. Auf dem NVA-Dienstweg erfolgte die Weisung, die verschickten Thesen zur Dissertation einzuziehen und das mißhellige Werk zu sekretieren. Es wurde als »VVS« abgestempelt. Nur mit schriftlicher Genehmigung des Kommandeurs der Sektion Gesellschaftswissenschaften an der Militärakademie durfte eine Ausleihe erfolgen. Zwei Seiten mußten sogar entfernt werden.<sup>59</sup> Sie behandelten die Ereignisse vom 9. August 1931 auf dem Bülow-Platz mit Erich Mielke vom Parteiselbstschutz, als zwei Polizeioffiziere im Zeichen des Prinzips des individuellen Terrors, der von den radikalsten Kräften in der KPD entgegen Thälmanns Linie befürwortet wurde, erschossen wurden.<sup>60</sup> Übrigens gehörte einer der Verfasser, Edgar Doehler, dann zum Autorenkollektiv der genannten Geschichte der Militärpolitik der KPD.

#### *Es war alles bekannt*

Wie sich zeigt, waren seit den polizeilichen K-5-Ermittlungen nach dem Kriege und vor allem seit dem Filmfund im Berliner Polizeipräsidium am Jahresende 1967 die aktenmäßig bekundeten Tatsachen über die Verhaftung Ernst Thälmanns und den »Fall Kattner« ans Licht gekommen. Dazu kamen die Kenntnisse der Rechercheure und Geschichtsforscher des MfS wie auch anderer DDR-Historiker. Auch was zur KPD-Geschichte in Publikationen aus der BRD, vor allem durch Hermann Weber (Universität Mannheim), vorgelegt worden war, blieb sachkundigen Fachleuten in der DDR nicht unbekannt. Selbst wenn nicht allen Wertungen Webers in seiner ebenfalls durch den Kalten Krieg geprägten Diktion zugestimmt werden kann, erweist sich manches bis heute als zutreffend.

Aber wie wurde mit diesen Tatsachen und mit den Tabus umgegangen? Die vergleichende Aufarbeitung ergibt, daß seit dem ND-Artikel Hermann Dünows im April 1966 über die Dossiers der MfS-Hauptabteilungen IX und XX im Verlaufe der ersten Jahreshälfte 1968 bis zum offiziellen Standardwerk der Thälmann-Biographie von 1979 der sogenannte Verrat durch Hermann Hilliges als die Ursache für die Verhaftung Ernst Thälmanns festgeschrieben wurde. In den achtziger Jahren zog man sich sogar wieder auf knappe Allgemeinplätze zurück.

Doch das eigentliche Problem bestand darin, daß die Thälmann-Forschung in der DDR generell in den offiziellen Thälmann-Mythos eingebunden war und diesem diente. Ständig stieß sie an Grenzen. Tatsachen, die im Widerspruch zu dem unter Erich Honecker immer mehr ausufernden Thälmann-Kult standen, wurden verschwiegen. Honecker verstand sich als einer der treuesten Jugendfunktionäre des KPD-Führers. Anfang der dreißiger Jahre hatte er in den Auseinandersetzungen um die Linie des kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD) für Thälmann Partei ergriffen. Nunmehr sollte im Geiste Ernst Thälmanns

59 Mündliche Auskünfte von Prof. Dr. sc. Paul Heider (Potsdam) am 11. und 12. Januar 2000. Dieser war damals einer der drei Gutachter und erlebte zugleich als Lehrstuhlleiter für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Militärakademie die genannten Vorgänge, die Irritationen auslösten. Die Hintergründe waren nach außen nicht bekannt, aber es gab bestimmte Vermutungen in Richtung MfS, da dieses durch Fragereien bereits aufgefallen war.

60 Zu Hintergründen und Täterschaft vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 23ff.; 41ff.; 359f.; 429. Auch Alfred Kattner war als Zeuge im Bülowplatz-Prozeß der NS-Machthaber vorgesehen (S. 39).

61 Was insgesamt die Entwicklung der Faschismus- und Widerstandsforschung in der DDR betrifft, so ist dem Potsdamer Historiker Kurt Finker zuzustimmen, daß es einen Prozeß der differenzierten Darstellung des Widerstandes gegen das Hitlerregime gegeben hat, der mit manchen Tabus brach. (Vgl. Kurt Finker: Der antifaschistische Widerstand im Geschichtsbild und Geschichtsforschung der DDR. Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.) Dies schließt ein, daß selbst SED-Politbüro-Mitglied Kurt Hager auf eine noch umfassendere Darlegung der Stalinschen Repressalien gegen deutsche Kommunisten in der Sowjetunion drängte, als dies erstmals in den Thesen

des ZK der SED zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD aus dem Jahre 1988 angeklungen war. Zur Rolle Mielkes bei der Beschaffung entsprechender Opferlisten aus der UdSSR vgl. Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 405f.

62 Vgl. Thilo Gabelmann: Thälmann ist niemals gefallen? Eine Legende stirbt, Berlin 1996.

63 Vgl. Reinhard Müller: Die Akte Wehner, Berlin 1993, S. 278; zuvor Hartmut Soell: Der junge Wehner, Stuttgart 1991, S. 307; Erich Selbmann: Der Große Coup, Berlin 1998, S. 67; Karl Schirdewan: Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen, Berlin 1998, S. 45, S. 87 sowie andere. Eine Darlegung mit Ungenauigkeiten und falschen Aussagen findet sich bei Werner Bethge im Sammelband: Verfolgung. Alltag. Widerstand. Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente, Berlin 1993, S. 364f. Erstmalig zutreffende, knappe Hinweise auf die Rolle Kattners siehe: Der Nachrichtendienst der KPD 1918-1937, Berlin 1993, S. 285f., S. 288, S. 315, S. 343. Dagegen wird dessen Rolle in gediegenen Neuerscheinungen ausgeklammert wie bei Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999 und Allan Merson: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland, Bonn 1999 (englische Originalausgabe allerdings bereits 1985). Der letztgenannte Autor führt die Verhaftung Ernst Thälmanns noch immer auf einen möglichen Verrat zurück, erwähnt lediglich die Festnahme Thälmanns und einiger Mitarbeiter. Er erklärt die rasche Verhaftung der

gelernt, gearbeitet und gelebt werden. Das galt keineswegs nur für die »Thälmann-Pioniere« und die über 200 Namensträger aus allen Bereichen.

Der unverkennbare Widerspruch zwischen dem angeblichen Anspruch der SED- und DDR-Führung auf Erfüllung des Vermächtnisses Ernst Thälmanns einerseits und den sich verschlechternden Zuständen in der DDR andererseits verschärfte sich in den achtziger Jahren zusehens. Hatte in den ersten Jahren der DDR das Leitbild vom unermüdeten Volkstribunen gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg sowie für eine bessere sozialistische Zukunft des Volkes durchaus noch Anklang gefunden, so wirkten in der Endzeit der DDR die Rituale einer heroisierten Vergangenheit nur noch ermüdend und konnten auf Dauer die gesellschaftlichen Probleme nicht einmal im Ansatz überspielen. Unter diesen Umständen erschienen historische Tatsachen, die das Wunschbild von Thälmann befleckt hätten, als noch mehr belastend und waren deshalb unerwünscht. Es blieb bis zum Ende alles beim alten.<sup>61</sup>

Bis in die Gegenwart hinein werden Erkenntnisse über die Hintergründe, den Verlauf und die Folgen der Verhaftung Ernst Thälmanns sowie der »Fall Kattner« kaum rezipiert, von Ansätzen und von einem Enthüllungsjournalismus<sup>62</sup> abgesehen. Noch immer ist selbst in seriösen Monographien, in Memoiren und Regionalforschungen vom Verrat am KPD-Führer die Rede, auch vom Verrat durch Alfred Kattner.<sup>63</sup>

Das alles ändert nichts daran, daß letztlich die Verhaftung des Thälmann-Stabes am 3. März 1933 nicht nur verfassungswidrig, sondern auch selbst verschuldet war und vermeidbar gewesen wäre.

### *Metamorphosen der Wehner-Legende*

Neben dem Zwang, für die Einkerkung Ernst Thälmanns eine plausible Erklärung zu finden, stand die Partei vor einem noch heikleren Problem: dem Umgang mit einem Abtrünnigen. Ein ehemaliger Mitstreiter Thälmanns aus der Führungsetage der KPD, der nach Kriegsende noch prominenter wurde, geriet deshalb ebenfalls in das Visier des MfS. Es handelt sich um Herbert Wehner. Im Unterschied zu manch anderen schätzte ihn Ernst Thälmann sehr. Thälmann hatte durchgesetzt, daß der fähige sächsische Landesfunktionär 1932 zum technischen Sekretär des Politbüros aufstieg, um als »Aufräumer« Ordnung im Parteiapparat zu schaffen. Der KPD-Führer war mit dessen Art äußerst einverstanden und versprach, ihm stets den Rücken zu stärken. Wehner kurbelte während der Krisenjahre 1932/33, während der heißen Wahlschlachten und antifaschistischen Demonstrationen, für seinen Parteivorsitzenden die Parteimaschinerie an.<sup>64</sup> Er überstand sowohl alle Gestapoverfolgungen als auch die Stalinschen Säuberungen<sup>65</sup> und wurde im Oktober 1935 sowie Anfang 1939 auf den Parteikonferenzen der KPD bei Moskau und Paris zum Kandidaten des Politbüros gewählt. Doch nach seiner undurchsichtigen Verhaftung am 18. Februar 1942 durch die schwedische Staatspolizei im Stockholmer KPD-Anleitungszentrum für den antifaschistischen Widerstand in Deutschland galt Wehner als Unperson. Am 6. Juni 1942 erfolgte sein Parteiausschluß wegen angeblichen »Parteiverrats«<sup>66</sup>.



Seine Abwendung vom Kommunismus und sein Aufstieg zu einem führenden sozialdemokratischen Spitzenpolitiker und Minister für Gesamtdeutsche Fragen in der BRD machten Wehner zur Zielscheibe von Demontagebestrebungen aus verschiedenen Richtungen. Zeitweilig sah er sich zugleich als Sowjetspion, Feigling und Arbeitverräter beschimpft. Die Bandbreite reichte von der »Deutschen Soldatenzeitung« über den »Spiegel« bis zur jeweiligen Führung der SED und den Organen der DDR. Für diese galt er als Trumpfkarte für das Auslösen politischer Unruhe und bei der Vergangenheitbewältigung in der BRD – jahrzehntelang unterstützt vom KGB und der Moskauer Führung. Wehner war gewissermaßen eine Zeitzünderbombe.<sup>67</sup>

Die ersten nachrichtendienstlichen Nachforschungen der SED hatten bereits nach Wehners Rückkehr aus Schweden und seinem Eintritt in die SPD im Herbst 1946 eingesetzt. Seit Anfang der sechziger Jahre dann spielte das MfS eine Schlüsselrolle in der Anti-Wehner-Kampagne (»Fall Wotan«). Erich Mielkes Experten lieferten umfassende »Gutachten« jeweils nach politischer Wetterlage, zunächst zur Abstempelung zum »Arbeitverräter« und dann zur überraschenden endgültigen Kehrtwendung im Jahre 1978. Allerdings spielten bei den Beschuldigungen – anders als einst bei Komintern und NKWD – die Verhaftung Ernst Thälmanns und der Fememord an Kattner keine Rolle.

Vieles ist in einem gesonderten 25seitigen Kapitel (»Wie Verräter gemacht werden – Die Akte Wehner«) im selbstgeprägten »Enthüllungsbuch« des Mitarbeiters der Gauck-Behörde, dem Historiker Hubertus Knabe, zusammengefaßt worden.<sup>68</sup> Bereits im Vorfeld gab es zu einer ähnlichen Publikation aus gleicher Feder<sup>69</sup> Querelen in der Gauck-Behörde und Streit in der Öffentlichkeit um die Forschungsfreiheit bei dieser Einrichtung sowie um Verlagsrechte. Es wurden Vorwürfe wegen »doppelter Vermarktung« und fehlenden Neuwertes erhoben.<sup>70</sup> Da von Knabe behauptet wird, daß die MfS-Hauptabteilung IX/11 in ihrem Untersuchungsbericht vom 18. Mai 1978, der von einem äußerst zufriedenen Mielke an Honecker sofort übermittelt worden war, »eine nahezu hundertprozentige Rehabilitierung Wehners« bekräftigt habe,<sup>71</sup> ist – von anderen Fragwürdigkeiten abgesehen – zumindest bei einer solchen schwerwiegenden Behauptung eine Richtigstellung erforderlich. Unter Berufung auf diese Stasiquelle hatte das Nachrichtenmagazin »Focus« interpretiert, daß nach den Erkenntnissen des MfS Herbert Wehner »kein Verräter« sei.<sup>72</sup> Eine Klärung ist um so mehr angebracht, als Markus Wolf noch immer an seinem Dogma vom »janusköpfigen Renegaten« Wehner und seinem »Verrat« festhält.<sup>73</sup>

Tatsächlich kam es zu einem Wandel im Wehner-Bild der DDR. Dies erklärt sich aus den Sachzwängen im Ost-West-Verhältnis. Angesichts der entstandenen Barrieren zwischen beiden Seiten traten die Befürworter der »Neuen Ostpolitik« in Bonn und die Verfechter einer »friedlichen Koexistenz« seitens der DDR für Entspannungslösungen ein. Der geschickt aufgezogene Besuch Herbert Wehners beim neuen Partei- und Staatschef Erich Honecker in der anheimelnden Atmosphäre des Jagdhauses »Hubertusstock« in der Schorfheide im Mai 1973 setzte dafür ein Signal. Fortan agierte

kommunistischen Funktionäre lediglich damit, daß die Polizei seit Anfang der dreißiger Jahre vorbereitete Einsatzpläne und Namenslisten nutzen konnte (S. 53).

64 Vgl. die diesbezügliche MfS-Recherche in: BStU, ZA, MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 2.

65 Vgl. Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke, a.a.O., S. 375.

66 Das MfS war ebenfalls im Besitz der Abschrift des Ausschlußbeschlusses an die Kaderabteilung der Komintern, vgl. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 29.

67 Vgl. Markus Wolf: Spionagechef im Kalten Krieg. Erinnerungen, München 1997, S. 195 ff, insbesondere S. 204; Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen, Propyläen-Verlag Berlin 1999, S. 172f.

68 Hubertus Knabe: Die unterwanderte Republik, S. 153ff.

69 Ders.: Westarbeit des MfS, Christoph Links Verlag Berlin 1999.

70 Vgl. unter anderem Die Welt vom 17. Juli 1999, S. 2; Berliner Zeitung vom 24./25. Juli 1999, S. 9; Neues Deutschland vom 11./12. Dezember 1999, S. 8. Letzteres meinte in einer Kolumne vom 9. Oktober 1999 zum Titel »Westarbeit des MfS«, daß dieser nicht einmal unter Wissenschaftlern und Spezialisten, für die das »Werk« bestimmt sei, ein »Renner« würde. »Denn es stellt nur die aufgehübschte Fassung eines Berichts der Behörde für die Enquete-Kommission des Bundestages dar, der seit April 1998 (!) vorliegt. Knabe hat deshalb dieselben MfS-Akten ein zweites Mal vermarktet.«

71 Hubertus Knabe:  
Die unterwanderte Republik,  
S. 178.

72 Vgl. Focus Nr. 39 vom  
27. September 1999, S. 15.  
So übernommen ebenfalls  
durch die Berliner Zeitung  
vom 27. September 1999,  
S. 8 und gleichzeitig Neues  
Deutschland, S. 4.

73 Markus Wolf: Spionage-  
chef im Kalten Krieg, S. 201ff.

74 Ebenda, S. 55 ff,  
S. 61f., S. 202.

75 BStU, ZA MfS HA IX/11,  
AS 95/65, Bd. 1. Im Jahre  
1967 war das MfS zu einer  
niederschmetternden Er-  
kenntnis über Stahlmanns  
Falschaussagen gelangt,  
und daß vielmehr Karl  
Mewis vor der schwedi-  
schen Polizei schwer-  
wiegend geplaudert hatte.

76 Vom politisch determi-  
nierten Wechselspiel des  
MfS mit jähsten Wendun-  
gen zeugt beispielsweise,  
daß angesichts des  
zunächst im Frühjahr 1966  
angestrebten Dialogs zwi-  
schen SED und SPD die  
Attacken gegen Wehner  
zeitweilig eingestellt wurden.  
Um den Abbruch zu recht-  
fertigen, mußten erneute  
Vorwürfe herhalten, obwohl  
im August in einem umfas-  
senden Zwischenbericht  
keine Belege für Todesfol-  
gen durch »Verrat« Weh-  
ners erbracht werden konn-  
ten. Als dann Wehner Ende  
1966 zum Bundesminister  
für gesamtdeutsche Fragen  
avancierte, schlug die  
Hauptabteilung IX/11 in  
einem Informationsbericht  
vom 20. Dezember 1966  
wieder zu und versuchte,  
diesen als V-Mann der  
Gestapo-Zentrale zu diffa-  
mieren. Er habe »feigsten  
und erbärmlichsten Verrat  
begangen, der in der  
Geschichte der deutschen

der SED-Generalsekretär als ein besonders fürsorglicher Gastgeber mit persönlichen Regieanweisungen für die Kaffeetafel. Er knüpfte damit bewußt an eine quasi-familiäre Tradition an – Wehner hatte während seines Einsatzes bei der Saarabstimmung 1934/35 eine Einladung zu den Honeckers in die Neunkirchener Straße 88 in Wiebelskirchen zum »Kaffeetrinken« erhalten. Es entwickelte sich mit der Zeit eine kuriose Altmännerfreundschaft, die auf der gemeinsamen Widerstandszeit nach der Machtübergabe an Hitler fußte und einen auf Vertrauen gegründeten Draht zwischen Bonn und Berlin schuf. Unter Umgehung offizieller Stellen und sogar der Verbündeten half dieser, so manche »heiße Eisen« abzukühlen. Das ging natürlich auf Dauer nicht mit einem angeblichen »Arbeiterverräter« und »Gestapo-Denunzianten«.

Zupaß kam, daß das MfS herausgefunden hatte, was es mit den zeitgenössischen Kronzeugen Karl Mewis und Richard Stahlmann auf sich hatte, die Wehner so manche Schuld für ihr eigenes Versagen und für die schlechte Vorbereitung bei der Entsendung der KPD-Instrukteure nach Deutschland in die Schuhe schoben. Ihre geschönten Berichte nach Moskau hatten die wahre Lage bei der Stockholmer Auslandsleitung der KPD und an der »inneren Front« in Deutschland nicht zutreffend wiedergespiegelt. Deshalb war Wehner Anfang 1941 von Wilhelm Pieck und Georgi Dimitroff mit der Untersuchung beauftragt worden zu klären, wieweit der Stockholmer KPD-Resident Karl Mewis durch »Schlamperei« die illegale Widerstandsarbeit in Deutschland gefährde, um dann selbst in Berlin eine neue Parteizentrale aufzubauen. Vor allem hätten Mewis und Stahlmann, wie das MfS meinte, in weitaus stärkerem Maße als Wehner Aussagen über die illegale Arbeit vor den schwedischen Vernehmungsbeamten gemacht. Es war bekannt, daß die schwedischen Behörden in verschiedenen engen Kontakten zum NS-System standen, sogar zur Gestapo.

Der ehemalige Stockholmer Mitarbeiter von Mewis und spätere Mitbegründer des Nachrichtendienstes der DDR, HVA-Oberst Richard Stahlmann, wird trotzdem bis zum heutigen Tage von Markus Wolf glorifiziert. Dieser beruft sich auf dessen Version vom Verrat über Wehner in Schweden.<sup>74</sup> Das Lügengespinnst gegenseitiger Denunziationen hatte Mielke durchaus durchschaut, wenn er feststellte: »Stahlmann und die anderen sagen doch alle nicht die Wahrheit.«<sup>75</sup>

Aber dies hatte zunächst noch keine grundlegenden Auswirkungen. Die eingeschlagene Anti-Wehner-Linie<sup>76</sup> wurde nicht so schnell aufgegeben. Die Entspannungsgegner in Ost und West streuten gelegentlich nach wie vor Störfeuer aus. In den »verbesserten« Memoiren von Karl Mewis »Im Auftrag der Partei« aus dem Jahre 1973 wurde Wehner weiterhin als feiger »Renegat« und »Verräter« geschmäht. Aber drei Jahre später ging dies nicht mehr. Die Passagen über Wehner in den Erinnerungen seines einstigen Mitkämpfers Max Seydewitz fielen kurzerhand dem Rotstift zum Opfer. Dann stellte das unmißverständliche Drängen Honeckers endgültig die Weichen. Obwohl dieser bereits seit 1964 die »Notizen« Wehners von 1946 kannte, entdeckte er jetzt auf einmal mit »Erschütterung«, was dieser »durchgemacht hat«. Was früher war,

zähle heute nicht mehr, sondern was die Genossen in der Gegenwart für die internationale Arbeiterbewegung täten, lautete die unmißverständliche neue Lesart.<sup>77</sup> Damit wurde aus höchstem Munde bekräftigt, was Grundsatz war und blieb: das Primat der Politik gegenüber historischen Tatsachen. Mielke wies einen »objektiven Bericht« zum »Verrat« Wehners in Schweden an. Nach nur neun Tagen legte eine fünfköpfige Arbeitsgruppe unter Generalmajor Rolf Fister am 18. Mai 1978 ein Entlastungsgutachten vor.

Da dieses wichtige Dokument bei Hubertus Knabe mehr fehlorientierend kommentiert als korrekt ausführlich zitiert wird, sollen daraus die entscheidenden Passagen wiedergegeben werden. »Die Durcharbeitung der Materialien zu Wehner«, so heißt es, »erbrachte keinen Beweis dafür, daß dieser, wie in den Veröffentlichungen der vergangenen Jahre behauptet wurde, sich bewußt durch sein Verhalten der schwedischen Polizei in die Hände gespielt und seine Verhaftung provoziert hätte.

Zusammenfassend kann eingeschätzt werden:

1. Durch die Verhaltensweise und die Aussagen Wehners vor der schwedischen Polizei und während der gegen ihn durchgeführten Verhandlungen im Gerichtsverfahren wurden keine in Deutschland illegal tätig gewesenen Genossinnen und Genossen bzw. Gruppen verhaftet, verurteilt und hingerichtet. Er hat während seiner Untersuchungs- und Strafhaft keine strafbaren Handlungen nach den Gesetzen der DDR begangen.

2. Ausgehend von seiner Funktion, seinen Erfahrungen in der illegalen und konspirativen Arbeit und seines Auftrages hat Wehner unverantwortlich gehandelt, weil er lediglich zu seiner Verteidigung Angaben zu den Aufgaben und Schwerpunkten der illegalen Arbeit der KPD in Deutschland sowie zu Mitteln und Methoden der konspirativen Arbeit machte. Leichtfertig war auch seine ständige Verbindung zu Frieda Wagner nach der Verhaftung von Josef Wagner«.<sup>78</sup>

Der Minister genehmigte am nächsten Tage den Bericht und bedankte sich »für die kurze und sachliche Darstellung«. Er würde diesen an den Generalsekretär weitergeben. Vorläufig »ergeben sich keine weiteren Aufgaben«, so notierte Oberstleutnant Stolze.<sup>79</sup>

Auch in der angeführten »Focus«-Notiz wird die Stasiquelle oberflächlich und nicht zusammenhängend interpretiert. Herbert Wehners Verhalten sei allenfalls als »leichtsinnig« durch das MfS gewertet worden. Im Knabe-Buch wird der ganze zweite Schlußpunkt der Stasi-Zusammenfassung übergangen. Dort ist jedoch, wie zitiert, eindeutig die Rede davon, daß Herbert Wehner entsprechend seinem Parteauftrag und seiner politischen Stellung »unverantwortlich« gehandelt habe, was im Hinblick auf seine reichen Untergrunderfahrungen um so verwunderlicher erschien. Dazu noch die Einschätzung »leichtfertig« hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Verbindung zu seiner Bekannten Frieda Wagner, die infolge der Verhaftung ihres Ehemannes nach dessen illegaler Rückkehr aus Deutschland im Herbst 1941 unter scharfer Polizeibeobachtung stand. In ihrer Wohnung war Wehner festgenommen worden.<sup>80</sup> Insofern ist die von Knabe betriebene vollständige Rehabilitierung zumindest fragwürdig.

Arbeiterbewegung seinesgleichen sucht, der beispiellos ist, und hunderte von Menschen den Gestapokern und nachweisbar 31 Antifaschisten dem Tode überantwortet«. Wehner sei bereits vor 1933 von der deutschen Polizei und dann danach vom tschechoslowakischen bzw. englischen Geheimdienst als »Agent in der Arbeiterbewegung« angeworben worden. BStU, ZA, MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 1.

77 Aktenvermerk durch Oberstleutnant Stolze vom 8. Mai 1978, in: BStU, ZA, MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 2.

78 Bericht über die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchungen zur Handlungsweise und zum möglichen Verrat Wehners in Schweden vom 18. Mai 1978, in: ebenda.

79 Aktennotiz durch Oberstleutnant Stolze vom 19. Mai 1978, in: ebenda.

80 Vgl. auch den Wehner-Biographen Hartmut Soell: Der junge Wehner, Stuttgart 1991, S. 480ff.

Das Anti-Wehner-Klischee war zwar vom Verratsvorwurf nunmehr endgültig entlastet worden. Aber das Bild Wehners blieb noch durchaus mit anderen Makeln behaftet. Daß der vorgesehene Kopf für den Inlandswiderstand der KPD überhaupt in die Hände der schwedischen Polizei gefallen war und wichtige Angaben über die illegale Arbeit gemacht hatte, wurde nach wie vor kritisiert. In der Tat handelte es sich um eine vermeidbare Panne mit Folgen, die einem konspirativ erfahrenen Illegalen passiert war, den einst die Gestapo erfolglos gejagt und Respekt gezollt hatte.<sup>81</sup>

Doch darauf kam es Erich Honecker neuerdings nicht mehr so an. Durch die mehr oder weniger durch ihn beeinflusste Wandlung in den MfS-Analysen war der Weg für die Ambitionen des Partei- und Staatschefs der DDR frei. Hubertus Knabe behauptet, daß die Anti-Wehner-Kampagne unter Federführung des ZK der SED auf persönliche Weisung Honeckers 1978 eingestellt worden sei.<sup>82</sup> Das stimmt nicht ganz. Denn bereits Ende März 1977 war das IML von »höherer Stelle« informiert worden, daß »bis auf Widerruf« nichts mehr über einen Verrat Wehners in Publikationen gebracht werden sollte.<sup>83</sup> Diese Anweisung hatte eine Korrektur im sechsbändigen Standardwerk der DDR-Weltkriegsforschung zur Folge, in dem noch im Jahre 1975 die Verratsthese dominiert hatte.<sup>84</sup> Auch in der Redaktion für den zweiten Band der »Geschichte der SED« – nicht zuletzt durch eine Arbeitsberatung mit Kurt Hager am 15. Juni 1978 – wurde gesichert, daß es künftig lediglich um den Sachverhalt des Wehnerschen Parteiausschlusses und seiner Begründung ohne die alten Zuspitzungen gehen sollte. Von nun an waren Gutachter für neue Memoiren und andere Veröffentlichungen bestrebt, alte Lesarten zu revidieren.

Auch das MfS förderte die neue Linie. In einer Stellungnahme zum Beitrag »Ein Mensch namens Wehner – der Versuch eines Portraits« in der Sendung »Monitor« der ARD vom 5. November 1978 wurde die Darstellung akzeptiert, daß Wehner vor der schwedischen Polizei und Justiz »keine Genossen der KPD verraten« habe und somit die vor Jahren gegen ihn erhobenen Vorwürfe »ungeRechtfertigt« seien. Dies könne »nicht widerlegt werden«.

Dagegen hieß es in einem Gutachten vom 4. Dezember 1978 über die Rolle von Karl Mewis, daß dessen Aussagen vor der Polizei in Schweden und dessen Angaben nach dem Kriege »wesentlich in ihrer Darstellung voneinander abwichen«, insbesondere in seinem Buch »Im Auftrag der Partei« aus dem Jahre 1972.<sup>85</sup>

In seinen Erinnerungen »Aus meinem Leben«, im Auftrag Mielkes von Mitarbeitern des MfS vorbereitet und in kurzer Zeit von zuverlässigen Fachhistorikern verfaßt, überraschte dann der erste Mann von Partei und Staat der DDR im Jahre 1980 die Öffentlichkeit mit Lobpreisungen auf seinen »Lehrmeister« Herbert Wehner und der Wertschätzung dessen Rolle im antifaschistischen Widerstandskampf – nicht nur in der gemeinsamen Arbeit im Abstimmungskampf an der Saar.<sup>86</sup> Im Buch von Hubertus Knabe über »Die unterwanderte Republik« bleibt die gravierende Weichenstellung durch Erich Honeckers Erinnerungen, der Zusammenhang mit den Stasi-»Beweisrevidierungen«, gänzlich ausgeklammert. Erst Honeckers Erinnerungen führten in der DDR die endgültige Zäsur

81 Vgl. Ronald Sassning: Thälmann, Wehner, Kattner, Mielke, a.a.O., S. 371.

82 Hubertus Knabe: Westarbeit des MfS, S. 160; derselbe: Die unterwanderte Republik, S. 178.

83 Mündliche Information des Autors durch Prof. Dr. Heinz Kühnrich (Berlin) vom 16. November 1999.

84 Vgl. Deutschland im Zweiten Weltkrieg. Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann und Karl Drechsler, Bd. 2., Berlin 1975, S. 542f.

85 BStU, ZA MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 2.

86 Erich Honecker: Aus meinem Leben, Berlin 1980, S. 77, S. 81.; Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 401.

im öffentlichen Umgang mit Wehner herbei. Dies löste anfänglich manche Irritationen sogar im Parteiapparat und bei den in der propagandistischen Arbeit Tätigen aus. Doch Verstöße gegen die neue Linie<sup>87</sup> wurden nicht zugelassen, sondern strikt geahndet. Nicht zuletzt die Rolle des MfS im Wechselbad der Wehner-Odyssee zeugt davon, wie skrupellos auch die Geschichte des antifaschistischen Widerstandes politisch mißbraucht und ständig umgefälscht wurde.

Obwohl sämtliche Veröffentlichungen zu Herbert Wehner dem Leitinstitut für Marxismus-Leninismus und – informell dem MfS – zur Überprüfung vor der Drucklegung vorgelegt werden mußten, lief im Jahre 1987 etwas schief. Am 26. Mai 1987 erhielt der zuständige Sekretär des Politbüros, Kurt Hager, vom Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich Mielke, nach vorheriger mündlicher Rücksprache eine Stellungnahme zum soeben im Akademie-Verlag erschienenen Buch »Widerstand 1939-1945«. Autor war Klaus Mammach, ein Historiker am Zentralinstitut für Geschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Jahre zuvor Mitarbeiter im IML gewesen, dort gemäßregelt und entlassen worden war. Als Stein des Anstoßes galten Passagen im zweiten Absatz auf Seite 151. »Die Behauptung von Mammach, daß die Kontakte zwischen der Landesleitung und der Auslandsleitung in Stockholm aufgrund des Verhaltens und der Aussagen von Wehner aufgegeben werden mußten, widerspricht somit ebenfalls parteihistorisch gesicherten Erkenntnissen«. In zwei vorangestellten Eckpunkten hatten die Zensoren des MfS auf ihre Einschätzungen im Gutachten vom 18. Mai 1978 zurückgegriffen. Die neue Stellungnahme war mit der Kategorie »Streng geheim! Zur persönlichen Auswertung!« versehen.<sup>88</sup>

In den vom Leiter der Hauptabteilung IX, Generalmajor Fister, am 22. Mai 1987 an den Minister zugestellten Recherchen wurde weiterhin moniert und empfohlen: »Das Buch von Klaus Mammach »Widerstand 1939-1945« wird, wie festgestellt, weiterhin im Buchhandel der DDR angeboten. Es wird deshalb vorgeschlagen, neben der bereits angeregten parteimäßigen Auswertung eine Rezension in der Zeitschrift »BZG« durch einen sachkundigen Historiker des IML zum Buch von Klaus Mammach zu veröffentlichen, die eine kritische Wertung des gesamten Buches vornimmt.«<sup>89</sup>

Allerdings kamen Mielkes Historienwächter diesmal etwas zu spät. Das IML war noch schneller gewesen. Bereits am 12. Mai 1987 hatte dessen stellvertretender Direktor Ernst Diehl seinen ZK-Sekretär Kurt Hager informiert: »Soeben ist eine geschichtliche Darstellung »Widerstand 1939-1945« aus der Feder von Prof. Dr. Klaus Mammach, Zentralinstitut für Geschichte der AdW der DDR, im Akademie-Verlag erschienen.

Leider wird in dieser Veröffentlichung nach langer Zeit wieder die These vom Verrat Wehners nach seiner Festnahme durch die schwedische Polizei im Februar 1942 wiedergegeben (siehe Kopie). Das Manuskript des Buches, das auch eine Reihe anderer Probleme aufwirft, war in unserem Institut nicht begutachtet worden.«<sup>90</sup>

Im Wettlauf um das Ohr des SED-Generalsekretärs verfügte Ideologiesekretär Hager über den kürzesten Weg. Per Hausmitteilung unterrichtete er Honecker am 13. Mai 1987 »leider über eine

87 Andere Verrats-Legenden, die nicht wie bei Wehner von aktueller politischer Bedeutung waren, hielten sich bedeutend länger. Erst die beargwöhnten Artikel von Heinz Kühnrich (Professor am Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung) im Jahre 1989 trugen dazu bei, endlich die Verratsbeschuldigungen und das jahrzehntelange Schweigen über die wichtige Rolle Wilhelm Knöchels, der in den Jahren 1942/43 bis zu seiner Verhaftung faktisch Inlandsleiter der illegalen KPD-Organisationen gewesen war, zu beenden.

88 BStU, ZA, MfS-HA IX/11, AS 95/65, Bd. 2.

89 Ebenda.

90 Ebenda.

unangenehme Angelegenheit« und gab die oben zitierte Mitteilung Ernst Diehls wieder. Er legte folgende »Verfehlungen« und Maßnahmen dar: »Die von mir veranlaßte sofortige Überprüfung hat ergeben: Das Buch lag entgegen dem geltenden Beschluß nicht zur Begutachtung dem Institut für Marxismus-Leninismus vor. Gutachter waren zwei Professoren des Zentralinstituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Die Druckgenehmigung wurde von der HV-Verlage erteilt, ohne das Institut für Marxismus-Leninismus zu konsultieren, wie das sonst bei ähnlichen Publikationen immer der Fall war. Gerade die Darstellungen über Herbert Wehner wurden immer sorgfältig überprüft.

Von dem Buch sind bisher 11.000 Exemplare ausgeliefert; davon 2.000 Exemplare in der BRD für den Verlag Pahl Rugenstein. Es sind noch 4.100 Exemplare Bestand in Leipzig vorhanden, deren Auslieferung von uns gestoppt wurde. Eine Zurücknahme der Bücher aus dem Buchhandel halten wir jedoch nicht für zweckmäßig, da damit die ganze Angelegenheit unter Umständen erst publik würde.

Wir werden veranlassen, daß im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie in der HV-Verlage eine parteimäßige Auswertung der Vorgänge erfolgt«.

91 Ebenda.

Noch am gleichen Tag versah der Generalsekretär des ZK den Erledigungsvermerk mit seinem markanten Kürzel »EH«.<sup>91</sup> Die aufgeschreckten MfS-Majore Schumacher und Schwips von der Hauptabteilung IX/11 holten am 25. Mai im IML weitere Erkundigungen ein und besprachen mit einem dortigen »sachkundigen Historiker« den öffentlichen Verriß des gesamten Mammachschen Buches. Der Institutsexperte bekräftigte, daß dieses in mehreren Sachdarstellungen, darunter zum angeblichen Verrat Wehners, »weit hinter dem gegenwärtigen Erkenntnisstand zurückbleibe«. Die Ursache sei, was sich bereits im vorangegangenen Titel »Widerstand 1933-1939« zeige, daß Veröffentlichungen und Forschungsergebnisse vergangener Jahre völlig unkritisch übernommen und seitenlang fast wörtlich abgeschrieben würden und darüber hinaus sich »auch wenig politisches Verantwortungsbewußtsein zeige«. Eigenes Quellenstudium sei offensichtlich nicht betrieben worden. »Eine kritische Rezension dieses Buches halte er zwar für erforderlich, aus politischen Gründen jedoch auch äußerst schwierig. Auch könne eine offene Distanzierung von Klaus Mammach und seiner Arbeitsweise erst dann erfolgen, wenn gegen ihn parteierzieherische Maßnahmen durchgeführt würden«.<sup>92</sup>

92 Ebenda.

Damit schloß sich der Kreis der repressiven Dreieinigkeits zwischen oberster Parteiführung der SED, ihrem MfS-Schild und Schwert und dem historischen Leitinstitut. Aber mit der totalen parteimäßigen und beruflichen Bestrafung von Abweichlern gegen die jeweilige offizielle Geschichtslinie kam man im Zeichen von Gorbatschow-Euphorie nicht mehr durch. Die Grundorganisation der SED im Akademie-Geschichtsinstitut lehnte nach dramatischen Auseinandersetzungen den geforderten Parteiausschluß ab und ließ es bei der geringsten »parteerzieherischen Maßnahme« bewenden.<sup>93</sup> Damit wurde auch verhindert, daß Klaus Mammach seinen Professorentitel verlor. Im Jahre 1987 funktionierte der Kontroll-

93 Mündliche Schilderung von Dr. Jörn Schütrumpf (Berlin) über die damaligen Ereignisse als Beteiligter.

und Bestrafungsmechanismus auf ideologisch-wissenschaftlichem Gebiet nicht mehr reibungslos.

Unterzieht man die scheinbar anrühigen Passagen bei Klaus Mammach<sup>94</sup> einer unvoreingenommenen Betrachtung, dann stellt man fest, daß in ihnen die Rede von Aussagen Herbert Wehners vor der schwedischen Polizei nach seiner Festnahme ist. Es werden auch strittige Folgen benannt. Der Begriff Verrat taucht überhaupt nicht auf. Im Grunde genommen ging es den Scharfmachern darum, daß jegliche wissenschaftlich notwendige Diskussion zur Aufhellung der Probleme der Stockholmer KPD-Auslandsleitung und damit der Rolle Herbert Wehners unerwünscht war und normale Differenzen zwischen wissenschaftlichen Auffassungen dazu strikt unterbunden werden sollten. Es durfte am gewendeten, nunmehr makellosen Wehner-Bild in der DDR keinerlei Abstriche geben – so wie zuvor jahrzehntelang am Bild von Wehner als Verräter. Und zwar beide Male aus politischen Gründen.

Die Deutungen über Wehners Aussagen und Verhalten in schwedischer Haft führen jedoch bis in die Gegenwart am eigentlichen Problem vorbei. Es sei dahingestellt, ob der spätere »Zuchtmeister« der SPD, Herbert Wehner, einst von der schwedischen Staatspolizei in Unterhosen unter dem Bett von Frieda Wagner hervorgeholt worden ist und diese seine Geliebte war oder lediglich eine Bekannte, die er unterstützen wollte, und ob sogar sowjetische Stellen in Schweden ihr Spiel trieben. Wie bereits im Falle seines KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann war die Verhaftung Herbert Wehners ebenso vermeidbar! Darin besteht ein Versagen beider – als Folge ihres leichtsinnigen, unkonspirativen Verhaltens. Erst dadurch entstanden die Probleme.

Das MfS griff bis zuletzt in die Geschichtsschreibung in der DDR auf vielfältige Weise ein. Insbesondere die Parteigeschichtsschreibung wurde nach dem Willen der jeweiligen SED-Generalsekretäre Ulbricht und Honecker gesteuert, die sich zugleich für die ersten Historiker des Landes hielten. Eigene Eitelkeiten und politische Prämissen führten zu manchen wechselnden und sogar ganz gegenteiligen Umfrisierungen. Auch blieb es bei Tabus und »weißen Flecken«. Vor allem die Verhaftung Ernst Thälmanns, der »Fall Kattner« und das Problem »Wehner – Wotan« galten als besonders heiße Eisen, die entsprechend gehandhabt wurde. Das MfS spielte in dieser Hinsicht bei der Überwachung, Reglementierung und Manipulierung der betreffenden Geschichtsdarstellungen eine gravierende Rolle.

Insofern ist der Mielke-Biographin Wilfriede Otto zuzustimmen, daß der Herrscher über den »Staat im Staate« – Erich Mielke – auch Herr sein wollte »in zentralen Fragen der Geschichte, insbesondere zur antifaschistischen, kommunistischen und sozialistischen Bewegung ... über Wahrheiten, Legenden und Lügen«.<sup>95</sup>

94 Vgl. Klaus Mammach: Widerstand 1939-1945. Geschichte der deutschen antifaschistischen Widerstandsbewegung im Inland und in der Emigration, Berlin 1987, S. 151. Allerdings ist die Pauschalisierung, daß die Auslandsleitung aus Sicherheitsgründen ihre Tätigkeit eingestellt hätte, so nicht ganz zutreffend.

95 Wilfriede Otto: Erich Mielke, S. 403. Das MfS konnte nicht nur partielle Grenzen setzen für die parteioffizielle zeitgenössische Geschichtsschreibung, wie Wilfriede Otto an anderer Stelle meint (S. 406), seine Einflußmöglichkeiten waren weit größer.

## WOLFGANG KÜTTLER

# Ein Problemspiegel kritischer Selbstverständigung. Zu Fritz Kleins Autobiographie

Wolfgang Küttler – Jg. 1936, Historiker, Professor am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte Berlin.

Fritz Klein: Drinnen und draußen. Ein Historiker in der DDR. Erinnerungen, S. Fischer Verlag Frankfurt/Main 2000, 376 S.

Fritz Kleins Autobiographie ist durch die Spezifik des darin erzählten Lebens und durch die Art der Darstellung weit mehr als diejenige nur eines »Historikers in der DDR«, wie der Untertitel lautet. »Drinnen und draußen«, der für sich allein zunächst erläuterungsbedürftige Haupttitel, verweist auf einen mehrfachen Überschuß, den diese Lebensgeschichte über die Innensicht dieser heute so umstrittenen Spezies von Geschichtswissenschaft hinaus besitzt.

Memoiren kann und sollte man eigentlich nicht »rezensieren« im engeren Sinne des Wortes; zu ihnen Stellung zu nehmen heißt vielmehr, Eindrücke zu artikulieren, die beim Lesen einer persönlichen Lebensgeschichte auch beim Beobachter in erster Linie individuell geprägt sind. Das gilt vor allem dann, wenn es sich um die eines Kollegen handelt, dessen berufliche Wirkungsstätte, die Akademie der Wissenschaften der DDR bzw. zuvor Deutsche Akademie der Wissenschaften, in mehr als zwei Jahrzehnten, von 1967 bis 1991, auch die eigene war: bis 1986 auch dasselbe Institut bzw. Zentralinstitut für Geschichte, dem Fritz Klein seit Juni 1957 angehörte und dessen Bereich Allgemeine Geschichte 1986 als eigenes Institut ausgegliedert wurde, wo er bis zu seiner Emeritierung 1989 Bereichsleiter und in der Krisen- und Abwicklungszeit 1990/91, auf Wunsch der Mitarbeiter nochmals »reaktiviert«, letzter Direktor war. Nach der fesselnden Lektüre reizt es da um so mehr, Fragen aufzunehmen und zu reflektieren, die der Autor stellt, kritische und selbstkritische und vor allem solche, die zum weiteren Nachdenken herausfordern.

Zum einen erlebte der Autor, Jahrgang 1924 – wie alle Deutschen seiner Generation – nicht nur die DDR, sondern vier politische und gesellschaftliche Systeme. Zum anderen kam er aus bürgerlich-konservativ und später reformerisch-sozialdemokratisch geprägten Verhältnissen. Schließlich ließ ihn seine erfolgreiche Karriere als international beachteter und geschätzter Forscher die DDR in den internen Strukturen einer »marxistisch-leninistischen« Geschichtswissenschaft wie in den internationalen Beziehungen der »scientific community« – und beides in einem stets spannungsreichen Verhältnis – wörtlich genommen von »drinnen« und »draußen« erleben.

Anders als viele seiner gleichaltrigen oder etwas jüngeren Kollegen, die heute wie er zur zweiten Gründer- oder ersten Schülersgeneration der DDR-Geschichtswissenschaft zu zählen sind, ist Kleins Biographie durch Herkunft und Sozialisation mit den gesellschaftlichen Verhältnissen des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege auf eine besondere Weise verbunden. Die Teile der Biographie, die der früheren Familiengeschichte in Siebenbürgen und dann der Kindheit und Jugend in der Weimarer Republik und in der Nazi-Zeit gewidmet sind, zeigen die Perspektive eines zunächst wohlbehütet und in herausgehobener sozialer Atmosphäre aufwachsenden jungen Menschen. Aus dieser Sozialisation wird auch



die Achtung und sogar liebevolle Zuneigung zu seinem Vater ebenso begreiflich wie die dabei immer durchscheinende Distanz zu dessen nationalkonservativer, antirepublikanischer Position. Fritz Klein senior unterstützte als Chefredakteur der konservativen »Deutschen Allgemeinen Zeitung« die erste nationalsozialistisch geführte Regierung und Reichskanzlerschaft Hitlers, scheiterte dann aber an seiner kritisch artikulierten »schwarz-weiß-roten« Abneigung gegen die vom Hakenkreuz symbolisierte alleinige Diktatur der Nazis.

Den Sohn prägte zu Hause und in der Schule eine bürgerlich-konservative, von den heftigen Krisenerschütterungen der ausgehenden Republik relativ abgeschottete und dann keineswegs pronazistische, noch weniger freilich zum Widerstand disponierende Atmosphäre. In dieser ließ es sich auch nach der Entlassung des Vaters und der damit verbundenen wirtschaftlichen Einschränkung der Familie und trotz keineswegs völlig unbeachteter Anzeichen von Krise und Terror relativ unbeschwert leben. Das wird aus der sachlichen, gewissermaßen hermeneutisch einfühlsamen Art, in der Klein über diesen Lebensabschnitt berichtet, ebenso plausibel wie später das Durchhalten als Wehrmachtssoldat, auch als sich Gelegenheiten zum Desertieren ergaben, trotz inzwischen gewachsener grundsätzlicher Opposition gegen den Faschismus. Diese hatte sich ebenfalls aus dem Schicksal der Familie ergeben. Nach dem frühen Tode beider Eltern (1936/38) nahm sich auf Vermittlung von Freunden der Familie das Ehepaar Deiters der in Deutschland verbleibenden Söhne Fritz und Peter an. Sie wurden nun in der neuen wiederum bildungsbürgerlich, politisch aber dezidiert sozialdemokratisch geprägten Umgebung (Heinrich Deiters war ein bekannter Pädagoge und 1933 von den Nazis entlassen worden) in eine zum Naziregime eindeutig oppositionelle Richtung gelenkt, ohne daß damit eine direkte Nähe zum Widerstand verbunden gewesen wäre.

Nach Kriegsende engagierten sich die Familie Deiters wie die Kleins entschieden für den radikalen Neubeginn im Osten. Für Fritz Klein begann nach der grundsätzlichen Entscheidung im »Neubeginn« die Historiker-Karriere über die Stationen Studium an der Humboldt-Universität, Museum für Deutsche Geschichte unter Alfred Meusel, Redaktion der »Zeitschrift für Geschichtswissenschaft« mit Beschädigung durch Revisionismus-Verdacht und Entlassung bis zur dann dauerhaften Forschungstätigkeit am Akademiestitut, zunächst wieder mit schweren politischen Auseinandersetzungen über die Haltung im damals besonders prekären deutsch-deutschen Verhältnis, speziell der Historiker (1964-67), schließlich zur viel beachteten Weltkriegs- und Imperialismusforschung mit dem Hauptwerk »Deutschland im ersten Weltkrieg« und zu einem erfolgreichen Wirken im In- und Ausland.

Darin vor allem zeigt sich das Grundanliegen, sich selbst entschieden kritisch und selbstkritischem Nachdenken zu stellen und andere dazu herauszufordern. Der glänzend geschriebene, anschauliche Text liest sich seiner inneren Struktur nach wie ein Problemspiegel zu der sich heute zwangsläufig stellenden selbstreflexiven Gretchenfrage, wie man es mit dieser Vergangenheit, die ja auch die eigene berufliche Arbeit, die Gestaltung des persönlichen

Vergleicht man die ersten Kapitel über Kindheit, Jugend und Krieg mit dem folgenden Hauptteil, der das Erwachsenenleben und die berufliche Karriere in der DDR schildert, so fesselt vor allem die Darstellung eines immer kritisch und selbstkritisch reflektierten Zusammenhangs des Erlebten, Getanen und Unterlassenen mit den Epochen deutscher Geschichte, in denen sich alles abspielte. Lebens- und Zeitgeschichte werden im Detail eigener Erinnerungen und in knappen Skizzen der allgemeinen Rahmenbedingungen auf eindrucksvolle Weise miteinander verbunden.

Der Autor betrachtet seine durch mancherlei Mißbelligkeiten und Zweifel durchgehaltene Lebensentscheidung für das Mitwirken an dem alternativen Versuch gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland auch in der Retrospektive zehn Jahre nach der »Wende« im Prinzip als etwas, von dem nichts zurückzunehmen ist. Aber er verbindet diese innere Konsistenz und die daraus erwachsende kritische Sicht auf die Welt des siegreichen bürgerlich-kapitalistischen Systems von heute mit einer konsequenten kritischen und zugleich selbstkritischen Haltung gegenüber dem gescheiterten Sozialismus vom Typ 1917 und seiner deutschen Variante, für die er sich in seinem beruflichen und politischen Wirken engagiert hatte.

und allgemeinen Lebensprogramms ausmacht, nun nach dem Scheitern von Staat und Gesellschaft zu halten habe.

Dramaturgisch eingebunden ist die Darstellung in die Wiedergabe von drei eigenen Redetexten, die – als »späte Einsichten« charakterisiert – den Weg vom skeptischen Festhalten an der für richtig befundenen Sache zur prinzipiell kritischen, aber weder historisch noch persönlich verleugnenden Distanz demonstrieren: die Dankesworte an die Gratulanten zu seinem 65. Geburtstag und zur Emeritierung im Juli 1989 und die Abschiedsrede bei der Auflösung des Akademieinstituts für Allgemeine Geschichte am 16. Dezember 1991 zu Beginn; ein Uraniavortrag 1997, worin er aus Anlaß des 80. Jahrestags der russischen Oktoberrevolution die Exponenten der beiden sich damals teilenden Welten, des russischen Revolutionsführers Lenin und des amerikanischen Präsidenten Wilson, verglich, am Schluß des Buches.

Der erste Text (S. 7-11), dem Anlaß entsprechend eine Kurzform der Biographie, stellt zugleich eine mutige Kritik in der Atmosphäre allgemeiner Nervosität der Oberen wie der Regierten in der im Sommer 1989 nicht mehr zu verdrängenden Existenzkrise der DDR dar: Bewegt seien nicht nur die Zeiten der Herkunft, sondern auch die Vorgänge der Gegenwart, und alle Hinweise auf die Überzeugung, daß die Sache des Sozialismus richtig sei, und auf Erfolge eigenen Tuns könnten und dürften nicht den Eindruck erwecken, alles sei immer richtig gewesen. Wenn so viele vor allem junge Menschen das Land verließen, müsse man darüber nachdenken, was die tieferen Gründe dafür seien. Nur durch »Ehrlichkeit, Offenheit und gewissenhafte Prüfung der eigenen moralischen Integrität ... gewinnen wir Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft« (S. 11)

Als diese Krise dann entschieden, die Sache verloren und das eigene Institut aufzulösen war, mahnte Klein, man könne die Vergangenheit weder »bewältigen« noch einfach abstreifen, sich auch nicht mit der banalen Wahrheit trösten, es sei doch in der DDR nicht alles schlecht gewesen. Vielmehr gehe es um »das bohrende Fragen danach, was man Gutes oder Schlechtes, Richtiges oder Falsches getan, gesagt, geschrieben hat«, was man besser hätte machen und was besser unterlassen sollen. Auf eine solche »ernste Selbstprüfung« könne niemand verzichten, »ohne sich, möglicherweise erneut, selbst zu beschädigen«. (S. 13)

Sechs Jahre später, in einem allgemeinen historischen Resümee, stellt sich Klein der vollen Einsicht in das Scheitern des Experiments von 1917, und »daß die von vielen großen und kleinen Staaten des Westens gelebte Demokratie« sich allen diktatorischen und vormundschaftlichen Systemen gegenüber als überlegen erwiesen habe. Zugleich plädiert er eindringlich für die historische Berechtigung der 1917 versuchten Alternative zu Imperialismus, Krieg und sozialer Ungleichheit. Der zitierte Passus schließt mit dem Diktum Erich Frieds: »Wer will, daß die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, daß sie bleibt«, und die Verpflichtung, die Historiker sollten das Wenige, das sie dazu tun könnten, auch in Zukunft versuchen, stehen vermächtnishaft am Ende des Buches. Aber was den realen Sozialismus betrifft, können »Überlegungen dieser Art«, so heißt

Vor allem aber sei die Vorstellung falsch, »man diene der eigenen Sache besser, wenn man ihre Schattenseiten verschweigt«, auch wenn diese »als Ausdruck von Parteilichkeit quasi in den Rang einer philosophischen Kategorie« erhoben werde.

Mit aller Schärfe kritisiert er das Versagen des siegreichen Kapitalismus vor der Chance, eine friedlichere Weltordnung herbeizuführen, die Dominanz von Machtpolitik und ökonomischem Profitstreben, die fortbestehende Ungleichheit und andere Gefährdungen der Welt vor 2000.

es zuvor ebenfalls unmißverständlich, nur dann Beachtung verdienen, »wenn sie nicht dazu gebraucht werden, das grundsätzlich gebotene klare Nein zu dem zu Recht untergegangenen Gesellschaftssystem zu zerreden.« (S. 364)

Auf den ersten Blick mag dies widersprüchlich erscheinen. Wie kann eine Sache als historisch berechtigt, als bedenkenswerte Alternative und daher auch nicht zurückzunehmende Orientierung des eigenen persönlichen und beruflichen Lebens gelten, wenn zu ihrer historisch realen Existenzform schließlich nur ein klares »Nein« zu sagen ist? Noch am 4. November 1989 hatte Klein mit Begeisterung die große Demonstration auf dem Berliner Alexanderplatz erlebt, deren Organisatoren und Redner für eine erneuerte sozialistische Ordnung in der DDR plädiert hatten, und selbst nach dem Fall der Mauer unterschrieb er in diesem Sinne den Aufruf »Für unser Land«, wenn auch schon als ein »Akt mehr trotzigen Wunschdenkens als realistischer Zukunftserwartung« (S. 343).

Aber wer das ganze Buch gelesen hat und seinen Autor kennt, dem fügen sich die scheinbar kontradiktorischen Aussagen zum Fazit eines konsistenten Lebensentwurfs zusammen, dem er stets treu geblieben ist. Er beschreibt ihn für den Moment, als der erste Schwung des Aufbruchs und Neubeginns durch die sich abzeichnende und bald staatlich vollzogene Teilung Deutschlands, die Konfrontation des Kalten Krieges und die eigenen Erfahrungen mit repressiven Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der KPD/SED überschattet wurde. (S. 140ff.): Viele, die zunächst am Neuaufbau mitgewirkt hatten, wandten sich ab und gingen in den Westen – und dies nicht nur aus zu verurteilenden Gründen, wie er damals geglaubt habe. Obwohl durchaus frei von Verklärungen des Ostens und nicht ohne Zweifel, entschied er sich für den sozialistischen Weg, den er für den im Kern besseren hielt im Vergleich zu einer Gesellschaftsordnung, die zwei verheerende Kriege, Not und Krisen, Ungleichheit und Unterdrückung hervorgebracht und die, nach westlichem Muster, mit Demokratie gleichzusetzen ihm nicht in den Sinn kam.

Auf dieser Linie lagen später seine Forschungen zunächst zur Geschichte des Ersten Weltkriegs und zum Imperialismus, dann in den 1980er Jahren insbesondere auch zum Verhältnis von Krieg und Frieden in der Geschichte des Kapitalismus und in der koexistenziellen Auseinandersetzung der Systeme unter den Bedingungen der atomaren Bedrohung der gesamten Zivilisation. Der Gegenstand Imperialismus und Erster Weltkrieg schien besonders geeignet, ein zutiefst politisches Anliegen mit Forschungen zu ungelösten Fragen zu verbinden, ohne dabei allzusehr durch parteigeschichtliche Interventionen eingeengt zu werden, wie das die Kollegen, die über den Zweiten Weltkrieg arbeiteten, oft genug erfahren mußten. Theoretisch und methodisch sollten diese Arbeiten an einem flexibel aufgefaßten marxistischen Geschichtsverständnis orientiert sein. »Ich wollte hinaus über den Marxismus-Leninismus, aber nicht weg von Marx und auch nicht von Lenin«, im Sinne der Marxschen Zurückweisung schablonenhafter Universaltheorien, nach denen die Geschichte zurechtgestutzt werde, und auch des »au fond« dialektischen Theorieverständnisses (S. 291f.),

Imperialismus und Militarismus, schreibt Klein, »waren für mich keine Schlagworte der Propaganda – sooft sie auch dazu mißbraucht wurden«, sondern sie »bezeichneten reale Zustände, die überwunden werden mußten.« Die Defizite des Neuen, besonders hinsichtlich der Demokratie, waren ihm bekannt, aber er hielt sie nicht für systembedingt und daher auch nicht für unaufhebbar. »Ich glaubte vielmehr an die Möglichkeit, daß auf die Dauer die in meiner Sicht prinzipiell systemeigene Orientierung auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden durchgesetzt werden könnte«. Dafür wollte er politisch und als Historiker aktiv sein, nicht gegen das System, sondern weil er es »reformierend erhalten und festigen wollte.« (S. 143)

das der Leninschen Imperialismus-Analyse zugrundelag, die er in vielem für zutreffend hielt und noch hält. (S. 267)

In dieser Richtung fand Klein »draußen« Gleichgesinnte unter kritischen marxistischen Historikern in Ost und West, die der seit dem Internationalen Historikerkongreß mit Klein bekannte italienische Kollege Ernesto Ragioneri als »die Unsrigen« bezeichnete. Gemeint war damit keinerlei organisierte Gruppe, aber mehr als bloß gemeinsame wissenschaftliche Interessen: »eine Gemeinsamkeit im Streben nach einer gerechteren Ordnung der Gesellschaft und des menschlichen Zusammenlebens, in der Ablehnung undemokratischer Vorherrschaft, sei es einer stalinistischen Partei, sei es eines lediglich profitorientierten, ausbeuterischen Kapitalismus/Imperialismus« (S. 232). Und Gleichgesinnte gab es auch »drinnen«, unter den direkten Mitarbeitern und Kollegen – das Buch enthält eine Reihe von Kurzbiographien und Würdigungen in- und ausländischer Kollegen. Vor allem aber hatte er das große Glück, immer im Verbund einer größeren Familiengemeinschaft Harmonie und Halt zu finden, in Krieg und Nachkrieg bei den Deiters, deren Tochter Dorle er heiratete, und dann in der eigenen Familie und durch die Bestätigung, die gleiche Gesinnung und Erfolge der Kinder bedeuten.

Insgesamt gesehen, war die Priorität der Erhaltung und inneren reformerischen Ausgestaltung des Sozialismus der Leitfaden für Kleins Wirken, auch in den krisenhaften Entscheidungen auf dem Wege des DDR-Sozialismus und des »sozialistischen Lagers«, zunächst im Juni 1953, dann nach dem 13. August 1961 und dem Bau der Mauer, schließlich sogar noch, wenn auch mit wachsender Skepsis, nach dem Einmarsch der Warschauer Pakttruppen in der Tschechoslowakei und dem Ende des Prager Frühlings 1968, und während der sowjetischen Perestrojka, als die DDR-Führung endgültig jede Reformfähigkeit vermissen ließ.

Im Zusammenhang mit dem 17. Juni 1953, als er der offiziellen Version vom faschistischen Putsch nicht zu folgen vermochte, aber auf die Chance innerer Erneuerung setzte, beschreibt Klein diese Grundposition als eine Denkweise, die – wie viel später klar geworden sei – »in eine Falle« führte. »Die Grundlagen des Systems zu bejahen und zugleich seine Unvollkommenheiten beseitigen zu wollen, bedeutete einen Widerspruch«, denn diese Haltung führte im Härtefall stets an die Seite »derer, die den Fortbestand der gesellschaftlichen Machtverhältnisse repräsentierten.« Das aber seien vom Politbüro über die verschiedensten Funktionärssebenen bis hin »zum dogmatischen Institutsdirektor und Parteisekretär gerade diejenigen gewesen, »deren Haltungen und Handlungen so dringend der Kritik bedurften.« Infolge der »reformresistenten Macht- und Gewaltpolitik der Herrschenden und der Schwäche ihrer Kritiker« sei dies schließlich zur »tödlichen Falle« des Sozialismus geworden. (S. 170)

Allerdings ist die Trennung dieser Fronten nach Personen, Institutionen und Funktionen so klar nie gewesen. Die grundsätzliche scharfe Kritik nicht nur an den Zuständen, sondern auch an den Verantwortlichen, die sich als nicht veränderungsfähig erwiesen, soll durch diese Relativierung nicht abgeschwächt werden. Er

Aber die Trennungslinien waren immer unscharf und werden auch von Klein an vielen Stellen des Buches als durchaus fließend dargestellt.

betont z.B. am Beispiel der Diskussionen um die Marx-Ehrung 1953, daß sich Wissenschaftler und Funktionäre durchaus nicht immer in dieser Weise gegenüberstanden, sondern häufig auch in einem beiderseits auf sachlicher Grundlage gewollten Konsens miteinander diskutierten (S. 162). Zudem wechselten die Funktionsverhältnisse im Laufe eines politisch und fachlich im System engagierten Lebens häufig. Hier Objekt, war man nolens oder auch volens andernorts Subjekt von Leitung, Beeinflussung, Unter- und Überordnung, und damit konnten die Teilnehmer- und Beobachterperspektiven bisweilen sogar radikal wechseln. Das Beispiel Ernst Engelbergs, den ich grundsätzlich anders, aber auch zu einer anderen Zeit und in einer anderen persönlichen, fachlichen wie allgemein politischen Konstellation kennenlernte, als es die bitteren Erfahrungen Kleins Mitte der 1960er Jahre nahelegen würden (S. 214f.), zeigt, wie sehr die Art von Begegnung oder Konflikt auch von der jeweiligen Situation abhängt.

Schließlich – und darauf kommt es mir besonders an – zeigt der Autor in seinem sehr ehrlichen, nichts verschweigenden Bericht ja selbst, daß die Fronten von aktiver oder angepaßter Systemtreue einerseits und zu schwacher Kritik andererseits emotional und rational auch im Bewußtsein aller Beteiligten und auch in der eigenen Brust selbst anzutreffen waren. Respekt verdient hier die plausible und sehr kritische Wertung seiner zeitweiligen, die äußeren Beziehungen vor allem zu den USA betreffenden Kooperation mit der Stasi. (S. 288f.)

In letzterer Hinsicht zeigen nicht zuletzt die von Klein sehr zurückhaltend, aber mit erkennbarer Kritik geschilderten zwiespältigen Erfahrungen mit der Evaluation und Auflösung der eigenen Wirkungsstätte und mit der späteren Beteiligung an der Strukturkommission zur Neugestaltung der Geschichtswissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin das Prekäre einer solchen Situation.

Dies verweist auf ein tiefergehendes Problem – die grundsätzliche Frage der Alternativen auf einem Wege, der zum Scheitern führte, der aber dennoch vielen, die ihn einschlugen, als historisch zunächst (und bis wann?) legitimer Versuch einer anderen, gerechteren Gesellschaftsordnung erscheint, auch wenn sie nicht mehr auf seine direkte Fortsetzung zu warten bereit sind. Klein war schon frühzeitig auf der Suche nach alternativen Möglichkeiten, handelte sich dabei repressive Kritik und Beschädigungen ein, bekam aber immer wieder auch die Möglichkeit, Spielräume der Forschung, der Diskussion und der internationalen Aktivität zu nutzen. Enttäuschungen und Hoffnungen, Niederlagen und Erfolgserlebnisse kennzeichnen diesen Weg bis zur Endkrise der DDR. Wo war da die Schranke, der »point of no return«, der jedes weitere Engagement delegitimiert hätte?

Es bleibt – wie bei allen, die solche Fragen stellen – schließlich offen, wo die Suche nach alternativen Lösungen im System hätte aufhören und die eindeutige Opposition hätte beginnen müssen.

Es ist ein besonderes Dilemma der Verpflichtung gegenüber einer Sache, die sich durch das Monopol einer einzigen Meinung definiert, daß es jeder schwer hat, der sie während ihrer Herrschaft differenzierend verändern oder nach dem Scheitern differenzierend beurteilen möchte.

Wie für alle wissenschaftlich beachteten Zweige der Geschichtswissenschaft in der DDR, so auch für das Lebenswerk ihrer Akteure gilt, daß spätere Generationen über ihre Leistung und über ihre Rolle in der sie bestimmenden Zeitgeschichte zu befinden haben. Kleins Autobiographie ist ein Baustein, eine Quelle von Rang, um differenzierende Urteile zu befördern.

# HARRY NICK

## Eine Fundamentalkritik mit Folgerungen

### »Radikale Kritik und Rebellion«

Den heutigen Kapitalismus als »parasitären, faulenden und sterbenden« zu verstehen, wie ein anderer berühmter Autor meinte, erscheint im Buch von Robert Kurz als Minimalposition. »Der Kapitalismus ist am Ende seines Blindflugs durch die Geschichte angelangt, er kann nur noch zerschellen.« Die irrationale neoliberale Politik mit ihrer Abrüstung der in mehr als hundert Jahren aufgebauten staatsökonomischen Strukturen bedeute, daß »ein buchstäblich irre gewordener Kapitalismus seine sämtlichen Sicherungen ausbaut und seine eigenen Rahmenbedingungen niederreißt.« Dieses System werde reproduktionsunfähig.

»Was tun?« – Die Besprechung dieses Buches mit dieser Frage zu beginnen, die auch dem Entdecker des sterbenden... usw. einen Buchtitel wert war, empfiehlt sich vor allem deshalb, weil Robert Kurz nicht, wie in Büchern mit ähnlichem Gegenstand, den Leser gerade mit dieser Frage, die ihn am meisten interessiert, entläßt; hier erhält er hinreichend klare Auskunft. Vor allem aber erschließt sich von dieser Frage her der Charakter dieses Werkes am deutlichsten: Es ist ein fundamentalistisches Werk.

Also, was tun? »Radikale theoretische Kritik und Rebellion müssen zusammenkommen.« Jegliche Versuche, innerhalb heutiger Gesellschaften mehr Gerechtigkeit, Mitwirkungsrechte erstreiten zu wollen, hält Robert Kurz für vergeblich, unangebracht. Der Begriff »soziale Gerechtigkeit« gehöre zum »Plastikwortschatz der Medienpolitiker und damit zum Diskurs der demokratischen Krisenverwaltung«. Befreiung der Reichtumsproduktion von den kapitalistischen Restriktionen sei nötig, nicht eine »gerechte« protestantische Zuteilung von Notrationen«. Umverteilungsethik sei genau so sinnlos geworden wie Verzichtsethik.

Dieser ganze kapitalistische Betrieb, meint der Autor, könne nur noch stillgelegt werden. Hierzu bedürfe es eines weltweiten sozialökonomischen Maschinensturms, eines regelrechten Aufstands, der Rebellion gegen die kapitalistische Krisenverwaltung. Der kürzeste Weg in den sozialen Erschütterungen der nächsten Jahre wäre die Besetzung der Produktionsbetriebe, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen durch eine Massenbewegung, die sich die gesellschaftlichen Potenzen direkt aneignet und die gesamte Reproduktion in eigener Regie betreibt. Blicke diese radikale Gegenbewegung aus, wäre für eine Minderheit immer noch eine Kultur der Verweigerung möglich. Auf jeden Fall dürfe man sich von der eigenen

Harry Nick – Jg., 1932,  
Prof. Dr., Wirtschaftswissenschaftler

Robert Kurz: Schwarzbuch  
Kapitalismus. Ein Abgesang  
auf die Marktwirtschaft,  
Eichborn Verlag  
Frankfurt/M. 1999,  
816 S. (68 DM)

Ohnmacht nicht dumm machen lassen. Und das könne nur heißen, jede Mitverantwortung für »Marktwirtschaft und Demokratie« zu verweigern, nur noch »Dienst nach Vorschrift« zu machen und den kapitalistischen Betrieb zu sabotieren, wo immer das möglich ist. Selbst wenn nur wenige eine innere Distanz zum Kapitalismus zu gewinnen vermögen, sei es immer noch besser, Emigrant im eigenen Land zu werden, »als in den inhaltlosen Plastikdiskurs der demokratischen Politik einzustimmen. Die Gedanken sind frei, auch wenn sonst gar nichts mehr frei ist.« Das ist der letzte Satz des Buches.

### *Die Ursache des Übels und der Ausweg*

Nicht nur das Kapitalverhältnis, sondern Verhältnisse, in denen menschliche Arbeit als abstrakte Arbeit – als allgemeine Verausgabung von Hirn, Muskelkraft etc. – die Reproduktion sozialer Lebensgrundlagen bewirkt, sei die Ursache allen Übels. Die Geldform überhaupt müsse abgestreift werden; denn sie sei eben »keine Form menschlicher Verständigung, sondern umgekehrt werden alle menschlichen Beziehungen dem Diktat eines rasend prozessierenden, verständigungslosen und unansprechbaren Dings unterworfen«.

Aufgrund der offensichtlichen »Rückgriffe« auf Gedanken von Karl Marx drängen sich einige Bemerkungen zu den Aussagen von Robert Kurz, die Marx betreffen, auf:

*Erstens* vermerkt Kurz mehrmals, daß Marx den Fetischcharakter von Ware und Geld bloßgelegt hätte. Er schwächt diese Aussage aber nicht nur immer wieder ab, sondern behauptet auch das (unwahre) direkte Gegenteil: »Auch der Marxismus hat den Geldfetisch niemals als solchen kritisiert.« Kurz vermeidet offenbar die klare Aussage, daß Marx seine emanzipatorische Idee nicht nur mit der Überwindung des Kapitalverhältnisses, sondern der Warenproduktion und des Geldes verbunden hat. Das ist vielleicht einem Großteil der Marxisten nicht geläufig, aber dennoch eine eindeutige, gar nicht ausdeutbare Marxsche Vorstellung, die zwingende Konsequenz seines Weltverständnisses. Jemand, der genau diese Marxsche Idee als eigenen Kern seiner Weltsicht verkündet, sollte in seiner Berufung auf Marx keine Zweideutigkeiten zulassen. Die Behauptung von Robert Kurz, daß der Marxismus »hochgradig ambivalent« sei in der Orientierung entweder auf eine bewußt emanzipatorische Antimoderne und andererseits auf eine Modernisierungstheorie »auf dem Boden des warenproduzierenden Systems«, mag für alle möglichen Marxismen zutreffen, auf das Werk von Karl Marx eindeutig nicht. Der Unterstellung, daß Marx der »Brückenschlag« zur emanzipatorischen Idee »nicht gelungen« sei, weil ihm »selber die liberalen Elemente seiner Theorie im Weg standen«, kann nur entgegnet werden: »Marx lesen«. Das jedenfalls ist schlichter Unfug: »Weil die emanzipatorische Sozialrevolte und die Marxsche Theorie sich historisch verpaßt und gegenseitig nicht abgeholt hatten, reduzierte sich der Marxismus auf eine alternative bürgerliche Fortschrittstheorie ... in den Grenzen des warenproduzierenden Systems und der Gesetze der Staatsbürgerlichkeit.« *Zweitens* geht die Geringschätzung bis Verneinung jeglicher Möglichkeiten, im Kapitalismus soziale Verbesserungen zu erreichen,

bei Robert Kurz wesentlich auf die Bagatellisierung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit zurück, das für Marx die zentrale Achse der sozialen Beziehungen im Kapitalismus darstellt. Diese Bagatellisierung wiederum geht bei Kurz auf die hypertroph herausgehobene Rolle der »abstrakten Arbeit«, und die wieder auf die absolut negative Wertung von Arbeit überhaupt zurück.

Kurz hält Marx vor, daß er die positive Wertung der Arbeit samt dem abstrakten Arbeitsbegriff vom Liberalismus übernahm. Schon die »Gründungsvätergestalten des modernen arbeitertbewegten Sozialismus waren weniger Rebellen als vielmehr ursprünglich Sonntagsschüler des Liberalismus ... domestizierte und moralisch geschockte Liberale«. Kurz erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß Marx selbst Vorsitzender des Kölner Arbeiterbildungsvereins, einer dieser »liberalen Sonntagsschulen«, gewesen sei. Zunächst werde von Marx angeblich die Arbeit gegen die »vermeintliche ›Nichtarbeit‹ in Szene gesetzt, gegen das ›arbeitslose Einkommen‹ der Kapitalisten, die sich den ›Mehrwert aneignen‹«. Aber dem sei »leicht« mit dem Hinweis beizukommen, »daß die so genannten Kapitalisten auch selbst ›arbeiteten‹, wenn auch in anderen Funktionsbezügen«. Und »weil also die ›abstrakte Arbeit‹ nicht insgesamt als Bestandteil des Kapitals dechiffriert werden konnte, lag es nahe, den Begriff der ›Nichtarbeit‹ zu verengen, entweder auf den Handel, der ›nichts herstellt‹ und sich angeblich bloß parasitär zwischen Produzenten und Konsumenten schiebt oder auf die (wie Friedrich Engels sich ausdrückte) ›Kuponschneider‹, die reinen Geldkapitalisten, die anscheinend wirklich ohne jeden Handschlag in Form des Zinses ›arbeitsloses Einkommen‹ beziehen. Nun ist auch diese Argumentation nicht in sich stimmig, denn natürlich ist der Handel in einem warenproduzierenden System völlig unvermeidlich ...«

Nicht stimmig, einfach unwahr ist, daß Marx seine Mehrwerttheorie durch eine »Einengung des Begriffs der Nicht-Arbeit« zu retten versuchte. Marx darauf aufmerksam zu machen, daß die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit keine sozialen oder moralischen, sondern rein ökonomische Gründe habe, ist auch nur möglich, wenn man vorher Marx' Auffassungen verfälscht. Des Pudels Kern in der Kritik von Kurz ist, »... daß die Arbeiterklasse im Zuge ihrer Verinnerlichung des Fabriksystems ausgerechnet die kapitalistische Zentralkategorie der ›Arbeit‹ positiv vom Liberalismus übernehmen und vermeintlich gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem richten konnte«. Sie habe nicht begriffen, daß die »abstrakte Arbeit« der »Kern des Kapitals« sei, weshalb Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit auf einem Boden geführt würden, der beiden gemeinsam sei. Klassenkampf ist für Robert Kurz nichts anderes als »die immanente Bewegungsform eines bereits domestizierten verhausschweinten Bewußtseins«. Wenn in den Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit im Kapitalismus kaum etwas – und heute angeblich gar nichts mehr – zu gewinnen sei, dann mag es berechtigt sein, von einem vom Kapitalismus »verhausschweinten Arbeiterbewegungs-Marxismus«, einer »arbeitszuchthäuslerisch sozialisierten sozialdemokratischen Bewegung« ... zu sprechen und den



Gewerkschaften den schlichten Rat zu geben, sich selber aufzulösen. Heute wäre der Kapitalismus in einer Situation, in der gar nichts mehr geht, in welcher selbst systemimmanente Gegenwehr nur noch möglich sei, indem das System selbst zur Disposition gestellt wird. »Damit sind die Gewerkschaften mit ihrem Latein am Ende ... Die Konsequenz wäre eigentlich der eigenhändig zu vollziehende Gnadenschuß.«

*Drittens* führt die extrem negative Wertung der Arbeit bei Robert Kurz zu extremistischen Folgerungen, die m. E. nicht mehr diskutierbar sind, sondern nur noch mit Entrüstung zurückgewiesen werden können. Die »Arbeit« ist für ihn das gemeinsame Band von Arbeiterbewegung und Rassismus! »Die entscheidende Schnittmenge von Sozialismus und Rassismus/Antisemitismus war der positiv besetzte Begriff der ›Arbeit‹. In dem Maße, wie die sozialistische Arbeiterbewegung das Selbstverständnis der alten Sozialrevolten, die sich auf tradierte ›Rechte‹ und in diesem Kontext auf Muße (›Müßiggang‹!) bezogen hatten, durch die Leistungskategorie der ›Arbeit‹ selber ersetzte, diese zum positiven Kern ihrer Identität machte, und damit die vom Liberalismus seit Beginn der Neuzeit betriebene bürgerliche Kampagne (›Müßiggang ist aller Laster Anfang‹) übernahm, mußte sie auch anfällig werden für Ressentiments gegen Leistungsschwache, ›Ungläubige‹ in Sachen Religion der ›Arbeit‹ und vermeintliche ›Nichtarbeiter‹. Damit war jenes bis zu einem gewissen Grad ›erlaubte‹, weil das bürgerliche Universum nicht in Frage stellende Ausspielen der einen kapitalistischen Kategorie gegen die andere, der ›Arbeit‹ gegen das Geld, schon grundsätzlich angelegt – und genau diese Schwachstelle mußte zum Einfallstor für Biologismus, Rassismus und Antisemitismus werden.« Einfach unerträglich: »Die Parole ›Arbeit macht frei‹ über dem Tor von Auschwitz enthüllte das wahre Wesen jenes zu sich gekommenen Selbstbewußtseins der ›Arbeit‹, das die Arbeiterbewegung stets als emanzipatorisches Prinzip mißverstanden hatte.«

Freiheit sei nur jenseits von Staat und Markt, jenseits des Systems der »abstrakten Arbeit« und des Lohnsystems zu gewinnen. Freiheit würde darin bestehen, daß die Menschen sich zur Reproduktion ihres Lebens freiwillig zusammenfinden, gemeinsam über den Inhalt ebenso wie über die Vorgehensweise beraten und beschließen und »die Produkte ganz einfach unabhängig von der ›Arbeitsleistung‹ der einzelnen verteilt werden«.

Technisch und organisatorisch wäre solche Selbstverwaltung überhaupt kein Problem, heute weniger denn je, denn die Kommunikationstechnologie habe durchaus mit dem Grad der Vernetzung und Vergesellschaftung mitgehalten. Es bedürfe für eine Beratung und Entscheidung aller beteiligten Gesellschaftsmitglieder über den Einsatz der gemeinsamen Ressourcen keiner ihnen äußerlichen Behörde, keiner Bürokratie und keiner Weltregierung, überhaupt keines »allwissenden Zentrums«. Eine »Palaverkultur« würde nötig und möglich. Diese Kommunikation würde nicht auf der dem Kapitalverhältnis immanenten »vertikalen« Ebene über verschiedene Hierarchiestufen erfolgen, sondern auf der horizontalen Ebene, als Verständigung zwischen Gleichen.

*Tiefe Einsichten, aber auch Überhöhungen und Einebnungen*

Dieses Buch von Robert Kurz ist jedoch auch ein historisch angelegtes Werk. Es schlägt den Bogen von vorkapitalistischen Perioden bis in die Gegenwart. Hervorhebenswert sind die hierin eingebetteten Analysen der drei industriellen Revolutionen, die in vieler Hinsicht anregend sind. »War die Erste industrielle Revolution durch die Anwendung von Kohle und Dampfkraft gekennzeichnet, die den Ruin der traditionellen handwerklichen Produzenten nach sich zog, so beruhte die Zweite industrielle Revolution auf dem Verbrennungsmotor, dem Fließband und der betriebswirtschaftlichen ›Arbeitswissenschaft‹, verbunden mit einer sozialökonomischen Spaltung der Epoche in die Zeiten der industrialisierten Weltkriege und der fordistischen Nachkriegsprosperität. Die Dritte industrielle Revolution sollte ihre technologische Basis in der Elektronik und den ›Informationswissenschaften‹ haben, um zu einer qualitativ neuen Stufe der Massenarbeitslosigkeit und damit der Systemkrise zu führen.« Nicht nur in der Charakterisierung der industriellen Revolution läßt sich Robert Kurz von seiner zentralen Idee leiten; er bewertet historische Vorgänge nach ihrer Bedeutung für die Konstituierung, Entfaltung, Befestigung und schließliche Selbsterstörung des »warenproduzierenden Systems ›abstrakter Arbeit‹«.

Der Vorwurf fundamentalistischer Weltsicht ist nicht ein vorgefaßter Vorwurf gegen die von Fundamentalisten verkündeten Wahrheiten, sondern gegen deren Umgang mit ihren Wahrheiten. Fundamentalismus ist die kompromißlose Prolongierung der mehr oder weniger axiomatisch gebrauchten (fundamentalen) Ideen. Unwahrheiten, Fehlrteile schleichen sich zwangsläufig ein, weil retardierende Tendenzen, durch die »bunte Wirklichkeit« verursachte Modifizierungen nicht respektiert, die sich hierauf Berufenden als »Abweichler«, als Unzuverlässige, Opportunisten und Schwächlinge usf. denunziert werden.

Die Bannung der Menschen in das warenproduzierende System, in die Allmacht des Geldes ist eine fundamentale Tatsache, ihre Wucherung in alle Lebensbereiche hinein eine verhängnisvolle Tendenz. Deren Fortsetzung kann nur den Tod von Gesellschaftlichkeit, von lebensfähigen sozialen Organismen bedeuten. Dem mit gewissenhafter, sorgfältiger Analyse, mit hoch intellektueller Potenz und zugleich mit tief empfundener Solidarität für die Opfer »der Modernisierung« nachgegangen zu sein, ist das Verdienst des Autors. An diesem Buche kann keiner vorbeigehen, dessen Sache kritische Kapitalismus-Analyse ist. Er wird es mit großem Gewinn lesen. Aber da sind eben auch die »Prolongationen«. Ein Beispiel am Rande: Für mich war der Bauhausstil ein wirtschaftlich wie ästhetisch gelungener Versuch, Zweckmäßigkeit und Schönheit in Einklang zu bringen, mit diesem Ziel die Potenzen industrieller Produktion für die Bevölkerungsmehrheit zu erschließen, eine kulturell-demokratische Angelegenheit sozusagen. Robert Kurz sieht das so: »Aus dem Bauhaus-Stil ging nicht nur in der Architektur die Form hervor, die auch äußerlich das Wesen der ›abstrakten Arbeit‹ auszudrücken vermochte: einheitliche, genormte Baukastensysteme, passend zum Ford-Taylorischen Fließprozeß der rationali-

sierten Produktion und ›gereinigt‹ von allen ästhetischen Elementen, die nicht der kapitalistischen ›Zweckform‹ entsprechen.«

Folgt man der historischen Vorgehensweise des Autor so kommt herausragende Bedeutung in der Geschichte sozialer Bewegung der Ludditenbewegung, den »Maschinenstürmern« im England Anfang des 19. Jahrhunderts zu. Sie bildeten den Kern der sozialen Revolten gegen das aufkommende Fabrikssystem. Robert Kurz hebt hervor, daß es sich hier durchaus nicht um eine blinde Maschinenstürmerei gehandelt hat. Sie war einerseits getragen von einer sehr starken historischen Überlieferung, einem militant antiautoritären Geist offenbar hochorganisierter Gruppen. Sie hatte einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und war nur die Speerspitze einer in ganz Europa verbreiteten fundamentalen Opposition der Produzenten. Kurz betont den ambivalenten Charakter dieser Bewegung, mit halb rückwärtsgewandten, an der handwerklichen Tradition orientierten Motiven und halb zukunftssträchtiger Orientierung, die auf die historische Möglichkeit verweist, eine selbstbestimmte Vergesellschaftung durch direkte menschliche Verständigung zu finden. Zwei Momente sind hier hervorzuheben, gegen die manches eingewandt werden müßte. Kurz hält es für möglich, daß diese soziale Revolte historisch auch erfolgreich hätte sein und der ganze Kapitalismus hätte vermieden werden können. Die handwerkliche Tradition mit ihrer »Borniertheit des Zunftwesens hätte auch abgelöst werden können durch einen bewußten Konsens über die Entwicklung der Produktivkräfte, in dem das Verhältnis von Erweiterung der Produktion und der Bedürfnisse einerseits, der Verkürzung der Arbeits- und der Vermehrung der Mußzeit andererseits ständig neu diskutiert und gemeinschaftlich festgelegt wird«. M.E. ein herrlich tröstlicher Gedanke: Der Kapitalismus als Irrweg der Geschichte! Nur kann ich es nicht glauben. Weil da die Marxsche Idee ist, daß der Sozialismus erst möglich werde, wenn die vorhergehende Gesellschaft die materiellen Voraussetzungen für eine Gesellschaft schafft, deren Ziel die allseitige und freie Entwicklung des Individuums ist. Genau dies ist für Marx die historische Mission des Kapitalismus. Ist das sozialistische Desaster nicht auch eine Bestätigung dieser Vorstellung?

Das zweite Moment ist eine m.E. idealisierende Vorstellung vom Mittelalter. Mit dem Scheitern dieser emanzipatorischen Sozialrevolte »erlosch auch die alte bäuerlich-handwerkliche Kultur der Muße, der damit verbundenen sozialen Kompetenzen, der kulturellen Selbsttätigkeit, des gehaltvollen Nichtstuns, geradezu des Träumens. Auch diese Kultur der Muße wurde nicht im Kontext sozialer Selbstbestimmung und Selbstverständigung weiterentwickelt, sondern liquidiert und allmählich durch kapitalistischen Warenkonsum ersetzt«. Heute gäbe es nur noch schwache Erinnerungen an die »einst reichhaltige Produzenten- und Mußekultur der alten Agrargesellschaften«.

Anklänge an diese herausragende soziale Revolte im Kapitalismus, die allerdings sehr schnell verhallten, sieht Robert Kurz in den Räten in den russischen Revolutionen Anfang des 20. Jahrhunderts und in der deutschen November-Revolution, sowie in der 68er Bewegung in Westeuropa. Die Pariser Kommune dagegen

steht für ihn überhaupt nicht in der Tradition emanzipatorischer Kämpfe. Warum? Weil »von einer emanzipatorischen Kritik der ›abstrakten Arbeit‹ ... in ihren Dekreten niemals die Rede« war.

Dieser verkürzte Bezug auf pro und kontra System »abstrakter Arbeit« veranlaßt Robert Kurz zu einer Vielzahl m.E. fragwürdigen historischen Analogien, angeblichen Verwandtschaften. Zum Beispiel, wenn er behauptet, daß die Paulskirchen-Demokratie von 1848 in einer geraden Spur zu den Nazis führt, weil die linksdemokratischen Intellektuellen nie den Rubikon der kategorialen Kritik am warenproduzierenden System überschritten hätten.

### *Aussichten*

Die düstere Vision, die Robert Kurz in diesem Buche zeichnet, der Fall kapitalistischer Gesellschaften in die Barbarei, kann als ein Szenario möglicher Entwicklungen nicht einfach beiseite geschoben werden. Er hat recht darin, daß die heutige Art von Globalisierung keine positive Überwindung des Nationalstaates zur Weltgesellschaft hin bedeutet, sondern eher eine Verwilderung in die Strukturlosigkeit hinein; daß neue reproduktionsfähige Strukturen des Kapitalismus kaum auszumachen sind; daß wir es eher mit dem Zerbrechen der strukturellen Polarität von Staat und Markt, Ökonomie und Politik, Mikroökonomie und Makroökonomie, Individuum und Gesellschaft zu tun haben, die Kapitalismus überhaupt erst möglich macht; daß die gegenwärtige Form von »Modernisierung« zugleich Tendenzen der Selbstauflösung und Selbstzerstörung der Moderne einschließt; daß die »alten Dämonen« wieder erwachen: der entfesselte Marktliberalismus, ein neuer Schub in der »Naturalisierung« des Sozialen bis hin zur »Genetisierung« der sozialen Degradation und Propagierung von »Menschenzucht«; grassierende Esoterik; zugleich auch die faschistoide Pseudokritik des Liberalismus, das antisemitische Syndrom; die Eskalation ethnischer, nationaler Differenzen in mörderische Auseinandersetzungen.

Was zu bestreiten ist, daß es sich hier um Gewißheiten, um zwangsläufige Entwicklungen handelt. Demokratische Strukturen, wie unvollkommen sie auch sind, haben sich so tief in das Weltbewußtsein eingegraben, daß die Aufklärung der Gefahren, der Wille und die realen Möglichkeiten, ihnen politisch zu begegnen, eine Chance haben. Manches spricht dafür, daß diese Chancen größer geworden sind.

Mich überzeugt auch nicht die von Kurz vorgetragene Logik seines »Schneeballsystems«: Die erste industrielle Revolution habe einen Schneeball des Überspringens industrieller Entwicklung auf weitere Industriezweige ausgelöst; die zweite industrielle Revolution habe dieses Schneeballsystem an seine inneren Grenzen geführt und die dritte industrielle Revolution habe es schließlich zum Stehen gebracht. Der Beweis dafür, daß die menschliche Phantasie im Finden jeweils immer dringender Bedürfnisse schwächer werde im Verhältnis zur Phantasie, die Produktivitätsfortschritt bewirkt, ist immer noch nicht erbracht. Auch Robert Kurz ist gefangen im logischen Widerspruch, der bei den meisten Verkündern eines »Endes der Arbeit« zu finden ist: Einerseits wird behauptet, daß der

Arbeitsgesellschaft (infolge der Produktivkraftentwicklung) die Arbeit ausgeht, später heißt es dann: Arbeit ist für alle da! Was denn nun? Läßt die Mikroelektronik nur die Alternative zu zwischen Vergrößerung von Mußezeit und Massenarbeitslosigkeit, wie Kurz immer wieder behauptet, oder wäre doch genügend und dringend zu verrichtende Arbeit vorhanden, wenn ...? Eigentlich wäre es, meint Robert Kurz im direkten Widerspruch zu seiner Mikroelektronik-Deutung, »durchaus sinnvoll, wenn die vielen Menschen, die nun nicht mehr im industriellen Produktionsprozeß gebraucht werden, statt dessen im Gesundheits- und Bildungswesen tätig würden oder in der Planung von Reisen, Kunstausstellungen, Sportveranstaltungen usw. Aber die betriebswirtschaftliche Logik macht auch in dieser Hinsicht dem gesunden Menschenverstand einen Strich durch die Rechnung.«

Was jedenfalls als Letztes bleiben sollte, sollte nicht innere Emigration, die Flucht in bloße Gedankenfreiheit sein. Sozialistisches Weltverständnis, sozialistische Politik scheinen nur noch möglich zu sein mit einem »Optimismus wider besseres Wissen«, eines nicht illusionären Pseudooptimismus, im Vertrauen auf die vielleicht nicht sehr große Chance, daß den Verläufen bisheriger Weltentwicklungen, die in die »Finsternis« führen (Eric Hobsbawm), eine andere Richtung gegeben werden könnte. Der Such- und Lernprozeß ist ergebnisoffen. Aufmerksam und kritisch gelesen, vermag dieses Buch manche Anregung zu geben. Daß dieses Nachdenken in den vom Autor gezeichneten sehr verengten »Alternativen« – die er durchgehend apodiktisch vorträgt, an keiner Stelle des Buches zum kritischen Mitdenken über andere Möglichkeiten einladend – sein Ende finden soll, ist nicht ernst zu nehmen.

## HEINZ SONNTAG

# Sozialer Humanismus und Zweite Aufklärung

Heinz Sonntag – Jg. 1936, Dr. phil, war bis 1990 Hochschullehrer für Philosophie und arbeitete danach als Dozent für verschiedene private Bildungsträger, Mitglied des Vorstandes des Bildungsvereins Elbe-Saale – Verein zur Förderung von Kultur, Wissenschaft und Politischer Bildung in Sachsen-Anhalt e.V.

Am 27. November 1999 begann für die Initiative *Zweite Aufklärung* des Bildungsvereins Elbe-Saale e.V. in Magdeburg die öffentlich sichtbare geistige Arbeit am obengenannten Projektthema, gefördert von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg Berlin.

Gäste aus Magdeburg und Sachsen-Anhalt, aus Berlin, Leipzig, Halle und Hamburg nahmen die Einladung zum Diskurs über die Voraussetzungen und Möglichkeiten des Projektes an.

Den Eröffnungsvortrag hielt vom Schwesternverein in Leipzig Professor Helmut Seidel, Nestor der marxistischen Philosophie-Geschichtsschreibung. Er eröffnete dem Projekt die historische Dimension und den aktuellen Bezug zur philosophisch-ethischen Diskussion. Denn es geht nicht um positivistischen Detailrationalismus allein, sondern um eine an der europäischen Aufklärung geschulte Denk- und Verhaltensweise, die die humanistischen Ansprüche an politische Programmatik und praktische Politik einer sozialistischen Partei ins Auge faßt.

In der konstruktiv-kritischen Erbe-Rezeption, die Helmut Seidel demonstrierte, berührte er die historischen Denkleistungen Bacons, Spinozas, Rousseaus und Kants, konzentrierte sich dann auf die Exegese der »Dialektik der Aufklärung« von Adorno/Horkheimer. Aus der Größe und den Grenzen der vorliegenden Kapitalismus- und Zivilisationskritik und ihren Wirkungen auf linke Diskurse in den sechziger Jahren leitete er die zeitgemäße Konsequenz ab, nach dem Scheitern des ersten praktischen Sozialismus-Versuchs alle humanistisch-aufklärenden Quellen aufzuheben, um mit geistigem Vorlauf praktische Ansätze und Schrittfolgen für eine humanistische Gesellschaftsgestaltung darzustellen.

Wie bei Helmut Seidel zu erwarten und im Vortrag nachgewiesen, gehören Marxsche Gesellschaftsanalyse und -kritik zum unverzichtbaren humanistischen Erbe der europäischen Aufklärung und emanzipatorischer Politikentwürfe, denen er sich bereits Mitte der sechziger Jahre widmete, z.B. in der wissenschaftlichen Verarbeitung der Pariser Hefte von Marx.

Zur Selbstverständigung und als Diskussionsangebot legten die Initiatoren des Kolloquiums Arbeitsthesen und ein erstes Leseheft vor. Aus der Vielfalt der historischen Belege und Bezüge wurde ein Brieftext Thomas Manns (Brief vom 15. September 1945 an Walter von Molo) ausgewählt, in dem der Wert des »sozialen Humanismus« historisch-biographisch entwickelt wurde und der für die weitere Projektbearbeitung methodische Bedeutung erlangt hat:

»Weltökonomie, die Bedeutungsminderung politischer Grenzen, eine gewisse Entpolitisierung des Staatslebens überhaupt, das Erwachen der Menschheit zum Bewußtsein ihrer praktischen Einheit, ihr erstes Ins-Auge-Fassen des Weltstaates – wie soll all dieser über die bürgerliche Demokratie hinausgehende soziale Humanismus, um den das große Ringen geht, dem deutschen Wesen fremd und zuwider sein?«

Daraus wäre zu folgern für die weitere Projektbearbeitung:

*Erstens:* Der Wert des sozialen Humanismus steht im kausalen Bezug zu Emanzipationsbestrebungen der Menschheit, besonders in Krisenzeiten ohne unmittelbare »Lösungen«. Er ist Ausdruck der Interessenlage im globalen Maßstab gegen antihumane Konzeptionen und ihre praktischen Wirkungen, besonders im Sozialen. Ein solches humanes Bedürfnis wird dieser Tage bei der Gründung des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik artikuliert.

*Zweitens:* Die schrittweise Verwirklichung des Wertes sozialer Humanismus kann nur gefaßt werden als Ringen humanistischer Kräfte um konkrete Wirkungen im Sozialen, im immer bewußteren Handeln von geschichtsbildenden Subjekten. Hier ist auch der Platz konkreter Sozialutopien, die sich in historischen Lernschritten auch bei Niederlagen und Stillstand sozialer Emanzipation weiterentwickeln, als Protest gegen unsoziale Praktiken im Globalen und sie tragender Wertehierarchien und Theorien.

In der mehrstündigen engagierten Diskussion wurden sowohl die philosophischen Anregungen als auch die Angebote für praktische Politikfelder aufgegriffen, die Einzelbeiträge können hier nur exemplarisch vorgestellt werden.

Dr. Viola Schubert-Lehnhardt (Halle) entwickelte aus ihren Untersuchungen zum Transformationsprozeß im Gesundheitswesen der neuen Bundesländer eine differenzierte, empirisch gesicherte Analyse des eingetretenen Wertegewinns bzw. Wertverlustes der Betroffenen: Patienten, Schwestern, Ärzte. Aus humanistischer Sicht können aus der Bilanz soziale Grundforderungen nach einer nachhaltigen Gesundheitsreform gestellt werden, die sich von partiellen Interessenlagen abhebt, z.B. der Pharmaindustrie, dies mit Blick auf europäische Lösungen und in globaler Verantwortung.

Dr. Edith Ockel (Berlin) betonte die Notwendigkeit, einen klaren Blick auf die Lebenslagen sozial Betroffener und Benachteiligter zu bewahren, um Chancen einer humanistischen Selbstverwirklichung politisch einzufordern, z.B. bei der Kinderbetreuung, bei Behinderten und Frauen (§ 218). Die Notwendigkeit und das Wie ihrer Realisierung bei Sozialabbau und sozialer Isolierung muß Gegenstand und Maß linker Politik sein.

Dr. Günther Hahne (Magdeburg) verwies auf die historischen und aktuellen Möglichkeiten, auf der Grundlage des sozialen Humanismus gesellschaftliche Kräfte zu mobilisieren, die ihr Handeln aus verschiedenen weltanschaulichen Quellen und Bekenntnissen begründen. Auf Grund eigener Untersuchungen wies er auf Theologen der Bekennenden Kirche hin wie Emil Fuchs, Karl Kleinschmidt, Dietrich Bonhöfer und besonders Erwin Eckert. Das Wort der Kirchen von 1997 zur sozialen Gerechtigkeit bleibt als Angebot für die Zukunft im Diskurs.

Dr. Wilhelm Hörnemann (Hamburg) befaßte sich mit humanen Aspekten einer gegenwärtigen Friedenspolitik und eines neuen Internationalismus, der der globalen Verantwortung linker Politik adäquat ist. Insgesamt wies das Eröffnungskolloquium konstruktiv-kritisch auf vier Schwerpunkte der weiteren Projektbearbeitung sowie auf Defizite des vorliegenden Erkenntnis- und Bearbeitungsstandes hin.

*Erstens:* Zur historischen und theoretischen Beherrschung des Projektthemas ist es unumgänglich, die Werte und Abstraktionen logisch und international zu ordnen, z.B. sozialer Humanismus – soziale Gerechtigkeit – soziale Demokratie – neue soziale Frage in globaler Sicht und ihre humanen Potentiale und Wirkungen bzw. Grenzen – soziale Menschenrechte – soziale Innovationen.

Im Sinne Helmut Seidels wären historische Quellen zum Thema zu erschließen, z.B.: Wilhelm Weitling, Albert Schweitzer oder die Frankfurter Schule.

*Zweitens:* Die Einflußnahme und der Bezug zur Programmdiskussion der PDS anhand der vorliegenden Thesen-Entwürfe könnte zur Klärung eigener Positionsbestimmungen beitragen. Der alleinige Bezug auf den Wert der sozialen Gerechtigkeit brächte u.E. eine Reduzierung auf die Verteilungsgerechtigkeit mit sich, was in der Tagespolitik der PDS und in den Wahlprogrammen auf Haushaltspolitik und Ausgabenverteilung münden könnte. Der Wert des sozialen Humanismus als übergeordneter Wert in der Wertehierarchie des demokratischen Sozialismus eröffnete im Sinne Thomas Mann den Blick auf die Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse, ihre sozialen Krisenerscheinungen und mögliche Sozialutopien, begründet in einem humanen Menschenbild und Abwehr scheinhumaner Bezüge.

*Drittens:* Die Gewinnung von Mitarbeitern, besonders jüngerer, ist die Grundlage von Analysen und Studien zu konkreten Politikfeldern, die den PDS-Politikern in Sachsen-Anhalt und in den Kommunen angeboten werden können.

Folgende Politikfelder können zur Zeit bearbeitet werden: Wertewandel im Gesundheitswesen; Bildungspolitik und -angebote im Magdeburger Modell; Geschlechterdemokratie in Magdeburg, Chancen und Defizite; Konzeptionelle Ansätze zum Abbau der Massen- und Dauerarbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt durch Nutzung der Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern im Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

*Viertens:* Aufklärung verlangt die Vermittlung gewonnener Erfahrungen und Erkenntnisse, beides soll in der Vortragstätigkeit des Vereins und in der Programmdiskussion der PDS im Jahre 2000 realisiert werden.

Im Sommer des Jahres 2000 werden in einem zweiten Kolloquium die Ergebnisse der Projektarbeit vorgestellt, gleiches gilt für ein zweites Leseheft. Humanistische Streitbarkeit muß sich insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Mammonismus und seinen fatalistischen Wertvorstellungen im Alltagsbewußtsein Betroffener bewähren. Insgesamt sind die Möglichkeiten der Bundesstiftung Voraussetzungen der Projektarbeit in Magdeburg, aber auch Herausforderung an die Wirksamkeit der Arbeitsergebnisse.





## WOLFGANG SABATH

# Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,  
Journalist und Autor, Berlin.

Womöglich war es wirklich ein Zufall, aber irgendwie habe ich Schwierigkeiten, daran zu glauben. Wie auch immer. Die zwei Vorkommnisse, auf die ich letztens in Druckwerken stieß, waren auf jeden Fall – wenn auch in Maßen – erstaunlich: Der ehemalige DDR-Kulturfunktionär Dietmar Keller saß dem *Spiegel* Modell, und wie es Brauch ist, setzten die Redakteure vor das Interview eine kurze Personalie. Doch die fiel diesmal dermaßen knapp aus, daß ernsthaft zu vermuten ist, dahinter stecke Methode. Der *Spiegel* nämlich teilte seinen ostunerfahrenen Lesern mit – in den neuen Ländern ist seine Verbreitung vergleichsweise marginal –, Dietmar Keller sei 1990 unter Modrow Kulturminister geworden. Kein Leben davor? Nix SED? Nix Leipziger SED-Funktionär? Keller, der Seiteneinsteiger? Natürlich nicht. Doch hätten die *Spiegel*-Redakteure ihrer Hauptleserschaft kurz die Gesamtkarriere des Mannes mitgeteilt, wären Kellers Aussagen womöglich anders eingeordnet oder gewertet worden, als erwünscht. Auf der anderen Seite: Durch seine vornehme Zurückhaltung in Sachen Keller-Biographie bringt der *Spiegel* Keller in Gegensatz zu einstigen Genossen und Weggefährten. Das ist doch auch schon was. Wie auch immer: Wieder einer, dessen Biographie erst 1990 einsetzt. Und wie es der Zufall will: Ich blättere in der hierorts nicht unbekanntenen Zeitschrift *UTOPIE kreativ*, und wie üblich, lese ich vor den Artikeln die Personalien zu den jeweiligen Autoren. Zu den spannendsten Beiträgen der mir vorliegenden Ausgabe dürfte der von Ronald Saßning über die Thälmann-Verhaftung gehören. Was aber lese ich über diesen Autor? Nur, daß er Jahrgang 1934 sei und Dr. sc. phil. und von 1990 bis 1992 »Mitarbeiter bei der Bundesschiedskom-

mission der PDS zur Rehabilitierung von Opfern des Faschismus in der UdSSR und DDR« war. Aha. Wieder ein Spätgeborener.

Den Redakteuren der Abt. Parteileben im *Neuen Deutschland* ist im Berichtszeitraum viel Platz eingeräumt worden, denn nach ihrem Parteitag überkam die PDS ein schier unbändiger Diskussionstrieb, dem auch die Zeitung folgte. Zwar sei die Zeitung keine Parteizeitung mehr, wie immer mal wieder von der PDS-Obrigkeit und der Redaktionsleitung Nachfragenden blauäugig versichert wird; aber das soll glauben, wer will. Jedenfalls war das Blatt in den vergangenen zehn Jahren noch nie dermaßen viel Partei wie in den letzten Monaten. Ein Glück, daß ich nicht zu beantworten habe, wie eine dermaßen parteinahe Tageszeitung neue, untraditionelle, bisherige Nicht-ND-Leser gewinnen kann. Aber die Genossen werden sich schon was dabei gedacht haben. Auch der PDS-Ehrentvorsitzende Modrow denkt sich immer was. Letztlich in einem ND-Interview ging er richtig aus sich heraus, und zwar dermaßen offen, daß man – hätte nicht »Interview mit Hans Modrow« dar-über gestanden – nicht geglaubt hätte, daß er es gewesen ist, der da antwortete. In jenem Interview – hartgesottene UTOPIE-Leser erinnern sich gewiß – focht Modrow unter anderem für den Erhalt des Pluralismus in der PDS. Ich vermochte, dem Manne durchaus zu folgen, zumal sich Pluralismus immer gut anhört.

Aber hört er sich auch aus allen Mündern gut an? Wenn ich in den letzten Monaten verfolgte, welche PDS-Schar sich unter dem Pluralismus-Wimpel zusammenfindet, kommen mir Zweifel. Nein, nicht bei Hans Modrow, aber bei vielen, die ihm assistieren oder von denen er sich assistieren läßt. Zugegeben, das zeitgemäße Parteigezänk, ausgegeben als »Debatte«, raubt mir nicht den Schlaf. Kann heißen: Es gibt tatsächlich auch ein Leben ohne PDS (und es ist, das walte Hugo, sogar ein Sozialismus denkbar ohne sie). Aber wundern wird man sich doch noch dürfen. Ich zum Beispiel wundere mich über jene neuen wortgewaltigen Vorkämpfer eines politischen Pluralismus, von dem sie in ihren langen SED-Jahren aber auch nicht ein Gran hatten ahnen, geschweige denn spüren lassen. Fraktionsbildung war ihnen seit je eine der allerteuflichsten Sünden in ihrer Partei gewesen. Und sie haben so manchen ihrer Genossen derentwegen politisch über die Klinge springen lassen. Mal dezent, mal rabiat. Immer, wie gerade angesagt. Und jetzt schreien ausgerechnet sie Zeter und Mordio und fordern Pluralismus?

Ich bin wohl nicht zu retten, was wundere ich mich denn? Übrigens werden auch sie gelegentlich von den Medien im Biographischen pfleglich behandelt. Zum Beispiel kam neulich die Vorkämpferin des Sozialistischen Pluralismus in der PDS, Ellen Brombacher, in einer Ansage des *Info-Radios Berlin* gnädig als »ehemalige Berliner FDJ-Chefin« weg; nix da von SED, nix da von SED-Bezirksleitung. So freundlich kann der Klassenfeind sein.

Ach du liebe Zeit, nun sind wir vor lauter *partinaja shishn* gar nicht dazu gekommen, uns mit des Volkes Lebensfragen zu beschäftigen. Der Platz reicht gerade noch, die neue Kampfhundeverordnung zu lobpreisen, die alle Organe ausführlichst bedachten. Zu Recht. Denn bevor der deutsche Arbeiter Politik macht, will er sicher sein, nicht von einem Hund gebissen zu werden.

**Paul Krugman:**  
**Der Mythos vom globalen  
 Wirtschaftskrieg. Eine Abrech-  
 nung mit den Pop-Ökonomen.**  
 Aus dem Amerikanischen von  
 Herbert Allgeier,  
 Campus Verlag Frankfurt/M.-New  
 York 1999, 239 S. (48 DM) (I)

**Michael Zürn:**  
**Regieren jenseits des  
 Nationalstaates. Globalisierung  
 und Denationalisierung als  
 Chance. (Edition Zweite Moderne  
 Hrsg. von Ulrich Beck),  
 Suhrkamp Verlag Frankfurt/M.  
 1998, 395 S. (34 DM) (II)**

Die Globalisierung sei das Ende nationalstaatlicher Politik und damit ein Politikwechsel eingeleitet. Eine eigenständige Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik im Kampf der unterschiedlichen Standorte gegeneinander sei nunmehr unmöglich. Nicht mehr nur bürgerliche Regierungen schwören auf »freiheitliches« Gestalten der sozialen Beziehungen in ihren Ländern angesichts der »Zwänge der Weltmärkte«, auch sozialdemokratische (so Blairs New Labour oder Schröders rosa-grüne Koalition) kapitulieren vor diesen vermeintlich äußeren Kräften. Politikansätze, die sich dem in den Weg stellen, werden marginalisiert und diskreditiert. Politiker (jüngst Oskar Lafontaine), die punktuell vorsichtig Gegenkonzepte angehen wollen, werden als Dilettanten, als Kämpfer wider den wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Mainstream verschrien und verdrängt. Gerade deshalb sind die hier zu besprechenden Bücher wichtig. Sie verweisen auf Grenzen und Widersprüche der Globalisierungs-These und mögliche Alternativ-Analysen.

Besonders nachdrücklich und als einer der wenigen der Ökonomenzunft betreibt das der US-Amerikaner Paul Krugman. Sein Hauptangriffspunkt ist die These vom globalen Wirtschaftskrieg, der heute an Stelle der militärischen Kampfes um die Vorherrschaft nun

den wirtschaftlichen rückt. Strikt wendet er sich gegen die zwar eingängige, aber falsche These von den Staaten, die als Unternehmen handeln und gegeneinander agieren. Deutschland AG oder Japan Inc. sind zwar verbreitete Schlagworte, entsprechen aber nicht den Realitäten. Überhaupt neigten viele der heutigen Ökonomen (er wertet sie als Pop-Ökonomen ab) und ihre Nachbeter zu einem Populismus, der Klischees bediene, nicht aber harte Fakten berücksichtige. Leider fragt er zumindest in der hier mit erstaunlicher Verspätung übersetzten Aufsatzsammlung aus der ersten Hälfte der neunziger Jahre (in den USA 1996 erschienen) nicht nach möglichen Interessenlagen für solch vereinseitigende Sicht und die von ihm immer wieder angemahnten Konsequenzen. Er weiß, »wer nur in Kategorien der Wettbewerbsfähigkeit denkt, macht – direkt oder indirekt – wirtschaftspolitische Fehler, die sich in vielen Bereichen auswirken.« (I/S. 23) Der Druck auf die Löhne in den westlichen Metropolen, der Kampf gegen die Sozialpolitik als Kostenfaktor, das Diktat außenwirtschaftlicher Konditionen und damit die Einmischung in die inneren Angelegenheiten insbesondere der Länder der 3. (und ja wohl auch 2.) Welt sind ja wohl nicht nur dem Wunsch nach hohen Verkaufszahlen für die Bücher dieser Pop-Ökonomen geschuldet. Jedenfalls ist daraus mittlerweile eine Glaubenssache geworden, Ideologie.

Immer wieder betont er, daß »die Vorstellung, dass das wirtschaftliche Geschick eines Landes von seinem Erfolg auf den Weltmärkten abhängt, ... schlicht falsch (ist) und praktisch-empirisch durch nichts belegt. Es stimmt einfach nicht, dass die führenden Nationen der Welt in nennenswerter Weise in einem wirtschaftlichen Wettbewerb stehen oder dass auch nur eines ihrer zentralen Probleme mit fehlender Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu tun hat.« (I/S. 22f.) Das läge daran, daß die Interdependenzen der Wirtschaftsmächte und -blöcke untereinander weit geringer seien, als behauptet. Die Masse des Austausches vollzieht sich immer noch innerhalb der USA bzw. der EU, nicht zwischen ihnen.

Für ihn sind Stärke oder Schwäche nationaler Volkswirtschaften letztlich von der Produktivität abhängig, die längerfristig auch die Löhne nach oben bringe und gleichzeitig die

Nachfrage und damit den Markt vergrößere. Insofern ist für Krisen nationale Politik verantwortlich, die sich nicht mit den internationalen Einflüssen herausreden könne. »Es gilt zu begreifen, dass eine hohe Produktivität nicht deshalb wichtig ist, weil sie den Wettbewerb mit anderen Ländern erleichtert, sondern weil sie eine höhere Produktion und folglich mehr Konsum ermöglicht.« (I/S. 140) Für Deutschland sei zudem eine »institutionelle Sklerose« für das Fehlen neuer Arbeitsplätze verantwortlich. Im Unterschied zu Unternehmen führt eine falsche, erfolglose Wirtschaftspolitik Staaten jedoch nicht in den Konkurs. Wobei Krugman die politischen und sozialen Turbulenzen allerdings außen vor läßt.

Michael Zürn, ein Bremer Politikwissenschaftler, bietet mit seiner politik- und demokratietheoretischen Untersuchung ebenfalls Material für ein kritisches Hinterfragen der Globalisierungs-These. Er geht davon aus, und belegt dies an Kriterien, daß es sich tatsächlich um einen weit weniger globalen Denationalisierungsprozeß handelt. Er definiert »gesellschaftliche Denationalisierung ... als die Verschiebung der Grenzen von verdichteten sozialen Handlungszusammenhängen über die Grenzen von nationalen Gesellschaften hinaus, ohne gleich global sein zu müssen« (II/S. 73)

Eine Blick enthüllt, daß es sich um ein Problem der OECD-Staaten<sup>1</sup> und genauer der G7-Staaten<sup>2</sup> handelt, wobei Deutschland, Großbritannien und Frankreich besonders, dagegen die USA und Kanada nur durchschnittlich, schließlich Italien und Japan deutlich geringer und langsamer betroffen seien (II/S. 93). In diesem Sinne sind – obwohl kaum thematisiert – alle anderen Staaten der bisherigen 2. und 3. Welt eher Objekte, vielleicht Opfer und nur selten Nutznießer dieser Prozesse.

Zürn unternimmt nun den Versuch, Felder des bisherigen nationalstaatlichen Regierens zu untersuchen. Dieses sei auf die äußere und innere Sicherheit im weitesten Sinne, das Entwickeln einer kollektiven Identität, das Sichern der Legitimität von Entscheidungen und darauf gerichtet, daß »das wirtschaftliche Wachstum so befördert wird und die sozialen Ungleichheiten so eingeschränkt werden, dass ein breiter materieller Wohlstand erreicht wird« (II/S. 41). Grundsätzlich hält er es für

möglich, daß auch in übernationalen Zusammenhängen in genau diesen Feldern erfolgreich Politik möglich ist.

Eine Kernaussage ist, daß es keinen Ausweg durch eine Fragmentierung, durch ein Abschotten der jeweiligen Nationalstaaten gegen die internationalen Entwicklungen (etwa durch Protektionismus) geben könne. Auch wenn dies wortreich und mit sorgenvoller Miene hinsichtlich möglicher seltsamer Koalitionen von Rot-Braun-Grün beschworen und bedenklich auf die Erfahrungen der SP/KP-Regierung in Frankreich 1980/81 verwiesen wird, so bleibt diese Frage – ähnlich wie auch bei Krugmans Plädoyer für den Freihandel – etwas offen. Selbst wenn eine Kraft, die im Unterschied zu bürgerlichen oder sozialdemokratischen Kräften nicht bereit ist, sich mit dem Globalisierungsdruck abzufinden, doch in dem Kräfteverhältnis fügen sollte, bleibt ein dumpfer und nicht erfolgreicher Widerstand von unten. Der nun wieder kann von rechtspopulistischen Kräften (z.B. Haider) leicht instrumentalisiert und geschürt werden. Die Preisgabe des Nationalstaates und seiner Gestaltungsmöglichkeiten – die Krugman doch recht hoch bewertet – auf dem Altar einer imaginären Weltregierung könnte wieder einmal den Rechten Tür und Tor öffnen.

Wenig denkt Zürn – außer in sehr allgemeinem Kontext, wie auf ähnlicher Abstraktionsebene für Greenpeace und Amnesty International abgehandelt – über die Rolle multi- oder transnationaler Konzerne nach. Überhaupt ist der Glaube an demokratische Mechanismen im Sinne einer liberalen, parlamentarisch verfaßten Demokratie mit ihren Aushandlungsmechanismen bewundernswürdig. Soziale Bewegungen, Klassenkämpfe o.ä. spielen keine Rolle. Soziale Gerechtigkeit wird gelegentlich durchaus als Ziel sozialstaatlicher und Wohlfahrtspolitik postuliert, bleibt aber nebulös. Die Hoffnung auf eine Welt, in der die Reichen und die weniger Reichen (allerdings nur in den OECD-Ländern) es sich mit ein wenig Einsicht und Verständnis gut gehen lassen, bleibt bestehen. Kapitalismuskritik, so unmodern sie ist, täte da doch gut?!

Der Bezug auf Polanyis »große Transformation« in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als vergleichbarem Prozeß zu dem heutigen ist bedenkenswert. Nur kommen hier

die Alternativen New Deal, NS-«Wohlfahrtsstaat» und sowjetisches Modell etwas zu kurz. Genauso wird für Gegenwart und Zukunft etwas leichtfertig über globale Konflikte auch gewaltsamer Art hinweggegangen, nur weil außerhalb der OECD-Welt »Chaosregierungen« keine echte Bedrohung für den Westen sein würden. Damit kontrastiert seine Angst vor Terror und Organisierter Kriminalität.

Ausweg ist das Projekt eines »komplexen Weltregierens« als »positiver Utopie« (II/S. 28). Was Zürn allerdings anbietet, sind eher auf die Bundesrepublik und vielleicht die EU anwendbare – und hier durchaus interessante – begrenzte Lösungsvorschläge. Das sind national: eine autonome einkommens- oder mehrwertsteuergestützte Sozialpolitik; staatlich gestützter Niedriglohnsektor; Arbeitnehmerkapitalbeteiligungen; bessere Bildung sowie Forschungs- und Technologiepolitik; Mindesteinkommen für informelle Arbeit; im OECD-Bereich: abgestimmte Ökosteuern; Rahmenvorgaben für nationale Steuergesetzgebung; Einführung der Tobin-Tax; im internationalen Rahmen: Begleitung nationalstaatlicher Verhandlungsdelegationen durch eine nicht rede- und stimmberechtigte Gruppe der nationalen Öffentlichkeit; nationale Vertreter des EU-Ministerrates sind national zu wählen; europaweite Referenden für folgeträchtige Entscheidungen; Wahlen zum Europaparlament mit europaweiten Listen; stärkere Berücksichtigung von Interessengruppen bei transnationalen Entscheidungen; NGO's, Interessengruppen und Wissensgemeinschaften mit semi-öffentlichem Status und damit Finanzierung durch die EU-Kommission; in kleineren Einheiten bis 2 Millionen Einwohnern mehr direktdemokratische Entscheidungen bei entsprechendem Spielraum (II/S. 336-361).

All diese Vorschläge sind diskutabel, gut gemeint, nur, sie lösen die Probleme der Gegenwart nicht, erst recht nicht den Wunsch nach komplexem Weltregieren.

STEFAN BOLLINGER

1 Also Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Mexiko, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, Tschechien, Türkei, Ungarn, USA.

2 Deutschland, Frankreich, Großbritannien, USA, Kanada, Italien, Japan

Eckart Mehls: Unzumutbar.  
Ein Leben in der DDR,  
GNN Verlag Berlin 1998,  
366 S. (29,80 DM)

Autobiographische und biographische Veröffentlichungen von und über »Funktions-träger« der untergegangenen DDR gehören mittlerweile zu einer umfänglichen Literatur-kategorie. Indes traten dem Leser bislang meistens Vertreter der Führungsriege von Partei und Staat als Berichterstatter gegenüber bzw. fanden sie ihre – manchmal auch eilfertigen – Biographen. Das vorliegende Buch ist in mehrfacher anderer Hinsicht bemerkens- und empfehlenswert. Eckart Mehls, Jahrgang 1935, gehört zu einer Generation, die in den gesellschaftlichen Umgestaltungen im Osten Deutschlands nach 1945 die historische Chance erblickte und die ihr persönliches Leben mit dem Entstehen und Werden der DDR bewußt und tätig verband. Leser, die mit dem Autor Generationszugehörigkeit und politische Position teilen, finden sich in diesem nachdenklichen, ehrlichen Lebensbericht unschwer wieder. Persönliches und Gesellschaftliches ist in ihm zu einer Einheit verwoben, Stolz auf Errungenes, Trauer und auch Scham über Versagen und über die schließliche Niederlage stehen nebeneinander. Freilich ist dies keine leichte Lektüre. Die quälende Suche nach den Ursachen für das Mißlingen des alternativen Gesellschaftsversuches, hier von einem marxistischen Wissenschaftler unternommen, der es weder an Tiefgründigkeit noch an kritischer Selbstbefragung fehlen läßt und der diese Suche immer wieder unter anderem Gesichtspunkt vorantreibt, erfordert die ungebrochene Aufmerksamkeit des Lesers. Der Wert dieses Buches resultiert m. E. zudem auch daraus, daß sich hier ein Mann öffnet, der nicht zur Führungsriege auf irgendeiner Ebene der vergangenen DDR gehörte, jedoch aus fast zwei Jahrzehnten Tätigkeit als Auslandsreferent bzw. Direktor für internationale Beziehungen der Humboldt – Universität zu Berlin, aus etwa einem Jahrzehnt Wirken als Hochschullehrer auf dem Gebiet der Geschichte Osteuropas sowie aus mehrjähriger Funktion des Sekretärs der Grundorganisation Geschichte der HUB

überaus interessante Einblicke in Bereiche des DDR-Lebens bietet und brisantes Material darüber unterbreitet, was bislang noch weitgehend außerhalb des Gesichtsfeldes von Memoirenschreibern geblieben ist. Sein Mitwirken beispielsweise bei der allmählichen »Internationalisierung« der bedeutendsten Universität der DDR, beim Aufbau und der Ausgestaltung ihrer Wissenschaftsbeziehungen, namentlich auch zu den sozialistischen Ländern, vermittelt nicht nur viel Detailkenntnisse über das wissenschaftliche Leben und politische Klima in dieser Einrichtung, sondern – da stets mit dem Hinterfragen der eigenen Position, des eigenen Handlungsspielraums und der Wirkungsmöglichkeiten, mit dem aufrichtigen Bekenntnis zu Leistungen und Fehlleistungen, Irrtümern und ausgesprochenem Versagen verbunden (was zuweilen geradezu unter die Haut geht, so z. B. die Überlegungen über das ambivalente Verhältnis zu Geist und Macht am Beispiel der »Reiseordnung« für DDR-Wissenschaftler, die außenpolitische Interessen über wissenschaftliche Belange stellte) – auch hinlänglich Stoff zum Nachvollzug bestimmter Vorgänge, die letztlich zum Scheitern der realsozialistischen Wissenschaftspolitik beitrugen. E. M. hat seine Erinnerungen unter ausgiebiger Verwendung eigener zeitgenössischer, ihm in großer Fülle zur Verfügung stehender Aufzeichnungen niedergeschrieben. Dies verleiht seinem Bericht eine hohe Authentizität, was besonders augenfällig wird, wenn sich der Autor an wichtigen Schnittstellen seines und der DDR Lebensweges selbst zitieren kann und den Leser seine Überlegungen und Erkenntnisse gleichsam im Rückspiegel wiederholen läßt (genannt seien hier u. a. die Notizen vom 7. Oktober 1989, angefertigt während eines Archivaufenthalts in Prag). Dem Leser tritt so ein überaus nachdenklicher politischer Wissenschaftler entgegen, der frühzeitig Fehlentwicklungen in Partei und Staat vermerkt, aufmerksam und gründlich vergleichbare Erscheinungen und Reformversuche in anderen sozialistischen Ländern registriert und daran immer wieder Fragen nach möglichen Veränderungen, den dafür notwendigen Kräften im eigenen überschaubaren Wirkungskreis und in der DDR festmacht, ohne sich von diesem Staate fortzubewegen oder sich etwa im nach-

hinein mit der Aura eines Oppositionellen- oder Widerstandskämpfers umgeben zu wollen. Unumwunden und ehrlich schreibt E. M., daß er trotz mancher Enttäuschung und bitterer Erkenntnis beispielsweise über die früh beobachtete Dialogunfähigkeit der SED-Führung bis in die achtziger Jahre an eine reformierbare DDR glaubt. Erst die reservierte Haltung der Parteiführung zu Veränderungen in anderen »Bruderländern« sowie vor allem zur Gorbatschow – Perestrojka (deren Defizite er durchaus kritisch anmerkt) ließen ihn diese Hoffnung und Vorstellung endgültig aufgeben.

E. M. beläßt es nicht bei Beobachtungen und Wertungen von Ereignissen und Erscheinungen im realsozialistischen Alltag der DDR und namentlich auch in den Ländern, deren Geschichte und Gegenwart er sich als Forscher und Hochschullehrer mit einer fast verbissenen Beharrlichkeit und Gründlichkeit zuwandte (Polen, CSSR). Vielmehr sucht er genauso beharrlich nach eigenen Erklärungen für sichtbar werdende Gebrechen der sozialistischen Gesellschaftsalternative und nach Gründen für eigenes Versagen. Seine Antworten, die keineswegs eindimensional sind, überzeugen. So z. B. seine Überlegungen über eine nahezu »gläubige« Parteidisziplin, der er sich selbst bewußt unterwarf, oder über die sich herausbildende und rasant vertiefende Kluft zwischen Führungsmannschaft der SED und den Mitglieder Massen, die der Autor geradezu schmerzlich empfindet und zurecht als eine wesentliche Ursache für die Handlungsunfähigkeit der Partei in den stürmischen Herbsttagen 1989 ausmacht. Beinahe nüchtern, doch nicht wenig beeindruckend skizziert E. M. die Ereignisse und Akteure des »Elitenaustausches« im Gefolge der Einvernahme der DDR in die BRD an der Humboldt – Universität, insbesondere am Institut für Geschichtswissenschaften, einen Vorgang, der in seiner politischen Motiviertheit und seinem praktischen Vollzug in der Wissenschaftsgeschichte wohl einmalig sein dürfte. Wie für so viele andere auch, bedeutete er für den Professor für neuere Geschichte Osteuropas Eckart Mehls die berufliche Ausgrenzung, da er für die neuen Machthaber »unzumutbar« schien.

SONJA STRIEGNITZ

